

## Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-Denkmal in Hamburg. (Schluss.)

**E**ine frohe Kunde ist in diesen Tagen über die deutschen Lande verbreitet worden: Das Bismarck-Denkmal für Hamburg, das Denkmal, auf welches die Augen der künstlerischen Welt Deutschlands mit leidenschaftlicher Erwartung gerichtet sind, das Denkmal, an welches die deutsche Künstlerschaft die durch eine lange Kette von Enttäuschungen genährte Hoffnung knüpft, dass es ein monumentaler Protest sein werde gegen eine Kunst des landläufigen Tagesgeschmackes, eine Kunst, die nicht mehr wie früher ein Stück künstlerischer Gewissensforschung, sondern mehr und mehr ein Theil materiellen Erwerbslebens geworden ist, dieses Denkmal, von dessen heissumstrittener Gestalt die Kreise nicht lassen wollten, welche in der Monumentalkunst mehr sehen, als die Befriedigung eines oberflächlichen Triebes, welche von ihr verlangen, geistige Phänomene in eine dauernd beachtete sinnlich wahrnehmbare Form zu kleiden, dieses Denkmal soll in der That in der eigenartigen Gestalt erstehen, welche zwei treffliche Künstler, die ihren Weg abseits vom allgemeinen Heerpfade suchen, ihm gegeben haben. So wird denn die blühende Hansestadt am unteren Lauf der Elbe mit dem Denkmal beschenkt werden, welches wie kein anderes auf deutschem Boden das Wesen des Schöpfers des neuen Reiches zum Ausdruck bringt, jenes Wesen, welches dieser selbst im preussischen Staatsministerium in den sechziger Jahren in die Worte kleidete: „Wenn ich etwas will, so will ich es heute und morgen und will es jede Stunde und jede Minute, bis der Zweck erreicht ist“. Wille und Ziel! Die Welt als Wille und Vorstellung! Wer hätte es gedacht, dass das Hauptwerk des Frankfurter Philosophen des Pessimismus, welches nicht durch Zufall in der politischen Leere nach den Befreiungskriegen entstanden ist, und welches diese Welt als die schlechteste unter den möglichen Welten darstellte, auf der einen Seite schon nach 50 Jahren eine so glänzende thatsächliche Widerlegung erfahren und auf der anderen Seite eine ebenso glänzende Verherrlichung durch das Denkmal am Strande der Elbe finden würde!

Denn die Bismarck'sche Politik ist in der That die „Welt als Wille und Vorstellung“. Schopenhauer sah im Willen nicht nur das bewusste Begehren, sondern auch den unbewussten Trieb, die Naturkraft. In diesem Sinne sagte Bismarck zu seinem amerikanischen Studiengenossen Motley: „Der Mensch kann das Schiff lenken, das auf dem Strome fährt, aber den Strom selber lenkt er nicht“. Und in Versailles äusserte er zu einem badischen Minister: „Die grossen Dinge macht der Mensch nicht; das Einzige, was er kann, ist, den natürlichen Lauf der Dinge beobachten und was der zur Reife gebracht hat, zu sichern. Im Uebrigen ist er wie ein Forstmann, der in Geduld warten muss, bis der Wald schlagreif geworden.“ Die Welt als Wille! Daneben aber die Welt als Vorstellung, die Welt im Intellekt: „Wenn ich etwas will, so will ich es heute und morgen und will es jede Stunde und jede Minute, bis der Zweck erreicht ist.“ Welt und Wille, Wille und Vorstellung, das ist das Hamburger Bismarck-Denkmal. In seiner einfachen Grösse, in seiner überwältigenden Gestalt, in seiner machtvollen Erscheinung ist es die überzeugende Verkörperung der langsam gereiften Frucht des Gedankens, der politischen Ausprägung der geistigen Bildung, der Triumph der Kulturarbeit eines Jahrhunderts. Es ist ein Werk, welches seine Grösse in sich selbst trägt.

das durch seine Errichtung zeigt, dass mit dem Reiche auch ein Volk geworden ist. Sein Inhalt ist Geschichte und Leben, sein Held ein Mensch in dem sophokleischen Sinne, nach welchem vieles Gewaltige lebt, doch nichts gewaltiger, als der Mensch.

Wäre es möglich gewesen, diesen Eindruck ungewöhnlicher Grösse mit den überlieferten Mitteln der Plastik zu erreichen? Der Wettbewerb, der nach dem Urtheile eines der Preisrichter, nach einem Worte des Archäologen Georg Treu, „wie kaum ein anderer ein Bild von all dem verwirrenden Widerstreit darbietet, der in der Gegenwart der deutschen Kunst herrscht, aber auch von ihrem Reichthum“, er beantwortet die Frage mit einem bestimmten Nein.

Hier standen alle Richtungen, welche in der Gegenwart um ihre Berechtigung kämpfen, neben einander; „der kühlere Eklektizismus früherer Zeit neben dem erstarkten Wirklichkeitssinn der neueren; Erzeugnisse zierlicher Zuckerbäckerei neben dem plastischen Bombast und der theatralischen Schaustellung, die gegenwärtig für offizielle Denkmäler an der Tagesordnung sind.“ Daneben aber auch Entwürfe, „die ihre Wirkung in echt steinmässiger Schlichtheit und Geschlossenheit, in Wucht und Grösse suchen — und zwar sowohl im Bau, wie im Bildwerk. Es ist das die entschlossene Abkehr von der eingerissenen Veräusserlichung der Kunst, ihrer Abhängigkeit von der Nachahmung des Fremdländischen in Vergangenheit und Gegenwart, das Ringen nach Schlichtheit, Innerlichkeit und Kraft, kurz, nach einer manchmal noch etwas ungeschlachten, aber doch ausgesprochen deutschen Eigenart in Wurf und Werk. Mit hoffender Seele erkennen und begrüssen wir diesen starken jungen Trieb unserer neuen Kunst. Hamburg hat diesem bodenwüchsigen Sinn durch seinen freien Wettbewerb den Muth zum Erfinden gegeben.“ Und diese neue Kunst ist im Wesentlichen eine Weise der Baukunst. Der Hamburger Wettbewerb hat es überzeugend dargethan, dass nur die Architektur es vermag, Werthe von monumentaler Grösse zu schaffen und Werke hervorzubringen, deren Inhalt gegenüber die Plastik mit ihren überkommenen Mitteln sich als unzulänglich erwiesen hat. Die Grenzen der Kunst, über die so viel gestritten wurde, namentlich seit Lessing seinen Laokoon geschrieben und damit die künstlerische Hervorbringung von mehr als einem Jahrhundert in den spanischen Schnürleib der ästhetischen Kunstgesetze gezwängt hatte, sie wurden allenthalben durchbrochen und bestehen heute kaum mehr in der Erinnerung. Die Zeiten sind vorbei, in welchen der Künstler den „grossblumigen Schlafrock“ der Aesthetik anlegte, in dem man sich gerne zeigte, weil er bequem und geeignet war, manchen Schaden, manchen Mangel zu verdecken. Das künstlerische Auge ist heute unbeschadet der Verehrung aller Ideale mehr auf das Wirkliche, denn auf das Abstrakte, mehr auf die natürliche Empfindung denn auf ästhetische Seiltänzerie gerichtet. Daraus entspringt die Erkenntniss der Unzulänglichkeit rein plastischer Mittel für grosse Vorwürfe, ja selbst die Erkenntniss der Unzulänglichkeit der Mittel für Aufgaben des eigenen Gebietes. Jüngst ist aus hohem Munde die Aeusserung gefallen, es müsse der Bildner sich die Postamente und architektonischen Theile seiner Denkmäler selbst entwerfen und es müsse der Maler sich die Architektur des von ihm auszumalenden Saales selbst schaffen. Es ist möglich, dass dabei an eine gewisse Einheit der Kunst

gedacht war, wie sie in der Renaissance bestand. Wir wollen nun aber versuchen, zwei unparteiische Zeugen über ihre eigene Kunst zu hören, um daraus Schlüsse zu ziehen, ob die durch Kaiser Wilhelm II. vor kurzem gegebene Anregung bei der mangelnden Sammlung des Kunstlebens von heute überhaupt möglich ist.

„Lehrjahre in der Plastik“ ist eine Schrift betitelt, welche der Bildhauer Edmund Hellmer, Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien, im Jahre 1890 herausgegeben hat. Er ist ein gewiss unbefangener Beurtheiler. Ihm lastete seit Jahren die Frage auf der Seele, warum die Bildhauerei unserer Zeit so sehr im Argen liege, „warum diese Kunst, so positiv aus dem Volke hervorgegangen, beim Volke so wenig Verständniss findet“. Er giebt die Antwort, „weil die Bildhauerei von heute keine Kunst unserer Zeit“ sei. „Unsere modernen Bildhauer sind nur Modelleure. Thon, Wachs sind ihre Gestaltungskörper. Ich kenne unter den jetzt schaffenden Künstlern keine fünf oder sechs, die zu meisseln verstehen, kaum einen, der imstande ist, sein Werk in Bronze zu giessen, zu ziseliren“. Der Bildhauer von heute „kennt und lernt nicht inbetracht ziehen die Sprödigkeit des Gesteines, die Schwierigkeit, in Bronze zu bilden“. Der Bildhauer lerne wohl, eine Arbeit bestechend in Lehm oder Wachs zu modelliren, beim Uebertragen aber in Marmor oder Bronze lasse sich dann erkennen, dass sie nicht aus dem Material „hervorgewachsen“ ist. „Alle Individualität der Formengebung, jeder Vortrag geht verloren. Nichts von jenem berückenden, hinreissenden Nervenspiel, keine Ausnutzung von Zufälligkeiten, kein kraftvoller Eigenwille, nicht hingebungs-volle Liebe — einfach eine interesselose schwache Kopie“. Darum dürfe der Bildhauer nicht auf Zeichnen und Modelliren gedrillt werden, er müsse „von Jugend auf meisseln, für Bronze bosseln, in Metall giessen, ziseliren, schnitzen“. Der Bildhauerkunst ist demnach anderes Noth, als sich auf ihr naturgemäss fremde Gebiete zu wagen. Freilich, keine Kunst ist so reich, dass sie nicht durch Hinübergreifen auf benachbarte Gebiete an Reichthum gewönne. Aber so lange es nach Hellmer noch „nichts Geringeres gilt, als eine grosse schöne Kunst, die dem modernen Geschlechte verloren zu gehen droht, uns zurück zu gewinnen“, so lange hat die Plastik alle Ursache, ihre natürlichen Grenzen nicht zu überschreiten.

Und wie sieht es mit der Malerei aus, welcher die Anregung gegeben wurde, die durch sie auszumalenden Säle selbst zu bilden, um in ihnen die nöthige Harmonie zu erzeugen? Gewiss zeigen nicht wenige Werke dieser Art einen inneren Zwiespalt. Nicht aber durch die Schuld des Architekten, welchem durch die allgemeine Anlage und Konstruktion des Bauwerkes das architektonische Gerüst desselben gegeben ist, sondern durch die Schuld des Malers, welcher sich nicht zur Unterordnung verstehen kann, was doch selbst Michelangelo, Paul Veronese und Tiepolo thun mussten und thaten und was in unserer Gegenwart durch Puvis de Chavannes so meisterhaft geschieht. Kann man wirklich der Ansicht zuneigen, dass der Thronsaal des Palazzo Caffarelli in Rom das geworden wäre, was er heute ist, wenn nicht einfeinfühlicher Architekt für die Ausschmückung die Führung übernommen hätte? Was verlangt z. B. Max Klinger in „Malerei und Zeichnung“ für die Malerei als Raumkunst, als welche sie hier ausschliesslich in Betracht kommt? „Vor allem aber fehlt uns die erste Grundlage der Kunst, eine strenge, der Raumkunst gewachsene Anschauung und Beherrschung der menschlichen Form . . . . Die Einheit des Raumes und die Eindringlichkeit seiner Bedeutung fordern geradezu auf, die sonst so streng einzuhaltenden Formen- und Farbensetze der Natur aufzulösen zu Gunsten einer rein dichterischen Verwendung der Mittel“. Und wo finden wir in der Gegenwart eine solche Kunst? Klinger sagt es uns selbst: „Die Anläufe der Neuzeit zu solchen Werken sind durch die herrschenden künstlerischen Verhältnisse derart zerfahren, dass man eigentlich davon nicht sprechen kann“. So lange sich Malerei „für uns auf den Begriff „Bild“ beschränkt“, so lange durch

die ganze moderne Kunst ein „Drang nach Novellistik“ geht und Maler und Bildhauer nicht darauf verzichten, die Kunst im „Abenteuer“ zu suchen, statt im Menschen und in der Natur, so lange also auch die Malerei noch auf ihrem eigensten Gebiete genügend zu thun hat, sich zur wahren Kunst heraufzuarbeiten, so lange wird auch sie bei einem Uebergreifen auf die Architektur von Erfolg nicht begleitet sein. Sie thut es aber häufig dennoch, wenn auch ohne Erfolg. Das veranlasste Klinger zu dem harten Worte: „Und so leben wir heutzutage in jeder Kunst auf Raub“. Leider haben wir keine Kunst als „gesammelten Ausdruck unserer Lebensanschauung“; wir haben nicht mehr eine Kunst, denn Architekt, Maler und Bildhauer scheinen zu natürlichen Gegnern geworden zu sein, von welchen jeder eine innere Genugthuung empfindet, dem anderen von seinem Gebiete möglichst viel zu nehmen. „Mit historischen Genrebildern und Illustrationen schmücken wir unsere Staatsgebäude, mit Monumental-Allegorien unsere Cafés. Der Baumeister drückt durch Leisten, Paneele, Halbpfeiler aller Epochen und Stilarten, durch Stuck an allen Ecken und Enden den Maler zum Veduten- und Teppichkünstler herab, und der Maler vergilt es ihm mit dem Farbensebstzweckbau: dem Panorama“. Nichts wahrer, als das!

Kein Wunder daher, wenn Klinger die Zeit der Renaissance als Idealzeit betrachtet. „Von der Anschauung ausgehend, dass Baukunst, Malerei, Bildhauerei durchaus mit einander verbunden sein müssten, dass jede einzelne der anderen bedürfe, um zur vollen Höhe sich aufschwingen zu können, blieb die Hauptaufgabe, das Ideal jener Zeiten, die Ausgestaltung des Raumes zum Kunstwerke. Bei solchem Zusammenwirken fand das Bedürfniss, in künstlerischer Form die Vorgänge der Seele auszusprechen, vollste Befriedigung. Und in diesem Bewusstsein wurde gearbeitet. Der Baumeister wusste für den Maler Flächen und Licht, nachdem Plan und Proportion festgestellt waren, zu schaffen, für den Bildhauer die zweckmässigen Plätze nicht durch Zuviel seiner Zuthat unmöglich zu machen. Ein Jeder, da er wusste, wo und für was er seine ganze Kraft einzusetzen hatte, unterliess es, durch Kleinigkeiten dem Mitwirkenden Raum und Luft zu nehmen“. Das war zur Zeit der Renaissance, in welcher die Einheit im Künstler das Werk erleichterte. Aber auch heute ist es vielfach noch der Fall. Die Gelegenheiten sind zahlreich und bedeutend, in welchen dem Maler durch den Architekten ein weites Feld der Bethätigung geboten wurde. Die mangelnde Anerkennung dieses Umstandes liegt aber nicht so sehr in der Verkennung der Absichten des Architekten, als in dem häufigen Unvermögen des Malers, einer grösseren Aufgabe gerecht zu werden. Der Monumentalmaler von früher ist zum Bildmaler geworden, der Freskomaler von früher zum Vedutenmaler. Wie viele Monumentalmaler besitzen wir heute überhaupt und wieviel Freskomaler sind unter ihnen? Eine Hand reicht vollkommen aus, sie aufzuzählen. Bei diesem Eingeständniss eigenen Unvermögens ist es der Malerei nicht wohl möglich, ihr fremde Gebiete zu betreten, so sehr man dies auch vielleicht im Sinne einer Bereicherung dieses Kunstgebietes wünschen könnte. Die moderne Arbeitstheilung ist leider auch auf die Kunst überggesprungen. Eine Einheit im Sinne der Renaissance kann heute kaum mehr erreicht werden, es handle sich denn um ein auserwähltes Individuum. Es scheint uns daher schon am besten, man lasse die Kunst von heute eine Kunst ihrer Zeit werden, ohne Rückgreifen auf Zeiten, die zurückzurufen wir unter den Lebensbedingungen unserer Tage nicht in der Lage sind. Wer heute etwas Grosses leisten will, der muss mehr denn je im kleinsten Punkte die höchste Kraft sammeln. Das hat in so überzeugender Weise der Hamburger Wettbewerb um das Bismarck-Denkmal dargethan. —

Wenn dieses Denkmal dereinst vollendet ist, wenn man es mit lauter Begeisterung und mit dem überströmenden Jubel des Augenblicks enthüllt haben wird; wenn der Nebel der Freudenschüsse aus den Baum-

kronen der Wallanlagen sich verzogen hat, dann wird man das Werk preisen als eines der schönsten seiner Art. Mit bitterem Schmerz wird man sich vor ihm erinnern, wie die schillernde Seifenblase so mancher grossen Denkmal-Vorgeschichte durch die Entstehung des Denkmals selbst zu einem kümmerlichen Tröpfchen der Enttäuschung verdichtet wurde, und man wird das Hamburger Denkmal-Comité mit lauten Worten rühmen, dass es durch die Art der Durchführung des Wettbewerbes den Grund gelegt hat zu einem Vertrauen auf die Zukunft, zu dem Vertrauen, dass die deutsche Denkmalkunst im Norden nicht unrettbar dem Niedergange verfallen ist. Herder hat es einmal in seinen „Ideen“ ausgesprochen, man müsse bei allen Denkmalen nicht blos auf die Ursachen sehen, die solche befördern, sondern auch auf die Wirkungen, die dadurch gefördert werden, denn kein Kunstwerk stehe todt in der Geschichte der Menschheit. Fürwahr, Hamburg war von den Herder'schen Ideen voll erfüllt, als es die so weite Kreise ziehende Bewegung für sein Bismarck-Denkmal einleitete.

Eine Münchener Zeitschrift, die „Jugend“, hat manches satirische und aufrichtige Wort über die moderne Denkmalkunst gesprochen. Die Wahrheit läuft vielfach in der Schellenkappe einher, aber sie ist dafür nur um so wahrer. Wenn es der Fall sein sollte, dass der Oelbaum der Minerva, dessen Gedeihen an anderen Orten schwer beeinträchtigt wurde, an den Gestaden der Elbe von Neuem zu einer nordischen Blüthe kommt, dann wollen wir eifersüchtig darüber wachen, dass nicht rauher Reif diese schöne Blüthe wieder vernichte. Die beiden Künstler aber, welche sich anschicken, hier zum ersten Male ihr Hohes Lied der Kunst, zugleich ein Heldenlied zu singen, wollen wir mit der Hoffnung bei ihrem erhabenen Werke begleiten, dass das Denkmal nach seiner Vollendung hinklinge über alles Land rings umher und das Volk darauf, dass seine mahnende und anfeuernde Kraft reiche von der Ewigkeit des Wassers bis zur Majestät der Berge, vom Fels zum Meer, und dass es den Namen Bismarck so lange erhalte, wie der ewige Granit dauert, aus dem es gefügt wird. —

Albert Hofmann.

## Landhaus Glade in Dt.-Wilmsdorf bei Berlin.

Architekt: Erich Peters in Halensee.

(Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildungen auf Seite 61.)

**D**as Landhaus des Hrn. Generalkonsul H. F. Glade ist im Jahre 1900 mit einem Kostenaufwand von rd. 220 000 M. erbaut worden. Als Bauplatz wurde ein — mit Ausnahme eines in anderem Besitze befindlichen Eckgrundstückes — über 1000 Quadratruthen grosses Parkgelände ausersehen, welches im Norden auf 101,19<sup>m</sup> von der Hildegardstrasse, im Osten auf 91,26<sup>m</sup> Länge von der Kaiser-Allee begrenzt wird und ein in dem südwestlich von Berlin liegenden Vororte Dt.-Wilmsdorf belegenes, nicht ausschliesslich dem Villenbau vorbehaltenes Gelände bildete.

Aus letzterem Grunde wurde die Errichtung des Gebäudes auf der Westgrenze beschlossen, einerseits, um von der Süd- und Ostseite den freien Ausblick auf den geräumigen Park zu haben, andererseits, um ein Einbauen des Bauwerkes und die Lage von Fronten nach der Wetterseite zu umgehen. Weiterhin waren als Wünsche des Bauherrn beim Entwurf zu berücksichtigen: die Schaffung grosser luftiger Räume, eines grossen Winter- und eines tiefen Vorgartens.

Ersteren beiden Punkten ist in weitestem Maasse Rechnung getragen und auch der Vorgarten weist die immerhin ansehnliche Tiefe von 12<sup>m</sup> auf. Da jedoch bis zur Baufluchtlinie nur eine Vorgartentiefe von 5<sup>m</sup> vorhanden war, so wurde, um bei späterer Bebauung des westlichen Nachbargrundstückes nicht den unschönen Anblick eines freien hohen Nachbargiebels gewärtigen zu müssen, ein bis zur Baufluchtlinie vortretender Flügel geplant.

Dem Wunsche des Bauherrn entsprechend wurden drei Geschosse vorgesehen — ein Untergeschoss, enthaltend Küche und Wirthschaftsräume, Heizraum, Diener- und Mädchen- sowie zwei Reservezimmer; ein hochgelegenes Erdgeschoss für die Wohn- und Gesellschafts-, und ein Obergeschoss für die Schlaf- und Fremdenräume. Ausserdem war auf die Anlage genügender Balkons und im Dachgeschoss auf Schaffung einiger Reserveräume Bedacht zu nehmen. Die Lage aller Räume nach der günstigsten Himmelsrichtung war ein Hauptgesichtspunkt des Entwurfes.

An der Ausführung waren betheiligt für die Maurer- und Zimmerarbeiten Theodor Hardtke, die Steinmetzarbeiten Gebr. Zeidler, die Klempnerarbeiten P. Thom, die Dachdeckerarbeiten W. Neumeister, die Warmwasser-Heizungsanlage A.-Ges. Weser-Bremen, die Gas- und Wasserleitungsanlage und Kanalisation R. Siebert, die elektrische Lichtanlage A.-Ges. vorm. Schuckert & Co., die sonstigen elektr. und für die Blitzableiteranlage A.-Ges. Mix & Genest, die Stuckarbeiten Schroeder & Below, die Fliesenarbeiten N. Rosenfeld & Co., die Marmorarbeiten M. L. Schleicher, die Parkettarbeiten A. Leibe & Co., die Tischlerarbeiten Gebr. Schaar, die Schlosserarbeiten A. L. Benecke, die Glaserarbeiten Adolf Rogge, Gustav Schulze & Jost und Adolf Schell-Offenburg, die Kunstschmiedearbeiten Methling & Gleichauf, die Tapezierarbeiten Rommel & Nölting und die Malerarbeiten E. Sobotta, während die Garten- und Parkanlagen Julius Vormerker herstellte. —

## Der Königsberger Seekanal.

Von F. Jerosch in Königsberg.

**D**ie im November v. Js. stattgehabte uneingeschränkte Eröffnung des „Königsberger Seekanals“ für die Schiffahrt bringt ein Werk zum Abschluss, von dem man eine wesentliche Belebung des Königsberger Handels erwartet und das auch in technischer Beziehung durch die Eigenart seiner Ausführung besonderes Interesse erwecken dürfte.

Hinsichtlich der Entwicklung des Handels ist Königsberg unter der Zahl der deutschen und russischen Ostseehäfen während der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts mehr und mehr von der Stellung zurückgekommen, die ihm durch sein bedeutendes Hinterland, dessen weitaus grösster Theil allerdings in Russland liegt, gebührt. Dies ist um so mehr zu beklagen, als die Verhältnisse für Handel und Schiffahrt in Königsberg keineswegs ungünstige sind. Der Vorhafen Pillau hat gute Eisverhältnisse und er sowohl wie der Pregel von seiner Mündung ins Frische Haff bis Königsberg hinauf bieten natürliche Tiefen dar, die für die Bedürfnisse der Schiffahrt imganzen genügen. Das Haupthinderniss für eine

gedeihliche Entwicklung der Königsberger Schiffahrt lag bisher in den ungenügenden Tiefenverhältnissen des Frischen Haffs, und zwar machten sich diese angesichts der immer zunehmenden Zahl von Dampfern grösseren Tiefganges immer unerträglicher fühlbar. Ein grosser Theil der vollbeladen in Pillau ein- oder ausgehenden Schiffe musste dort einen Theil der Ladung in Leichterfahrzeuge umladen oder bezw. von denselben erst dort einnehmen, um mit geringerem Tiefgang das Haff durchqueren zu können. Die ringeren Tiefgang das Haff durchqueren zu können. Die hierdurch jährlich entstehenden Unkosten an Umladegebühren, Leichterfracht, Zeitverlust und Beschädigung des Ladegutes wurden schon vor 20 Jahren zu 500 000 M. geschätzt. Zwar sorgten fortlaufende Baggerungen für die Erhaltung einer Mindesttiefe im Fahrwasser der Seeschiffe, diese betrug aber nur 3,27<sup>m</sup> bei N.-W. und hätte nur unter Aufwendung ganz erheblicher Unkosten auf ein höheres Maass gebracht und darauf erhalten werden können.

Wie ausserordentlich ungünstig hier die ursprünglichen Verhältnisse lagen, mag daraus erhellen, dass nach alten Angaben in der Mitte des 18. Jahrhunderts die natürliche

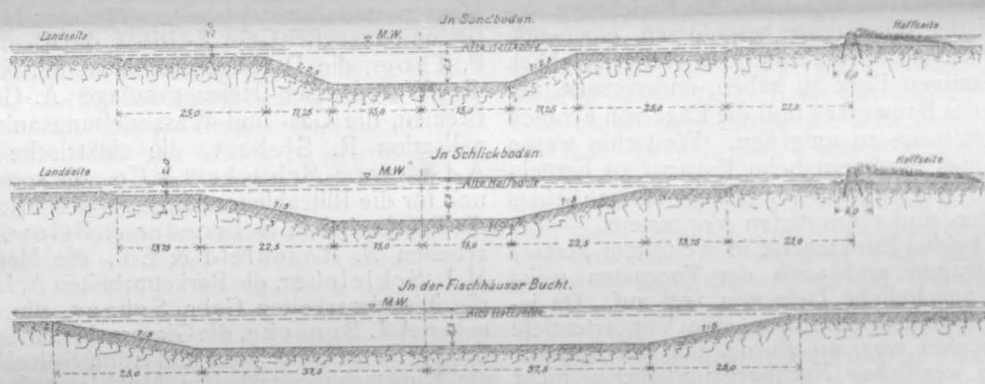


Tiefe des Haffs in der Nähe der Pregelmündung nur etwa 2<sup>m</sup> betrug. Solche ausserordentlich geringen Tiefen finden sich rings an den Rändern des Haffs, wo oft kilometerweit vom Ufer in das Haff hinein die Wassertiefe nicht mehr als 1–2<sup>m</sup> beträgt. Diese Erscheinung erklärt sich aus der Eigenschaft des Haffs als natürliches Klärbecken für die in dasselbe mündenden Flüsse, deren Sinkstoffe als nahezu wagrecht abgelagerter Schlick vielfach den Boden des Haffs, und zwar naturgemäss am meisten in der Nähe der Flussmündungen bedecken. Im mittleren Theil des Haffs sind dagegen auch grössere Tiefen vorhanden, bis 5<sup>m</sup> etwa. (Siehe die in Metern eingeschriebenen Tiefenmaasse der Uebersichtskarte Abbildg. 1.) Die flachen Ränder des Haffs wurden nun seit Mitte des 18. Jahrhunderts durch Baggerungen bei Pillau in Verlängerung des Seetiefs und an der Pregelmündung in der Stromrichtung durchbrochen, es entstanden die sogen. Pillauer und Königsberger Rinnen, deren Tiefen je nach

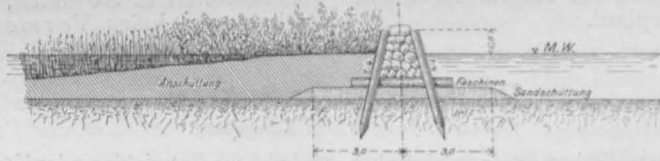
sind so bedeutend, dass ihre vollständige Beseitigung durch Baggerung den ganzen Sommer in Anspruch nehmen würde, sodass während der Hauptperiode der Schifffahrt niemals ein ganz normaler Zustand vorhanden wäre. Von den Preisrichtern wurde vielmehr als richtiger der dem anderen Theil der Entwürfe zugrunde liegende Gedanke anerkannt, in flachem Wasser, längs dem Ufer des Haffs, eine ganz neue Rinne herzustellen und diese durch einen Damm gegen Strömungen und Eindringen von Sinkstoffen zu schützen. Dieser Schutzdamm bot fernerhin den wesentlichen Vortheil, von den auf dem Kanal sich bewegenden Schiffen in den Zeiten zu Beginn und Schluss der Schifffahrt die gefährlichen Eisschiebungen des offenen Haffs abzuhalten. Auch für die Bauausführung mussten sich hier Vortheile ergeben, da der durch Baggerung gewonnene Boden gleich an Ort und Stelle zur Herstellung des Dammes verwandt werden konnte, also grössere Massentransporte fortfielen. — Unter der Zahl derjenigen Entwürfe,



Abbildg. 1. Lageplan des Seekanals.



Abbildg. 2. Querprofile.



Abbildg. 3. Querschnitt durch den Schutzdamm.

den für diesen Zweck vorhandenen Mitteln bald in grösseren, bald in geringeren Maassen erhalten wurden, bis es sich dann in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mehr und mehr herausstellte, dass auf diesem Wege bei den modernen Bedürfnissen der Schifffahrt ein erspriesslicher Zustand nicht erreichbar sei.

In dieser Erkenntniss schrieb die Königsberger Kaufmannschaft einen internationalen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Herstellung einer Wasserstrasse von 6<sup>m</sup> Tiefe bei M.-W. zwischen Königsberg und Pillau mit dem 1. Juli 1880 als Termin aus. Von den eingelaufenen 12 Entwürfen hatte der eine Theil das bestehende Fahrwasser beibehalten und nur eine Vertiefung desselben bis auf das vorgeschriebene Maass durch Baggerung vorgesehen. Wenn auch dieser Gedanke vielleicht der naheliegendste war, so wurde derselbe doch mit Recht verworfen, da namentlich die Erhaltung einer Rinne von grösserer Tiefe in dem weichen Schlickboden bei ungehindertem Zutritt von Sinkstoffen mit sich führenden Strömungen nahezu unmöglich ist. Die während des Winters und Frühlings entstehenden Schlickablagerungen

die diesen Gedanken verfolgten, wurde derjenige des jetzigen Geh. Brths. Natus mit dem I. Preise ausgezeichnet, er wurde auch im wesentlichen der späteren Ausführung zugrunde gelegt. Nach diesem Plan führte die Linie des Kanals, rechts an der

Pregelmündung beginnend, am Nordufer des Haffs in einem Abstand vom 1–2 km entlang. Die Rinne des Kanals war gegen das Haff durch einen Damm aus Pfählen mit Steinpackung geschützt, im grösseren Theil der Fischhäuser Bucht lag die Rinne aber ganz ungeschützt. Der Kanal lief unmittelbar in das Pillauer Tief aus. Seine Linie ist in der Karte angedeutet. —

Als bald nach der Entscheidung des Wettbewerbes nahm sich auf Betreiben der Königsberger Kaufmannschaft die kgl. Regierung der Angelegenheit an. Unter ihrer Leitung wurde in Verhandlungen der Interessenten mit Zuziehung von Sachverständigen der endgiltige Entwurf festgelegt, so wie er in Lageplan, Querprofilen und Einzelheiten in den Abbildg. 1–3 dargestellt ist. Die Hauptpunkte jener Verhandlungen und zugleich die Hauptschwierigkeiten des Planes waren folgende:

1. Der Anschluss des Kanals an den Pregel bei





ANDHAUS GLADE IN DEUTSCH-  
 WILMERSDORF BEI BERLIN \* \*  
 ARCHITEKT: ERICH PETERS IN  
 HALENSEE BEI BERLIN \* \* \*  
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡  
 \* XXXVI. JAHRG. 1902 — NO. 10 \*

2. Die Durchquerung der Fischhäuser Bucht. Hier handelte es sich um die Frage, ob beiderseitige Schutzdämme durchgeführt werden sollten, so dass die Bucht ganz vom offenen Haff abgeschnitten worden wäre, oder ob eine mehr oder weniger grosse Unterbrechung der Dämme stattfinden sollte. Mit Rücksicht auf die Schifffahrt und die Unterhaltung des Kanals wäre die erstere Lösung vorzuziehen gewesen, doch stand einer derartigen Ausführung der Einspruch der Fischerei und Schifffahrt treibenden, an der Bucht gelegenen Ortschaften entgegen, welche die freie Einfahrt in das Haff offen gehalten wissen wollten, auch eine Gefährdung des Fischbestandes in der Bucht durch die Abschliessung befürchteten. Auch die technische Frage der Spülwirkung des Haffbeckens auf das Pillauer Seegatt kam hier in Erwägung. Ähnliche Wirkungen wie bei anderen Flussmündungen durch Ebbe und Fluth, werden beim Pillauer

2. Die Durchquerung der Fischhäuser Bucht. Hier handelte es sich um die Frage, ob beiderseitige Schutzdämme durchgeführt werden sollten, so dass die Bucht ganz vom offenen Haff abgeschnitten worden wäre, oder ob eine mehr oder weniger grosse Unterbrechung der Dämme stattfinden sollte. Mit Rücksicht auf die Schifffahrt und die Unterhaltung des Kanals wäre die erstere Lösung vorzuziehen gewesen, doch stand einer derartigen Ausführung der Einspruch der Fischerei und Schifffahrt treibenden, an der Bucht gelegenen Ortschaften entgegen, welche die freie Einfahrt in das Haff offen gehalten wissen wollten, auch eine Gefährdung des Fischbestandes in der Bucht durch die Abschliessung befürchteten. Auch die technische Frage der Spülwirkung des Haffbeckens auf das Pillauer Seegatt kam hier in Erwägung. Ähnliche Wirkungen wie bei anderen Flussmündungen durch Ebbe und Fluth, werden beim Pillauer

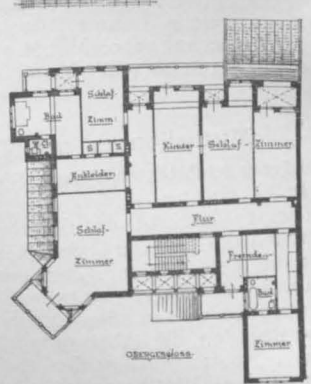
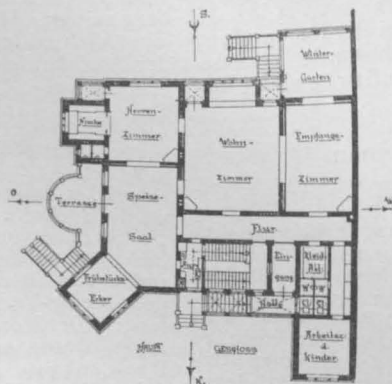
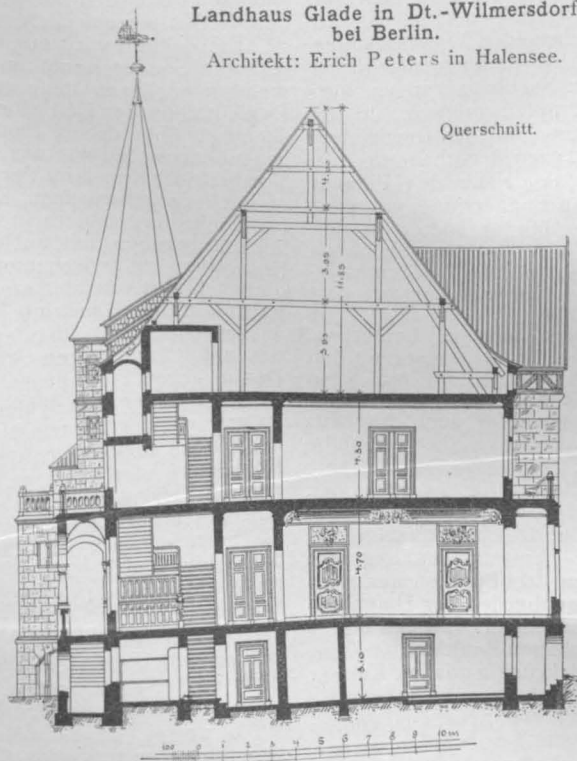
3. Die Sohlenbreite des Kanals. Das bedeutende Maass von 75 m, welches in dem Entwurf von Natus angenommen war, wurde für einen durch Dämme geschützten Kanal als unnötig gross erachtet. Ausgeführt ist bei einer Tiefe von 6,5 m unter M. W. in geraden Strecken, soweit dort Schutz durch Dämme vorhanden ist, eine Sohlenbreite von 30 m, in Ausweichestellen von 40 m, in den Krümmungen findet eine entsprechende Erweiterung statt, desgleichen in der Fischhäuser Bucht bei ungeschützter Rinne bis auf 75 m. Die Mindestsohlenbreite entspricht den Ausführungen bei anderen Kanälen, die der Seeschiffahrt dienen. So hat der Amsterdamer Seekanal bei 7 m Tiefe 27 m, der Kaiser Wilhelm-Kanal bei 9 m Tiefe 22 m

Glade in Dt.-Wilmsdorf  
bei Berlin.  
Erich Peters in Halensee.

Querschnitt.

Ausser dem bereits Gesagten mögen noch folgende Bemerkungen zur Erläuterung des ausgeführten Bauwerkes dienen. Die Rinne ist in Sandboden nach dem Verhältniss 1:2,5, in Schlickboden 1:5 gebösch. Zu beiden Seiten schliessen sich zunächst Banketts an, einschliesslich deren die Breite des Kanals 102,5 m beträgt. Ueber den Banketts beträgt die Wassertiefe 2 m bei M. W., sodass hier noch Platz für den Verkehr kleinerer Fahrzeuge ist, während ein weiterer Zweck dieser Anordnung ist, das Auslaufen der von den Schiffen aufgeworfenen Bugwelle zu erleichtern. Die Banketts gehen in die natürliche Haffsohle über, die sich auf der Landseite längs dem Ufer mangels stärkerer Wellen-Bewegung allmählich mit Vegetation bedeckt und mit der Zeit verlanden dürfte. Auf der Haffseite befindet sich 21 m vom Bankett oder etwa

Architekt: Erich Peters in Halensee.



72<sup>m</sup> von der Kanalmitte aus der Schutzdamm. Er ist gebildet durch eine Doppelreihe von Pfählen, die je nach der Wassertiefe 3—5<sup>m</sup> lang sind. Auf einer 6<sup>m</sup> breiten Sandschüttung sind dann Faschinen kreuzweise zwischen den Pfählen verlegt und schliesslich ist der Raum zwischen den Pfahlreihen durch Steinpackung ausgefüllt. Oben darauf sind besonders grosse Steine zur Deckung gelegt. Diese Anordnung hat sich erprobter Weise am besten in derartigen Verhältnissen bewährt. Eine Steinschüttung allein ist ebenso, wie ein Damm aus Pfählen allein, dem Eisgang gegenüber nicht widerstandsfähig genug. Die Krone dieses Dammes liegt 80<sup>cm</sup> über M. W., das höchste Hochwasser geht über den Damm hinweg, doch ist hierin kein Nachtheil zu erblicken, da erfahrungsgemäss Hochwasser und Eisgang nicht zusammentreffen, also in der Regel Eis aus dem offenen Haff in den Kanal nicht gelangen kann. Auf der Haffseite des Dammes ist der bei der Baggerung der Kanalrinne gewonnene Boden abgelagert. Es war zunächst beabsichtigt, hier einen Erd-

damm von mehr als Hochwasserhöhe in regelmässiger Profilierung herzustellen, doch wäre bei dem breiig auseinanderfliessenden Material eine solche Ausführung äusserst kostspielig, wenn nicht unmöglich gewesen. So begnügte man sich mit einer unregelmässigen Aufschüttung bis zur Höhe von Mittelwasser etwa und gab dem losen Sand bezw. den Schlickmassen einen festen Zusammenhalt durch Bepflanzen mit Weidenstecklingen, die jetzt auch bereits überall Wurzel gefasst haben und den Damm mit dichtem Buschwerk bedecken.

Eine Schwierigkeit bot noch der Umstand, dass die am Nordufer des Haffs gelegenen Dörfer mit fischereitreibender Bevölkerung nicht vom Haff abgeschnitten werden durften. Da also an den betreffenden Stellen Durchfahrts-Oeffnungen im Schutzdamm gelassen werden mussten, so entstand weiterhin die Frage, ob diese Oeffnungen durch Bootsschleusen geschlossen werden, oder dauernd offen bleiben sollten. Man entschied sich für letzteres, obwohl man sich nicht verhehlen kann, dass an diesen Stellen durch das bei wechselnden Wasserständen aus- und einströmende Haffwasser Versandungen der Rinne entstehen werden. Regelmässige Nachbaggerungen werden also diesen Uebelstand bekämpfen müssen. In unserem Lageplan sind diese Durchlässe mit den Buchstaben *D* bezeichnet, es sind deren imganzen 8 vorhanden.

Der Kanal hört vorläufig in der Nähe des Pillauer Vorhafens auf und ist durch eine Baggerrinne mit dem Fahrwasser des Tiefs verbunden. Ob er später in den Vorhafen hineingeführt werden wird, ist augenblicklich noch unentschieden. Die Meinungen über die Zweckmässigkeit dieser Anordnung, die im Ausführungs-Entwurf vorgesehen ist, gehen sehr auseinander.

Ueber die Tiefe des Kanals ist noch zu bemerken, dass sie 0,50<sup>m</sup> grösser ausgeführt ist, als seinerzeit bei dem Wettbewerb verlangt war, nämlich mit 6,50<sup>m</sup> bei M. W. Dieses Maass erscheint in Anbetracht der immer zunehmenden Zahl tiefgehender Dampfer auch durchaus geboten, namentlich wenn man bedenkt, dass dasselbe sich bei N. W. auf 6<sup>m</sup> ermässigt.

Einige Worte seien noch der Bauausführung gewidmet. Nach jenem Wettbewerb im Juli 1880 vergingen noch nahezu 10 Jahre mit Verhandlungen und Ueberlegungen, bis es zum Beginn des Baues kam. Erst im Frühling 1890 schritt man zur Ausführung. Von drei Punkten aus wurden die Arbeiten, und zwar im Eigenbetrieb der Hafenbau-Inspektion zu Pillau, in Angriff genommen: von den eigens zu diesem Zweck angelegten drei kleinen Bauhäfen bei Kamstigall, Zimmerbude und Gr.-Heydekrug (in unserer Kartenskizze mit dem Buchstaben *B* bezeichnet). Die Schwierigkeiten waren grösser, als man angenommen hatte, sodass sowohl der ursprünglich aufgestellte Kostenanschlag, wie die vorgesehene Bauzeit wesentlich überschritten wurden. Der preisgekrönte Entwurf von Natus war mit 5,25 Mill. M. veranschlagt, welche Summe jedoch bei der Nachprüfung seitens der Regierung auf 9,3 Mill. M. erhöht wurde. Schliesslich sind imganzen 12,3 Mill. M. für den Bau bewilligt und

verbraucht worden, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die jetzt ausgeführte Anordnung mit den Banketts von Natus nicht vorgesehen war, wie ferner, dass in der Bausumme auch die Kosten für die gleichmässige Vertiefung der Pregelstrecke von Königsberg bis zur Mündung und die Anschaffungskosten für die grossen Schwemmbagger mit enthalten sind. Unter Berücksichtigung dieser Ausgaben stellen sich die Kosten für 1<sup>km</sup> auf etwa 300000 M. Die Bauzeit war auf höchstens 8 Jahre geschätzt, hat aber imganzen 12 Bausommer inanspruch genommen. Allerdings waren die Arbeiten schon im Herbst 1900 soweit gefördert, dass Schiffen bis 5,5<sup>m</sup> Tiefgang die Benutzung des Kanals freigegeben werden konnte. Die Ausführung erfolgte derart, dass streckenweise zunächst der aus Pfählen mit Steinpackung bestehende Damm hergestellt wurde. Darauf wurde der mittels grosser Eimerbagger gewonnene Schlick- und Sandboden durch Kreiselumpen mit Rohrleitungen hinter den Damm geschwemmt. Den Schluss bildete die Bepflanzung der Anschüttung mit Weidenstecklingen.

Die Zukunft wird nun lehren, ob der Kanal, die Frucht jahrzehntelanger Bemühungen und erheblicher Geld-Aufwendungen, die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen wird. Es giebt unter den Königsberger Kaufleuten solche, die sehr skeptisch über diesen Punkt urtheilen. Solchen Zweifeln gegenüber wollen wir uns die bestimmt zu erwartenden Vortheile des Kanals im Vergleich zu den bisherigen Verhältnissen vergegenwärtigen. Erstens ist in Zukunft den grössten für Königsberg inbetracht kommenden Dampfern die Möglichkeit gegeben, mit voller Ladung ihr eigentliches Ziel, Königsberg, zu erreichen und ebenfalls mit voller Ladung die Rückfahrt von hier aus anzutreten. Zweitens wird die Fahrt auf der Kanalrinne sicherer und Zufällen weniger ausgesetzt sein, als im offenen Haff, da sie einerseits durch das nahe Land gegen Stürme, andererseits durch den Damm gegen Strömungen und Eisschiebungen geschützt, das Fahrwasser auch deutlicher kenntlich ist. Ein bestimmt zu erwartender Nutzen ist ferner der, dass die Schifffahrt im Winter mindestens imganzen 4 Wochen länger bis Königsberg wird offen gehalten werden können wie bisher; ein Gewinn, dessen Bedeutung gewiss von allen Seiten uneingeschränkt anerkannt werden dürfte. Solange das Eis noch schwach ist, kann bei nicht zu heftigem Frost durch hin- und herfahrende Eisbrecher leicht eine Fahr- rinne im Kanal offen gehalten werden, desgleichen im Frühjahr, wenn das Eis mürbe zu werden beginnt. In der offenen Haffrinne wurden derartige Bemühungen sofort vereitelt, wenn ein stärkerer Wind die Eisfläche des Haffs in Bewegung setzte.

So bedarf es für den Einsichtigen wohl keines weiteren Beweises, dass die Konkurrenzfähigkeit Königsbergs gegenüber den russischen Ostseehäfen durch den Seekanal eine wesentliche Förderung erfahren wird, sodass Königsberg mit der Hoffnung der Zukunft entgegensehen kann, allmählich seinen Mitbewerbern das ihm durch die Ungunst der Verhältnisse entrissene Handelsgebiet wieder abzugewinnen. —

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Dresdener Architekten-Verein.** Sitzung vom 2. Juli 1901. Vors. Hr. O. Haenel.

Auf eine Zuschrift des Vereins zur Erhaltung des alterthümlichen Charakters von Rothenburg o. d. T. beschliesst die Versammlung, den bisherigen Jahresbeitrag wiederum zu bewilligen. — Infolge eines schon in einer vorhergehenden Versammlung gefassten Beschlusses wird vom Vorsitzenden die Abfassung einer an den Rath zu Dresden zu richtenden Eingabe bezügl. der erneuten Ausschreibung eines Wettbewerbes für das neue Dresdener Rathhaus zum Vortrag gebracht und zwar mit dem Ersuchen, dieses Preisausschreiben unter deutschen Architekten zu erlassen.\*) Begründet wurde dieses Ersuchen damit, dass das Programm und die Situation theilweise andere geworden seien durch Hinzukauf verschiedener Parzellen, durch den allgemeinen Wunsch der Herstellung eines grösseren Platzes vor dem neuen Rathhause und des damit im Zusammenhange stehenden Wegfalles der früher beabsichtigten Durchführung der Gewandhausstrasse durch das Rathhaus, und ferner durch die Erwägung, dass es nach dem Vorbilde anderer Grosstädte wie Berlin usw. gerathen sein dürfte, die Amtsräume der mehr untergeordneten Verwaltungszweige besser in anderen Gebäuden unterzubringen. Gleichzeitig wurde in dieser Eingabe auch der Wunsch um Einführung eines anderen Systems der Preisertheilung zum Ausdruck gebracht, dahin lautend, dass eine grössere Anzahl gleicher Preise, sowie für die

beste Lösung die Ausführung in Aussicht gestellt werden möchte. — Zum Ersatzmitgl. für den Besichtigungs-Ausschuss anstelle des verstorbenen Kollegen B. Hübner wird Hr. Arch. Johannes Lehnert gewählt. —

Sitzung vom 8. Okt. 1901. Der Vors., Hr. O. Haenel, berichtet anhand verschiedener Zeichnungen, Photographien und Situationspläne über den Verlauf der XXX. Abgeordneten-Vers. des Verb. in Königsberg i. Pr. Ferner fordert der Vorsitzende die Versammlung wiederholt zum regen Bezug auf das prächtig ausgestattete Werk „Das Bauernhaus im deutschen Reiche“ auf. Die Hrn. Arch. Bruno Krutsch, W. Kreis und Reg.-Bmstr. Peisker wurden als Mitgl. aufgenommen. —

Gelegentlich der Sitzungen vom 23. Okt. und 26. Nov. erfolgte die Mittheilung über erfreuliche Neuansmeldungen zur Aufnahme in den Verein sowie ein ergänzender Bericht über zu bearbeitende Verbandsfragen. Nach dem Vorgange des Berliner Architekten-Vereins will der Dresdener Verein gleichfalls in einen Vertrag mit der Magdeburger Lebens-Vers.-Gesellsch. eintreten; zur Erledigung der Vorfragen hierzu wird ein Ausschuss aus den Hrn. O. Haenel, Georg Adam und Hermann Arnold gewählt.

Der Vorsitzende, Hr. O. Haenel, berichtet sodann über das am 3. Nov. v. J. an den Verbands-Vorstand abgeschickte Schreiben betr. die leider noch immer häufig auftretenden Uebelstände bei Wettbewerben und die Wünsche der Architekten bezüglich deren möglicher Abstellung. Er erläuterte durch Beispiele die Berechtigung dieser Wünsche und die Punkte, gegen welche hauptsächlich verstossen zu werden pflegt. Abgesehen von einer strengen Einhaltung der Verbands-Grundsätze seien aber noch fol-

\*) Anmerkung der Redaktion. Vergl. hierzu unsere Notiz in No. 5, dass der Rath der Stadt in diesem Sinne vorzugehen beabsichtigt.



gende Wünsche hinsichtlich des Wettbewerbs-Verfahrens geltend zu machen. 1. Die jetzt übliche Gepflogenheit, meist nur drei Preise zur Vertheilung zu bringen und höchsten Falles noch einige Arbeiten anzukaufen, möchte besser fallen gelassen werden, dafür entsprechend der bei grösseren Aufgaben eingehenden grossen Zahl oft nahezu gleichwerthiger Lösungen eine grössere Anzahl gleicher Preise, sowie für die beste Lösung die Ausführung des Bauvorhabens nach den Plänen und unter der Oberleitung des preisgekrönten Architekten gestellt werden. Das jetzige Verfahren führe zu Ungerechtigkeiten. 2. Es sollten als Preisrichter nicht immer berühmte Autoritäten hinzugezogen werden, denen es oft an der Zeit fehle, während es andererseits den nicht so berühmten Preisrichtern oft nicht leicht fallen dürfte, einer solchen Autorität gegenüber die eigene Meinung mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. —

Zur Bearbeitung der Verbandsfrage: „Beschaffung billiger Wohnungen betr.“ wird ein Ausschuss gewählt aus den Hrn. Prof. Seitler, Arch. O. Menzel, J. Lehnert, Br. Krutsch und Joh. Thierfelder. — Von Mitgliedern wurde angeregt, an die sächs. Regierung, u. Umst. in Verbindung mit anderen Vereinen, eine Eingabe zu richten mit der Bitte, der immer mehr überhandnehmenden Verunstaltung landschaftlich schöner Punkte (z. B. in der Sächs. Schweiz) durch aufdringliche unschöne Reklameschilder, womöglich auf gesetzlichem Wege, Einhalt zu thun.\*) Hr. Arch. Menzel wünschte diese Machtbefugnis der Behörden auch noch auf die Erhaltung historisch gewordener Baulichkeiten in der Landschaft, unter anderem hinweisend auf das bekannte Spitzhaus auf den Lössnitzbergen bei Dresden u. a. m., ausgedehnt zu sehen, insofern, dass das Anbringen von den bisherigen Gesamteindruck störenden Anbauten untersagt werde. Auch für die weitere Behandlung dieser Eingabe wurde ein Ausschuss ernannt aus den Hrn. Prof. Seitler, Treitschke, Lehnert, O. Haenel.

Mit grossem Interesse sprach sich der Verein über die Baupläne des bayerischen Prinzregenten aus. Es kam der lebhafte Wunsch zum Ausdruck, dass auch in Sachsen, besonders in Dresden, auf ein Eingreifen in die Anordnung staatlicher Monumentalbauten unter Berücksichtigung eines einheitlichen Planes und unter Hinzuziehung von Architekten und Vertretern der verschiedenen beteiligten Stellen von maassgebender Stelle aus hingewirkt werden möchte, damit für die Zukunft die Errichtung von Staatsgebäuden an allgemein als ungeeignet bezeichneten Plätzen — Landgericht in der Pillnitzer Str., neues Polizeigebäude in der Schiessgasse — vermieden werde.

Am 22. Nov. 1901 unternahm der Verein unter Führung des Hrn. Arch. Bachmann eine Besichtigung der neu erbauten Jakobikirche am Wettinerplatze in Dresden, welche nach einem i. J. 1894 erlassenen Preisausschreiben vom Gewinner des I. Preises, Hrn. Arch. Jürgen Kröger, in romanischem Stile in 4jähriger Bauzeit ausgeführt worden ist. Der schön gruppierte Zentralbau mit seinem aus der Kuppel sich entwickelnden etwa 80m hohen Thurm wirkt, namentlich von der SW.-Seite aus gesehen, sehr malerisch, welche Wirkung noch durch das grün glasierte Ziegeldach und durch die grossen Rosenfenster an den beiden Querschiffen erhöht wird. Das Innere der Kirche gewährt ein günstiges Gesamtbild durch den mächtigen Kuppelraum mit seinen Kreuzarmen und durch die Chornische mit ihrem herrlichen Bilderschmuck auf Goldgrund, gemalt von den Dresdener Künstlern Phil. Schmidt und Paul Herrmann, ferner durch die sehr wirkungsvollen farbigen Glasfenster und durch die aussergewöhnlich gelungene stilgerechte, kräftig, aber dabei stimmungsvoll wirkende Malerei. Auch für den Abend ist durch künstliche Beleuchtung sehr schöne Wirkung erzielt durch flach an der Decke angebrachte Glühlichtkörper — in der Kuppel in Kreuzform — und durch an den Kämpfern der Pfeiler und an den Brüstungen der Emporen angebrachte Beleuchtung, wenn auch die letztere die ruhige Gesamtwirkung der Farbenharmonie etwas beeinträchtigt; die sonst im Kirchenraum üblichen Kandelaber fallen fort, zum Vortheil des freien Ausblicks auf Altar und Kanzel. Die Kirche hat 1300 Sitzplätze, eine grösste Länge des Kirchenraumes von 34m und grösste Breite von 28m. Der entfernteste Sitzplatz liegt 20m von der Kanzel.

Am 2. Dez. fand unter Führung des Erbauers der neuen Johannstädter Krankenhausanlage, des Hrn. Stdtbrth. Bräter, eine Besichtigung dieser in solcher Vollkommenheit vielleicht jetzt einzig dastehenden Anlage statt. Dieser Besichtigung hatten sich die Mitglieder des Sächs. Ing.- u. Arch.-Vereines angeschlossen. Da, wie wir hören, die

Stadt Dresden beabsichtigt, demnächst eine Sonderschrift mit Illustrations-Beilagen dieser in reichlich 2 Jahren geschaffenen grossartigen Krankenhaus-Anlage im Osten der Stadt herauszugeben, mögen für heute nur einige kurze Bemerkungen genügen. Das zur Verfügung stehende Gelände umfasst eine Fläche von 63415 qm, also rd. 6,34 ha, von denen jetzt 11084 qm bebaut worden sind, das übrige ist theils späteren Zubauten vorbehalten, theils zu Garten-Anlagen umgestaltet worden. Die Anlage besteht aus 17 Einzelbauten und ist so angeordnet, dass die Krankenhäuser in ihrer Längsrichtung von Norden nach Süden gerichtet sind, so dass die Sonne fast während des ganzen Tages Zutritt zu den Krankensälen hat. Es sind vorhanden: ein grosses Verwaltungs-Gebäude, ein Gebäude für Sonderkranke, vier Kranken-Gebäude, ein chirurgisches Doppelhaus mit Operations-Gebäude, zwei Häuser für ansteckende Kranke, ein Haus für unruhige Kranke, Anatomie und Leichenhaus, ein Gebäude für Dampfkocherei, Bäder und Heilgymnastik, das Desinfektions-Gebäude, das Stallgebäude und die Kapelle. Durch einen unterirdischen 1000m langen, 2m breiten und 2,4m hohen Gang sind sämtliche Gebäude unter einander verbunden, ebenso sind darin die Dampf-Kondens-Warmwasser und Gasleitung, ein Theil der elektrischen Licht- und Kraftzuleitungen, sowie die Telephon- und Klingelleitungen untergebracht. Es sind gegenwärtig 581 Betten aufgestellt, wobei für jeden Kranken ein Lutraum von 30 cbm vorhanden ist. Nach vollem Ausbau der ganzen Anlage durch später noch zu errichtende Krankengebäude werden sich die Kosten für ein Bett auf 7848 M. stellen. Werden indess die Grunderwerbs- und Strassenbankkosten nicht in Anschlag gebracht, so stellen sich jetzt die Kosten für ein Bett auf 7143 M. und nach vollem Ausbau auf 5928 M.

Die ausgedehnten, mit Pavillons, Lauben, schönen Rasenplätzen versehenen Gartenanlagen, vor allem aber die theilweise in Putzbau mit Sandsteinsimsen, Giebeln, Fenstergewänden, in prächtigen charakteristischen Architekturformen ausgeführten Gebäude geben dem Beschauer ein grossartiges Gesamtbild der mustergiltig zu nennenden Anlage, die ihrem Erbauer, Hrn. Stdtbrth. Bräter, der unter Mitwirkung des Hrn. Stadtbauinsp. Louis die Aufgabe in so glücklicher und rühmenswürdiger Weise zu lösen verstanden hat, ein ehrenvolles Zeugnis ausstellt. —

O. H.

### Vermischtes.

Zum siebenzigsten Geburtstag von Wilhelm Böckmann sind dem Jubilar reiche Ehrungen zutheil geworden. Er wurde für seine hervorragenden Verdienste um die Baukunst im Allgemeinen zum „Geheimen Baurath“ und für seine Verdienste um den Architekten-Verein zu Berlin im Besonderen von diesem zum „Ehrenmitgliede“ ernannt.

Am Abend seines Jubeltages versammelten sich eine grosse Zahl seiner Verwandten, Freunde und Verehrer im grossen Festsale des Zoologischen Gartens in Berlin, um Böckmann in glänzender Weise eine herzliche Kundgebung allseitiger Verehrung zu bereiten. Der reich geschmückte Saal und die festliche Versammlung boten ein prächtiges malerisches Bild dar. Den Vorsitz führte Hr. Geh. Reg.-Rath Prof. H. Ende, die Begrüssungsrede an den Jubilar hielt Hr. Brth. Kyllmann. Ihm und der Versammlung, welche den Gefeierten mit brausenden Hochrufen begrüsst, dankte der letztere in einer längeren Rede, in welcher er seinen Entwicklungsgang namentlich in seiner ersten Lebenshälfte, welche der Versammlung nicht so gegenwärtig sein konnte, wie das reiche Werk seiner zweiten Lebenshälfte, schilderte und diese Schilderung einerseits mit Bemerkungen über die erfahrene Lebensweisheit des Vaterhauses, andererseits mit vergleichenden Bemerkungen über die Entwicklung der Technik schmückte. Mit Recht konnte der Redner unter der Zustimmung der Versammlung sagen, er habe nicht umsonst gelebt und wenn seine Rede in dem Wunsche ausklang, es möge ihm beschieden sein, das mehr als neunzigjährige Alter seiner Eltern zu erreichen, so vereinigte er sich in diesem Wunsche mit dem der Versammlung. Mit ungewöhnlicher Frische und mit warmer, herzlicher Antheilnahme, durchflochten mit launigen, von der Versammlung mit grosser Heiterkeit aufgenommenen Bemerkungen schilderte darauf Hr. Geh. Reg.-Rath Ende seine Beziehungen zum Jubilar als Jugendfreund, Reisegenosse und als geschäftlicher Mitarbeiter in einer Rede, die in ihrer freien Meisterschaft den Höhepunkt des schönen Abends bildete. —

**Ehrenbezeugungen an Künstler.** Die Architekten und kgl. Bauräthe A. Heyden und H. v. d. Hude in Berlin wurden zu „Geheimen Bauräthen“ ernannt. Wir dürfen in diesen Ernennungen ohne Zweifel einen erneuten Beweis staatlicher Anerkennung der Privat-Architektur erblicken. —

\*) Anmerk. d. Red. Dem preuss. Landtage ist eine entsprechende Reg.-Vorlage in dieser Session bereits zugegangen. —

Zur Ueberwachung elektrischer Anlagen, zur Prüfung von Entwürfen und Kostenanschlägen dazu erschien es manchem Interessenten wünschenswerth, eine neutrale Stelle anrufen zu können. Unter der Bezeichnung „Prüfungs- und Ueberwachungs-Anstalt für elektrische Anlagen, Berlin, N.W. 52, hat Hr. Privatdozent Dr. Franz Peters eine solche eingerichtet. —

### Todtenschau.

Stadtbourath Peter Bernatz †. Am 9. Jan. verschied zu Würzburg nach langem schweren Leiden der dortige Stadtbourath für das Hochbauwesen, Peter Bernatz, ein für das Bauwesen dieser Stadt hochverdienter Techniker. 1862 als Sohn des 1898 verstorb. kgl. Ob.-Brths. an der obersten Baubehörde zu München Karl Ritter von Bernatz geboren, war der Verstorbene von 1891–1901 Stadtbourath für das Hochbauwesen in Würzburg.

Bernatz hat an der Erweiterung der alten Sandgasse und der Eichhorngasse durch geeignete Vorschläge 1894 bis 1900 bedeutenden Antheil genommen und sich seinerzeit um die architektonische Ausgestaltung der beiderseitigen Rampen der Ludwigsbrücke verdient gemacht; insbesondere stammen die Entwürfe zu den zwei Gruppenbauten am Sanderring längs der Auffahrt zur Ludwigsbrücke und für das am jenseitigen Ufer gelegene „Mainländer Heim“ von seiner Hand.

An städtischen Neubauten hat er zur Ausführung gebracht: 1893/94 das 1. Grombühler Schulhaus mit 14 Lehrsälen, Turnhalle und Bad; 1894–98 die 5 Zollhäuschen an der Mergentheimer-, Rottendorfer-, Faulenberg-, Frankfurter- und Höchbergerstrasse, reizende kleine landhausartige Gebäude in grundsätzlich verschiedener Grundriss- und Fassadenausbildung; 1894/95 die Wiederherstellung des sogen. alten Schwurgerichtssaales (jetziger Sitzungssaal der städtischen Kollegien) mit einer alten sehenswerthen Stuckdecke; 1895/96 das neue Leichenhaus; 1897 bis 1899 das Zentral-Schulhaus mit 31 Lehrsälen, Turnhalle und Bad, dessen Renaissancefassaden auf seinen Vorschlag ganz in weissem Sandstein ausgeführt wurden; 1898/1900 den Rathhausneubau, der ihm Gelegenheit gab, seine künstlerischen Fähigkeiten an einem monumentalen Werke im Stile deutscher Renaissance zu entfalten und sich ein dauerndes Andenken als Künstler zu sichern. Nachdem das den Kürschnerhof in malerischer Weise abschliessende alte Landgerichts-Gebäude dem Verkehr zum Opfer gefallen war und die damit entstandene Freilegung der Domkirche und des Neumünsters unter den Sachverständigen und in der Oeffentlichkeit sehr verschiedene Beurtheilung fand, hat Bernatz mit vieler Liebe eine Reihe von Entwürfen für die theilweise Wiederbebauung des Neumünsterplatzes ausgearbeitet. Auch der Entwurf zur Fassade des Egstein'schen Hauses, Ecke Domstrasse und Kürschnerhof, ist von seiner Hand. Ferner wirkte Bernatz in hervorragender Weise mit an der Errichtung der Monumentalbrunnen am Residenz- und am Bahnhofplatze. In Anerkennung seiner Thätigkeit an letzterem Bau, dem sogenannten Kiliansbrunnen, der ein Geschenk Sr. kgl. Hoheit des Prinzregenten von Bayern an die Stadt war, erhielt er den Michaels-Orden IV. Klasse. Die Wiederherstellung des Kaiser Wenzel-Saales — ein historisches Denkmal ersten Ranges — hat er angeregt und durch eingehendes Studium der Baugeschichte vorbereitet. Ferner hat Bernatz 1894–1896 auch eine reiche Thätigkeit für die Erweiterung der Stadt Würzburg entfaltet.

Im geselligen Leben war der Verstorbene ein gewandter und lebenswürdiger Mensch, der durch seinen Humor und sein Wesen alle, die mit ihm verkehrten, für sich einzunehmen wusste. Er war sozusagen auch hierin ein Künstler mit hervorragender Begabung. —

### Preisbewerbungen.

Eine internationale „Ehrenpreisfrage“ der Gesellschaft zur Beförderung der Baukunst in Amsterdam anlässlich ihres 60jährigen Bestehens betrifft den Entwurf eines königlichen Palastes in Amsterdam für den vorübergehenden Aufenthalt des holländischen Königspaares. Das Gebäude soll auf einem freien Platze hinter dem Reichsmuseum, gegenüber dem städtischen Museum, errichtet werden; ein ausführliches Raumprogramm erläutert die baulichen Bedürfnisse. Da es sich, da keine Bausumme genannt ist, wohl nur um einen Ideenwettbewerb handelt, was auch schon die knappen Preise zum Ausdruck bringen, so erscheinen uns die zeichnerischen Anforderungen grösser, als diese gemeinhin in Deutschland üblich zu sein pflegen. Der I. Preis besteht in der silbervergoldeten Medaille der Gesellschaft und 500 fl. = 830 M., der II. Preis in der silbernen Medaille und 250 fl. = 415 M., der III. Preis in der bronzenen Medaille und 100 fl. = 165 M. Termin ist der

30. Juli 1902. Im Preisgericht befinden sich lediglich holländische Herren, was gleichfalls dem bei uns herrschenden Brauche widerspricht. Es sind die Hrn. Prof. E. Gugel-Delft, Arch. C. Muysken in Baarn, Arch. Prof. J. F. Klinkhamer in Delft, Arch. H. Evers in Rotterdam, Arch. H. P. Berlage, Arch. A. Salm in Amsterdam, Arch. Joh. Mutters jr. im Haag, Arch. J. Verheul in Rotterdam und Arch. C. T. J. Louis Rieber in Amsterdam. An letzteren als Sekretär der „Gesellschaft zur Beförderung der Baukunst“ (Marnix-Straat 402) sind alle Sendungen zu richten. —

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal in Hamburg.** Als Verfasser der Entwürfe „Parsifal“, „Largo“ und „Eine Vision“ nennt sich uns Hr. Arch. Theobald Schöll in Leipzig; Verfasser des Entwurfes „Dem Reichsschmied“ ist Hr. Arch. Bernhard Schaepe in Berlin, der des Entwurfes „Roland“ auf S. 49 Hr. Reg.-Bfhr. O. Eggeling in Braunschweig. —

**Wettbewerb Stadttheater Freiburg.** Als Verfasser des zum Ankauf empfohlenen Entwurfes „Meinem Liebling gewidmet“ nennt sich uns Hr. Arch. Christ. Musel in Stuttgart. —

### Personal-Nachrichten.

**Preussen.** Dem Reg.- u. Brth. Nuyken in Breslau ist die etatm. Stelle eines Reg.- u. Brths. als ständ. melior.-techn. Hilfsarb. im Minist. für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten übertragen.

Dem Kr.-Bauinsp. Brth. Freyse in Köln a. Rh. ist beim Uebertritt in den Ruhestand der Char. als Geh. Brth., den Mel.-Bauinsp. Müller in Insterburg, Knauer in Königsberg und Krüger in Lüneburg, den Garn.-Bauinsp. Afinger in Spandau, Mebert in Strassburg i. E., Feuerstein u. Weisenberg in Berlin, Herzfeld in Metz und Rohlfing in Köln a. Rh. und dem Bauinsp. Latowsky in Saarbrücken ist der Char. als Brth. mit dem persönl. Range der Räte IV. Kl. verliehen.

Versetzt sind: die Reg.- u. Brthe. Stolze von Gumbinnen nach Merseburg u. Moritz von Bromberg nach Erfurt, — der Landbauinsp. Brth. Rattey in Berlin als Bauinsp. an die 5. Poliz.-Bauinsp., der Bauinsp. Brth. Natorp von Charlottenburg als Landbauinsp. nach Berlin in die Bauabth. des Minist. der öffentl. Arb., der Bauinsp. Brth. Lütcke von der Bauinsp. 5 an die Bauinsp. 3 Charlottenburg, — die Kr.-Bauinsp. Brth. Stock von Rüdesheim nach Köln, Leutfeld von Ostrowo nach Rüdesheim, Claren von Mogilno nach Harburg, Michael von Nakel nach Gelnhausen, Brth. Zeuner von Harburg als Landbauinsp. nach Frankfurt a. O. und Brth. Ehrhardt von Allenstein als Landbauinsp. nach Danzig, — der grossherz. hess. Eisenb.-Dir. Schobert in Giessen als Mitgl. an die kgl. preuss. u. grossherz. hess. Eisenb.-Dir. in Mainz, — die Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Oehlmann in Goldap in den Bez. der kgl. Eisenb.-Dir. Erfurt, Marx in Friedland und Streckfuss in Stallupönen zur kgl. Eisenb.-Dir. in Königsberg i. Pr., Reiser in Friedland zur Betr.-Insp. i. Königsberg i. Pr. und Ruppel in Simmern zur kgl. Eisenb.-Dir. in Breslau.

Angestellt sind: Die Reg.-Bmstr. Spriemberg in Allenstein, Freytag in Berent, Schwarze in Wittstock, Gersdorff in Sensburg, Lange in Beeskow, Saegert in Schwetz i. Westpr. und Czygan in Naugard als Kreis-Bauinsp., sowie Zeidler als Landbauinsp. in Posen.

Die Reg.-Bfhr. Karl Loewe aus Laurahütte u. Friedr. Heese aus Berlin (Hochbfb.), — Gg. Hansmann aus Vorsfelde, Willy Doehn aus Glutzwow, Ferd. Müller aus Berlin (Wasser- u. Strassenbfb.), — Herm. Steckhan aus Gr. Ilsede, Emil Meier aus Malverode, Karl Stanislaus aus Aachen, Kurt Thiele aus Neisse, Otto Bühren aus Brechtefeld (Eisenbfb.), — Kurt Engmann aus Schweidnitz, Max Fuchs aus Dorndorf, Felix Titz aus Münsterberg, Thadd. v. Czarnowski aus Lebno, Math. Tesch aus Euskirchen, Karl Rintelen aus Meschede, Ludw. Seidel aus Münster i. W. (Masch.-Bfb.) sind zu Reg.-Bmstr. ernannt.

Brth. z. D. Fischer in Hildesheim ist in d. Ruhestand getreten.

### Brief- und Fragekasten.

**Hrn. P. P. in S.** Es ist zweifellos ein nicht dem deutschen Konkurrenzwesen entsprechender Vorgang, wenn von Wettbewerbs-Entwürfen die zugehörigen Rähmchen entfernt und dadurch die Entwürfe in ihrem äusseren Ansehen entstellt werden. Wir würden Ihnen empfehlen, eine nachdrückliche Vorstellung an die ausschreibende Stelle zu richten und auch das Preisgericht von dem Vorfall in Kenntniss zu setzen. Das müsste aber wohl ohne Namensnennung geschehen. —

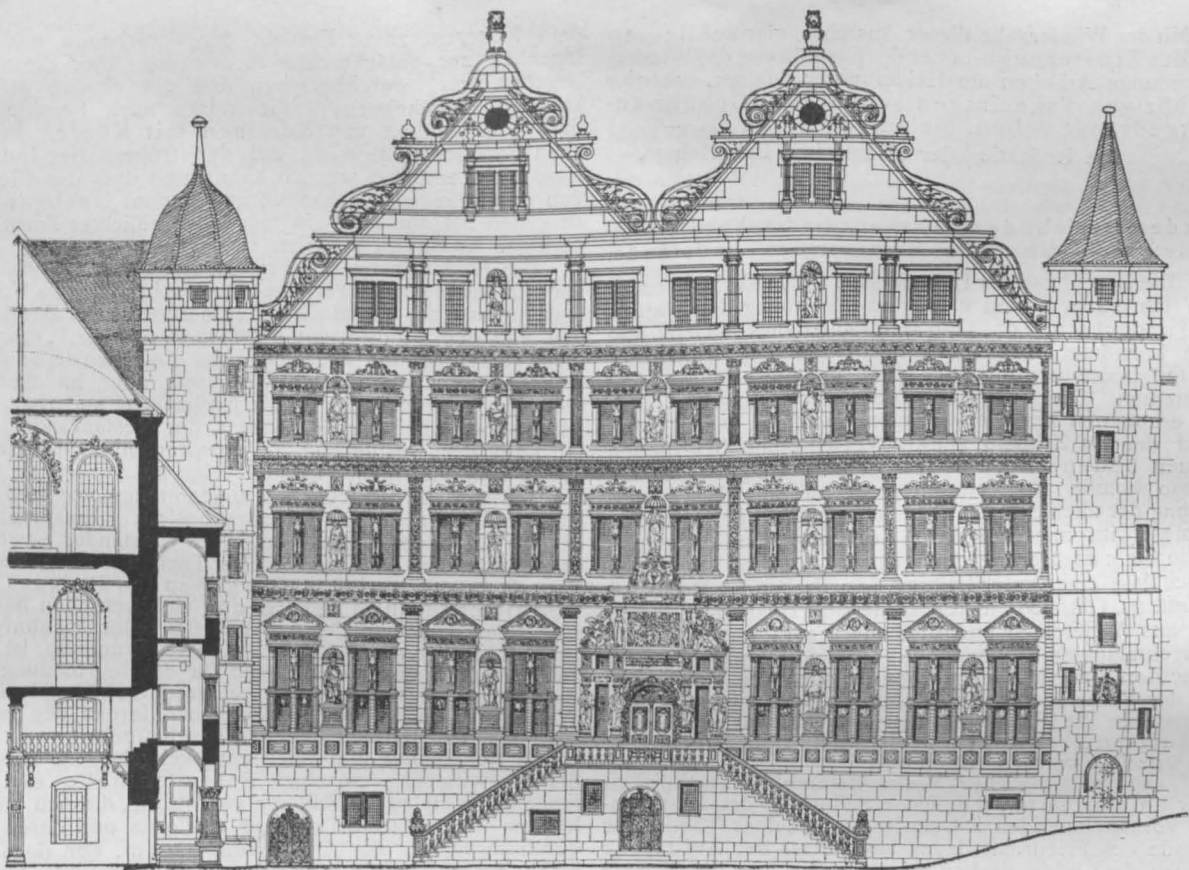
**Hrn. G. St. in B.** Wir bitten Sie, Ihre Anfrage an die „Deutsche Thonindustrie-Zeitung“, Berlin NW. 5, Kruppstr. 6, oder an die „Deutsche Töpfer- und Ziegler-Zeitung“, Berlin N., Kesselstrasse 7, richten zu wollen. Wo ist übrigens der Nachweis des Bezuges unserer Zeitung?

**Inhalt:** Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Bismarck-Denkmal in Hamburg (Schluss). — Landhaus Glade in Dt.-Wilmsdorf bei Berlin. — Der Königsberger Seekanal — Mittheilungen aus Ver-einen. — Vermischtes. — Todtenschau. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Hierzu eine Bildbeilage: Landhaus Glade in Dt.-Wilmsdorf bei Berlin.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin.





Gestalt der Giebel des Otto Heinrich-Baues 1603

nach dem Thesaurus picturarum u. nach Haupt.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG.

XXXVI. Jahrgang No. 11. Berlin, den 5. Februar 1902.

## Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Wir bringen hiermit zur Kenntniss der Verbands-Mitglieder, dass für die diesjährige in Augsburg tagende Abgeordneten- und Wander-Versammlung des Verbandes folgendes vorläufige Programm in Aussicht genommen ist.

### 1. Abgeordneten-Versammlung:

Freitag, den 29. August, Abends: Begrüssung der Abgeordneten. — Sonnabend, den 30. August: Berathungen. — Sonntag, den 31. August: Schluss der Berathungen. Feststellung des Protokolls. Nachmittags: Gemeinsamer Ausflug.

### 2. Wander-Versammlung:

Sonntag, den 31. August, Abends: zwanglose Begrüssung. — Montag, den 1. September: Versammlung. Berathungen und Vorträge. Nachmittags: Besichtigungen. — Dienstag, den 2. September: desgl. — Mittwoch, den 3. September: Ausflug nach Füssen und Hohenschwangau.

Dresden-Berlin, den 31. Januar 1902.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Der Vorsitzende: Waldow.

Der Geschäftsführer: Eiselen.

## Zur Frage der Fortsetzung der Wiederherstellungs-Arbeiten am Heidelberger Schloss.

**I**n dem Kampfe um die Erhaltung des Heidelberger Schlosses hatten wir in Aussicht genommen, auf eine Kundgebung einer Gruppe hervorragender Berliner Architekten, die wir S. 16 zum Abdruck brachten, näher einzugehen. Wir glaubten jedoch, dazu erst nach Vollendung des Aufsatzes des Hrn. Arch. Fritz Seitz in Heidelberg schreiten zu können, da dieser Aufsatz für die sachliche Beurtheilung der Frage unseres Erachtens so schlagende Gründe enthält, dass sie bei den Erörterungen nicht unberücksichtigt bleiben konnten. Inzwischen jedoch ist unsere Absicht durch die Ereignisse überholt und bis zu einem gewissen Grade vorläufig wenigstens gegenstandslos gemacht worden, indem, wie wir bereits S. 40 berichteten, die grossherz. badische Regierung sich entschlossen hat, eine Vorlage über die zum Schutze des Heidelberger Schlosses und im Interesse seiner dauernden Erhaltung zu treffenden Maassnahmen dem gegenwärtig versammelten Landtage nicht mehr zu machen. Die Regierung erachtete die Frage noch nicht als spruchreif, „nach dem Gang der letzten Konferenzerweisen sich vielmehr weitere Studien

und Vorarbeiten nöthig, die einzuleiten das Ministerium sich angelegen sein lassen und je nach deren Ergebniss es seiner Zeit mit bestimmten Vorschlägen an die Volksvertretung herantreten wird.“

Wir haben nun, unbeschadet unserer persönlichen Auffassung in der Frage, der journalistischen Pflicht zu genügen, die Auffassung der verschiedenen bei den Erörterungen interessirten Faktoren zum Ausdruck kommen zu lassen. Den bisher in diesem Sinne erfolgten Veröffentlichungen lassen wir nachstehend mit geringen Kürzungen die Ausführungen folgen, welche der grossherz. badische Finanz-Minister am 4. Jan. 1902 an die zweite Kammer der badischen Landstände richtete, und schliessen an diese einen Aufsatz des Hrn. Prof. Dr. A. Haupt in Hannover an, der sich mit der Frage der Giebellösung beschäftigt. Hr. Haupt hat die Absicht, die hier aus Raum-mangel nicht mögliche Begründung seiner Annahmen in einer selbständigen Schrift zu geben, die demnächst bei Heinr. Keller in Frankfurt a. M. erscheinen wird.



Mit der Wiedergabe dieser Ausführungen schliessen wir die Erörterungen über die Fortführung der Wiederherstellungs-Arbeiten am Heidelberger Schloss, welche die übrigen Tagesfragen schon über Gebühr zurückgedrängt haben, bis auf Weiteres ab. —

Die Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“.

## I.

Aus dem Bericht des grossherz. badischen Finanzministers an die zweite Kammer der Landstände.

„Die Beschlüsse der Heidelberger Schlossbaukonferenz vom Jahre 1891 hatten u. a. eine Abformung der Statuen des Friedrichs- und des Otto Heinrichs-Baues in Gips und nach beendeter Abformung die Wiederverbringung der Originalstatuen an ihre alten Standorte in Aussicht genommen. Die Abformung in Gips wäre indessen nach den erhobenen kunstverständigen Gutachten für den Bestand der im Zustand starker Verwitterung begriffenen Statuen bedenklich und sie gefährdend gewesen und ebenso konnte aus demselben Grund eine Wiederaufstellung der alten Statuen nicht infrage kommen, es wurde vielmehr „im Interesse ihrer Erhaltung“ die Aufstellung der in Stein anzufertigenden Kopien dringend empfohlen (Beschlüsse einer unter Leitung des Ob.-Baudir. Durm am 26. und 27. Okt. 1894 in Karlsruhe und Heidelberg tagenden, aus Architekten und Bildhauern zusammengesetzten Sachverständigen-Kommission). Zugleich ergab sich auf dieser Konferenz Meinungs-Uebereinstimmung dahin, dass vor der Verbringung der Kopien an ihren Standort mindestens die die Figurennischen umgebenden stark beschädigten Architekturtheile nothwendigerweise wiederhergestellt werden müssten.

Diese in dringlicher Weise betonte Nothwendigkeit einer im übrigen mit thunlicher Schonung des Bestehenden vorzunehmenden Restaurirung einzelner Theile der Fassade des Friedrichs-Baues aus Anlass der Aufstellung der von dem bildnerischen Schmuck genommenen Kopien gab der Baudirektion Veranlassung, in Uebereinstimmung mit dem Ergebniss der vorerwähnten 1894er Konferenz, Antrag auf planmässige Restaurirung des Friedrichs-Baues überhaupt zu stellen. „Der Friedrichs-Bau“, heisst es in einem Bericht der Baudirektion vom 6. Nov. 1894, „kann unabhängig von den anderen Bauten in seiner Restaurirung behandelt werden, wie er auch unabhängig und frei von den anderen Bauten des Schlosses entstanden ist und erbaut wurde“. Insbesondere wurde in diesem Bericht der Baudirektion beantragt, dem Bau sein ursprüngliches hohes Dach wieder zu geben. „Die Zwerchhäuser mit ihrem jetzigen traurigen Anschluss an das zu niedrige Satteldach (das im 18. Jahrhundert als Nothdach nach einer eingetretenen Brandkatastrophe eingebracht wurde), welches Nothdach in die unteren Fenster einschneidet und die Zumauerung der oberen erfordert, verlangen die Aenderung beinahe gebieterisch“. Mit diesen Anträgen auf umfassendere und in einem Zug herzustellende Restaurirungsarbeiten am Friedrichsbau hatte augenscheinlich die Baudirektion und deren Vorstand die Unterlage der Heidelberger Konferenzbeschlüsse des Jahres 1891, wenigstens was den Friedrichs-Bau anlangt, ihrerseits preisgegeben. Denn mit dem Beschluss jener Konferenz unter Ziffer 2: „die (am Heidelberger Schloss) vorzunehmenden Arbeiten müssen bis in die kleinsten Theile auf Erhaltung des Bestehenden gerichtet sein. Erneuerungen (auch von Ornamenten und figürlichen Darstellungen) sollen erst vorgenommen werden, wenn das Bestehende vollständig oder schon soweit zerstört ist, dass eine Ausbesserung ausgeschlossen erscheint“ — war weder die sofortige Inangriffnahme des Ersatzes aller Statuen durch Kopien, noch die in Antrag gebrachte durchgängige Restaurirung der beiden Fassaden, am wenigsten die Ersetzung des vorhandenen und keineswegs baufälligen Daches durch ein neues in Einklang zu bringen. Da aber die Vorschläge durch die Baudirektion nach Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit zweifellos begründet und wohldurchdachte waren und zudem auf die Gutachten der vernommenen Spezial-Sachverständigen sich stützten, so lag für das Finanzministerium alle Veranlassung vor, diesen Anträgen stattzugeben. Eine Anforderung für die Restaurirungs-Arbeiten am Friedrichsbau, die, wie bekannt, auch auf den Innenbau sich erstreckten, um der Stadt Heidelberg für ihre Sammlungen erweiterte Räumlichkeiten zur Verfügung stellen zu können, erfolgte erstmals im Budget für 1894/95. Mit der Ausführung der Restaurirungsarbeiten wurde Ob.-Brth. Prof. Schäfer betraut. Die Restaurirungspläne selbst wurden in einer unter dem Vorsitz des Unterzeichneten abgehaltenen Ministerialsitzung in Anwesenheit des Planfertigers und des Oberbaudirektors Durm, nach-

dem letzterem zuvor Einsicht der Vorarbeiten und Gelegenheit zur gutächtlichen Aeusserung über dieselben gegeben war, durchberathen und mit einigen Modifikationen gutgeheissen, insbesondere auch beschlossen, dass „der Aufbau von Kaminen mit Köpfen in der alten Form mit Rücksicht auf den frühern Bestand des Baus nicht entbehrt werden kann“ und dass das Gleiche von den (ehemals vorhanden gewesenen) Dachgauben zu gelten hat, die aber „in möglichst schlichter Form und geringer Anzahl zu erstellen sein werden.“

Die Restaurirung des Friedrichsbaues ist inzwischen der Vollendung nahe gerückt. Dem seiner Zeit in Uebereinstimmung mit desfallsigen Aeusserungen der Baudirektion von dem Ministerium gegebenen Auftrag, „dass bei Auswechselung und Ergänzung der Fassadensteine thunlichste Zurückhaltung und Belassung aller im Bestand nicht angegriffenen Steine zu beobachten sei“, hat, wie ich glaube annehmen zu können, der Restaurationsleiter im Lauf der Ausführung zu entsprechen sich bemüht. Wenn sehr viel mehr Fassadensteine ausgewechselt werden mussten, als ursprünglich angenommen war und den eigenen Wünschen des Restaurationsleiters entsprach, so ist dies die unvermeidliche Folge des Umstandes gewesen, dass namentlich in den oberen Theilen des Baues die Fassade in einem viel weitergehenden Prozess der Verwitterung und Zerstörung sich befunden hat, als man selbst aufgrund der Arbeiten des Schlossbaubureaus anzunehmen veranlasst war. Dieses Ergebniss ist bemerkenswerth und wichtig auch für die Beurtheilung des Zustandes der Fassaden an anderen Schlosstheilen. Wie die Mitglieder der Schlossbaukonferenz des Jahres 1891 in einem Irrthum über die Beschaffenheit des figuralen Schmuckes und über den weitgehenden Zustand der Verwitterung einzelner Fassadentheile sich befanden, der sie zu Beschlüssen veranlasste, die sich hinterher als nicht durchführbar erwiesen und deren Undurchführbarkeit der Ob.-Baudir. Durm, der doch bei jenen Beschlüssen in führender Weise mitwirkte, selber alsbald erkannte, so kann die Vermuthung nicht ohne Weiteres abgewiesen werden, dass eine ähnliche irrthümliche, nämlich allzu günstige Beurtheilung des baulichen Zustandes anderer wichtiger Schlosstheile auch auf die sonstigen Beschlüsse jener Konferenz maassgebend eingewirkt hat.

Aus diesen am Friedrichsbau im Laufe der Jahre 1893 und 1894 geschöpften Erfahrungen ist der Präsidial-Erlass vom 22. Oktbr. 1894 zu erklären. Er ertheilte an Ober-Baudirektor Durm als Vorstand der Baudirektion den Auftrag zur Erörterung der Frage, welche der Erhaltung der einzelnen Schlosstheile dienenden Arbeiten und in welcher Reihenfolge sie zur Ausführung gelangen sollen, nachdem die der Entwässerung des Schlossgebiets dienenden Arbeiten zu Ende geführt waren. Der Präsidial-Erlass betont dabei ausdrücklich, dass die Frage, ob für einzelne besonders wichtige Bautheile des Schlosses neben der Vornahme von Unterhaltungs- und Sicherungs-Arbeiten etwa auch deren Wiederherstellung und in welchem Umfange inbetracht kommen könne, für eine Entscheidung noch nicht reif sei, dass aber im Zusammenhang mit dem Studium der Frage über die Art der vorzukehrenden Erhaltungs- und Sicherungs-Arbeiten auch an das Studium der Rekonstruktionsfrage zweckmässig herangetreten werde. Demgemäss richtete der Präsidial-Erlass an Ober-Baudirektor Durm das Ersuchen, gutächtlich sich darüber zu äussern, welche Arbeiten im Sinne der Heidelberger Konferenz-Beschlüsse (von 1891) im Einzelnen behufs Erhaltung und Sicherung der verschiedenen Bauobjekte sich als unbedingt nöthig erweisen“, dabei aber in dieses Bauprogramm „auch die etwa für eine Wiederherstellung in Frage kommenden Schlosstheile“ einzubeziehen, da „über das Schicksal dieser etwa vorzunehmenden Wiederherstellungs-Arbeiten die Kenntniss desjenigen Aufwandes, den die auf die einzelnen Schlosstheile zu verwendenden Erhaltungs-Arbeiten — gegenüber den Kosten einer Rekonstruktion — erfordern werden, nicht zu entbehren“ sei.

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass mit diesem Auftrag des Ministerialchefs an den Grossh. Ober-Baudir. Durm die Erstattung eines Gutachtens über die Erhaltung und Sicherung dienenden Arbeiten im Sinne der Heidelberger Konferenz-Beschlüsse von 1891 in den Vordergrund gerückt wurde, wenn schon angesichts der Zweifel, die betreffs der technischen Durchführbarkeit jener Beschlüsse im Ministerium wach geworden waren, auch das Studium von Rekonstruktions-Versuchen, weil nothwendig zur Beurtheilung der Gesamtfrage, anempfohlen wird; aber von ihnen wird in dem Präsidial-Erlass ohne weiteres vorausgesetzt, dass „diese besonderen nebenhergehenden Studien“ Jahre

beanspruchen werden und dass das Studium die Rekonstruktionsfragen die Sistrung der für die Erhaltung des Schlosses unumgänglich nöthigen Sicherungs-Arbeiten nicht zur Folge haben sollen.

Im Gegensatz zu den Absichten in dem erwähnten Präsidialerlass, der die Art der vorzunehmenden Erhaltungs-Arbeiten am Schloss in erster Reihe begutachtet wissen wollte, wird in dem von Ob.-Baudir. Durm erstatteten Gutachten vom 25. Dez. 1894 nach einigen allgemeinen Vorbemerkungen über die Möglichkeit der Erhaltung des Schlosses in seinem jetzigen Zustande sofort in eine eingehende Erörterung der Wiederherstellungsfrage eingetreten und betont, dass die Art des allmählichen Entstehens der einzelnen Schloszbauten und ihre verschiedenen Stilweisen die Aufgaben der Restauration ganz wesentlich erleichtern. . . „Man hat“, heisst es, „bei den wenigsten Schlosstheilen für eine Restauration Problematisches in Kauf zu nehmen, da manche noch beinahe so stehen, wie sie von Anfang ab gestanden haben und (deshalb) keine zu lösenden Räthsel aufgeben.“ Ein unzweideutiger Hinweis darauf, dass einer Restauration aus künstlerischen oder ästhetischen Rücksichten zu widerstehen sei oder dass der Begutachter nach wie vor auf dem Boden der jede Wiederherstellung grundsätzlich ablehnenden Heidelberger Konferenz stehe, ist in dem Gutachten nicht zu finden. Wohl aber wird ein ausgedehntes Restaurations-Programm für nahezu alle wichtigeren Schlosstheile entworfen und dabei der Friedrichsbau, dessen Restaurierung die Baudirektion bereits beantragt hatte, der gläserne Saalbau, der Glockenthurm und der Otto Heinrichs-Bau als die erste in's Auge zu fassende Baugruppe behandelt. Ruprechts- und Bibliotheksbau könnten in ihrem Bestande noch belassen werden, der englische Bau wird in die letzte Linie der in Behandlung zu nehmenden Schlosstheile gestellt, und „als wichtiger für die Gestaltung des Schlosshofes“ die „Wiederherstellung des Soldatenbaues mit dem anschliessenden Back- und Metzgerhaus sowie der Fassade des Ludwigsbaues“ erachtet, auch „im Interesse des Gesamtbildes des Hofes“ der Aufbau des Frauenzimmerhauses (Bandhaus) als erwünscht bezeichnet.

Was den Otto Heinrichs-Bau anlangt, so tritt der Verfasser für eine Rekonstruktion in Anlehnung an die Siche von Ulrich Kraus d. h. mit Autbringung eines Walmdaches und davor befindlicher Zwerchhäuser ein, während eine Restauration unter Zugrundelegung der Merian'schen Bilder (Anbringung zweier Doppelgiebel) entschieden bekämpft wird.

Für die Durchführung der sämtlichen von dem Begutachter in seinem Bauprogramm aufgenommenen Arbeiten wird ein Zeitraum von 20–25 Jahren in Aussicht genommen.

Die Oberleitung und die Behandlung des künstlerischen Theils, besonders was die Ausschmückung des Innern anlangt, soll nach dem Vorschlag des Begutachters der Baudirektion unter Mitwirkung bewährter Architekten verbleiben, eine Mitwirkung der Baudirektion und ihres Vorstandes bei diesen Wiederherstellungs-Arbeiten wird also ausdrücklich in Antrag gebracht und am Schluss des Gutachtens bemerkt, dass, wenn auch solche Arbeiten nicht überall auf Zustimmung werden rechnen können, die „Betheiligten“, d. h. also neben den beschliessenden Faktoren wohl auch die zur Ausführung bereiten technischen Organe „die Verantwortung dafür seiner Zeit zu übernehmen wissen werden“.

Das Finanzministerium erachtete indessen die Frage auch durch dieses Gutachten des Vorstandes der Baudirektion noch keineswegs hinreichend geklärt, am allerwenigsten für spruchreif; in seinen Zweifeln aber darüber, ob in den Heidelberger Konferenzbeschlüssen von 1891 eine in allen Einzelheiten unanfechtbare Unterlage für die weitere Behandlung der Schlossfrage gegeben sei, wurde es durch dieses Gutachten allerdings bestärkt. Die nochmalige Einberufung einer Sachverständigen-Konferenz im Oktober 1901 hatte den Zweck, weiteres gutachtliches Material zur Beurtheilung der strittigen Frage zu liefern. Aber auch jetzt kann diese als spruchreif nicht angesehen werden und eine Vorlage über die zum Schutz des Heidelberger Schlosses und im Interesse seiner dauernden Erhaltung zu treffenden Massnahmen wird deshalb dem gegenwärtig versammelten Landtag nicht mehr unterbreitet werden können. Nach dem Gang der letzten Konferenz erweisen sich vielmehr weitere Studien und Vorarbeiten nöthig, die einzuleiten das Ministerium sich angelegen sein lassen und je nach deren Ergebniss es seiner Zeit mit bestimmten Vorschlägen an die Volksvertretung herantreten wird.“ —

## II.

### Zur Frage der Giebellösung des Otto Heinrichs-Baues.

Ist die alte Gestalt des Otto Heinrichs-Baues nach Möglichkeit festgestellt und entspricht der für die beabsichtigte Herstellung dieses Theiles aufgestellte Bauplan der alten Gestalt? Die schärfste Prüfung dieser Fragen ergibt leider ein Nein als Antwort; die neuen Giebelpläne sind freie Nachschöpfungen.

Ehe ich zur Beweisführung für obige Behauptungen schreite, muss ich betonen, dass ich keineswegs Gegner der Wiederherstellung bin. Die gegenwärtige traurige Nüchternheit des Heidelberger Schlosshofes, die noch vor kurzem mich entsetzte, hat mich gelehrt, dass die alte Poesie und Romantik unwiderbringlich verloren sind; davon ist überhaupt nichts mehr zu erhalten. Den Paladinen der Romantik ist dringend eigene Anschauung zu empfehlen. Auch Gurliit's Schmerzensschrei ist unter diesem Eindruck wohl verständlich.

Die auf wenigen Dokumenten und der Stilvergleichung beruhende Baugeschichte des Otto Heinrichs-Baues bleibt immer noch räthselvoll; eine genaue Prüfung jener Grundlagen, durch zwei Jahrzehnte fortgesetzt, hat mich aber zu anderen Ergebnissen geführt, als wie sie Seitz seinem an sich bewundernswerthen Versuche zu Grunde gelegt hat.

Es hat sich völlig bestätigt, dass thatsächlich ein italienischer Entwurf zu Grunde liegt, der seinem Charakter nach der Gegend von Bologna angehört. Dieser Entwurf fand in einem wagrechten Hauptgesims seinen Abschluss. Die durch die einheimischen Meister unter Mitwirkung des Vlamin Colins vorgenommene Umgestaltung jenes Entwurfes schloss ebenfalls wagrecht ab, zeigte aber noch fünf Löwen oberhalb des Hauptgesimses. Die Absichten des Bauherrn, das architektonische Interesse und die reiche und monumentale Ausführung fanden hiermit ihr Ende. Der oberhalb des Hauptgesimses ganz unzweifelhaft einst vorhanden gewesene Doppelgiebel ist nach dem Tode des Bauherrn hastig und nicht mehr im Geiste der unteren Theile errichtet worden, war wohl vorwiegend in Bruchsteinen ausgeführt unter sparsamer Verwendung von Hausteinen, und zeigte die Formen der jungen dortigen Renaissance.

Die Beweise hierfür, die ich anderweit ausführlich geben werde, seien hier im Auszuge angeführt. 1) Sie finden sich in dem Kontrakt mit Colins, einigen geschichtlichen Thatsachen, sowie in der genauen Sonderung der Stilunterschiede der einzelnen Bautheile. Aus dem Kontrakt vom 7. März 1558 ergibt sich, dass dem Alexander Colins 13 Thürgestelle im Inneren des Baues nebst „6 Bildern ob den Gestellen“ übertragen werden, sowie 2 Bilder „in den Gestellen“. Dies sind, bisher falsch gedeutet, unzweifelhaft die inneren Thürumrahmungen nebst ihren Aufsätzen. In der That sind 6 flandrische Reliefbilder oberhalb der Gestelle vorhanden. Die übrigen Theile des Kontraktes sind aufgeklärt und beziehen sich ebenso auf das Innere des Baues, ausgenommen die 5 Löwen, die den 5 Feldern der Fassade entsprechend, wie allgemein angenommen ist, das Hauptgesims krönen sollten, und das Wappen über dem Eingang.

In einer Nachschrift wird gesagt, dass von „seinem vorigen Geding noch zu hauen“ sind: 14 Bilder (die 14 Statuen der Fassade) und 14 Fensterpfosten. Da 28 Fensterpfosten gleicher vlämischer Hand an der Fassade vorhanden sind, so folgt, dass Colins auch für diese erhebliche Arbeiten gefertigt hat, welche er in einer früheren Vereinbarung anderer Art bereits übernommen haben muss, denn es heisst, dass er diese letztgenannten Arbeiten „jetzt in seinem Kosten hauen“ und zu bestimmten Preisen herstellen solle. Hieraus ergibt sich mit beinahe unumstösslicher Sicherheit, dass die Fassaden-Bildhauerarbeiten, soweit sie flandrischen Stil zeigen, überhaupt Colins zuzuschreiben sind, nämlich folgende: alle Fensterpfosten, alle freistehenden Statuen, die meisten Figuren am Portal, die Arbeiten daselbst vom Bogenkämpfer an aufwärts, die Konsolen des Erdgeschosses, die Fensteraufsätze und die Säulenkapitäl im obersten Stockwerk.

Die übrig bleibenden Theile zerfallen in 2 Gruppen: erstens die eigentlichen Steinmetz-Arbeiten, wozu auch die glatt profilirten Theile und Gesimse gehören, nebst einigen wenigen Bildhauer-Arbeiten, nämlich die Konsolen der zwei oberen Geschosse und die Kapitäl der Fenster-Pilaster oder -Säulen. Diese Theile, zu denen sich auch die glatten Profile an den flandrischen Arbeiten gesellen, sind ausnahmslos mit Steinmetzzeichen bezeichnet, welche sich ihrer Art nach völlig an die im gläsernen Saalbau anlehnen, theilweise auch schon dort vorkommen. Dies ergibt auch nach dem Urtheile der Hrn. Koch und

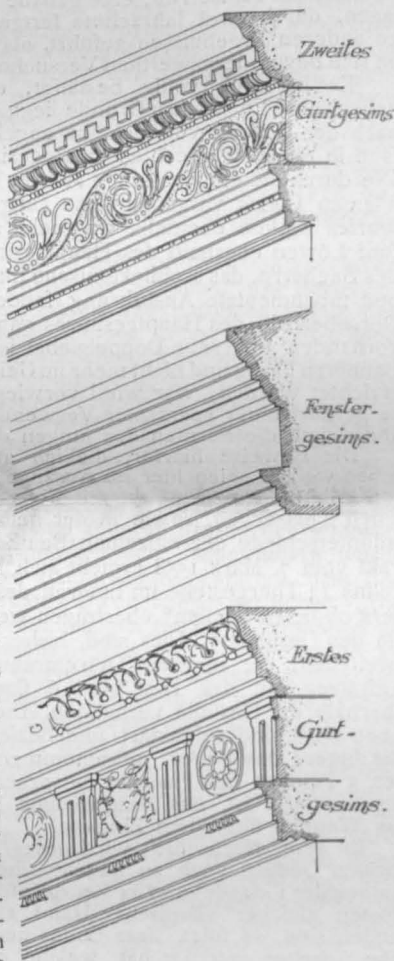
1) Zur Baugeschichte des Heidelberger Schlosses. Mit 37 Illustrationen. Frankfurt a. M. H. Keller. Erscheint demnächst.

Seitz, dass diese Theile den einheimischen Meistern zuzuschreiben sind.

Es verbleibt zweitens noch, als wieder einer besonderen Gruppe angehörig, ein ganz beträchtlicher Theil von Bildhauer-Arbeiten, deren wenige kleine Steinmetzzeichen einen ganz fremden Typus aufweisen, und welche die ältesten sein müssen, da sie theilweise falsch versetzt sind (Triglyphen-Fries, jonisches Kapitäl unter dorischem Gebälke), theilweise, weil für anderen Platz bestimmt gewesen, angestückt sind (die Giebel über den Erdgeschossfenstern). Da als Vorgänger des Colins ein Anthonj bekannt ist, so können wir unbedenklich ihn als den Künstler dieser älteren Theile, sowie eines gleichartigen Thürgestelles und von 4 Thüraufsätzen im Inneren betrachten. Jene Fassadentheile genügen erstaunlicherweise, um eine ganz vollständige Front in 3 Ordnungen daraus zusammenzusetzen, wenn wir die wenigen nothwendigen glatten Profile, welche die Einheimischen lieferten, dazu ergänzen.

Es sind dies: die 3 Gebälke der Fassade ohne das Hauptgesims, die Ornament-Pilaster mit jonischen und korinthischen Kapitälern, die Friese aller Fenster, die Bekrönungen derjenigen in beiden unteren Stockwerken. Ergänzen wir uns nun folgende glatt profilirte Steinmetzarbeiten: dorische Rustika-Pilaster im Erdgeschoss, glatte Profile um die Fensteröffnungen, darüber gerade Verdachungen, den Portalbogen, von nur zwei Karyatiden eingefasst, das Gesims darüber, so fehlt nichts. Prüfen wir diese Theile im Einzelnen, so erweisen sie sich sämtlich als in italienischer Frührenaissance gebildet und zwar in den Formen des Terrakottastils von Ferrara.<sup>2)</sup> Die Sirenen-Fensterkrönungen weisen nach Bologna. Die Fassade kennzeichnet sich schliesslich als eine Uebertragung der zweigeschossigen des Palazzo Roverella zu Ferrara auf 3 Stockwerke unter Anwendung der 3 Ordnungen. Besonders eigenthümlich sind bei beiden die 5 breiten Felder zwischen den Ornament-Pilastern und die Anordnung von je 2 Fenstern mit breitem Zwischenpfeiler in jedem Felde. Der Zusammenhang wird deutlich durch die Thatsache, dass Otto Heinrich, geboren 1502, 1519/20 ganz Italien bis Neapel durchreiste, 1521 Oberitalien. In Ferrara, dem Fürstensitz der Este, war der Palazzo Roverella seit 1508 gebaut. Otto Heinrich's sämtliche Bauten schon in Neuburg sind Zeugnisse seines Strebens, das italienische Palast-Ideal mit wagrechtem Hauptgesimse nach Deutschland zu übertragen.

Der Entwurf zu diesem Palaste ist, wohl nach Anthonj's Wegange, prächtiger und reicher umgestaltet. Nach deutscher Art sind die Fenster des hohen Erdgeschosses mit Kreuz versehen, nach vlämischer mit den schon vorhandenen Spitzgiebeln bekrönt, alle Fenster durch Mittelpfeiler getheilt, die fehlenden Bekrönungen für das oberste Stockwerk ergänzt, die jonischen Kapitälern des ersten Stockwerkes in's Erdgeschoss versetzt, die des zweiten Stockwerkes und alle Pilaster in den ersten Stock, im obersten Halbsäulen angeordnet, die leeren Pfeiler auf flandrische Manier mit Figurennischen gefüllt, darüber Konsolen angebracht.



<sup>2)</sup> Um den Unterschied dieser Architekturtheile von den durch Einheimische hergestellten zu erläutern, füge ich die Gebälke der 2 unteren Ordnungen nebst einem Fenster-Verdachungsprofil vorstehend an.

Oberhalb des Hauptgesimses sind 5 Löwen gedacht. Alle die hierzu neu erforderlichen Theile sind in der Ausführung von deutschen oder vlämischen Werkmeistern hergestellt. Innerhalb dieser Arbeiten sind sämtliche kontraktliche Verpflichtungen des Colins für das Aeusseren enthalten und endigen mit den 5 Löwen auf dem Hauptgesimse. Von irgend etwas, was in den Giebeln Verwendung finden konnte, ist weder im Kontrakt, noch in Wirklichkeit eine Spur vorhanden. Jener Kontrakt war der letzte, der mit Colins abgeschlossen worden ist, denn dieser konnte nicht einmal sämtliche in ihm genannten Verpflichtungen erledigen. Der eine der namhaft gemachten Kamme ist gar nicht, der andere von deutschen Bildhauern ausgeführt worden.

Hier greift die Nachricht des Abraham Colins, des Sohnes unseres Alexander, schlagend ein: dass der Kurfürst jählings verstorben, „das Werk eingestellt, die Diener abgefertigt, sein Vater in seine Heimath gereist sei“. Der Kurfürst starb am 12. Februar 1559.

Zur Ausführung der Arbeiten, die im Colins'schen „Geding“ vom 7. März 1558 genannt sind, also der Arbeiten für das Innere sowie der 14 Statuen, 14 Fensterposten, Wappen und Löwen des Aeusseren, hatte Colins demnach nur 11 Monate Zeit; da man im März 1558 noch lange im Erdgeschoss thätig war (das Thürwappen wurde erst bestellt), so kann man mit dem Bau bis zum Februar 1559 ganz unmöglich über das Hauptgesims gelangt gewesen sein. Weitere Arbeiten waren ja auch nicht bestellt.<sup>3)</sup>

Das Fertigstellen des Daches blieb so nach Colins Abgang den Einheimischen; der Bauherr war todt, das Geld sicher knapp geworden. Noch 1563 war der Bau nicht fertig. Ein Satteldach von 22 m Breite ohne Unterstützung, da in der linken Hälfte 2 grosse Säle übereinander lagen, forderte eine ungeheure Dachbalkenlage und entsprach einem stattlichen Kirchendach. Man griff zum billigeren Auswege zweier Querdächer neben einander, wo man mit Balken von 12 - 14 m auskam. Diese Form erforderte 2 Giebel nach jeder Seite, die man schlecht und recht herstellte. Ihre Formen sind in Andeutungen auf Zeichnungen erhalten. Die tatsächliche Form der Giebel nach dem Hofe ist in der Kopfabbildung dieser Nummer möglichst getreu dargestellt, soweit die Unterlagen reichen; ihr oberer Abschluss deckt sich mit dem des Giebels am „Ritter“ in Heidelberg. Diese Giebel, technisch verwerflich, billig ausgeführt, vielleicht erst im Laufe von Jahren, waren schon 1649 herabgestürzt. Damals baute man endlich den mächtigen Langdachstuhl und verbesserte den Fehler der früheren Ausführung durch Errichtung der zwei Zwerchhäuser, die wir durch J. U. Kraus' Suche genau kennen.

Ist das Alles, auch nur in groben Zügen, richtig, so wird der Schäfer'sche Giebelentwurf zu einer Phantasie, wie man etwa den Bau ausbauen könnte, unter Beibehaltung des ungefähren einstigen Umrisses, jedoch so, dass die Giebel in der Architektur möglichst zum unteren Bau passen. In diesem Sinne hat Seitz, als Verfasser des ersten Entwurfes, eine vorzügliche Leistung geliefert.<sup>4)</sup> Schäfer hat eben gar nicht die Absicht, den alten Bau, wie er war, wieder aufzurichten. Beweis sei die alte Form der Renaissance-Rückgiebel nach dem Garten zu, nach Merian, gegenüber der neuen von Schäfer beabsichtigten (siehe S. 25). Ob er die Berechtigung für die Umwandlung der Renaissance in Gothik daraus herleitet, dass der Charakter der Rückseite noch mittelalterlich sei?

Es scheint jedenfalls jetzt schon zweifellos, dass der vorhanden gewesene Doppelgiebel technisch schwach, künstlerisch minderwerthig und für die ganze Architektur des Baues ziemlich gleichgiltig war. Sodann, dass man nach 1649 den alten Fehler nicht wiederholte, sondern die gewaltigen Kosten für das neue Dach aufwendete, die grossen Giebel durch die 2 kleinen Zwerchhäuser ersetzte, und dass dieser relativ vollkommene Zustand bis zum letzten Brande 1730 bestand, der ursprünglichen Absicht mehr entsprechend als die früheren Giebel. Es scheint danach wohl zu erwägen, wenn einmal das alte Heidelberger Schloss wieder aufgebaut werden soll, ob man nicht lieber diese zumtheil sogar noch stehenden Zwerchhäuser aufbauen sollte. Das ist historisch begründet und keine freie Phantasie.

Jedenfalls beweisen diese Darlegungen, dass für eine Wiederherstellung des Otto Heinrich's-Baues andere und überzeugendere Unterlagen geschaffen werden müssten, als sie bisher geboten wurden. —

Hannover, Januar 1902.

Albrecht Haupt.

<sup>3)</sup> Am Friedrichsbau baute man 4 1/2, an seinem Aeusseren 3 Jahre.  
<sup>4)</sup> Ist in: Koch & Seitz, das Heidelberger Schloss, veröffentlicht.



## Mittheilungen aus Vereinen.

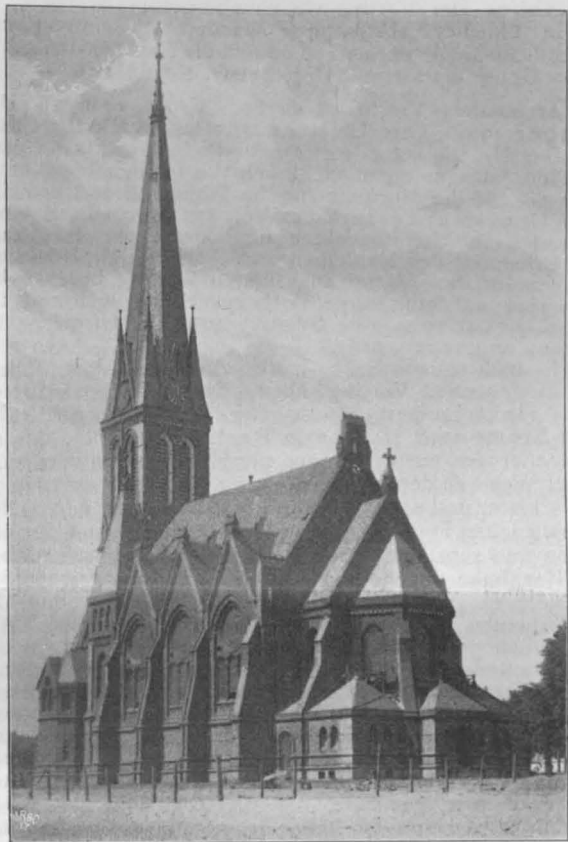
Arch.- und Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 15. Nov. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 76 Pers., aufgen. Reg. Bmstr. G. Meyer, Ing. Molsen, Ing. E. Kleinrath.

Hr. Classen macht Mittheilung von Ueberreichung der künstlerisch ausgestatteten Mappe an Hrn. Zimmermann aus Anlass des 70-jährigen Geburtstages am 8. Nov. 1901, zu dessen Feier sich Abends 6 Uhr bei frohem Mahl etwa 200 Freunde des Jubilars und Vereinsmitglieder zusammengefunden hatten, um ihrer Verehrung Ausdruck zu geben. Hr. Zimmermann spricht dem Verein seinen herzlichsten Dank für die erhaltenen Glückwünsche und die lebhafteste Theilnahme der Vereinsmitglieder aus. —

Zur Tagesordnung bespricht Hr. Architekt Lorenzen zwei von ihm gebaute Kirchen und zwar 1. die Wandsbecker K., welche anstelle der abgebrannten, aber nicht

Kanzel und Taufstein ausgestattet. Die Akustik ist ausserordentlich gut. Gesamtkosten 308 500 M., oder für den Sitz rd. 430 M.

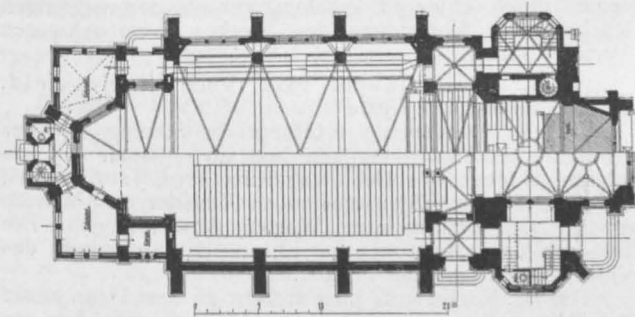
2. Die Hammerbrook-Kirche, die erste in Hamburg, in welcher das moderne Programm, d. i. der Gedanke der Einheitlichkeit des Raumes als Ausdruck der Einheitlichkeit der protestantischen Gemeinde mit einheitlichem Mittelraum ohne Pfeiler und Joche zum Ausdruck gebracht ist. Angesichts der Gemeinde liegen Altar, Kanzel und Orgel in der Raum-Mittelaxe über einander. Die folgerichtige zentrale Sitzanlage, welche geplant war, durfte nicht ausgeführt werden, weil es an Geld mangelte. Die Kirche hat — an der Ecke der Norderkai- und der Hammerbrook-Strasse gelegen — einen Eckthurm erhalten und ist mit 2 Pastoraten sowie 2 Küstereien und einem noch nicht fertigen Gemeindesaal verbunden, hat ferner ausser dem Haupteingang einen Nebeneingang durch



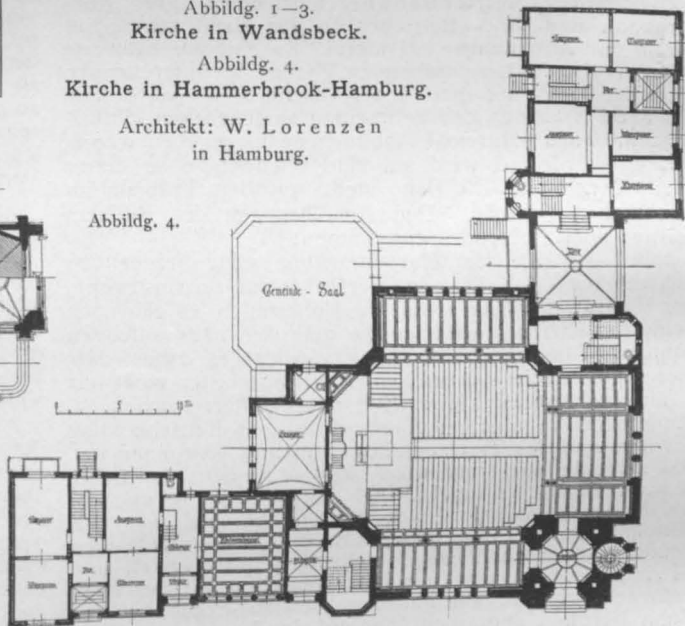
Abbildg. 1—3.  
Kirche in Wandsbeck.

Abbildg. 4.  
Kirche in Hammerbrook-Hamburg.

Architekt: W. Lorenzen  
in Hamburg.



Abbildg. 4.



auf dem alten Bauplatz errichtet wurde, sondern seitlich in der Mittelaxe des grossen Marktplatzes, sowie der grossen Springbrunnen-Anlage. Eigenartig ist die Lage des rd. 80 qm grossen Sitzungssaales, welcher programmässig mit dem Eingang und dem Westthurm in Verbindung gebracht worden ist. Er liegt mit 8 m zu 10 m unter dem Thurm zwischen zwei Eingängen. Der Architekt hat dadurch zugfreien Eingang zur Kirche erreicht, ferner den Vortheil dass der Saal mit zur Kirche gezogen werden kann und sich gut auch zu Trauversammlungen eignet; auch eine grosse Orgelpore ist ohne den sonst üblichen tiefen Säuleneinbau gesichert. Die Orgel kommt trotz ihrer Lage rückwärts mit ihren Tönen voll zur Geltung. Die Kirche besitzt zwei Sakristeien, ein feuersicheres Gellass, einen 74 m hohen Westthurm mit umlaufender Gallerie für Posaunenchöre; sie fasst 700 feste Plätze 56:90 cm gross, 50 Sängerplätze und ist reich mit bunten Glasierten, auf dem alten Bauplatz errichtet wurde, sondern

eine Halle an der Hammerbrook-Strasse, von der die Emporen daselbst, der Gemeindesaal, sowie das Pastorat mit dem Konfirmationssaal zugänglich sind, während ein zweiter Nebeneingang an der Norderkai-Strasse für die Brautpaare bestimmt ist und ebenfalls die Emporen, sowie den zweiten Konfirmandensaal zu ebener Erde erreichen lässt. Das zweite Pastorat schliesst sich dort mehr villenartig gestaltet an. Die Kirche ist nicht überwölbt, sondern hat eine freikonstruierte Holzdecke mit einer Verankerung im Mitteltheil, die jedoch nicht auffällt, weil sie mit der Trage-

konstruktion für den grossen Kronleuchter verbunden ist, über welchem in dem mittleren höher geführten Theil die Dachreiter-Anordnung theilweise sichtbar bleibt. Die gewählte Anlage des Altars mit Kanzel und Orgel darüber hat sich bewährt, wenn auch letztere etwas vorherrscht. Die Kosten betragen zusammen 400 000 M., für die Kirche allein 245 000 M., für den Sitz 270 M.

Reicher Dank der Versammlung belohnt den fesselnden Vortrag. —

Hr. Arch. Kallmorgen bespricht den Bau zweier kleinerer Villen in Othmarschen und Altona, einer mittelgrossen in Hamburg und einer grösseren im Grunewald bei Berlin zum Zweck der Vorführung eines bestimmten Villentypus nach Grundriss und Fassaden, weil in allen eine Wohnhalle im Erdgeschoss den Zugang zu den Wohnräumen vermittelt und auch die Küche in diesem Geschoss liegt. Die Fassaden zeigen den Landhaus-Charakter mit Bruchsteinen im Sockel, Verblenden aus Rathenow oder Schlesien neben Putz im Erdgeschoss und darüber in den Giebeln und Ausbauten farbiges Fachwerk mit Putz, mit rothen Ziegeldächern bedeckt, an amerikanische Landhäuser erinnernd. Im Inneren ist die Halle stets besonders reizvoll und wohnlich gestaltet, mit farbigen Fliesen in Fussböden und an Wänden verziert, auch das Holz an Wänden wie Decken farbenfreudig behandelt. Grösserer Aufwand im Aeusseren wie Inneren ist bei der Villa in der Herthastrasse im Grunewald möglich gewesen, die — 30<sup>m</sup> von der Strasse abliegend — nach vorn schlossartige Architektur aufweisen und nach dem See zu den Landhaus-Charakter behalten sollte. Die Verwendung bester auch ausländischer Hölzer und ihre eigene Behandlung mit Salmiakdämpfen und Lasuren hat den Zimmern aussergewöhnlichen Reiz verliehen. Kosten 300 000 M. Der Vortrag wurde durch eine grosse Anzahl Zeichnungen verdeutlicht und erntete den vollen Beifall der Versammlung. — Gbl.

**Verein für Eisenbahnkunde zu Berlin.** Vers. v. 10. Dez. 1901. Vors. Hr. Wirkl. Geh. Ob.-Brth. Streckert. Nachdem der Vorsitzende einen Bericht über die Thätigkeit und der Kassenführer über die Ausgaben des Vereins im abgelaufenen Jahre erstattet hatte, fand zunächst die Neuwahl des Vorstandes statt. In denselben wurden gewählt die Hrn. Wirkl. Geh. Ob.-Brth. Streckert, Vorsitzender, Minist.-Dir. Schröder, stellvertr. Vorsitzender, Reg.- und Brth. Diesel, Schriftführer, Reg.-Rth. a. D. Kemmann, stellv. Schriftführer, Oberstleutnant Buchholtz, Kassenführer, und Geh. Ob.-Brth. Illing, stellv. Kassenführer.

Hierauf hielt Hr. Reg.-Bmstr. Petri, Dir. der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, einen Vortrag, in welchem er die Anlage der Elberfelder Schwebebahn hinsichtlich ihrer Konstruktion und ihres Betriebes an der Hand zahlreicher Pläne und Abbildungen erläuterte. Da eine auszugsweise Wiedergabe des beschreibenden Theiles des interessanten Vortrages sich mit den in der Dtschn. Bztg. Jahrg. 1900 No. 84 u. ff. seiner Zeit gebrachten ausführlichen Mittheilungen, denen zahlreiche Abbildungen beigegeben waren, decken würde, so wird auf eine Wiedergabe an dieser Stelle verzichtet. Die Bahn steht seit dem Frühjahr im öffentlichen Verkehr. Den Ausführungen des Redners sei nur noch Folgendes entnommen:

Bei der mit dem Hergebrachten völlig brechenden Schwebebahn war alles neu zu erfinden und zu konstruieren, der Viadukt, die Wagen und die Haltestellen, es gab noch keine bewährten Muster, an die man sich hätte anlehnen können. Umsomehr Beachtung verdient es daher, dass dieses grosse Werk deutschen Erfindungsgeistes nicht nur in ausserordentlich kurzer Zeit durchgeführt worden ist, sondern sich in nunmehr über halbjährigem Betriebe völlig bewährt und das Vertrauen des Publikums gewonnen hat. Das zeigt die ausserordentlich starke Frequenz der Bahn, obwohl sie erst zu zwei Dritteln fertiggestellt ist und obgleich das wichtigste Stück der Strecke, zwischen den Mittelpunkten von Elberfeld und Barmen, noch fehlt. Schon heute werden erhebliche Betriebsüberschüsse erzielt, und es sind bis jetzt nahezu 3 Mill. Menschen auf der Bahn befördert worden. Die günstigen Betriebs-Ergebnisse der Bahn beruhen aber nicht nur auf der Leistungsfähigkeit der Anlage und der Annehmlichkeit des Fahrens, sondern zum grossen Theil auch auf der Billigkeit und Einfachheit des Betriebes, sowie auf den im Verhältniss zur Leistungsfähigkeit der Bahn geringen Anlagekosten. Die Billigkeit des Betriebes beruht aber im Wesentlichen auf dem geringen Stromverbrauch, der in der bei einschienigen Schwebebahnen möglichen zweckmässigen Anordnung der Motoren und den geringen Reibungsverlusten in den Krümmungen seine Erklärung findet. Die Anlage ist so bemessen, dass Züge von 4 Wagen in Abständen von 2 Mi-

nuten verkehren können, was einer Leistungsfähigkeit von 6000 Personen in der Stunde in jeder Richtung entspricht.

In ähnlicher Weise wie über Wasserläufen und Strassen kann die Schwebebahn natürlich auch über bestehenden Eisenbahnen errichtet werden, wodurch sich ein werthvolles Mittel bietet einerseits zu der in fast allen Grossstädten erforderlichen Verstärkung der Leistungsfähigkeit der in dieselben einmündenden Eisenbahnen mit Rücksicht auf den Lokal- und Vorort-Verkehr, andererseits zu der Herstellung von Schnellbahnen zur Verbindung der Hauptverkehrs-Mittelpunkte, ohne dass Aufwendungen für Grunderwerb zu machen sind. In letzterer Hinsicht scheint demnach die Schwebebahn auch ein Mittel zur Lösung der heute so lebhaft erörterten Frage des Schnellverkehrs an die Hand zu geben.

Hierauf hielt Hr. Reg.- und Brth. Wittfeld einen Vortrag über die störenden Bewegungen bei den Fahrzeugen im Dampfbetriebe und elektrischen Betriebe. Der Vortrag wird weitergeführt werden.

In üblicher Abstimmung wurden als einheimische ordentliche Mitglieder aufgenommen die Hrn. Ob.-Brth. a. D. Ernst Grossmann und Reg.-Bmstr. Kurt Bach. —

**Architekten-Verein zu Berlin.** Vers. vom 16. Dezember 1901. Vors. Hr. Beer, anwes. 178 Mitgl., 5 Gäste.

Der Hr. Vorsitzende eröffnete die Sitzung als die letzte im alten Jahre mit einigen kurzen Worten der Begrüssung, Hinweis auf die Eingänge für die Bibliothek und ertheilte dann Hrn. Blankenstein das Wort zur Begründung seines Antrages auf Stellungnahme des Vereins in der Frage der Erhaltung des Heidelberger Schlosses. Mit Rücksicht auf den für den Abend angesetzten Vortrag beschränkte man sich auf eine kurze Vorbesprechung, während für den 6. Januar 1902 eine Sitzung ausschl. für diese Berathung angesetzt wurde.

Es hielt sodann Hr. Bousset einen den Abend füllenden eingehenden Vortrag über „die Konstruktionen der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn von Siemens & Halske in Berlin“. Redner, der als Vorsteher des techn. Büreaus der Hochbahn in verdienstvoller Weise an deren Durchführung betheiligt gewesen ist, gab in klarer und erschöpfender Darstellung ein Bild von den mannigfachen Formen, welche zur Ueberwindung der örtlichen und sonstigen Schwierigkeiten den Konstruktionen der Hochbahn gegeben werden musste. Eine reichhaltige Ausstellung ganz neu gefertigter Zeichnungen und Modelle dienten in trefflicher Weise zur Erläuterung. Auf den Inhalt der Ausführungen des Redners, die von der Versammlung mit grossem Interesse verfolgt und mit reichem Beifall aufgenommen wurden, einzugehen, müssen wir uns nach der ausführlichen Darstellung, die wir dem Unternehmen in den No. 82 u. ff. der Dtsch. Bztg., Jahrg. 1901 bereits gewidmet haben, versagen. Hervorgehoben sei nur, dass der Redner in besonders warmen Worten der Verdienste gedachte, die Hr. Reg.- und Brth. Gier als der erste technische Leiter der gesamten Ausführung an dem Werk gehabt hat. Die Unternehmung hat durch seinen, durch schwere Erkrankung veranlassten vorzeitigen Rücktritt vor Vollendung des Werkes einen schweren Verlust erlitten. —

Vers. vom 6. Januar 1902. Vors. Hr. Hossfeld, anwes. 184 Mitgl., 4 Gäste.

Der Hr. Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der schmerzlichen Mittheilung von dem am 1. Januar d. J. erfolgten Ableben des Geh. Reg.-Rths. Prof. Jacobsthal, dessen trefflichen Eigenschaften als Künstler und Mensch er in warm empfundenen Worten Ausdruck gab. Die Versammlung erhebt sich zur Ehrung des Andenkens des Verstorbenen von den Plätzen.

Der Hr. Vorsitzende ging sodann zu dem Hauptpunkt der Tagesordnung, zur Stellungnahme des Vereins zur Erhaltung und dem Ausbau des Heidelberger Schlosses über. Wir haben bereits in No. 3 d. J. über das Ergebniss der Berathungen berichtet, die mit einer von der überwiegenden Mehrheit gefassten Resolution für den aus technischen Gründen allein schon nothwendigen Ausbau endeten. —

Fr. E.

### Vermischtes.

Zur Frage der „Gebühren der Architekten und Ingenieure in ihrer Thätigkeit als gerichtliche Sachverständige“, mit welcher sich die dem Verbands d. A. u. I. V. angehörigen Vereine nach einem in Königsberg gefassten Beschlusse zu beschäftigen haben, hat Anfangs d. J. der Verbandsvorstand ein von Brth. Unger in Hannover als Berichterstatter verfasstes Rundschreiben versandt. In demselben findet die Rechts- und Sachlage der Frage Beleuchtung. Namentlich wird der Umstand eingehend erörtert,

dass die C. P. O. in § 413 und die St. P. O. in § 84 gleichlautend und allgemein dem Sachverständigen das Anspruchsrecht zusichert auf 3 neben einander zu berechnende Vergütungen, nämlich „für Zeitversäumniss“, „für Kosten“ und „ausserdem für Mühewaltung“, während die „Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige“ vom 30. Juni 1878 nur für die ersten beiden Arten bestimmte Gebührensätze vorschreibt, die „Mühewaltung“ aber überhaupt nicht erwähnt. Daraus hat sich in der Praxis der Sachverständigen schädigende Gebrauch herausgebildet, dass ihre Gebühren mit Ausnahme der Kostenersatzung überhaupt nur nach dem Zeitaufwande, und zwar nach dem in der Gebührenordnung ausschliesslich für die „Zeitversäumniss“ festgelegten Satze von „bis zu 2 M. für die Stunde“ bemessen werden. Diese Einschränkung widerspricht indessen umsomehr den angegebenen Bestimmungen der C. P. O. und der St. P. O., als die dritte Vergütungsart gerade diejenige ist, welche die Anspruchsrechte des Sachverständigen, und zwar sinn- und sachgemäss, von denjenigen des Zeugen unterscheidet (vgl. § 401 C. P. O. und § 70 St. P. O.). Auch dürfte ein solches, in zwei Gesetzen ausdrücklich zugesichertes Anspruchsrecht nicht einfach damit aus der Welt geschafft sein, dass man es in einem dritten Gesetze, welches die Ausführungs-Vorschriften jener enthält, zu erwähnen vergass. —

Zu der Frage wurden in dem Rundschreiben einige Oberlandesgerichts-Erkenntnisse beigebracht, welche unter einander in schroffem Widerspruche stehen. Hr. Unger theilt uns nun mit, dass nach der Drucklegung des Rundschreibens ein neuerliches Erkenntniss des Reichsgerichtes vom 8. November v. J. bekannt geworden sei, dessen Inhalt bei der Berathung der Frage in den Vereinen nicht übersehen werden dürfe und zugleich eine besondere Bedeutung besitze für die Frage der Rechtsgiltigkeit der „Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure“.

Das Erkenntniss geht dahin, dass im Falle der Voraussetzung des § 4 der „Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige“ vom 30. Juni 1878 — („Bei schwierigen Untersuchungen und Sachprüfungen ist dem Sachverständigen auf Verlangen für die aufgetragene Leistung eine Vergütung nach dem üblichen Preise derselben zu gewähren“) — die Berechnung auch dieser Vergütung nach dem Zeitaufwande und zwar nach den Sätzen in No. 25 der „Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure“ mit 20 M. für die erste und 5 M. für jede weitere Stunde zulässig sei.

Mit dieser Entscheidung ist die in dem Rundschreiben behandelte Frage zwar noch nicht zur Erledigung gebracht, aber ein jedenfalls hochehrwürdiger Erfolg gewonnen worden, nämlich eine erste und überaus wichtige Anerkennung der neuen, mit so vielen Mühen und Kämpfen vom Verbands- und anderen Fachvereinigungen geschaffenen Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure durch die oberste gerichtliche Instanz des deutschen Reiches. Hoffentlich trägt dieser Erfolg dazu bei, nun auch die weiteren, in dem Rundschreiben behandelten Fragen zu einer Lösung zu bringen, welche den Interessen und heute berechtigten Ansprüchen der Architekten und Ingenieure entspricht. —

**Die Entwicklung der deutschen Elektrizitäts-Werke.** Die Ztschrft. f. Elektrotechnik giebt eine interessante Statistik über die Entwicklung der Elektrizitäts-Werke in Deutschland, der wir die folgenden Angaben entnehmen. Die Zahl der allgemeinen Zwecken dienenden, in Betrieb stehenden Elektrizitäts-Werke betrug am 1. April v. J. 774, d. h. 122 mehr als im Vorjahre. Es hat also eine Zunahme von fast 16% stattgefunden. Ausserdem waren noch 90 weitere Werke im Bau. Berücksichtigt man, dass die erste Anlage erst Mitte der 80er Jahre entstanden ist, so darf diese Entwicklung als eine grossartige bezeichnet werden. Diese Werke, von denen eine grössere Zahl gleichzeitig eine ganze Reihe von Orten mit Licht und Kraft versorgen, dienen zus. etwa 1200 Städten und Ortschaften. Die Leistung der Maschinen betrug am 1. April 1901 insgesamt 290 038 Kilowatt, das bedeutet eine Zunahme um mehr als die Hälfte innerhalb der letzten Jahre. Die ersten Anlagen lieferten ausschliesslich Gleichstrom und auch jetzt ist das bei mehr als 80% der Werke so geblieben. Die neuen grossen Anlagen und die Erweiterungen bestehender grosser Werke erzeugen aber ausschliesslich Wechselstrom oder auch Drehstrom, der dann meist in den Unterstationen wieder in Gleichstrom verwandelt wird. Die ausschliesslich mit Gleichstrom arbeitenden Zentralen besitzen noch eine Leistung von 172 949 K. W. Als Pufferstationen sind in den Werken Akkumulatoren in Anwendung, die jetzt 63 532 K. W. liefern, also mehr als 1/3 der Maschinenleistung. Die leistungsfähigste Zentrale ist diejenige der Allg. Elektr.-Ges. an der Oberspreewei-

Berlin mit 22 075 K. W. und das fast ebenso bedeutende Werk derselben Gesellschaft in Berlin-Moabit mit 19 494 K. W. An 3. Stelle steht das Werk von Rheinfelden, das zugleich das bedeutendste ist, das ausschliesslich mit Wasserkraft betrieben wird. In der Ausnutzung der Wasserläufe ist aber Deutschland hinter anderen Ländern noch zurück, allerdings liegen die Verhältnisse nach dieser Richtung auch nicht so günstig. Ausser dem schon genannten Werk sind nur 72 kleinere Anlagen mit zus. nur 3354 K. W. Leistung im Betriebe, die sich ausschliesslich der Wasserkraft bedienen. In 170 Werken ist ein gemischter Betrieb von Wasser und Dampf vorhanden, wo die eine Betriebskraft meist als Reserve für die andere dient, nur 39 arbeiten allein mit Gasmotoren. Seit dem Jahre 1894 ist die Zahl der Zentralen von 148 auf 768, der angeschlossenen Glühlampen von 493 801 auf 3 403 205, der Bogenlampen von 10 Ampère von 12 357 auf 61 278 gestiegen. Die angeschlossenen Motoren lieferten 5635 bzw. 141 414 P. S. —

**Der Wabenziegel des Architekten Albin Kühn in Heidelberg** bildet eine durch ein geschlossenes Stegsystem versteifte Ziegelplatte von gleichartiger Struktur, von vermindertem Eigengewicht und von gutem Brand, der für leichte Deckungen vom Erfinder empfohlen wird. Die Gesamtdicke des Ziegels beträgt 14 mm, die Dicke des Wabengrundes nur 5,5 mm. Die Ziegel greifen entweder S-förmig übereinander, oder es wird, wenn sie stumpf aneinander stossen, beim Verlegen ein rinnenartiger Zinkstreifen unter dem Stoss verwendet. Wird das Dach als Doppeldach ausgeführt, so können die Waben nach Ansicht des Erfinders gegen Kälte und Wärme isolirende Luftschichten bilden. —

### Preisbewerbungen.

**Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwurfsskizzen zum Neubau eines Kollegienhauses für die Universität Freiburg** schreibt das grossherzogl. bad. Kultusministerium mit Frist zum 1. Sept. 1902 aus und zwar unter Architekten, welche die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen oder in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Es sind an Preisen ausgesetzt ein I. Preis von 7000 M., ein II. Preis von 4000 M. und zwei III. Preise von je 2000 M., ausserdem ist nach dem Ermessen des Preisgerichts der Ankauf von zwei weiteren Entwürfen zum Preise von je 1000 M. vorgesehen. Unter den 9 Preisrichtern sind als Techniker erkennbar die Hrn. Brth. Dr. A. Rossbach in Leipzig, Prof. Gabriel v. Seidl in München, Brth. L. v. Stengel in Freiburg, Geh. Brth. Prof. Dr. P. Wallot in Dresden und Ob.-Brth. Prof. Dr. Warth in Karlsruhe. Wir behalten uns nach Einsicht in die Unterlagen weitere Mittheilung vor. —

**Wettbewerb zum Provinzial-Museum in Münster.** Eingegangen waren 38 Arbeiten, einschl. der mehreren Entwürfen beigegebenen Varianten. Ein I. Preis konnte nicht vertheilt werden, es erhielten infolge dessen zwei II. Preise zu je 2000 M. der Entwurf „Wittekind“, Verf. Reg.-Bmstr. Teichen und Arch. R. Schlüter in Berlin; der Entwurf „Spökenkieker“, Verf. Arch. H. Schädler und C. Müller in Hannover; zwei III. Preise zu je 1000 M. der Entwurf „Jan van Leyden“, Verf. stud. arch. Kölling aus Münster, z. Zt. in München, und der Entwurf „St. Ludgerus“, Verf. Arch. A. Schulz, in Firma Schulz u. Schlichting in Berlin. Angekauft wurden die Entwürfe „Rothe Erde“, Verf. Bauinsp. Rauchheld in Oldenburg und „Am Domplatz“, Verf. Arch. Hubert Holtmann in Münster. —

**Wettbewerb Sparkassen-Neubau Bremerhaven.** Den I. Preis errang der Entwurf „Oude Tid“ des Hrn. Emmingmann in Berlin; den II. Preis der Entwurf „Schwarzes Wappen im Kreise“ des Hrn. Alfr. Hübner in Berlin; den III. Preis der Entwurf „Spruchreif“ der Hrn. Gust. Jänicke & Max Franzke in Schöneberg. Zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe der Hrn. Karl und A. Siebrecht in Hannover, A. Abbehusen in Bremen und G. N. Eckardt in Wiesbaden. Sämmtliche Arbeiten sind bis 14. Febr. im neuen Gymnasium in Bremerhaven öffentlich ausgestellt. —

**Internationaler Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Sanatorium für Tuberkulose in England.** „Sie bringen in Ihrer letzten Nummer eine Mittheilung über das kürzlich erlassene Preisausschreiben für die Erbauung eines Sanatoriums in England, in der Sie u. a. erwähnen, dass die Jury sich einseitig aus Engländern zusammensetze und dass die Aussichten auf Erfolg für deutsche Theilnehmer Ihrer Ansicht nach entsprechend geringe seien. Ich möchte demgegenüber nur bemerken, dass die hervorragenden Aerzte Sir Hermann Weber und Sir F. Semon beide von deutscher Abkunft sind und dass die Zugehörigkeit dieser



Herren zur Jury m. E. eine unpartheiische Würdigung auch ausländischer, besonders deutscher Arbeiten gewährleistet. Die Bedeutung dieses Umstandes dürfte noch erhöht werden durch die Thatsache, dass der Spender des Kapitals, welches den König in die Lage versetzte, die fragliche Stiftung ins Leben zu rufen, der Finanzmann Sir Ernest Cassel, ebenfalls deutscher Abkunft ist.

Bedingung für eine erfolgreiche Theilnahme an diesem Wettbewerb wäre allerdings vor allem die völlige Beherrschung der englischen Sprache, da die Engländer in dieser Beziehung ungemein feinfühlig sind. Die gedankenreichste Arbeit, die nicht „the Queen's English“ in untadelhafter Form aufweist, würde bei ihnen stets eher Heiterkeit als Bewunderung erregen. —

Ludwig Mertens in Hamburg.

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal Hamburg.** Verfasser des Entwurfes „Ein Stein“ ist Hr. Arch. Wilh. Fränkel in Düsseldorf; des Entwurfes „Kerndeutsch und Echt!“ Hr. Paul Burghardt in Leipzig; des Entwurfes „Thaten sind Saaten“ Hr. Dir. E. Hartig in Barmen und des Entwurfes „Erz und Stein“ Hr. Arch. Fritz Usadel in Gemeinschaft mit Hrn. Bildhauer Ad. Osterhold, beide in Hannover. —

### Personal-Nachrichten.

**Deutsches Reich.** Dem Mar.-Hafenbauinsp. Radant ist der Char. als Mar.-Brth. mit dem persönl. Range als Rath IV. Kl. verliehen.

Die Erlaubniss zur Anlegung der ihnen verlieh. nichtpreuss. Orden ist ertheilt u. zw.: Dem Geh. Admir.-Rath Langner, vortr. Rath i. Reichs-Mar.-Amt des Komthurkreuzes d. grossherz. mecklenb.-schwerinschen Greifen-Ordens; dem Mar. Brth. Flach und dem Mar.-Masch.-Bmstr. R. Müller in Stettin des Ritterkreuzes des voren. Ordens; dem Mar.-Schiffbmstr. Boekholt in Danzig des Ritterkreuzes I. Kl. des kgl. sächs. Albrechts-Ordens.

Der Garn.-Bauinsp. Thierbach in Colmar i. E. ist aus der Garn.-Bauverwaltung ausgeschieden. — Die Garn.-Bauinsp. Brth. Rathke in Danzig II und Maillard in Koblenz II werden z. 1. Apr. d. J. gegenseitig versetzt.

**Baden.** Der Zentralinsp., Betr.-Insp. Näher bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. ist unt. Verleihung des Tit. Brth. z. Kollegial-Mitgl., die Ing.-Praktikanten Joachim, Schlössinger und Blum sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

**Bayern.** Verliehen ist: Dem Ob.-Baudir. der kgl. Obersten Baubehörde v. Maxon in München das Ritterkreuz des Verdienstordens der Bayerischen Krone; — Dem Rath bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. Weikard und dem Gen.-Dir.-Rath Jäger in Augsburg der Verdienstorden vom hl. Michael III. Kl.; — Dem Rath bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. Weiss, dem Reg.-Rath b. d. Gen.-Dir. Förderreuther, dem Ob.-Bauinsp. Wagner in München, dem Ob.-Masch.-Insp. Reich in Regensburg, dem Bez.-Ing. der pfälz. Eisenb. Kalbfus in Ludwigshafen a. Rh., den k. Bauamtm. Spies in Kissingen und Fleischmann in Aschaffenburg, dem Prof. Kreuter an der Techn. Hochschule in München der Verdienstorden vom hl. Michael IV. Kl.

Dem Bez.-Ing. Ob.-Ing. Kaiser in Landshut und dem Ob.-Bauinsp. Maier in Augsburg ist der Titel u. Rang eines kgl. Reg.-Raths, dem Bauamtm. Egler in Neuburg a. D. Tit. u. Rang eines kgl. Brths., dem Arch. M. Littmann in München der Tit. eines kgl. Prof. und dem Ing. Heilmann in München der Tit. eines kgl. Kommerzienraths verliehen.

Der Ing. Keller ist im Bez. Neustadt bei den pfälz. Eisenbahnen aufgenommen.

Der Masch.-Insp. Steier in Passau i. s. Ansuchen entspr. in den Ruhestand getreten.

Der städt. Brth. Bernatz in Würzburg ist gestorben.

**Hessen.** Dem Kr.-Bauinsp. Langgässer in Alzey ist der Charakter als Brth. verliehen. — Der Kr.-Bauinsp. Brth. Lucius in Bingen ist z. Kr.-Bauinsp. des Kr. Mainz und der Reg.-Bmstr. Krauss aus Wörrstadt ist z. Bauassessor ernannt.

**Preussen.** Dem grossherz. hess. Geh. Brth. Winckler in Mainz ist beim Uebertritt in den Ruhestand der kgl. Kronen-Orden III. Kl. und dem Reg.- und Brth. Pfeifer in Braunschweig die Rothe Kreuz-Medaille III. Kl. verliehen.

Die Baugewerkschullehrer Ing. Lückemann in Breslau, Reg.-Bmstr. Blicke u. Schencke in Eckernförde, Reg.-Bfhr. Granitza, Dipl.-Ing. Hiorth und Arch. Klinck in Frankfurt a. O., Reg.-Bfhr. Peters in Höxter, Arch. Neumann in Idstein und Ing. Nüsken in Münster sind zu kgl. Ob.-Lehrern, der Arch. Passchl in Münster ist z. kgl. Baugewerkschullehrer ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Herm. Schlupmann aus Gütersloh, Harry Bon aus Mühlhausen i. Th. (Eisenbfch.), Ernst Linack aus Lübben, Reinh. Bitzer aus Kl. Czyste, Karl Felsch aus Konitz und Wilh. Weber aus Gera (Masch.-Bfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Der Geh. Reg.-Rath Jacobsthal, Prof. an der Techn. Hochschule, Mitgl. der Akad. des Bauwesens und der Akad. der Künste in Berlin, ist gestorben.

**Württemberg.** Der Bez.-Bauinsp. Weiss in Ulm ist unt. Gewährung der Dienststellg. eines Koll.-Raths mit dem Tit. eines Brths. nach Ravensburg versetzt.

### Brief- und Fragekasten.

**Hrn. Arch. R. W. in Lüdenscheld.** Das an der Unterfläche Ihres Wellblechdaches auftretende Wasser ist Schwitzwasser, welches dadurch entsteht, dass die heisse, stark mit Wasserdampf gesättigte Luft des unteren Saales durch die dünne, luftdurchlässige Deckenkonstruktion infolge des natürlichen Auftriebes hindurchdringt, im

Dachraum bis zur Wellblechbedachung hochsteigt, sich hier an den kalten Flächen derselben rasch abkühlt und auch das nun nicht mehr durch die höhere Wärme gebundene überschüssige Wasser inform von Schwitzwasser oder Reif an die kalten Flächen abgiebt. Dieser Vorgang wird sich bei Ihrem Saalbau um so häufiger und stärker zeigen, je öfter er von grossen Versammlungen benutzt wird. Als einzigstes, den Uebelstand von Grund aus beseitigendes Mittel können wir Ihnen nur empfehlen, die Zwischenräume zwischen den Bohlenbalken bis zur Oberkante der letzteren mit möglichst leichter und schlecht wärmeleitender Masse auszufüllen, jedoch nicht mit Stoffen, wie Torf oder Sägemehl, welche Schwamm bilden können, sondern mit Asche, Asbest, Kieselguhr oder Korkabfällen. Hierüber bez. über die Bohlenbalken hinweg ist ein 3—5 cm starker Monierestrich zu legen und dieser mit bestem 12—15 mm starkem Asphaltbelag abzudecken. Den letzteren beiden ist nach irgend einem Punkte hin Gefälle zu geben, damit etwa sich doch noch am Wellblech bildendes Schwitzwasser in diesem nach aussen abfliessen kann. Da durch die empfohlene Maassregel jeder weitere Eintritt wasserhaltiger warmer Luft in den Dachraum verhindert wird, können auch die jetzt gerügten Uebelstände nicht mehr auftreten. Bei der Ausführung der vorgeschlagenen Konstruktion ist gewissenhaft darauf zu achten, dass alle Deckentheile vollkommen trocken sind, da sonst leicht Schwamm entstehen kann. Dem letzteren ist auch noch durch Streichen der Bohlenbalken mit schwamm-tödtender Flüssigkeit und durch einen möglichst wasser- bezw. luftundurchlässigen Anstrich der Deckenunteransicht — am besten Oelfarbe — vorzubeugen. Die vorgeschlagene Abhilfe ist selbstverständlich nur anwendbar, wenn die tragenden Eisentheile die neu hinzukommende Belastung noch aufzunehmen imstande sind. Anderenfalls bleibt nur ein wasser- bezw. luftundurchlässiger Anstrich der Deckenunteransicht und eine Beheizung des Dachbodens übrig, welche indessen auf die Dauer ziemlich theuer wird. — A.

**Hrn. R. B. in Wetter a. R.** Die Grundsätze des B. G.-B. §§ 633 und 637 sind keineswegs neu, wie Sie annehmen, fanden sich vielmehr schon in den 4 Rechten, an deren Stelle jetzt das B. G.-B. getreten ist. Schon damals hatte der Werkmeister für Fehler und Mängel einzutreten, welche das bestellte Werk erhalten hatte, und es durfte sogar dessen Abnahme dieserhalb abgelehnt werden, sodass § 633 demgegenüber eine Milderung ausspricht. Nicht minder durfte man einer Abrede, inhaltlich deren auf Verfolgung von Schadenersprüchen wegen Mängel des Werkes vorweg verzichtet wurde, die Rechtswirksamkeit versagen, wenn nachweislich der Verzicht arglistig herbeigeführt war, indem man sich entweder der actio doli oder der exceptio doli bediente, je nachdem man entweder selbst die Klage auf Rechtungiltigkeit der Abrede anstrebte oder einer Leistungsklage des Werkmeisters zu begegnen hatte. Wenn vor Geltung des B. G.-B. wirklich im Herrschaftsgebiete des französischen Rechtes Mängel in ausgeführten Bauten nicht gerügt und dieserhalb Schadenersprüche unverfolgt geblieben sein sollten, was jedoch nach der Rechtsprechung des vormaligen Obertribunals und des Reichsgerichts zu bezweifeln ist, da die betreffenden Urtheilssammlungen Fälle der beregten Art behandeln, so würde dies von einer übergrossen Gutmüthigkeit der dortigen Bauherren Zeugnis liefern. Denn billigerweise kann doch dem Besteller eines Werkes nicht verdacht werden, wenn er es fehlerfrei abgeliefert haben will und es erscheint nicht ungerecht, wenn vorgefallene Fehler von dem Werkmeister zu vertreten sind, der solche durch grössere Sorgfalt bei Auswahl seiner Gehilfen hätte vermeiden können. Da es durch das B. G.-B. jedoch zu keiner Verschiebung maassgebender Rechtsgrundsätze gekommen ist, so liegt kein Anlass vor, die Ihrerseits angeregten Fragen zum Gegenstande einer besonderen Abhandlung zu machen. — K H-e.

**Hrn. Prof. H. M. in Benstein.** Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, Ihre Anfrage zu beantworten, da dieselbe nicht allgemeinem Interesse begegnet. Auch müssen wir Bedenken tragen, Ihnen Fragen über Firmen für bestimmte Zwecke zu beantworten, die Sie sich jederzeit selbst aus dem Anzeigenthail unserer Zeitung beantworten können. —

### Anfragen an den Leserkreis.

1. Unter einem Wellblechdach im Maschinenhaus einer grossen elektrischen Centrale bildet sich bei Frostwetter sehr viel Schwitzwasser, welches durch die 20 cm unterhalb angebrachte 4,5 cm starke Korkdecke dringt und auf den Boden bezw. auf die Maschinen abtropft. Auf dem Dach ist kein Ventilations-Aufsatz; dagegen sind in den Giebeln unmittelbar unterm First Oeffnungen, sowie die nöthigen Fenster zur Lüftung vorhanden. Wie kann dieser Misstand am billigsten beseitigt werden? Ph. G. in K.

2. Bei Ausführung eines grösseren Bureau-Gebäudes sollen Könen'sche Vouten-Decken in Stärke bis 10 cm Anwendung finden. Sind diese Decken mit einem Fussbodenbelag von Linoleum in normaler Stärke von 3—4 mm schallsicher? Das Linoleum soll auf der mit Zementglattstrich zu versehenden Oberseite der Decken durch Holzkitt aufgeleimt und an den Wandanschlüssen mit einer ausgekehlten Leiste von Torgament befestigt werden. Hat sich für Büreauräume Korklinoleum in Stärke von 6—8 mm als schalldämpfender und namentlich widerstandsfähiger Fussbodenbelag bewährt? Bezüglich der Könen'schen Vouten-Decken mit Linoleumbelag bestehen Bedenken, ob solche Zwischendecken die für ein Bureau-Gebäude erforderliche Schallisolirung gewährleisten. Die Verwendung des Korklinoleums erscheint seiner grossen Weichheit wegen für Büreauräume trotz aller anderen vorzüglichen Eigenschaften (namentlich bezüglich der Schallisolirung) nicht geeignet. Möbel, Stühle, Tische usw. werden zweifelsohne bleibende Eindrücke hinterlassen und deshalb ebenso das Aussehen beeinträchtigen, wie auch die Haltbarkeit gefährden. — A. G. in Dresden.

Inhalt: Verband deutscher Arch.- und Ing.-Vereine. — Zur Frage der Fortsetzung der Wiederherstellungs-Arbeiten am Heidelberger Schloss. Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin.



Das neue Gebäude der Allgemeinen Versorgungs-Anstalt in Karlsruhe i. B.

Architekt: Ob.-Brth. Adolf Hanser † in Karlsruhe i. B.

(Hierzu die Grundrisse auf Seite 76 u. 77.)

**A**us dem Hauptzweige seiner Thätigkeit, aus der Gruppe der Verwaltungs-Gebäude des so früh verstorbenen trefflichen badischen Baukünstlers, führen wir hier das neue Gebäude der Allgemeinen Versorgungsanstalt in Karlsruhe an, welches Ende der neunziger Jahre vor dem Mühlburger Thor dorten, auf einer bevorzugten Baustelle als ein stattlicher Monumentalbau in Sandstein errichtet wurde. Das auf einem dreieckigen Gelände sich erhebende Bauwerk ist zunächst nur in seiner grösseren Hälfte ausgeführt worden, um Raum für eine spätere Erweiterung zu lassen. Wir haben den

klaren und einfach gruppierten Grundrissen nur wenig hinzuzufügen. Das Erd- und das erste Obergeschoss sind durchgehends der umfangreichen Verwaltung vorbehalten, das Erdgeschoss für die Registratur, die Kanzleien und die übrigen Büreaus, das Obergeschoss für die Direktionsräume, die Lebensversicherung, das Abrechnungsbüreau usw. Das oberste Geschoss enthält im Rundbau einen geräumigen Sitzungssaal, im übrigen lediglich Direktorial-Wohnungen. Das in lichtigem Sandstein erstellte Aeussere lehnt sich an die Formensprache an, welche vom Hause des Deutschen Reichstages in Berlin ausging. —

#### Der Eisenbahn-Lootse.

**S**o sehr im Vergleich mit der Schifffahrt der Transport auf Eisenbahnen durch die Gleise mit ihren fest vorgeschriebenen Wegen und durch zahlreiche Signale längs derselben gegen Unfälle aller Art, auch gegen Zusammenstöße der Fahrzeuge, gesichert erscheint, so tritt doch von Zeit zu Zeit die Nothwendigkeit ein, gewissermassen ruckweise in den Sicherheits-Einrichtungen einen Schritt weiter zu thun, um gesteigerten Anforderungen, die sich infolge Verdichtung und Beschleunigung des Verkehrs erheben, zumal sobald sie sich durch eklatante Unglücksfälle als begründet aufdrängen, zu ge-

nügen. So steht augenblicklich eine Ergänzung der Streckensignale durch die allgemeine Einführung der aus Scheiben gebildeten Vorsignale infrage, für deren Lichter als Nachtzeichen man zum Unterschiede von denen der bestehenden Armsignale noch nach einer passenden Farbe sucht.

Im Grunde genommen kommt man durch allgemeine Aufstellung der Vorsignale zu einer Verdoppelung der Theilung der Bahnstrecke, nur mit der Besonderheit, dass, während ein Haltsignal des Armtelegraphen unbedingt beachtet werden muss, das entsprechende Vorsignal nur ein vorsichtiges Fahren gebieten soll, ein Unterschied, der



auch mittels Hinzufügung eines dritten Zeichens am Arm-telegraphen markirt werden könnte. Selbstverständlich würde bei dieser Anordnung auf stark befahrenen Linien die Länge der Signalstrecken, weil fortan deren zwei statt bisher nur einer für völlig freies Durchfahren eines nach folgenden Zuges gesperrt sein müssten, zu verkleinern, äussersten Falles zu halbiren sein.

Mögen die mit dem Eisenbahnsignalwesen praktisch und vorwiegend sich beschäftigenden Ingenieure diesen Gegenstand weiter überlegen: im Folgenden soll eine andere Seite der Signalfrage betrachtet werden. Muss man nämlich den Signalen überhaupt eine so grosse Wichtigkeit beilegen, dass die geringsten Mängel oder Versäumnisse in dem Erkennen und der Beachtung derselben seitens des Zugpersonals die grössten Gefahren in fast sichere Aussicht stellen, so geht es nicht länger an, dass man ihre Wahrnehmung und Auslegung den Lokomotivführern und Oberschaffnern überlässt. Zurzeit ist der Lokomotivführer die Hauptperson, von dessen Wahrnehmungs-Vermögen die Sicherheit des Zuges abhängt. Was dieses Wahrnehmungs-Vermögen, die Sinnen-schärfe, anlangt, so begnügt man sich damit, Gesicht und Gehör auf normale Beschaffenheit zu untersuchen, und wenn dabei auch seitens des untersuchenden Arztes alle ihm mögliche Sorgfalt aufgewandt wird, so werden doch nur grobe Mängel, wie Farbenblindheit und Harthörigkeit eine Zurückweisung des Aspiranten vom Lokomotiv- oder Fahrdienst in der Regel zurfolge haben. Wohlan denn, wählen wir zu dem Beobachten der Signale eigene Leute, denen die groben Arbeiten abgenommen sind, sachkundige

Leute mit besonders scharfen Sinnen; statten wir diese wie die Steuerleute der Seeschiffe mit den nützlichen Hilfsmitteln wie Fernrohre usw. aus, weisen wir ihnen einen Platz am Kopf der Lokomotive an, setzen sie mit dem Führer wie mit dem ganzen Zugpersonale in Verbindung; geben wir diesen Lootsen — wie man sie nennen könnte — durch Glocken, Pfeifen, Detonationen, ständige und Blitzlichter, vielleicht auch Marconische Telegraphie die Mittel, nach Aussen auf grössere Entfernungen Zeichen zu geben und es wird dann die Sicherheit in einem so bedeutenden Maasse sich steigern lassen, wie es sonst nicht möglich ist. Dann kann beispielsweise für einen durch Versagen der Bremsen gefährdeten Zug, der eine Rampe hinabfährt, die Oeffnung eines todten Gleises oder Sandgleises auf der nächsten Haltestelle (s. S. 10 d. Js.) durch den Lootsen rechtzeitig angeordnet werden. Würden nun die ohnehin schon zu bedeutender Höhe angewachsenen Kosten für Sicherheits-Einrichtungen durch die Anstellung von Lootsen eher noch gesteigert werden, so würde doch erst durch deren Anstellung eine scharfe Beobachtung der Signale, optischer wie akustischer, auf der Strecke gefördert, ausserdem die Einführung von neuen Signalen vom Zuge aus an die Streckenwärter und Stationen ermöglicht und damit eine Sicherung der Züge herbeigeführt werden, wie sie bisher nicht erzielt werden konnte. Dann könnten auch Zweifel darüber, ob Signalformen oder Lichtfarben wie deren Zusammenstellungen richtig erkannt und beachtet werden, nicht mehr aufkommen. Der Lootse würde sie mit bewaffnetem Auge am sichersten erkennen. —

Dresden, im November 1901.

Köpcke.

## Entgegnungen in Sachen der statisch bestimmten mehrtheiligen Streben-Fachwerke.\*)

### I.

**D**ie Auslassung des Hrn. Prof. Müller-Breslau in No. 90 S. 558 der Dtschn. Bztg. v. Js. trifft den eigentlichen Kern der zwischen ihm und mir bestehenden Meinungs-Verschiedenheiten so wenig, dass ich mich gezwungen sehe, auf den Inhalt meiner früheren Entgegnung in No. 80 S. 494 Jhrg. 1901 d. Bl. nochmals zurückzukommen.

Ueber die beiden ersten Punkte meiner Entgegnung geht Hr. Müller-Breslau hinweg, woraus ich schliesse, dass er seinen Irrthum nach dieser Richtung hin inzwischen eingesehen hat. Dagegen geht Hr. Müller-Breslau auf den dritten Punkt jetzt näher ein, indem er dabei die Bezeichnungen „gebräuchlich“ und „gleichmässig“ in besonderer Weise auszulegen versucht. Dazu bemerke ich:

Ich habe in meiner von Hrn. Müller-Breslau kritisirten, vor 3 Jahren erschienenen Abhandlung, 2theilige und mehr als 2theilige statisch unbestimmte Strebenfachwerke (letztere selbstverständlich mit steifen Ständern ausgerüstet gedacht) den mehrtheiligen statisch bestimmten Strebenfachwerken vergleichend gegenüber gestellt. Für mich galten dabei als „gebräuchlich“ solche Systeme, die nicht bereits der Geschichte verfallen sind, oder solche, die auch heute noch mit Nutzen Verwendung finden können. Wenn man streng sein wollte, müsste man demnach die Grenzen für die „gebräuchlichen“ Strebenfachwerke noch enger ziehen, als ich es damals gethan habe. Eigentlich dürfte man zu den gebräuchlichen Systemen heute nur noch die 2theiligen rechnen, denn die mehr als 2theiligen kommen heute höchstens noch in Ausnahmefällen oder bei besonderen Konstruktionen, z. B. beim Bau zerlegbarer eiserner Kriegsbrücken vor. Und auch hier thäte man nach meiner Meinung besser, sie durch die mehrfachen statisch bestimmten Strebenfachwerke zu ersetzen. Jedenfalls rechne ich, wie es Hr. Müller-Breslau zu thun scheint, das von ihm erwähnte 6theilige Netzwerk, das vor 30 Jahren von Laissle-Schübler veröffentlicht worden ist, heute nicht mehr zu den „gebräuchlichen“ Systemen.

Hier steht also Ansicht gegen Ansicht und ich halte die meinige auch Hrn. Müller-Breslau gegenüber aufrecht. Es wird nicht unnöthig sein, hier einzuschalten, dass es ein geheimer Wettbewerb in Angelegenheiten der Schaffung einer neuen eisernen Kriegsbrücke war, der mich zuerst auf den Gedanken gebracht hat, den statisch bestimmten mehrtheiligen Strebenfachwerken grössere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei waren es nicht etwa, wie Hr. Müller-Breslau noch zu glauben scheint, statische Ueberlegungen allein, die mich führten, sondern hauptsächlich hatte ich dabei die bekannten konstruktiven Mängel der gebräuchlichen statisch unbestimmten Fachwerke dieser Art im Auge. Schon allein der Umstand, dass bei mehr als zweitheiliger Wandgliederung die Nothwendigkeit steifer Stän-

der eintritt, liessen die statisch unbestimmten Strebenfachwerke in meinen Augen minderwerthig erscheinen gegenüber den inrede stehenden statisch bestimmten Anordnungen. Denn mehr als zweitheilige Systeme sind mindestens dreifach statisch unbestimmt. Ihre Berechnung muss daher, wenn sie nicht unzutreffende Ergebnisse liefern soll, mit Rücksicht auf die Formänderungen des Systems nach bekannten Regeln erfolgen. Eine Berechnung aufgrund einer Zerlegung in Theilsysteme, wie sie Hr. Müller-Breslau ausführt, lasse ich nicht gelten, obwohl die Hr. Müller-Breslau jetzt die „übliche“ nennt, während er früher in seinem bekannten Werke sich mit Recht gegen eine derartige ungenaue Berechnungsweise ausgesprochen hat.

Wenn auch die Berechnung statisch unbestimmter Fachwerke nach den von Mohr angegebenen ausgezeichneten scharfsinnigen Methoden heute jedem einigermaassen mit der Statik vertrauten Ingenieur geläufig ist, so wird man heute immer noch mit Recht derartige Systeme gegenüber solchen statisch bestimmten Systemen, mit deren Hilfe man die gleichen praktischen Erfolge erzielen kann, zurückstellen müssen. Das ist wenigstens meine Ansicht von der Sache. Man könnte aber mit den inrede stehenden statisch bestimmten Wandgliederungen bessere praktische Erfolge erzielen als mit den „gebräuchlichen“ statisch unbestimmten, und zwar: 1. vermeidet man den Einfluss der aus der Veränderlichkeit der äusseren Kräfte herrührenden Temperatur-Spannungen; 2. braucht man keine steifen Ständer, ein Umstand, der namentlich beim Bau amerikanischer Brücken, oder der mit Bolzenknoten ausgerüsteten eisernen Kriegsbrücken ins Gewicht fällt; 3. sind (bei Voraussetzung von Bolzenknoten in den Gurten) die Senkungen der Gurtknoten mit Einzellasten bei den inrede stehenden statisch unbestimmten Systemen viel ungleichmässiger als unter sonst gleichen Umständen bei den statisch bestimmten Anordnungen. Nicht ohne Grund wählen deshalb die Amerikaner ausschliesslich eintheilige Fachwerke für ihre Hauptträger, weil sie die konstruktiven Nachtheile der mehrtheiligen Systeme ihrer Bolzenbrücken längst erkannt haben. Ich füge noch hinzu, dass man in Amerika mit den von mir vorgeschlagenen statisch bestimmten mehrtheiligen Wandgliederungen bereits Versuche angestellt hat.

Die erwähnte Ungleichmässigkeit in den Senkungen der Theilsysteme unter wandernden Einzellasten wird durch steife Gurte gemildert. Trotzdem haben Konstrukteure wie Schwedler und Köpcke regelmässig schon bei zweitheiligen Systemen sogenannte Mittelgurte angewendet, um beide Theilungen möglichst gleichmässig zum Tragen zu zwingen. Statisch lässt sich das erwähnte ungleichmässige Verhalten der unbestimmten mehrtheiligen Wandgliederungen wohl erklären, wenn man bedenkt, dass bei der Verschiebung  $\delta_m$  eines beliebigen Gurtknotens  $m$  durch eine in  $m$  wirkende Einzellast  $P$  alle diejenigen Stab-Spannkkräfte ohne Einfluss sind, welche von den statisch nicht bestimmbar Grössen  $X$ , insoweit diese

\*) Anmerkung der Redaktion. Wir glauben hiermit beiden Herren den genügenden Raum gewährt zu haben, um so mehr als der Ausgangspunkt des Streites nicht in unserer Zeitschrift liegt. Wir schliessen daher hiermit die Auseinandersetzung. —



von  $P$  unabhängig sind, herrühren. — Wenn ich danach in meinem von Hrn. Müller-Breslau angegriffenen Aufsatze, worin es sich um einen Vergleich von Wandgliederungen handelte, gesagt habe: „dagegen vertheilen die statisch bestimmten mehrtheiligen Netzwerke alle Lasten gleichmässig über das gesammte Stabwerk der Wand“, so habe ich damit durchaus nicht an eine gleichmässige Spannkraft-Vertheilung gedacht, wie dies ja schon aus den von mir angegebenen Rechnungs-Ergebnissen (S. 331 meines Aufsatzes) hervorgeht, ich habe vielmehr dabei die konstruktiven Mängel der ungleichmässigen Formänderungen im Auge gehabt, die daraus entspringen, dass die einzelnen Theilsysteme der Wand bei den in Vergleich gezogenen unbestimmten Anordnungen die wandernden Einzellasten nicht gleichmässig übertragen. Bei der „üblichen“ Zerlegung in Theilsysteme erscheint sogar nur dasjenige Wandsystem gespannt, in welchem die Knotenlast  $P$  liegt, alle anderen Wandsysteme sind spannungslos. Ich wiederhole aber, dass ich diese „übliche“ Zerlegung in Theilsysteme bei der Berechnung nur als einen unzureichenden Nothbehelf ansehe. Uebrigens müsste man auch, wenn man einen wirklich zu treffenden Vergleich der Spannkraft anstellen wollte, ganz anders rechnen, wie es Hr. Müller-Breslau thut. Man müsste zwei der in Rede stehenden Systeme, ein statisch bestimmtes und ein statisch unbestimmtes, unter gleichen Verhältnissen vollständig durchrechnen, um schliesslich die Grenzwerte der Wandglieder-Spannkraft mit einander vergleichen zu können. Dann erst könnte man erkennen, welches der beiden Systeme gleichmässiger gespannt sei. Ein solcher Vergleich hätte aber wenig oder gar keinen praktischen Nutzen, was ich wohl nicht erst näher darzulegen brauche.

Schliesslich bemerke ich noch, dass ich in der von Müller-Breslau angegriffenen Abhandlung die statisch bestimmten mehrtheiligen Wandgliederungen an keiner Stelle „empfohlen“ habe, wie es Hr. Müller-Breslau jetzt behauptet. Im Gegentheil, ich bin mir über deren geringe praktische Bedeutung für den Brückenbau im allgemeinen von vornherein ganz klar gewesen. Eine grössere Bedeutung haben sie für den Bau eiserner Kriegsbrücken, und hierfür habe ich sie seinerzeit an maassgebender Stelle in Vorschlag gebracht. Wenn Hr. Müller-Breslau aber so sehr gegen die von mir, wie er unrechter Weise sagt, „empfohlenen“ Systeme eingenommen ist, so wundert es mich nur, warum er diesen Anordnungen in der neuesten Auflage seiner Statik (auf den S. 501–525) einen verhältnissmässig so breiten Raum gegönnt hat, während er die von ihm empfohlenen statisch unbestimmten mehrtheiligen Fachwerke (auf den S. 525–533) nur nothdürftig „angenehert“ unter Zerlegung in Theilsysteme berechnet.

Als der zu Unrecht Angegriffene erkläre ich, dass dies mein letztes Wort in dieser unerquicklichen Sache ist. Die „fehlerhafte Auffassung“ war dabei nicht auf meiner Seite. —

Dresden, den 1. Dez. 1901.

Mehrtens.

## II.

Auf die vorstehenden Ausführungen des Hrn. Mehrtens erwidere ich, dass ich sämtliche Punkte seiner ersten Entgegnung gründlich widerlegt habe. Ich habe die Gruppierung der inrede stehenden Fachwerke nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft vorgenommen und gezeigt, dass der von Hrn. Mehrtens aufgestellte Satz in allen Theilen falsch ist, weil Hr. Mehrtens in seiner Arbeit erstens den gebräuchlichen statisch unbestimmten Systemen zwei Eigenschaften zuschreibt, von denen eine die andere ausschliesst (biegungsfeste Endständer und bewegliche Viereckzüge), weil zweitens das von ihm aufgestellte Kennzeichen des Auftretens von

$(t-2) \frac{1}{2}$  Viereckzügen nicht zutrifft, und weil drittens (und das ist die Hauptsache) bei dem von ihm empfohlenen System anstelle der von ihm behaupteten Gleichmässigkeit die grösste Ungleichmässigkeit herrscht. Den dehnbaren Begriff „gebräuchlich“ musste ich in den Kauf nehmen, weil Hr. Mehrtens den Fehler begangen hatte, einen Ausspruch, der im Grunde mathematischer Natur ist, auf diesem unsicheren Boden zu errichten. Ich habe als gebräuchlich bezeichnet, was E. Winkler noch in der letzten Auflage seines bahnbrechenden grossen Werkes als den regelmässigen Abschluss eines Netzwerkes beschrieben hat. Und wenn Hr. Mehrtens das ihm zur Widerlegung der Ziffer  $(t-2) \frac{1}{2}$  von mir entgegengehaltene Netzwerk als nicht mehr gebräuchlich und „der Geschichte verfallen“ zurückweist, so antworte ich hierauf mit der Frage, ob er die von ihm als gebräuchlich bezeichneten Netz-

werke „mit Strebenzügen die für die Lastübertragung nicht taugen“, noch für lebensfähig hält. Er hat aber diese Frage bereits selbst dahin beantwortet, dass man „eigentlich“ nur noch die zweitheiligen Netzwerke als gebräuchlich bezeichnen dürfe, und verschärft dadurch nur meine Ausstellung, dass dem Schlusssatze seiner Abhandlung die wissenschaftliche Strenge fehle. Hr. Mehrtens geht aber in der Bestätigung meiner Einwendungen noch weiter; früher hatte er als besonderen Vorzug des von ihm empfohlenen Systems „die gleichmässige Vertheilung aller Lasten über das gesammte Stabwerk der Wand, der Gurte und der Ständer“ bezeichnet. Heute, nachdem ich ihm die grösste Ungleichmässigkeit nachgewiesen habe, erklärt er, er habe durchaus nicht an eine gleichmässige Spannkraft-Vertheilung gedacht, sondern mehr „konstruktive Mängel“ im Auge gehabt! Was die im Anschluss an diese Erklärung angeführte selbstverständliche Thatsache, „dass auf die Verschiebung  $\delta_m$  eines Gurtknotens  $m$  (eines unbestimmten Systems) durch eine in  $m$  wirkende Einzellast  $P_m$  alle diejenigen Stabkräfte ohne Einfluss sind, welche von den statisch nicht bestimmbar Grössen  $X$ , insoweit diese von  $P_m$  unabhängig sind, herrühren“, beweisen soll, ist unverständlich. Im Allgemeinen hängt das System der innerhalb gewisser Grenzen willkürlich wählbaren Werthe  $X$  von den Belastungen sämtlicher Knotenpunkte ab. Die Einflusslinien der  $X$  bestehen aus positiven und negativen Zweigen und besitzen daher auch Nullpunkte. Das ist aber keine ausgezeichnete Eigenschaft der  $X$ -Linien; denn auch die Einflusslinien für die Spannkraft  $D$  in den Wandgliedern der bestimmten Systeme setzen sich aus positiven und negativen Theilen zusammen. Im übrigen kommt es aber garnicht darauf an, ob  $\delta_m$  von einzelnen Stabkräften unabhängig ist, sondern lediglich darauf, ob die Gesamtwirkung aller betheiligten Stabkräfte eine günstige oder ungünstige ist. Aus der Formel für  $\delta_m$  infolge von  $P_m$

$$\delta_m = P_m \sum \frac{S^2 s}{EF},$$

wo  $S$  die Spannkraft für  $P_m = 1$  ist, geht hervor, dass  $\delta$  in  $\delta_m$  nur in der zweiten Potenz enthalten ist und die Einflüsse aller Stabkräfte positiv sind. Da nun der Unterschied entsprechender  $\delta_m$  der hier zu vergleichenden Systeme hauptsächlich in den verschiedenen grossen Beiträgen der Wandglieder besteht, so gewinnt man schon ein ungefähres Bild von dem Verhalten beider Systeme, wenn man die Summe der von den Wandgliedern herrührenden Werthe  $S^2$  mit einander vergleicht. Mit Hilfe der in meiner Graphischen Statik angegebenen Ordinaten der Einflusslinien für die  $D \sin \varphi$  erhält man für den dritten Knotenpunkt der unteren Gurtung des von Hrn. Mehrtens empfohlenen Trägers (No. 90 d. Jahrg. 1901 der Dtschn. Bztg. Abbildg. 2)

$$\sum D^2 \sin^2 \varphi = 2 \frac{8 \cdot 13^2 + 6,5 \cdot 16^2}{20^2} = 7,2$$

und für den Knoten 3 des statisch unbestimmten Trägers (Abbildg. 4 a. a. O.)

$$\sum D^2 \sin^2 \varphi = \frac{25^2 + 6 \cdot 5^2}{30^2} = 0,9.$$

Diese Zahlen reden gewiss eine deutliche Sprache zu Ungunsten des ersten Trägers. Zu gleich ungünstigen Ergebnissen für dieses Fachwerk gelangt man, wenn man nicht die Werthe  $\delta_m$ , sondern die gegenseitigen Verschiebungen der Knotenpunkte und namentlich die für die Beurtheilung der Zwängungs-Spannungen wichtigen Aenderungen  $\Delta \vartheta_m$  der Winkel  $\vartheta_m$  berechnet, welche die aufeinanderfolgenden Gurtstäbe  $(m-1)m$  und  $m(m+1)$  mit einander bilden. Die Formel für  $\Delta \vartheta_m$  lautet:

$$\Delta \vartheta_m = \frac{P_m}{\lambda} \left( 2 \sum \frac{S^2 s}{EF} + \sum \frac{SS' s}{EF} \right),$$

wo  $\lambda$  die Feldweite bedeutet und  $S'$  die Spannkraft bezeichnet, welche infolge von zwei in  $(m-1)$  und  $(m+1)$  angreifenden nach aufwärts gerichteten Lasten 1:1 entsteht. In dieser Formel spielt das erste Glied die Hauptrolle. Für die Punkte 3 der beiden hier verglichenen Träger erhält man  $\sum D D' \sin^2 \varphi = 0,04$  bzw.  $\sum D D' \sin^2 \varphi = 0$ .

Auf die zur Begründung meiner Kritik des ungünstigen Spannungsbildes seines Systems von mir beigebrachten Zahlenwerthe erwidert Hr. Mehrtens, „man müsse ganz anders rechnen, wie es Hr. Müller-Breslau thut; man müsse zwei der inrede stehenden Systeme vollständig durchrechnen, um die Grenzwerte der Wandglieder-Spannkraft mit einander vergleichen zu können“. Nun finden sich aber auf S. 531 meiner Graphischen Statik alle Grenzwerte  $\max D$  und  $\min D$  für das statisch unbestimmte System und auf S. 518 die Ordinaten sämtlicher  $D$ -Linien für

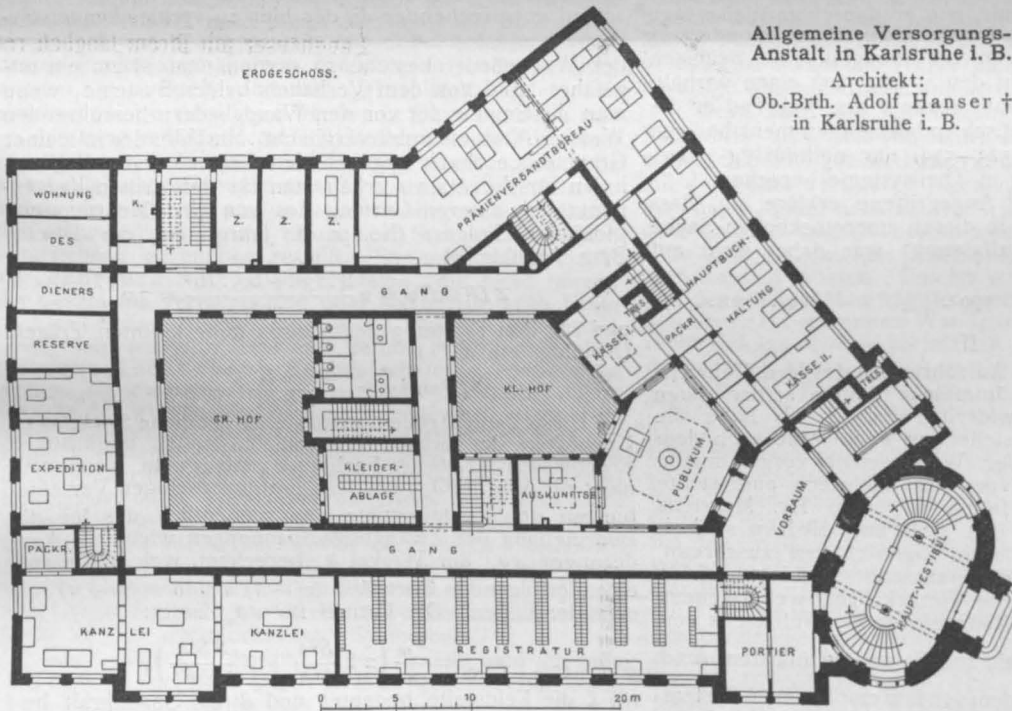
dieses Satzes bestätigt nunmehr die Richtigkeit meiner Beurtheilung; zu dem zweiten Theile bemerke ich, dass ein für den allgemeinen Brückenbau wegen seines ungünstigen Spannungs-Zustandes untaugliches System den besonderen viel schwierigeren Aufgaben des feldmssigen Brückenbaues erst recht nicht gewachsen ist. Gerade bei einer zerlegbaren eisernen Kriegsbrücke ist die grösste Gleichmässigkeit der Beanspruchung der einzelnen Theile anzustreben. Die Anzahl der verschieden geformten Theile muss möglichst klein sein. Handelt es sich z. B. um eine Brücke mit Bolzen Gelenken, so müssen alle Gelenkbolzen denselben Durchmesser, und alle Stäbe dieselben Augen erhalten, damit alle gleichartigen Theile mit einander vertauscht werden können. Ein mehrtheiliges Fachwerk, mit Wandgliedern in der Nähe des Auflagers, die so stark beansprucht werden wie bei einem eintheiligen System, muss ohne weiteres als unbrauchbar zurückgewiesen werden, weil diese grossen Kräfte *D* die Konstruktion sämmtlicher Knotenpunkte ungünstig beeinflussen. Auf den wesentlich kleineren Kräften *D* beruht gerade in der feldmssigen

Brückenbaukunst die Ueberlegenheit der richtig konstruirten statisch unbestimmten mehrtheiligen Fachwerke gegenüber den bis jetzt bekannt gewordenen bestimmten Anordnungen. Und wenn Hr. Mehrtens sagt, dass bei den unbestimmten Systemen die Schaffung steifer Endständer Schwierigkeiten bereite, so hat er wohl die der Geschichte verfallenen schweren biegefesten Endständer im Auge gehabt, mit denen allerdings keine Armee ins Feld rücken kann; er übersieht, dass in dem wichtigen Gebilde der gegliederten Scheibe und in der Einschaltung von Vertikalen ein längst bekanntes Mittel zur Verfügung steht, diese Schwierigkeiten spielend zu überwinden. Ganz ohne Bedeutung ist, was Hr. Mehrtens über den Einfluss der Temperatur auf die unbestimmten Balken-Fachwerke sagt; sie spielen längst die Rolle nicht, wie z. B. die Zwängungs-Spannungen in statisch bestimmten Systemen mit steifen Knoten, um die sich bekanntlich Niemand bei der Berechnung von Brücken kümmert.\*)

In seinen weiteren Ausführungen sagt Hr.

Ausführungen sagt Hr. Mehrrens, ich hätte in der neuen Auflage des I. Bandes meiner Graphischen Statik die von ihm „empfohlenen“ bestimmten Systeme sehr ausführlich, die anderen aber sehr kurz behandelt, und erklärt, er könne die Berechnung der unbestimmten Systeme auf dem Wege der Zerlegung in

\*) Da Hr. Mehrrens mittheilt, ein geheimer Wettbewerb in Angelegenheit der Schaffung einer neuen eisernen Kriegsbrücke sei die Veranlassung gewesen, die ihn zuerst auf den Gedanken gebracht habe, den statisch bestimmten mehrtheiligen Strebenfachwerken grössere Aufmerksamkeit zuzuwenden und dadurch den Eindruck erwecken kann, dass er damals schon das von ihm neuerdings empfohlene bestimmte System in Vorschlag gebracht habe, so muss ich hier als einer der Preisrichter jenes Wettbewerbes erklären, dass dies nicht der Fall gewesen ist, dass er vielmehr ein unbestimmtes System eingereicht und auf Grund der Zerlegung in bestimmte Systeme berechnet hat. Zu einer weiteren Mittheilung über diesen Gegenstand bin ich leider nicht befugt.



Aus den Einwänden des Hrn. Mehrtens (in denen er diesen Vergleichen den praktischen Nutzen abspricht) geht hervor, dass er selbst derartige eingehende Untersuchungen nicht angestellt hat, obgleich gerade er dazu verpflichtet gewesen wäre, als er in seiner Abhandlung das neue System empfahl. Heute erklärt er zwar, er habe diese Anordnung gar nicht empfohlen; ich behaupte aber, dass in der Hervorhebung der Vorzüge einer neuen gegenüber einer älteren Sache unstreitig eine Empfehlung des Neuen liegt. Weiter erklärt Hr. Mehrtens nunmehr, er sei sich von vornherein über die geringe praktische Bedeutung seiner Bauart für den Brückenbau im allgemeinen klar gewesen; eine grössere Bedeutung habe sie nur für den Bau eiserner Kriegsbrücken. Der erste Theil

genaue Verfahren befriedigend übereinstimmen. Nur habe ich Ingenieuren, welche die strenge Theorie nicht beherrschen, und deshalb auch nicht entscheiden können, wo die Grenze für die Zulässigkeit der Näherungsrechnung liegt, den Rath gegeben, von statisch unbestimmten mehrtheiligen Fachwerken lieber abzusehen, da zwingende Gründe für deren Verwendung im gewöhnlichen Brückenbau nicht vorliegen. Die inzwischen von mir und meinen Hörern angestellten sorgfältigen Untersuchungen mehrtheiliger Netzwerke mit steifen Endscheiben oder eingeschalteten Vertikalen konnte ich damals noch nicht berücksichtigen.

Müller-Breslau.

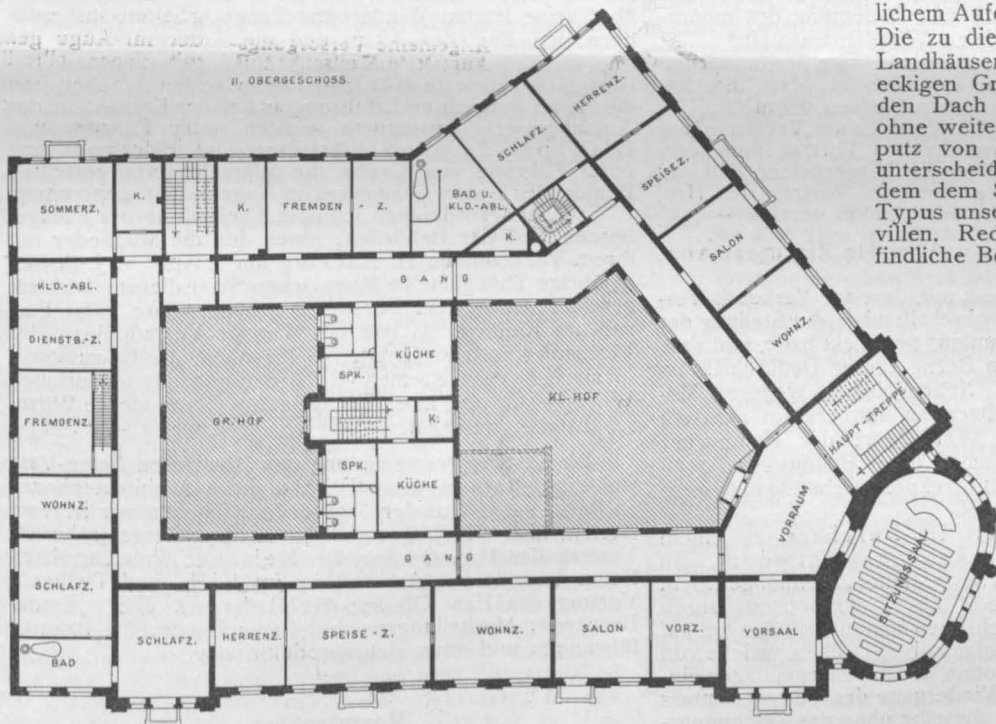
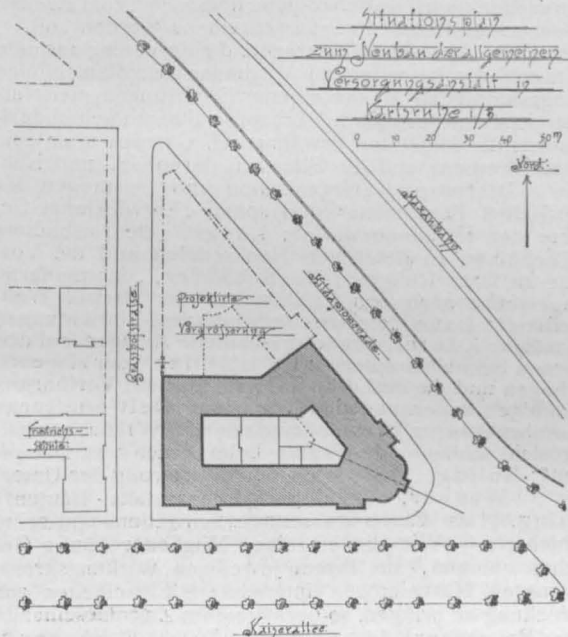
Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 22. Nov. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 65 Pers., aufgen. die Hrn. Ing. Erik Unger Nyborg, Bmstr. Erich Bunniess und Ing. Wilh. Pohlmann.

Es erhält das Wort Hr. Rambatz, welcher mittheilt, dass er die Eindrücke, welche er auf einer wesentlich zum Zwecke der Erholung unternommenen Sommerreise nach München und Tegernsee empfangen habe, wiedergeben möchte. Er schildert die Lage des Ortes Tegernsee am Uebergang der Alpen zur Bayerischen Ebene und spricht sich befriedigt aus über die Art, in welcher dort dem Bedürfniss der Sommerfrischler aus Bayern nach länd-

heimlichen Aufenthaltes genügt worden sei. Die zu diesem Zweck dort erbauten Landhäuser mit ihrem länglich rechteckigen Grundriss, dem überstehenden Dach mit umlaufendem Balkon ohne weiteren architektonischen Aufputz von Zinkornamenten u. dergl. unterscheiden sich vortheilhaft von dem dem Stadthause nachgebildeten Typus unserer nördlichen Grossstadt- villen. Redner erwähnt die dort befindliche Benediktiner-Abtei, welche nach vielfachen Umbauten schliesslich in den Besitz des Herzogs Karl Theodor von Bayern gekommen sei und von welcher behauptet wird, dass sie die Geburtsstätte der Glasmalerei sei. Er schildert sodann die Lage des Ortes an der am See entlang nach Tyrol führenden Strasse und rühmt die Erhaltung der Landestracht bei den Bewohnern gegenüber dem Verschwinden der malerischen Tracht der Tyroler.

Redner wendet sich dann zur Wiedergabe der Eindrücke, welche er bei seinem Aufenthalte in München von der grossartigen baulichen Entwicklung dieser Stadt empfangen hat. Er hat in früheren Jahren Gelegenheit zu längerem Aufenthalte in München gehabt, zu einer Zeit, wo die Stadt inbezug auf ihre Bedeutung noch auf der Stufe kleinerer Residenzstädte, wie etwa Dessau oder Strelitz, gestanden habe, und sei überrascht über die Veränderung, die das ganze Städtebild infolge des Angliedern umliegender Bezirke erfahren habe. Der früher dort beliebte Ziegelrohbau

\*\*) Die in der österreichisch-ungarischen Armee eingeführte, von Hrn. Obering. Joh. Kohn in Budapest konstruirte zerlegbare eiserne Kriegsbrücke ist mir ebenfalls s. Z. vom Hrn. Erfinder dieser eigenartigen Bauart zur Beurtheilung vorgelegt worden. Die Zerlegung in statisch bestimmte Theilsysteme habe ich auch bei dieser Brücke für zulässig erkannt.



konstruktionen auf jeden Fall gegeben werden muss, weil sie den unentbehrlichen Unterbau für die genauere Theorie der unbestimmten Systeme bildet. Die knappe, aber, wie ich behaupte, vollständige Behandlung der angenäherten Berechnung des unbestimmten mehrtheiligen Fachwerks ist eine Folge der Leichtigkeit dieser Aufgabe; bezüglich der genaueren Berechnung ist ausdrücklich auf Band II\*) verwiesen worden. Bereits in der früheren Auflage meiner Graphischen Statik habe ich (im Gegensatz zu der mir von Hrn. Mehrtens beigelegten Ansicht) betont, dass es Fälle giebt, in denen das genäherte und das

\*) Dieser zum grössten Theil bereits gedruckte Band wird bald erscheinen. Er enthält die genaue Berechnung eines viertheiligen Netzwerkes mit steifen Endscheiben.



habe jetzt keine Anhänger mehr, man finde vielmehr überwiegend Putzbau, aber nicht in der Form der Verwendung des Putzes als Surrogat für Werkstein-Architektur, sondern in eigenartiger, der Natur des Materials angepasster Ausführung, mit flachem Relief und verschiedenartiger Behandlung der Putzflächen, wodurch eine reizvolle Wirkung erzielt wird. Die Farbe sei meistens ein zartes Hellgrau, doch kommen auch lebhaftere Färbungen vor, die zuweilen sogar übertrieben wirken. Die Dächer bestehen meistens aus rothen Ziegeln, sie erfahren eine liebevolle Behandlung und folgerichtige Anwendung der Giebel, wobei die Benutzung der letzteren als reines Dekorationsmotiv vermieden ist.

Die vorkommenden Werksteinfassaden unterscheiden sich vortheilhaft von der in Berlin üblichen glatten Bearbeitung der Flächen, sodass der Charakter des Quaderbaues erhalten bleibt, wofür als Beispiel besonders auf den Justizpalast verwiesen wird.

Nach Erwähnung einiger neuer Monumentalbauten Münchens, insbesondere des Bayer. National-Museums und des Künstlerhauses, sowie der Kunstausstellung mit der sehr bescheiden dabei vertretenen Architektur-Ausstellung, wendet sich Redner zu einer Besprechung der neueren Platz- und Strassenanlagen und skizzirt die Lage des Justizgebäudes, wobei er das Fehlen jeglicher Beziehungen der Hauptaxen des Gebäudes zu den umgebenden Strassenzügen rügt. Besser liegt das National-Museum an der Prinz-Regentenstr., welche als eine stattliche Strassenanlage bezeichnet wird, bei der nur leider eine befriedigende Verbindung mit dem sonstigen Strassennetz fehlt.

Als Beispiel für die Ausbildung des heutigen städtischen Wohnhauses Münchens wird vom Redner eine von ihm besichtigte Wohnung in einem grossen Etagenhaus beschrieben und im Grundriss skizzirt. Die Wohnung besteht aus 5 Zimmern mit Küche, Badestube und Nebenräumen und sollte nach der an Ort und Stelle erhaltenen Auskunft 3800 M. Miete (? Die Red.) kosten, was als ein für hiesige Verhältnisse ganz unmöglicher Preis bezeichnet wird.

Endlich bespricht Redner noch ausführlich das Münchener Schauspielhaus und das Prinzregenten-Theater, beide nach Entwürfen der Architekten Heilmann und Littmann erbaut, und bezieht sich hierbei auf den in No. 66 der Dtschn. Bztg. erschienenen Aufsatz von Albert Hofmann in Berlin: „Zur Entwicklung und Bedeutung des modernen Theaters als einer sozialen Wohlfahrtsanstalt.“

Redner schliesst mit einer Beurtheilung der modernen Münchener Bauart, von der er bekundet, dass dieselbe seiner Ansicht nach auf gesunden Bahnen wandle.

Nachdem dem Redner für seinen von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag vom Vorsitzenden gedankt ist, wird wegen vorgerückter Zeit der noch auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Hrn. Elvers über Reiseindrücke aus London vertagt. — Hm.

Vers. am 29. Nov. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 66 Pers.

Der Hr. Vorsitzende theilt mit, dass der Verbands-Vorstand ein Exemplar der „Denkschrift über die Stellung der höheren städtischen Baubeamten“ geschickt habe, und dass eine Subskriptionsliste zum Bezug dieser Denkschrift im Vorzimmer ausgelegt sei. Neben einigen weiteren Mittheilungen wird vom Vorsitzenden aufmerksam gemacht auf einen bevorstehenden Wettbewerb der Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft unter Hamburger Architekten für Entwürfe zu einem Direktions-Gebäude mit einem Kostenaufwand von 350 000 M.

Sodann erhält das Wort Hr. Burchard zu einem Vortrage über „Neuere Deckenkonstruktionen“. An Hand eines reichen Materials ausgestellter Zeichnungen giebt Redner eine Uebersicht über die in den letzten Jahren zu so grosser Zahl angewachsenen neuen Erfindungen auf dem Gebiete der Konstruktion massiver Decken, welche von ihm in zwei Hauptgruppen, ohne und mit Eiseneinlagen eingetheilt werden. Auf eine Wiedergabe des Vortrages muss hier verzichtet werden, da dieselbe ohne das Zeichnungsmaterial schwer ausführbar ist. Nachdem Redner auf einige Fragen — von Hrn. Hennicke bezügl. der Konstruktion der Behrens'schen Decke und von Hrn. Heubel bezügl. der Feuersicherheit der Trägeruntersichten in Putz — erwidert hat, spricht der Vorsitzende ihm unter lebhaftem Beifall den Dank für seinen interessanten Vortrag aus.

Im Hinblick auf die vorgerückte Zeit wird der zweite Gegenstand der Tagesordnung: „Die Streik-Klausel in Bauverträgen“ auf die nächste Sitzung verschoben. —

Mo.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Bremen. In 6 Hauptversammlungen und 28 ord. Sitzungen, die durchschnittlich von 23 Mitgliedern besucht waren, hat der A.- u. I.-V. während des verflossenen Jahres an der Verfolgung seiner viel-

seitigen Aufgaben gearbeitet. In einer Reihe von Fällen hatte er die Genugthuung, den Behörden mit gutachtlichem Rathe zur Seite stehen zu können. So wurden auf Ersuchen der Polizei-Direktion die Verordnungen über Anlage und Betrieb von Fahrstühlen in einer Kommission festgestellt und die seit mehreren Jahren mit umfänglichen Vorarbeiten in Vorbereitung begriffene neue Bauordnung einer abermaligen Berathung und Redaktion unterzogen. Auf Veranlassung der Baudeputation erliess der Verein das Preisausschreiben zur architektonischen Ausschmückung der Kleinen Weserbrücke unter Bremischen Architekten und hatte damit einen erfreulichen Erfolg. Ebenso hatte er sein Gutachten abzugeben über die Pläne zur Bebauung des Gebäudeblockes am Markt und Kaiser Wilhelmsplatz, dessen architektonische Behandlung demnächst zum zweiten Male Gegenstand eines Preisausschreibens werden soll.

Unter den grösseren Vorträgen, die durchweg aus dem Arbeitsstoff der betreffenden Mitglieder gegriffen, infolge der angesammelten Menge eigener Erfahrungen meist als inhaltsreiche und anregende Fachabhandlungen gelten durften, seien die folgenden erwähnt: H. Gräpel über „die Brücken Bremens und die Pläne zu deren Um- und Neubauten“; Dittmann, „Organisation und Leistungen der französischen Feuerwehr“ und später „Entwicklungs-Geschichte der Handfeuerwaffe“; Lange, „die Ausbildung der Techniker an deutschen Hochschulen und die Vorschläge zu ihrer Reform“; Dr. Schaefer, „das moderne Kunstgewerbe nach den Erfahrungen der Pariser Weltausstellung“; Laue, „elektrische Schiffszugs-Einrichtungen für Kanäle“; Käufel, „neue maschinelle Anlagen bei den modernen Schnelldampfern“; Dr. J. Müller, „der singende Lichtbogen und die drahtlose Telegraphie“ mit Vorführung der nöthigen experimentalen Versuche; Oeltjen, „neue Strassenbrücken im Bremer Landgebiet“; Wilda, selbstthätig sich schliessende Ventile beim Bruch von Dampfrohren“; Suling, „Das System der Befuerung der Unterweser“; Wagner, „moderne Irrenanstalts-Bauten“; Bücking, „Das Wasserstrassennetz Schwedens und seine Geschichte“. — Wie die einzelnen Mitglieder häufig Gelegenheit nahmen, aus ihrem jeweiligen Wirkungskreise in kleineren Mittheilungen interessante Einzelheiten zur Besprechung zu bringen, so berichtete im Zusammenhange mit der Besichtigung des vollendeten Domes E. Ehrhardt über seine letzten Wiederherstellungs-Arbeiten, insbesondere den Bau des Altars und die Ausschmückung des Chores, und zur Vorbereitung einer gemeinsamen Besichtigung erörterte Bücking die neuesten Arbeiten und die damit gemachten Erfahrungen bei der Korrektur der Aussenweser. Ausserdem wurden unter Führung von H. Gräpel die neuen Kläranlagen im Blocklande und unter Führung von Karbe die nunmehr fertig gestellten Bauten des neuen Gaswerkes in Augenschein genommen.

Die ausserordentlich lebhafte Theilnahme der Fachgenossen und der Behörden, unter der die Mitglieder mit ihrem Vorsitzenden H. Bücking am 1. April v. J. dessen 25jährige Thätigkeit im Bremischen Staatsdienste feierten, gereichte auch dem Verein zu schöner Ehre. Das Fest gab im Kleinen, so wie die Wander-Versammlung des Verbandes 1900 im Grossen Gelegenheit, das Bewusstsein zu stärken, dass Bremen die Bedeutung der technischen Wissenschaft und ihrer Vertreter für das moderne Wirthschaftsleben zu schätzen und zu ehren weiss. — Sch.

Die V. Hauptversammlung des „Deutschen Beton-Vereins“ findet am 26. u. 27. Febr. d. J. im Architektenhause zu Berlin statt. Aus der Tagesordnung heben wir hervor: Bericht über die Frage: „Wie prüft man Zementröhren“; Vortrag des Hrn. Ob.-Ing. Dr. Meissner über „armirten Beton und dessen Anwendung im Hoch- und Tiefbau“; Vortrag des Hrn. Ob.-Ing. Schönbrunn über „Beton-Brücken“; Mittheilungen über bemerkenswerthe Bauausführungen und neue Betonprodukte usw. —

### Vermischtes.

Die etatsmässige Anstellung der Reg.-Baumeister der preuss. Staatsbauverwaltung wird durch einen Erlass des Hrn. Ministers d. öffentl. Arbeiten vom 17. Jan. d. J. anderweitig geregelt. Es können nämlich die Reg.-Baumeister nach 5jährigem Staatsdienst sowohl im Ressort des Minist. d. öff. Arbeiten, wie in demjenigen der landwirthschaftl. Verwltg. unwiderlich angestellt werden. Sie erlangen dann mit dieser Erklärung „die Pensions-Berechtigung nach Maassgabe der gesetzl. Bestimmungen einschl. des Anspruchs ihrer Hinterbliebenen auf Wittwen- und Waisengeld, sowie das Recht auf den Bezug der gesetzl. Umzugskosten bei Versetzungen und können nur noch im Wege des Disziplinar-Verfahrens aus dem Staatsdienste entlassen werden“.

Es wird damit ein im Vorjahre (Dtsche. Bztg. 1901 S. 231) im Abgeordnetenhaus gegebenes Versprechen der Staatsbauverwaltung eingelöst, mit welchem wenigstens die schwerwiegenden Misstände der übergrossen Wartezeit der Staatsbaubeamten bis zur endgiltigen Anstellung in etwas gemildert werden. Allerdings kann man aus dem Wortlaute des Erlasses auch den Eindruck gewinnen, als wenn mit dieser Verbesserung der Verhältnisse gleichzeitig wieder eine Verschärfung der Annahme-Bedingungen der Reg.-Baumeister in Aussicht genommen sei. Durch diesen Erlass wird nämlich der Abs. 4 des § 50 der Vorschrift über die Ausbildg. u. Prüfung f. d. Staatsdienst i. Baufache v. 1. 7. 1900 anscheinend nicht unwesentlich geändert, soweit die Entlassung der noch nicht etatsmässig angestellten Reg.-Baumeister infrage kommt. Während es nämlich früher hiess: „Kommt der Regierungs-Baumeister seinen dienstlichen Verpflichtungen nicht nach oder führt er sich so tadelhaft, dass er zur Verwendung im Staatsdienst nicht geeignet erscheint, so kann von dem Minister d. öffentl. Arbeiten seine Entlassung aus dem Staatsdienst verfügt werden. Er verliert damit das Recht auf die Führung des Titels „Regierungs-Baumeister“, setzt der neue Erlass anstelle dieser Ausführung: „Die Reg.-Baumeister werden aussereitsmässig zunächst auf Widerruf angestellt und können, sofern sie sich nicht als geeignet für den Staatsdienst erweisen, auf Vfg. d. Ministers usw. aus dem Staatsdienst entlassen werden. Hierbei wird in jedem Falle bestimmt, ob mit der Entlassung das Recht zur Führung des Titels „Regierungs-Baumeister“ verloren geht, oder ob der Titel mit dem Zusatz „a. D.“ fortgeführt werden kann.“

Vergleicht man die gesperrten Stellen dieser beiden Erlasse namentlich auch noch im Zusammenhange mit der Bestimmung über die Aberkennung des Titels „Regierungs-Baumeister“, so ist es wohl zweifellos, dass der jetzige Erlass nicht nur die des Staatsdienstes „unwürdigen“ trifft, also diejenigen, welche gewissermaassen auf disziplinarischem Wege entfernt werden, sondern auch solche, die vielleicht nur in ihren Fähigkeiten den augenblicklichen Ansprüchen der Verwaltung nicht voll entsprechen. Wir hoffen, dass der Erlass nicht in diesem Sinne gemeint sein soll, aber jedenfalls kann er so aufgefasst werden. —

**Verbandsrohr der deutschen Zentralheizungs-Industriellen.** Der Verband deutscher Zentralheizungs-Industrieller hat mit dem Syndikat der deutschen Rohrwalzwerke ein Abkommen getroffen, nach welchem dieselben ein in bestimmten Maassen, Wandstärken und Gewichten hergestelltes und auf bestimmten Druck geprüftes Verbandsrohr liefern. Von diesem Rohr ist (mit Ausnahme des Rohres von 10<sup>mm</sup> Durchm., welches aus technischen Gründen nicht gestempelt werden kann) jede Stange mit dem gesetzlich geschützten Warenzeichen gestempelt. —

### Todtenschau.

**Adolf von Hänel** †. In Stuttgart starb am 4. Febr. im Alter von 77 Jahren nach langem Leiden der Baudirektor und Professor a. D. Adolf von Hänel, ein um die deutsche Technik hochverdienter Fachgenosse. Im Alter von nur 23 Jahren begann er 1847 seine Lehrthätigkeit, der er erst nach 53 Jahren, 1900 entsagte, um einer nur kurzen beschaulichen Ruhe zu leben. Als Lehrer für Brückenbau an der Technischen Hochschule in Stuttgart und als Hilfslehrer an der dortigen Baugewerkschule leitete er die Ausbildung zahlreicher deutscher und fremder Ingenieure. Insbesondere die Ingenieure Württembergs sassen fast vollzählig zu seinen Füssen. Aus seinem Schülerkreise sind zahlreiche hervorragende Ingenieure an Hochschulen und in der Praxis hervorgegangen. Im Jahre 1897 beging der Verstorbene seine 50jährige Jubelfeier als Lehrer. Hänel war seit 1848 Mitglied und seit 1888 Ehrenmitglied des Württembergischen Vereins für Baukunde; in den Jahren 1885 und 1886, sowie 1891 und 1892 war er Vorsitzender dieses Vereins. Hänel war auch Ehrenmitglied des Sächsischen Ingenieur- und Architekten-Vereins. —

### Bücherschau.

**Statik für Baugewerkschulen und Baugewerksmeister** von Karl Zillich, Wasserbauinsp. II. Th. Festigkeitslehre. 2. Aufl. Berlin 1902. Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn. Pr. kart. 2,50 M.

Wir haben bereits bei dem erstmaligen Erscheinen des kleinen Werkes auf dasselbe hingewiesen, da es seinem Zwecke in praktischer Weise entspricht und innerhalb des selbst gezogenen engen Rahmens als recht brauchbar erscheint. Es gliedert sich in 3 Theile, von denen der erste die graphische Statik, der zweite die Festigkeitslehre,

der dritte die Berechnung grösserer Konstruktionen wie Dächer, Gewölbe, Stützmauern usw. zum Gegenstand hat. Vom 2. Theile liegt uns jetzt die 2. Aufl. vor, die gegenüber der 1. eine Reihe von Verbesserungen zeigt, namentlich auch durch Hinzufügung einiger neuen Tabellen über die Tragfähigkeit von Stützen bereichert ist. —

**Die Umschau.** Uebersicht über die Fortschritte und Bewegungen auf dem Gesamtgebiete der Wissenschaft, Technik, Litteratur und Kunst. Herausgegeben von Dr. J. H. Bechhold. Wöchentlich 1 Nummer, jährlich 12 M. Verlag H. Bechhold, Frankfurt a. M. —

Ein sehr bemerkenswerther Aufsatz des Privatdozenten an der Techn. Hochschule in Charlottenburg O. Stiehl über „die Anfänge des deutschen Wohnhausbaues“ giebt uns Veranlassung, auf diese Zeitschrift hinzuweisen als auf ein Blatt, das geeignet ist, in den wissenschaftlichen und technischen Ereignissen in allgemeinerer Form auf dem Laufenden zu halten. —

**Anleitung zum Entwerfen und zur statischen Berechnung für gemauerte Fabrikschornsteine usw.** von H. Jahr, kgl. Gewerberath, Hagen i. W., 1902. 3. Aufl. Verlag von Otto Hammerschmidt. Preis kart. 2 M. —

Das vorliegende, 100 Seiten in klein 8<sup>o</sup> umfassende Schriftchen, das von seinem Verfasser „für den praktischen Gebrauch“ bearbeitet ist, erfüllt diese Aufgabe thatsächlich in hohem Maasse, da es in gedrängter Kürze und klarer Darstellung alles für praktische Zwecke Wissenserthe aus dem betreffenden Gebiete zusammenfasst. Es werden zunächst die Grundlagen geschaffen für die Berechnung, indem die Gutachten der preuss. Akademie des Bauwesens, die Verfügungen des Ministers d. öffentl. Arbeiten, die Beschlüsse der vom Handelsministerium 1900 zusammenberufenen Sachverständigen-Kommission über die anzunehmende Höhe des Winddrucks, sowie der zulässigen Spannungen usw. vorausgeschickt werden, woran sich dann die Durchführung der Berechnung knüpft, deren Ausführung durch zweckmässig angeordnete Rechnungsvordrucke, in welchen die Abmessungen und die Rechnungs-Ergebnisse übersichtlich zusammengestellt werden können, erleichtert wird. Angeschlossen ist noch eine Anleitung zur Berechnung von eisernen Schornsteinen und eisernen Dachkonstruktionen, wie sie gemäss § 10 Abs. 4 der Anweisung zur Genehmigung der Dampfkessel vom 9. März 1900 den Konzessionsanträgen für solche Anlagen beizufügen sind.

Das Werkchen kann auch denen empfohlen werden, die, ohne in die Theorie der Berechnung tiefer eindringen zu müssen, sich doch in einfacher Weise Kenntniss von den leitenden Gesichtspunkten verschaffen wollen. —

**Charakteristische Giebelbauten und Portale in Danzig aus der Zeit vom 14. bis 18. Jahrhundert.** 60 Blatt Lichtdrucke nebst einem Vorwort. Herausgegeben vom Westpreussischen Architekten- und Ingenieur-Verein zu Danzig. Verlag von R. Th. Kuhn's Erben in Danzig. 1901. Preis 6 M. —

Eine interessante Sammlung zum grossen Theil noch wenig bekannter Blätter, welche den Reichthum Danzigs an charakteristischen Bauten zur Erscheinung bringen. XIV., XV. und XVI. Jahrhundert sind durch kleinere Gruppen von Bauwerken vertreten, während das XVII. und das XVIII. Jahrhundert den Löwenantheil für sich beanspruchen. Das dankenswerthe Unternehmen geht vom Architekten- und Ingenieur-Verein in Danzig aus, der es für seine Pflicht hielt, „wenigstens das jetzt noch Erhaltene in Bild und Wort festzulegen, in der Hoffnung, hierdurch manche Bürger der Stadt auf den architektonischen und künstlerischen Werth der aus früheren Jahrhunderten stammenden Bauten aufmerksam zu machen und zur Erhaltung dieser charakteristischen Bauten Danzigs beizutragen“. —

### Preisbewerbungen.

**Ein engerer Wettbewerb um Entwürfe für ein Brahms-Denkmal in Wien** ist unter den Bildhauern Max Klinger in Leipzig, Joh. Benk, Karl Kundmann und Rud. Weyr, die letzteren in Wien, erlassen worden. —

Zur Urheberschaft des mit dem I. Preise gekrönten Entwurfes zum **Hamburger Bismarck-Denkmal** hatte uns Hr. Arch. E. Schaudt unter dem 11. Jan. die Mittheilung gemacht: „Der gesammte Entwurf für das Denkmal ist thatsächlich von mir ohne irgend einen Einfluss von Seiten des Bildhauers; von Hrn. Lederer ist nur die Figur des Roland-Bismarck. Auch das architektonische Modell ist von mir“. Im gleichen Sinne berichteten wir in unserem Aufsatz über den Wettbewerb. Es schreibt uns nun Hr. Schaudt unter dem 31. Jan., dass diese Be-



merkung falsch aufgefasst worden sei und zu der irrigen Annahme geführt habe, dass auch der Gedanke der Bismarck-Statue von ihm ausgehe. „Mein Mitarbeiter, Hr. Lederer, hat die Bismarck-Statue entworfen und vollendet, ohne dass ich irgendwie daran betheiligt war, und ich gestehe mit Freuden, dass gerade sein Werk unserem Entwurf zur Anerkennung verholfen hat.“ —

### Chronik.

**Die Gründung einer modernen Gallerie in Wien** ist durch eine Vereinbarung zwischen Staat, Stadt und Land beschlossen worden. Das auf dem Karlsplatze in Wien mit einem Aufwande von 2,5 Mill. Kr. zu errichtende städt. Museum ist zur Aufnahme der Gallerie bestimmt. Für das Gebäude ist ein engerer Wettbewerb in Vorbereitung. —

**Eine Lungenheilstätte der Stadt München-Gladbach** soll auf einem Waldgelände der Gemeinde Hardt errichtet werden. Für die Heilstätte steht ein Vermächtniss von 800000 M. zur Verfügung. —

**Der Ausbau der Universitätskirche in Innsbruck** ist durch eine Stiftung des Hrn. Hans von Sieberer ermöglicht und in diesen Tagen vollendet worden. Die Kirche wurde 1620 nach einem Entwurfe Solario's begonnen, blieb aber infolge des 30 jährigen Krieges ohne Thürme und Fassade. Diese sind nun nach einem Entwurf des Arch. Friedr. Schachner in Wien hinzugefügt worden. —

**Ein Eisenbahntunnel unter dem Hudson** zur unmittelbaren Einführung der Pennsylvania-Eisenbahn in das Herz von New-York wird mit einem Kostenaufwand von rd. 80 Mill. M. geplant. Derselbe soll auch den East-River kreuzen, also Brooklyn und ganz Long-Island erschliessen. Die Länge dieser für den Verkehr von New-York überaus wichtigen Tunnelstrecke würde rd. 24 km betragen. —

**Die Schiffbarmachung der oberen Donau** wird nach Fertigstellung des Entwurfes für die Main-Donau-Wasserstrasse zum Gegenstande des Studiums durch den bayerischen Kanalverein gemacht werden. Die Kosten sind mit 35000 M. veranschlagt. Als Leiter der Arbeiten ist Hr. Bauamtmann Faber in Aussicht genommen. —

**Die Anlage von Thalsperren im Gebiete der Ocker und ihrer Nebenflüsse** ist durch die herzoglich braunschweigische Regierung mit einem Aufwande von etwa 15 Mill. M. beabsichtigt. —

**Für den Bau einer Thalsperre im oberen Ruhrgebiet** im Hennethale hat sich am 19. Dez. v. J. eine Thalsperre-Genossenschaft gebildet. Fassung des Sammelbeckens 9,5 Mill. cbm, Baukosten 2,25 Mill. M. Planung und Oberleitung der Ausführung liegen in den Händen des Hrn. Prof. Intze in Aachen. —

**Der Bau der österreichischen Alpenbahnen**, namentlich der zweiten Verbindung mit Triest, macht gute Fortschritte. Nach eingehenden Versuchen hat man sich für die beiden grossen Tunnel dieser Linie, den Wocheiner und den Karawanken-Tunnel, für die elektrische Bohrung entschieden. Die Vergebung dieser Arbeiten ist eingeleitet. —

**Die Errichtung eines Bismarck-Denkmals in Heilbronn** findet nach einem Entwurf des Architekten Prof. Otto Rieth in Berlin statt. —

**Für eine Wiederherstellung der romanischen Doppelkirche in Schwarz-Rheindorf**, die nach dem Entwurfe von Ludwig Arntz lediglich die Erhaltung des Bestehenden ins Auge fasst, sind die auf den Staat, die Provinz und die Stadtgemeinde vertheilten Mittel gesichert. —

**Die Errichtung eines Krematoriums in Karlsruhe i. B.** durch den dortigen Verein für Feuerbestattung ist durch Ueberlassung eines Geländes auf dem städt. Friedhofe angebahnt. —

**Die Errichtung einer thüringischen technischen Hochschule in Jena** ist angebahnt und die Verhandlungen darüber zwischen den Regierungen der thüringischen Staaten dem Abschluss nahe. —

**Die Einrichtung eines Hochwasser-Nachrichtendienstes für das Donaugebiet** ist durch das kgl. bayerische hydrotechnische Bureau erfolgt. Eine gleiche Organisation für das Maingebiet ist in Aussicht genommen. —

**Neue Theater in Stuttgart.** Anstelle des abgebrannten Hoftheaters in Stuttgart sollen zwei neue ständige Theater erbaut werden: ein einfacheres Schauspielhaus und ein reicheres Opernhaus. —

**Für einen Neubau des Hoftheaters in Braunschweig** nach den Entwürfen des Architekten Heinrich Seeling in Berlin bewilligte der braunschweigische Landtag 1 350 000 M. —

**Ueber einen Neubau der Augustus-Brücke in Dresden** nach dem Entwurf des Hrn. Stadtbrth. Klette ist ein Einverständnis zwischen Ministerium und Stadt erzielt worden. Die neue Brücke wird an der Stelle der alten und wieder in Stein errichtet. Die Brückenöffnungen erhalten eine Spannweite von etwa 40 m. —

**Die 43. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure** findet vom 16.—18. Juni in Düsseldorf statt. —

**Wiener Kunstausstellungen.** Die Ausstellung des Wiener „Hagenbundes“ ist am 28. Jan. in der Zedlitzgasse, in einem Theile der nach Entwürfen von Jos. Urban umgestalteten Markthalle eröffnet worden. Die „Sezession“ eröffnete ihre Ausstellung am 1. Febr. im Gebäude am Getreidemarkt, für welches Kolo Moser die neue künstlerische Anordnung traf. —

### Personal-Nachrichten.

**Preussen.** Aus Anlass des Krönungs- u. Ordensfestes sind folgende Ordens-Auszeichnungen verliehen: Dem Geh. Adm.-Rth. Mar.-Ob.-Brth. Franzius in Kiel, dem Geh. Ob.-Fin.-Rth. Lacomie, vortr. Rath im Fin.-Min., dem Geh. Ob.-Brth. v. Münstermann, vortr. Rath im Min. für Landwirtschaft usw., dem Geh. Adm.-Rth. Rechten, vortr. Rath im Reichs-Mar.-Amt, den Geh. Ob.-Brthn.

Schneider, vortr. Rath im Min. d. öff. Arb., Schönhals, vortr. Rath im Kriegs-Min. und Semler, vortr. Rath im Reichs-Eisenb.-Amt, der Rothe Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub. —

Den Ob.- u. Geh. Brthn. Hassengier in Posen, Janssen in Bromberg u. Neumann in Breslau, dem Geh. Brth. Saal, vortr. Rath im Min. d. öff. Arb., der Rothe Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife. —

Den Reg.- u. Brthn. Adank in Köslin, Albert in Magdeburg, Beckmann in Kassel, Behndt in Berlin, u. Biedermann in Minden; dem Eisenb.-Betr.-Dir. Bozenhardt in Strassburg i. E.; dem Reg.- u. Brth. Bremer in Mainz, dem Geh. Brth. Brünecke in Halle a. S., dem Gouvern.-Bmstr. Drees in Kamerun, z. Zt. in Berlin, dem Geh. Brth. Franck in Hannover, dem Brth. Frey in Berlin, dem Mar.-Brth. Gromsch in Tsingtau (Kiautschou), dem Geh. Reg.-Rth. Prof. Hartmann in Berlin, dem Int.- u. Brth. Hartung in Berlin, dem Brth. Heckhoff in Metz, dem Eisenb.-Dir. Hinrichs in Breslau, dem Reg.-Rath im kaiserl. Patentamt Hintz, dem Reg.- und Brth. Klopsch in Schleswig, dem Brth. Kuhn in Strassburg i. E., dem Reg.- u. Brth. Kuntze in Münster i. W., den Brthn. Dr. Laubenheimer in Metz, Lehmann in Liegnitz u. Lünzner in Düsseldorf, dem Eisenb.-Dir. Michalke in Berlin, dem Reg.- u. Brth. Mulhaupt in Wiesbaden, dem Prof. an der Techn. Hochschule in Hannover Dr. Ost, dem Eisenb.-Dir. Peters in Seesen, dem Brth. Rattey in Berlin, dem Reg.- u. Brth. Rettberg in Hannover, den Reg.-Rthn. Rohr in Strassburg i. E. und Schaefer im kais. Patentamt, dem Reg.- u. Brth. Schellenberg in Erfurt, dem Eisenb.-Dir. Schmidt in Kassel, den Brthn. Schmitt in Colmar i. E. und Schultz in Landsberg a. W., dem Eisenb.-Dir. Seidl in Stettin, den Reg.- u. Brthn. Siegel in Kattowitz u. Sprengell in Altona, dem grossh. hess. Reg.- u. Brth. Stahl u. dem Eisenb.-Dir. Stephan in Halle a. S., dem Reg.- u. Brth. Stosch in Stade, dem Postbrth. Struve in Berlin, den Reg.- u. Brthn. Uhlenhuth in Erfurt u. Ulrich in Elberfeld und dem Landesbauinsp. Xylander in Hersfeld der Rothe Adler-Orden IV. Kl.

Dem Geh. Reg.-Rath Köhler, Prof. an der Techn. Hochschule in Hannover der kgl. Kronen-Orden II. Kl. — Dem Brth. Spinn in Weilburg der kgl. Kronen-Orden III. Kl. mit Schwertern am Ringe. — Dem Geh. Mar.-Brth. Bugge in Kiel, dem Mar.-Ob.-Brth. Mechlenburg in Danzig, dem Geh. Reg.-Rth. Dr. Paasche, Prof. an der Techn. Hochschule in Berlin, dem Geh. Brth. Schmidt, Int. u. Brth. in Berlin, dem Mar.-Ob.-Brth. Thamer in Berlin der kgl. Kronen-Orden III. Kl.

### Brief- und Fragekasten.

**Hrn. P. H. in Berlin.** Wortlaut und Entstehungsgeschichte des B. G. B. § 648 lassen keinen Zweifel, dass die Ablehnung Ihres Antrages begründet ist. Denn durch § 648 sollte nur ein Schutz der Bauhandwerker und Baugewerksmeister geschaffen werden. Die im Reichstage beantragte Erweiterung des Schutzes auf alle, welche Leistungen irgend welcher Art bei Entstehung eines Bauwerkes gethan haben würden, fand keine Billigung des Hauses oder der Reichskommissare. Mithin hat man es im § 648 mit einer Ausnahme-Bestimmung zu thun, welche streng auszulegen und auf Leistungen nicht auszudehnen ist, die von Baukünstlern gewährt werden, entweder durch Herstellung des Entwurfes, oder Ueberwachung der Bauausführung vom architektonischen Standpunkte. Sie werden sich also bei der Ihnen gewordenen Ablehnung des Eintragungsantrages zu bescheiden haben.

Dagegen steht Ihnen noch immer der Weg des schleunigen Arrestes oder der einstweiligen Verfügung offen, um auf demselben zur Eintragung Ihrer Forderung zu gelangen, sofern Sie die Zahlungsunsicherheit Ihres Bestellers und den Ihnen daraus drohenden Verlust Ihrer Forderung glaubhaft zu machen vermögen. Ohne die Hilfe eines Rechtsanwaltes werden Sie jedoch Ihr Ziel schwerlich erreichen. — K. H-e.

**Hrn. Arch. K. in T. u. Hrn. Arch. H. in St. Moritz.** Wände nach Ihrem Wunsch, sich selbst tragend, „gut gegen Feuchtigkeit, solide und dauerhaft“ und gleichwohl „möglichst billig“ giebt es leider nicht. Denn mit der Zunahme der geforderten Vorzüge wächst selbstverständlich auch der Preis der Wände. Gebräuchlich sind hier u. a. Rabitz-, Gipsdielen-, Lugino-, Monier- und Korkwände, einfach in entsprechender Stärke je nach ihrer Höhe und Breite, oder auch namentlich der Schalldämpfung halber, verdoppelt mit etwa 5 cm starker schlecht tonleitender Zwischenfüllung, sowie Elias-Drahtwände; Material: Gips, Kalk, Zement und Kork, z. Th. mit Eiseneinlagen. Unserer Erfahrung nach empfehlen sich jedoch mehr die aus porösen Steinen in Zementmörtel hergestellten Wände,  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{2}$  Stein stark, welche aber unterstützt sein müssen, oder die Prüss'schen ebenso starken Wände aus porösen oder schwach gebrannten Steinen, welche sich freitragen und die meisten Vortheile in sich vereinigen, aber auch am theuersten sind (hier rd. 4,50 M. für 1 qm mit Material). Wir rathen Ihnen im übrigen, da bei jeder Zwischenwand andere Bedingungen und Zwecke infrage kommen, verschiedene Arten selbst auszuprobieren, und zwar für thürlose Scheidewände die leichteren, für solche mit Thüren aber unbedingt die solideren Konstruktionen zu wählen. A.

**Hrn. Bautechn. H. in Langfuhr.** Ihre Anfrage entbehrt des allgemeinen Interesses, wir müssen Sie daher zu unserem Bedauern bitten, sich einem Rechtsanwalte anzuvertrauen. Einen solchen kann der Briefkasten nicht ersetzen. —

**Inhalt:** Das neue Gebäude der Allgemeinen Versorgungs-Anstalt in Karlsruhe i. B. — Der Eisenbahn-Lootse. — Entgegnungen in Sachen der statisch bestimmten mehrtheiligen Streben-Fachwerke. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes — Todtenschau — Bücherschau. — Preisbewerbungen. — Chronik. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

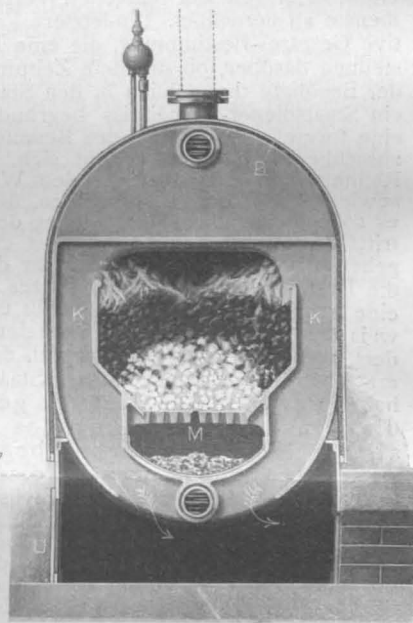
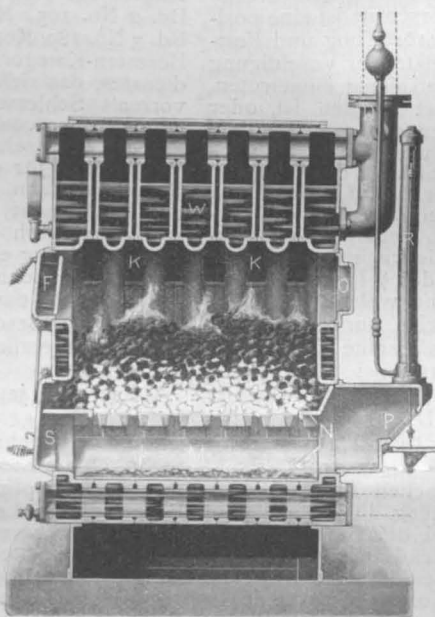
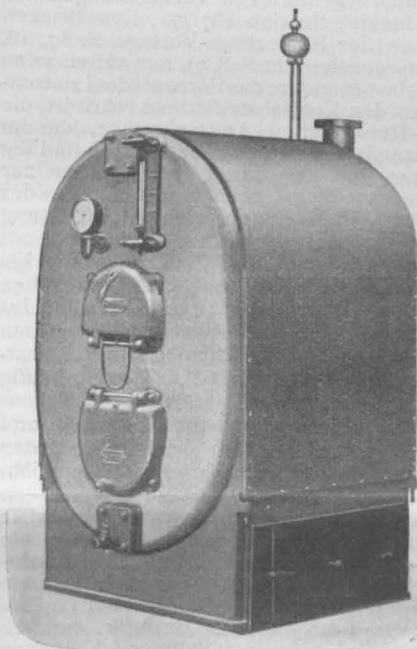
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin.



## Strebel's Original-Gegenstrom-Gliederkessel. (D. R. P. No. 76 582.)

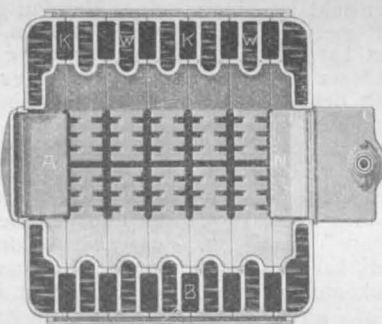
Unter diesem Namen führt die bekannte Heizungs- und Lüftungs-Firma Rud. Otto Meyer in Hamburg seit einigen Jahren ein für Niederdruck-Dampf- und Warmwasser-Heizung bestimmtes Kesselsystem aus (hergestellt in dem eigenen Eisenwerk der Firma in Mannheim), das sich wegen seiner besonderen Vorzüge einer zunehmenden Beliebtheit erfreut. Wir geben in den Abbildungen eine Kesselform wieder, wie sie für Niederdruck-Dampf-Heizung bestimmt ist; die allgemeine Anordnung trifft aber auch zu für Warmwasser-Kessel. Danach besteht der ganz in Gusseisen ausgeführte Kessel aus einer Anzahl von O-förmigen, senkrechten Gliedern, die zwischen sich einerseits die Hohlräume *W* zur Aufnahme des Wassers bzw. Dampfes, andererseits die Rauchkanäle *K*

wohl dem Angriff des Feuers, wie namentlich aber auch dem Rost in den Zeiten der Heizunterbrechung gut widersteht. Die Kessel sind mit einem Isolirmantel mit Kieselguhrasbest-Ausfütterung gegen Wärmeverluste geschützt, eine Ummauerung erfordern sie dagegen nicht. Zur Heizung sind gasarme Brennmaterialien wie Koks, Anthracit zu verwenden, wenn die volle Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden soll. Der grosse Füllraum gestattet dabei Dauerbrand und vereinfacht also die Bedienung. Durch die ausgedehnte Heizfläche des Kessels und die der Bewegung des zu erwärmenden Wassers entgegen gerichtete Strömung der Heizgase wird eine bedeutende Heizwirkung erzielt, während die Heizgase nach Möglichkeit ausgenutzt werden. Letztere sind beim Austritt nach Angabe der



und einen verhältnissmässig grossen Füllraum für das Brennmaterial einschliessen, also eine sehr bedeutende Heizfläche besitzen. Durch Rohrstützen am oberen und unteren Ende der Glieder, die bei der Zusammensetzung in einander gepresst werden, wird zwischen den einzelnen Räumen *W* eine durchgehende Verbindung hergestellt.

Die sonstige Anordnung des Kessels, die Füllthür *F*, die Aschentür *S*, die mit dem Regulator verbundene Klappe *P* sind aus den Zeichnungen ersichtlich, die auch die überaus einfache Ausbildung der Glieder erkennen lassen, durch deren Vermehrung unter Aufrechterhaltung des richtigen Verhältnisses zwischen Heizfläche, Rost, Füllraum und Rauchkanälen die Leistungsfähigkeit des Kessels leicht erhöht werden kann. Die Roste sind an die Glieder angegossen, was zulässig ist, da die Wasserumspülung eine ausreichende Abkühlung derselben ergibt. Das Material des ganzen Kessels ist weiches, dichtes, feuerbeständiges Gusseisen, das bei seinen einfachen glatten Formen so-



Firma bis auf 30–40°C. über der Temperatur des Kesselwassers abgekühlt, während der Nutzeffekt des Kessels bis auf 94% steigt.

Für die Dampfkessel, welche auf 3 Atm. Ueberdruck geprüft werden, kommen 2 Formen in Anwendung, mit bzw. ohne besonderen Oberkessel für den Dampf. Die reinen Wasserkessel werden auf 6 Atm. geprüft. Ausgeführt werden 8 Modelle in 62 Grössen von 2,5–20 qm Heizfläche.

Da die Kessel wenig Raum wegnehmen, namentlich niedrig sind, sich leicht auseinander nehmen und zusammensetzen lassen, einfach in der Bedienung und dauerhaft sind, dabei eine gleichmässige Temperatur bei hohem Nutzeffekt liefern, ist ihre Anordnung namentlich als Warmwasserkessel in Gewächshäusern eine sehr umfangreiche geworden. Nach Angabe der Firma sind derartige Kessel bereits in erheblicher Anzahl geliefert, davon ein grosser Theil für Gewächshäuser, die übrigen für Geschäftshäuser, Schulen, Hôtels, öffentl. Gebäude aller Art. —

## Zur Pensionirung der Baubeamten.

Die „Deutsche Bauzeitung“ hat wiederholt über den Prozess des Intendantur- und Bauraths a. D. B. gegen den Reichs-Militär-Fiskus berichtet, welcher nicht nur für die Baubeamten, sondern für alle Staatsbeamten von grundsätzlicher Bedeutung ist. In dem Prozesse handelte es sich darum, ob die im Privat-Eisenbahndienst zugebrachte Urlaubszeit auf die pensionsfähige Dienstzeit anzurechnen ist oder nicht. Das Reichsgericht hat diese Frage für die Reichsbeamten bejaht. Der preussische Finanzminister und der Minister

der öffentlichen Arbeiten haben die Reichsgerichts-Entscheidung jedoch bezüglich der preussischen Staats-Baubeamten nicht für maassgebend erachtet (z. B. im Falle des Bauraths B. III. 17 277 — II. B. 11 758 — 98 M. d. ö. A., I. 14691/98 F. M.).

In der „Deutschen Bauzeitung“ Jahrg. XXXII. No. 96 vom 30. Nov. 1898 ist deshalb aus der Feder des Unterzeichneten ein Aufsatz veröffentlicht worden, in welchem die Ansicht begründet ist, dass das Reichsgerichts-Urtheil auch auf die preussischen Beamten anzuwenden sei und zwar

für alle Urlaubsfälle. Es liegt nunmehr ein Reichsgerichts-Urtheil vor, in welchem diese Ansicht ihre Bestätigung findet. (Fiskus v. Krone, Urtheil vom 11. Oktbr. 1900 No. 155/1900 IV). Der Juristischen Wochenschrift (No. 86 und 87) entnehmen wir folgende Urtheilsgründe:

„Zum Pensionsgesetz vom 27. März 1873 23. §§ 1, 5 und 19.

Der § 1 des Gesetzes bestimmt, dass jeder unmittelbare Staatsbeamte, der sein Dienst Einkommen aus der Staatskasse bezieht, aus derselben — unter festgesetzten Bestimmungen — eine lebenslängliche Pension erhält, und der § 13 verordnet: Die Dienstzeit werde vom Tage der Ableistung des Dienstes gerechnet; könne jedoch ein Beamter nachweisen, dass seine Vereidigung erst nach dem Zeitpunkte seines Eintritts in den Staatsdienst stattgefunden habe, so sei die Dienstzeit von diesem Zeitpunkte an zu rechnen. Voraussetzung für die Anwendung des Gesetzes ist darnach, dass es sich um die Pensionirung eines zurzeit ein unmittelbares Staatsamt bekleidenden Beamten handelt, und wenn dies, was hier zutrifft, der Fall ist, so wird, wie der § 13 als Regel hinstellt, die Dienstzeit vom Tage der Ableistung des Dienstes, d. h. von der eidlichen Verpflichtung zum Staatsdienste an gerechnet. Die letztere Vorschrift ist eine positive Gesetzes-Bestimmung, die eine Erörterung und Feststellung darüber, ob mit dem Zeitpunkte der Vereidigung der Beedigte tatsächlich in den Staatsdienst eingetreten, ein Staatsdiener-Verhältniss begründet worden ist, oder eine formelle Anstellung des Beamten stattgefunden hat, ausschliesst. Solches ergibt sich, wie der Berufungs-Richter angenommen hat, aus dem Wortlaute des Gesetzes, sowie aus dem Zwecke desselben, der darauf gerichtet ist, es solle jedem Zweifel, der über den Zeitpunkt des Eintritts des Beamten in den Dienst entstehen könnte, vorgebeugt werden. Auch spricht für die fragliche Annahme die Bestimmung des zweiten Satzes des § 13, die sich als eine Ausnahme-Vorschrift darstellt und welche den Nachweis des Zeitpunktes des Dienstes nur dann erfordert, wenn der Beamte behauptet, dass seine Vereidigung erst nach seinem Eintritt in den Staatsdienst stattgefunden habe. Der Sinn des Gesetzes geht dahin, dass für die Pensionsberechnung das Dienstverhältniss als durch die Vereidigung begründet anzusehen ist. In gleichem Sinne hat sich das R.-G. in dem Urtheile vom 12. Mai 1898 (Entsch. in Zivilsachen Bd. 41 S. 110, 112\*) ausgesprochen. Zur Unterstützung dienen auch die Gesetzesmaterialien insofern, als bei der Berathung des Gesetzentwurfs in der Kommission des Hauses der Abgeordneten (vgl. Verhandlung des Hauses der Abgeordneten, Session 1871/72, Drucksachen Bd. 3 No. 189 S. 7) die Frage angeregt ist, ob der von den früheren Auditoren in der Provinz Hannover geleistete Eid als Dienstes im Sinne des § 13 anzusehen sein würde und der Regierungs-Kommissar diese Frage bejahend beantwortet hat, ohne zugleich eine Einschränkung in betreff anderer Beamten-Kategorien hinzuzufügen. Auf den Inhalt der von dem Bkl. in bezug genommenen Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Baufache und auf die hervorgehobenen Abweichungen, die zwischen den neueren Vorschriften aus den Jahren 1886 und 1895 und den älteren Vorschriften aus den Jahren 1849, 1855, 1857 und 1868 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung, bez. Jahrgänge S. 198, 51, 29, 280) bestehen, kann es nach der dargelegten Sachlage nicht weiter ankommen. Von wesentlicher Bedeutung ist nur, dass auch nach den älteren Vorschriften, wie sie zu der hier entscheidenden Zeit in Geltung waren, die Baubeflissenen, die die Bauführer-Prüfung bestanden hatten, von der Staatsbehörde zu Bauführern ernannt und mit dem Staatsdiener-Eide belegt wurden. Wenn nun aber für die Berechnung der Pension eines Beamten das Dienstverhältniss als durch die Vereidigung begründet anzusehen ist, so ist dem B. R. auch darin beizutreten, dass der Lauf der Dienstzeit, solange das Dienstverhältniss nicht rechtswirksam aufgehoben, ein fortdauernder ist und dass eine Unterbrechung desselben nur in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen eintritt. Keiner dieser Fälle liegt hier vor. Es handelt sich allein um Zeitabschnitte von zusammen 2 Jahren 2 Monaten und 23 Tagen, während welcher der Kl. wegen Krankheit nicht dienstfähig gewesen ist. Dass aber Krankheit des Beamten den Lauf der Dienstzeit hemmt, ist im Gesetze nicht ausgesprochen. Auch der § 5 des Pensions-Gesetzes steht dem Bkl. nicht zur Seite. Wenn die Revision den Erwägungen des B. R. gegenüber geltend gemacht hat, die Annahme sei irrig, dass der Beweis, der

Kl. sei als Bauführer jedesmal nur für ein seiner Natur nach vorübergehendes Geschäft oder auf bestimmte Zeit angenommen, nicht aus allgemeinen Vorschriften, deren Befolgung im einzelnen Falle nicht feststehe, entnommen werden könne, sondern für den besonderen Fall geführt werden müsse, so kann die Richtigkeit dieser Auffassung dahingestellt bleiben. Der B. R. hat zutreffend darauf hingewiesen, dass der § 5 a. a. O. nur solche Beamte, die ausdrücklich auf eine bestimmte Zeit oder für ein seiner Natur nach vorübergehendes Geschäft angenommen seien, von dem Anspruche auf Pension ausschliesse, dass aber der Beklagte nicht behauptet habe, dass dies auf den Kl. zutrefte. Ebenso wenig kann sich der Bkl. mit Erfolg auf die von der Revision als verletzt bezeichnete Vorschrift des § 19 Abs. 1 Ziff. 2 des Pensions-Gesetzes berufen, die dahin geht, dass mit königlicher Genehmigung angerechnet werden könne die Zeit praktischer Beschäftigung ausserhalb des Staatsdienstes, insofern und insoweit die Beschäftigung vor Erlangung der Anstellung in einem unmittelbaren Staatsamte herkömmlich gewesen sei. Diese Vorschrift hat Zeitabschnitte im Auge, die hinter der Vereidigung des Beamten zurückliegen. Sie bezieht sich, wie die Gesetzesmaterialien ergeben (vgl. Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten, Session 1871/72, Drucksachen Bd. 2 No. 105, Motive der Regierungs-Vorlage S. 17, 18, Bd. 3 No. 189, Kommissionsbericht S. 8, 9), nur auf einzelne Beamten-Kategorien, insbesondere das Personal des Lootsendienstes, das sich aus den Kauffahrteifahrern rekrutirt, die vormals Schleswig-Holseinschen Amtssekretäre, die im Privatdienste von Staatsbeamten gestanden hatten und die älteren Bergtechniker, die erst in späteren Jahren zur Vereidigung für den Staatsdienst gelangt waren. Aus der Vorschrift kann daher ein Argument für die Auffassung des Bkl. nicht entnommen werden.“

Wenngleich nun der dem R.-G.-Urtheil zugrunde liegende Fall nur einen Krankheitsurlaub betrifft, so gelten die Gründe doch auch für jede andere Art des Urlaubs, also namentlich auch auf Beurlaubungen zum Zwecke der Beschäftigung im Privatdienste, wie sie heutzutage, namentlich bei den Regierungs-Bauführern, häufig vorkommen.

Nachdem jetzt das Reichsgericht für das Reich und für Preussen gesprochen hat, werden sich die Behörden gegen die gleichartigen Ansprüche anderer Beamten nicht mehr ablehnend verhalten können. Freilich wird den freudigen Empfindungen, die mancher bereits pensionirte Beamte beim Lesen dieser Zeilen empfinden mag, ein Dämpfer aufgesetzt durch eine Entscheidung des Reichsgerichts, die in derselben Nummer der Juristischen Wochenschrift abgedruckt ist (Reichsfiskus gegen K. vom 11. Okt. 1900, No. 168/1000 IV). Ein Reichs-Baubeamter, anscheinend von der Militär-Bauverwaltung, hatte auf Erhöhung seiner Pension geklagt, ist aber vom Reichsgericht abgewiesen worden, weil er die sechsmonatige Frist zur Beschreitung des Rechtsweges gegen die Entscheidung der obersten Reichsbehörde (des preussischen Kriegsministeriums) versäumt hatte. Das Reichsgericht hat den Satz ausgesprochen, dass der Erlass der obersten Reichsbehörde, welcher einem Reichsbeamten auf seinen Pensionierungsantrag eröffnet, dass seinem Antrage stattgegeben und die ihm zustehende Pension auf den und den Betrag bestimmt werde, diejenige Entscheidung sei, von deren Kundmachung die Frist zur Beschreitung des Rechtsweges beginnt, und dass dem betheiligten Beamten nicht freistehe, den Beginn dieser Frist durch beliebig zurückzuhaltende oder bei der Reichsbehörde einzubringende, an keine Zeitschranke gebundene Bitten oder Anträge auf Erhöhung des bestimmten Pensionsbetrages hinauszuschieben.

Hiernach werden die Wohlthaten der oben wiedergegebenen Entscheidung den bereits pensionirten Beamten grösstentheils nicht mehr aufgrund eines Rechtsanspruches zugute kommen können, weil die sechsmonatliche Frist verstrichen ist. Der Staat kann sich aber meines Erachtens den Ansprüchen dieser Beamten gleichwohl nicht gut entziehen und zwar aus folgender Erwägung: Die Beamten mögen die Nichtanrechnung gewisser Urlaubszeiten schon früher oft als ein Unrecht empfunden haben. Sie mögen aber der Meinung gewesen sein, dass die Entscheidung ihrer vorgesetzten Behörde dem Gesetz entspreche. Soweit sie nicht dieser Meinung gewesen sind, werden sie einen Prozess gescheut haben, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, im Falle des Unterliegens die sehr erheblichen Kosten dreier Instanzen tragen zu müssen. Mancher mag auch den Ausgang der zahlreichen, über die inrede stehende Frage in den letzten Jahren anhängig gemachten Prozesse abgewartet und darüber die Frist versäumt haben. Jetzt ist das Recht der Beamten unzweideutig festge-

\*) Vgl. Dtsch. Bztg. Jahrg. XXXII., 1898 No. 62.

stellt, und es entspricht der Billigkeit, dass diejenigen Beamten, die aus Rechtsunkenntniss gerichtliche Schritte unterlassen haben, dadurch keinen Nachtheil erleiden. Man kann nicht etwa einwenden, dass dann die Fristvorschrift des Gesetzes überhaupt werthlos sei. Dieser Einwand würde unbegründet sein, denn es ist zu bedenken, dass es sich hier um eine Prinzipienfrage handelt, die

nur einmal entschieden zu werden braucht, um für immer erledigt zu sein. Für die strenge Beobachtung der Fristvorschrift sind noch genug Fälle übrig, in denen lediglich Sonderfragen zu entscheiden sind. In solchen Fällen liegt allerdings kein Grund vor, das Gesetz aus Billigkeits-Rücksichten ausser Anwendung zu lassen. —  
Berlin W. 30. Landrichter Dr. Boethke.

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Arch.- u. Ing.-Verein zu Wiesbaden.** Die VI. ord. Versammlung fand am 2. April v. J. unter Vorsitz des Hrn. Brths. Genzmer statt. Sie war ausschliesslich der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gewidmet. Die Zahl von 67 Mitgliedern blieb unverändert. Die Zahl der ord. Mitglieder stieg von 51 auf 55, während die Zahl der ausserord. von 16 auf 12 zurückgegangen ist. Es folgte die Erstattung des Kassenberichtes durch Hrn. Weiler. Ausgaben und Einnahmen glichen sich mit 373,63 M. aus. Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1901/1902 wurde genehmigt und gleichzeitig der Jahresbeitrag auf 3,50 M. festgesetzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Hr. Brth. Winter als Vorsitzender und die Hrn. Reg.- und Brth. Angelroth, Arch. Euler, Brth. Genzmer, Arch. Lang und Ing. Weiler wiedergewählt, Hr. Fabrikbes. Eug. Dyckerhoff wurde neu gewählt.

Die I. ord. Versammlung der diesjährigen Winter-tagung fand am 5. Nov. 1901 statt. Den Vorsitz führte Hr. Brth. Genzmer. Anwesend waren 27 Mitgl. und 4 Gäste.

Der Vorsitzende gedachte der dem Verein im Laufe des Sommers durch den Tod entrissenen Mitglieder: des Hrn. Reg.- und Brths. Angelroth und des Hrn. Eisenb.-Obering. a. D. Graff. Zur Tagesordnung übergehend erfolgte die Neuwahl eines Vorstands-Mitgliedes anstelle des verstorbenen Hrn. Angelroth. Gewählt wurde Hr. Eisenb.-Bau- und Betr.-Insp. Petri.

Es nahm das Wort Hr. Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Petri zu einem Vortrage über „Die neuen Bahnhofsanlagen in Wiesbaden“. Redner führte an Hand von Plänen etwa Folgendes aus: Es liegen zurzeit neue Pläne über die Bahnhofsanlagen in Wiesbaden zur landespolizeilichen Prüfung auf der Polizei-Direktion öffentlich aus. Dieselben sind ministeriell noch nicht genehmigt, auch die Geldmittel zur Ausführung noch nicht bewilligt. Der frühere Entwurf erforderte einen Kostenaufwand von 11, der jetzige einen solchen von etwa 17 Mill. M. In Wiesbaden liegen besondere Verhältnisse vor. Einerseits verlangt der internationale Fremdenverkehr Berücksichtigung, andererseits aber ist auch die Entwicklung zur Grosstadt in Rechnung zu ziehen. Diese Gesichtspunkte sind auf die Kostenfrage sowohl, als auf die Gestaltung der Pläne von erheblichem Einfluss gewesen. Die Interessen der Kur- und Fremdenstadt verlangten einen schönen vollkommenen Personen-Bahnhof, der ausserdem gut gelegen sein muss und bei dessen Verlassen sich Wiesbaden dem Fremden auch als Villen- und Bäderstadt präsentieren soll. Die wirthschaftlichen Verhältnisse erfordern grosse erweiterungsfähige Güterverkehrs-Anlagen in zweckmässiger Lage mit bequemer Abfuhr. Der frühere Entwurf, welcher im vorigen Jahre zur landespolizeilichen Prüfung gestellt worden war, vereinigte die gesammte Bahnhofsanlage für Personen- und Güterverkehr im Salzbachthale, südlich der Ringstrasse. Die Güterbahnhof-Anlage erstreckte sich auf die Ostseite des Personen-Bahnhofes von der Ringstrasse bis zur Kupfermühle, die Mittelaxe des Personen-Bahnhofes fiel in die Verlängerung der Nikolasstrasse. Doch diese Lage des Güterbahnhofes erschien wegen der Kreuzung des Lastverkehrs mit dem der Wilhelmstrasse zustrebenden Personenverkehr und ausserdem wegen der Bewegung der Lastfuhrwerke durch die Wilhelmstrasse und die angrenzenden Strassen nach der inneren Stadt, sowie den westlichen und nordwestlichen Stadtvierteln als ein grosser Misstand. In zweiter Linie wurde die Lage des Güter-Bahnhofes insofern beanstandet, als die Interessen von Handel und Verkehr statt einer Güterabfuhr auf ansteigenden Strassen eine abwärts gerichtete Abfuhr von einem höher, wenn auch etwas entfernter gelegenen Güterbahnhofe verlangen, wobei zu berücksichtigen ist, dass für Wiesbaden die Ausfuhr im Vergleich zur Einfuhr kaum infrage kommt. Dazu kamen noch die Wünsche nach erheblicher Vergrösserung der mit Gleisanschlüssen zu versehenen Lagerplätze für Kohlen, Baumaterialien und sonstige Massengüter. Diesen verschiedenen Interessen trägt der vorliegende neue Entwurf in jeder Beziehung Rechnung, indem der Stück- und Eilgut-Verkehr auf dem Hauptbahnhofe im Salzbachthal, und zwar auf der Westseite, verbleibt, und der Güterbahnhof für Wagenladungen an die Dotzheimerstrasse verlegt wird. — Vom Rhein her

ist Wiesbaden nur durch das Salzbachthal für eine Hauptbahn zugänglich. Die Lage des Hauptbahnhofes war daher so ziemlich gegeben und ebenso die Form der Kopfstation. Der neue Personen-Bahnhof rückt um 700 m gegen die jetzigen Bahnhöfe südlich hinaus, an die Südseite der Ringstrasse. Die Gleisanlagen des Bahnhofes erstrecken sich bis zur städtischen Kläranstalt. Das Salzbachthal muss durch sehr bedeutende Erdarbeiten von rd. 1 Mill. cbm um etwa 180 m verbreitert werden und es sind dafür am Melonenberg Abtragungen bis zu 26 m Höhe erforderlich. Der Salzbach musste verlegt, bezw. durch einen Kanal von 1500 m Länge und einem Querschnitt von 4,5 x 5 m lichter Weite ersetzt werden. Der Personen-Bahnhof zeigt eine dem Hauptbahnhof in Frankfurt ähnliche Anlage. Quer vor dem Kopf der Abfahrt- und Ankunft-Gleise liegt der Hauptbahnsteig und das Empfangs-Gebäude. Vom Hauptbahnsteig erstrecken sich als Zungen die Personen- und Gepäck-Bahnsteige längs der Gleise, und zwar hat jede Route einen besonderen Bahnsteig. Die Reihenfolge der Bahnsteige von Osten nach Westen ist: Kastel (Mainz), Frankfurt a. M., Köln, Limburg (über Erbenheim), Diez (über Dotzheim), entsprechend den besonderen Verkehrs-Verhältnissen. Die Hauptlinien Frankfurt und Köln, sowie die künftige unmittelbare Verbindung mit Mainz liefern das ganze Jahr hindurch den grossen Fremdenverkehr, welcher der Wilhelmstrasse und dem Kurviertel zuströmt. Die beiden anderen Linien haben mehr geschäftlichen und ländlichen, sowie Arbeiter-Verkehr, welcher sich vorwiegend nach dem inneren und westlichen Stadttheil bewegt. Das Empfangsgebäude liegt mit der Front von etwa 130 m Länge an der Südseite der geplanten Ringstrasse. Die Eingangshalle ist gegenüber der Wilhelmstrasse vorgesehen. Auf der Ostseite befindet sich ein Ausgang, welcher zu dem Droschken-Halteplatze führt, und ein zweiter Ausgang liegt auf der Westseite, wo ebenfalls Droschken Aufstellung nehmen können. Der Bahnhofsvorplatz und die angrenzenden Strassenzüge, sowie die Strassenbahnlinien wurden kurz erwähnt. Ein dreieckiger Platz zwischen der Ringstrasse und dem Gebäude soll mit Anlagen und das Empfangs-Gebäude vielleicht auch mit Terrassen vor den Wartesälen versehen werden. Was die Höhenlage der Strasse zum Gebäude angeht, so sind vor der Haupteingangshalle fünf Stufen angenommen, um so das Gebäude gegen den Vorplatz besser in Erscheinung treten zu lassen. Auf der Westseite des Personen-Bahnhofes geht die Zufahrtstrasse von der Ringstrasse nach der Eilgut- und Stückgut-Anlage. Die Fortsetzung derselben auf der anderen Seite der Ringstrasse soll durch die sogen. Diagonalstrasse erfolgen. — Der Güterbahnhof für den Wagenladungs-Verkehr ist im Westen der Stadt in dem noch unbauten Gelände zwischen Schiersteiner- und Dotzheimerstrasse, mit der Zufahrt von der letzteren geplant. Dieser Bahnhof liegt etwa 60 m höher als der Hauptbahnhof im Salzbachthale und 30 m höher als die Kreuzung der Ring- und Dotzheimerstrasse und 1 km von dieser Kreuzung entfernt. Es sind dort ausreichende und sehr zweckmässig angelegte Ladestrasse und Lagerplätze vorgesehen. Was nun die Einführung der verschiedenen Linien betrifft, so ist von grosser Bedeutung die Absicht der Durchführung der sämmtlichen Personen- und Schnellzüge der rechtsrheinischen Bahn über Wiesbaden, sodass die Zugtrennungen in Kastel und Mainz wegfallen. Eine Verbesserung, welche für Wiesbaden von ausserordentlichem Werthe ist. Die Gleise der Taunus- und Rheinbahn bleiben von der Kupfermühle ab ziemlich in der jetzigen Lage. Statt der jetzigen drei Gleise kommen zunächst vier Personengleise und ein Gütergleis zur Ausführung. Das Diezer Gleis (meist Schwalbacher Bahn genannt) wird weit hinausgelegt, es verlässt gegenüber der Kupfermühle den Bahnhof und geht in einem grossen Bogen durch die Sandgruben unter der Wiesbaden-Biebricher Allee, sodann hinter der Villa Grimberghe her, der Blumenstrasse entlang und über die Schiersteinerstrasse hinweg nach Dotzheim. Das Erbenheimer Gleis kreuzt hinter der Margarinenfabrik die Mainzerstrasse mittels Ueberbrückung und geht das Erbenheimer Thal hinauf zum Bahnhof Erbenheim. Durch die Anlage des Güterbahnhofes an der Dotzheimerstrasse wird eine neue Verbindung mit der Station Kurve nöthig. Da nun gleicherweise ein besonderes Gleis von Kurve nach dem Stückgut-Bahnhof, nach Erbenheim



und den städtischen Anschlusswerken gelegt werden muss, so wird der Hauptbahnhof in Wiesbaden von dem Güterzug- und Rangir-Verkehr fast vollständig entlastet und Kurve der Vorbahnhof für Wiesbaden. Der Vortragende gab der Hoffnung Ausdruck, dass demnächst über die infrage kommenden Strassenpläne von anderer, berufener Seite dem Verein Mittheilungen gemacht werden möchten und schloss dann mit dem Wunsche, dass der jetzige Entwurf als ein gutes und allen Interessen gleichmässig dienendes Werk allgemein anerkannt und dass die Geldmittel dafür bereitgestellt werden möchten, damit endlich mit Energie und frischer Lust an dessen Ausführung und somit an die so wünschenswerthe Schaffung besserer Bahnhof-Verhältnisse, sowie schöner Strassen und Plätze in dem jetzigen Bahnhofsviertel zwischen Rhein- und Ringstrasse herangegangen werden könne. —

Der interessante und fesselnde Vortrag rief einen lebhaften Meinungsaustausch hervor. Hr. Sauer vertrat die Ansicht, dass die geplante Verlegung des Güterbahnhofes nach dem hochgelegenen Westen der Stadt nicht zweckmässig erscheine. Am Güterbahnhof siedelten sich naturgemäss die gewerblichen Anlagen an und die herrschende Windrichtung führe die durch Rauch verdorbene Luft in die Stadt; auch der Güterverkehr zwischen Bahnhof und Stadt löse sich nicht zweckmässig. Der Güterbahnhof gehöre in das südlich nach dem Rhein führende Salzbadthal, der Ausfahrt der Eisenbahnen. Dem wurde von den Hrn. Genzmer und Petri entschieden widersprochen. Ersterer führte hierzu aus, dass die Rauchbelästigung aus dem Westen, wie durch die jetzt dort schon vorhandenen Fabriken sich zeige, bei der vorhandenen Höhenlage nicht erheblich sei. In Wiesbaden liege das vornehme Viertel, der „Westen“ anderer Städte, im Osten der Stadt und im Westen sei das gewerbliche Leben zu suchen. Hieraus ergebe sich mit Nothwendigkeit die jetzt geplante Trennung und Anordnung von Personen- und Güterverkehr. Auch in der Anlage des Hauptbahnhofes sei der Personen-Verkehr jetzt aus diesem Grunde, umgekehrt wie früher, auf die Ost-, und der Eil- und Stückgut-Verkehr auf die Westseite gelegt worden. Hr. Petri wies ferner nach, dass der Einfuhr-Verkehr an Grossgütern etwa 10 mal so gross als der Ausfuhr-Verkehr sei und sich deshalb die Hochlage des Güterbahnhofes vollkommen rechtfertige.

Hr. Genzmer besprach schliesslich noch die durch die neue Bahnhofsanlage im Süden der Stadt zwischen der Adolfs-Allee und der Mainzerstrasse verursachten Umgestaltungen und die dort in Vorbereitung begriffene Stadtanlage. Ursprünglich sei das neue Empfangs-Gebäude in „schön symmetrischer“ Anordnung entsprechend dem schachbrettähnlichen Strassennetz der Wiesbadener Südstadt, axial in die nordsüdlich gerichtete Nikolasstrasse und parallel den ostwestlich verlaufenden Strassen an dem Südring geplant gewesen. Die rein praktische Nothwendigkeit, die durch die Thalrichtung bedingte Einfahrtsrichtung in die Bahnhofshalle in genügender Länge beizubehalten, habe zu einer Drehung des Gebäudes geführt. Der von ihm (dem Redner) ausgearbeitete Bebauungsplan sehe eine Schwenkung der verlängerten Wilhelmstrasse (die Hauptstrasse des Kurviertels) in westlichem Sinne auf das Empfangsgebäude zu gerichtet vor, woran auch seitens der städtischen Körperschaften festgehalten werde. So komme Bewegung und Leben in das im Süden der Stadt in Rechtwinkligkeit und Parallelität erstarrte Strassennetz. Erfreulicherweise scheine ja auch das neue Empfangsgebäude der Eisenbahn eine den Verhältnissen entsprechende gruppirte Gestalt, deren Hauptmasse sich nach Osten verschiebt, anzunehmen und so sei zu hoffen, dass hier ein Stadttheil entsteht, bei dem die zwanglose Berücksichtigung praktischer Gesichtspunkte, Geländeverhältnisse und Verkehr zu einer den Anforderungen künstlerischen Städtebaues entsprechenden Lösung führen würden. —

G—.

### Todtenschau.

Stadtbaurath Bokelberg in Hannover †. Am 8. Februar verstarb plötzlich inmitten eines Freundeskreises an einem Schlaganfall der Stadtbaurath Bokelberg zu Hannover. Er war daselbst am 1. September 1842 geboren und widmete sich auf der damaligen Polytechnischen Schule in Hannover der Ingenieurwissenschaft. Anfangs bei Eisenbahnbauten, dann als Landesbauinspektor der Provinz Sachsen thätig, wurde ihm 1879 die oberste Leitung des Stadtbauamtes seiner Vaterstadt übertragen. Er hatte hier Gelegenheit, sich bei einer Anzahl grosser Anlagen in hervorragender Weise zu bethätigen, durch welche Hannover in die Reihe der modernen Grosstädte eingetreten ist. Vor allem ist hier der Plan und die Ausführung der städtischen Kanalisation zu nennen, die Bokelbergs eigenstes Werk ist, ferner die Feststellung eines

neuen Bebauungsplanes, die Anlage eines städtischen Elektrizitätswerkes, die Erweiterung der Wasserwerke, ferner zahlreiche Strassen- und Brückenbauten. Da ihm auch die Oberaufsicht der städtischen Hochbauten unterstand und er sich allen diesen technischen Aufgaben mit grösster Gewissenhaftigkeit widmete, so hatte er eine gewöhnliche Kräfte weit übersteigende Arbeitslast zu bewältigen, die sein verhältnissmässig frühes Ende wohl erklärlich macht. —

S.

### Preisbewerbungen.

**Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwurfsskizzen für ein neues Kollegien-Gebäude der Universität Freiburg** 1. Br. reiht sich den bedeutenderen Wettbewerben, welche die deutsche Baukunst auszukämpfen hatte, an. Benachbart der nach den Entwürfen Schäfers errichteten neuen gothischen Universitäts-Bibliothek, soll das neue Kollegien-Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Rempart-Kaserne errichtet werden. Der von der Belfort-, der Werder- und der Löwenstrasse begrenzte Bauplatz hat die, ungefähre Gestalt eines unregelmässigen Dreiecks und liegt zum grössten Theil frei; in nur geringer Ausdehnung grenzt er an eine östliche Häusergruppe. Für das zumtheil drei-, zumtheil zweigeschossig in monumentaler Durchbildung zu errichtende Gebäude steht eine Bausumme von rd. 1700000 M. zur Verfügung. Das Raumbedürfniss gliedert sich in folgende Gruppen: a) eine Aula mit 150 Sitzplätzen für Dozenten, sowie 400 Sitz- und 200 Stehplätzen für Eingeladene und Studierende; b) Verwaltungsräume; c) Räume für die 4 Fakultäten; d) Gruppe der Hörsäle, deren Fassungsvermögen zwischen 30 und 400 Zuhörern schwankt; e) allgemeine Räume. In dankenswerther Weise enthält das Raumprogramm nähere Hinweise über die wünschenswerthe Lage der Räume. Ueber die Stilwahl sind Angaben nicht gemacht, es besteht somit die einzige Einschränkung, dass sich das neue Gebäude in seine Umgebung und in das Stadtbild ohne Disharmonie einfüge. Wer Freiburg kennt, weiss, dass diese Einschränkung der Phantasie der Wettbewerber den weitesten Spielraum lässt. Die Arbeitsleistung ist in anerkennenswerther Weise auf das Nothwendigste beschränkt, mit Ausnahme des Lageplanes wird lediglich der Maassstab 1:200 gefordert, welcher auch dem verlangten Schaubilde zugrunde zu legen ist. Der Termin — 1. Sept. d. J. — ist ausreichend bemessen. „Wenn das Preisgericht der Ansicht sein sollte, dass keine der eingegangenen Arbeiten des ersten Preises würdig erscheine, so kann von dessen Ertheilung abgesehen und die dafür ausgesetzte Summe in anderen Beträgen nach dem Ermessen des Preisrichter-Kollegiums zur Auszeichnung oder zum Ankauf der verhältnissmässig besten Entwürfe verwendet werden.“ Wir dürfen die Hoffnung hegen, dass von diesem Vorbehalt nur im äussersten Falle und nur auf einstimmigen Beschluss des Preisgerichtes Gebrauch gemacht wird. Die badische Staatsregierung behält sich über die Benutzung der preisgekrönten und angekauften Entwürfe sowie über die Wahl des ausführenden Architekten freie Hand vor. Bei den eigenartigen Verhältnissen jedoch, unter welchen der Wettbewerb ausgeschrieben wird, halten wir eine Bethheiligung eines der preisgekrönten Verfasser bei der Ausführung nicht für unmöglich. Alles in allem begleiten wir den in seinen Unterlagen sehr sorgfältig vorbereiteten und auf die Bedürfnisse der Verfasser in weitem Umfange Rücksicht nehmenden Wettbewerb mit einer warmen Empfehlung zur Bethheiligung. —

**Zu dem Wettbewerb der „Vereinigung Berliner Architekten“ betr. Umgestaltung des Ausstellungsgebäudes am Lehrter Bahnhof** sind 10 Entwürfe eingegangen, welche von Mittwoch, den 12. d. M. bis 21. Febr. im Uhrraal der kgl. Akademie der Künste, Unter den Linden, öffentlich ausgestellt sind. Ueber die Preisentscheidung berichten wir in der nächsten Nummer. —

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal Hamburg.** Verfasser des Entwurfes „Hünenmal“ ist Hr. Arch. Rud. Matzen in Hamburg; der des Entwurfes „Ein Stein“ Hr. Arch. Alexander Menner in Odessa. —

### Personal-Nachrichten.

**Preussen.** Dem Geh. Reg.-Rath Jaeger, vortr. Rath im Min. f. Handel u. Gewerbe und dem städt. Poliz.-Baudir., Brth. Kessler in Breslau ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl., dem Kr.-Bauinsp. Brth. Biermann in Paderborn und dem Brth. Lent bei d. Diskonto-Ges. in Berlin ist der Char. als Geh. Brth. verliehen.

Inhalt: Strebel's Original-Gegenstrom-Gliederkessel. — Zur Pensionierung der Baubeamten. — Mittheilungen aus Vereinen. — Todtenschau. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin.

# Villa Pintsch in Flinsberg in Schlesien.

Architekten: Cremer & Wolfenstein in Berlin. (Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildungen S. 88.)

**I**m vergangenen Jahre ist bei dem schlesischen Badeorte Flinsberg im Regierungsbezirk Liegnitz nach einem Auftrage des Kommerzienrathes Julius Pintsch in Berlin eine Villenanlage entstanden, welche in ihrer feinen künstlerischen Durchbildung und in ihrem architektonischen Aufwande nicht unerheblich über die durchschnittliche Gestaltung der ländlichen Sommersitze hinausgeht. Die

malerische Baugruppe, bestehend aus der umfangreichen Villaselbst und einem in geringer Entfernung etwas tiefer gelegenen Gartenhause, liegt auf dem ziemlich steil ansteigenden Gelände eines Vorberges des schönen Isergebirges, in freier, weithin sichtbarer Lage. Diese Lage und die von der Baustelle aus möglichen Ausblicke in die herrliche landschaftliche Umgebung haben auf die Grundriss-Gestaltung der Villa insofern einen bestimmenden Einfluss ausgeübt, als die letztere die langgestreckte Grundform wegen der nach Nord-Nord-Ost sich ergebenden reizvollen Fernsicht in das Greiffenberger Thal mit dem

Badeorte Flinsberg im Vordergrunde zeigt. Die über Eck gestellte Halle wurde angelegt, um von hier aus die prächtige Fernsicht in das Queisthal mit dem Hochstein im Hintergrunde gegen Osten und dem Hasenstein gegen Westen geniessen zu können. Gegen Süden geht das Villengelände in Wald über.

Das Untergeschoss, welches zumtheil aus dem Felsen gesprengt werden musste, und welches in Löwenberger Sandstein ausgeführt wurde, enthält die Küchen- und die übrigen Wirtschaftsräume, Kellerräume, Mädchenzimmer, Plätt- und Waschküche, sowie ein Garten- oder Billardzimmer, alles in reichlichem Raumausmaass. Ein weiter Flur führt unmittelbar vom Garten zur Nebentreppe und über diese zu den Obergeschossen. Im hohen Erdgeschoss

liegen ein Damenzimmer, das Wohnzimmer, die Diele mit Treppe zu den oberen Räumen, das Speisezimmer mit Erker, eine geschlossene und die schon erwähnte offene Halle, Flur, Toiletten und eine Nebentreppe. Im Obergeschoss liegen die Schlafräume mit Bad, im Dachgeschoss Fremdenzimmer.

Die ungezwungene, den natürlichen Bedingungen der Lage angepasste Grundrisslösung zeigt die weit-

gehende Sorgfalt in der Durcharbeitung, welche allen Grundriss-Lösungen der Künstler in so hervorragendem Maasse eigen ist.

Das Aeussere ist in seinen unteren Theilen gemauert und verputzt; der zur Anwendung gelangte rauhe und der glatte Putz sind mit Caseinfarbe gestrichen und an besonderen Stellen mit dekorativer Malerei geziert.

Die oberen Theile der Villa sind in Fachwerk durchgebildet worden, das Holz wurde braun gestrichen und mit einem Lack überzogen. Das Innere hat eine zwar schlichte, im übrigen aber der Bedeutung des Hauses angemessene künstlerische Durchbildung in durchgehends echten Materi-



alien erhalten. — Das Gebrauchswasser erhält die Villa von den Gebirgsquellen, die in offenem Graben zu Thale fliessen. Das Wasser wird in eine kleine Kläranlage geleitet und von dort durch das eigene Gefälle in schmiedeeisernen Druckröhren bis ins Dachgeschoss geführt, wodurch es möglich wurde, Klosets, Bade- und Wasch-Toiletten mit Wasser-Zu- und Ableitung herzustellen. Die Abwässer sind in eigene Klär- und Versickerungs-Gruben geleitet. Schönes Trinkwasser liefert eine besonders gefasste Quelle im Garten. Die Villa hat ferner Niederdruck-Dampfheizung und elektrisches Licht von der elektrischen Anlage des Kurhauses erhalten.

Die Herstellung war äusserst umständlich, da alle Bau- und sonstigen Materialien vom Thal zu Berg



ILLA PINTSCH  
IN FLINSBERG  
IN SCHLESSEN

\* \* \* \* \*

ARCHITEKTEN:

CREMER & WOLFFENSTEIN

IN BERLIN \* \* \* \* \*

≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡

XXXVI. JAHRG. 1902 — NO. 14

\* \* \* \* \*  
\* \* \*  
\*



mit vier- und sechsspännigen Wagen hochgeführt werden mussten.

An der Ausführung waren beteiligt: Maurerstr. Greppi aus Friedeberg a. Queiss; Dachdecker Neumeister; Klempner Runge & Sohn; Tischler H. Bilecki; Maler Waller & Senftleben; die Fliesen lieferten Rosenfeld & Co., sämtlich in Berlin. Auch

die innere Ausstattung wurde von Berliner Firmen besorgt; an ihr waren beteiligt: Kunsttischler Siebert & Aschenbach, Bodenheim; Frost & Söhne für die Beleuchtungskörper, sowie für die elektrischen Anlagen Gebr. Körting in Breslau. Die Wasseranlagen sind von Gutmann in Warmbrunn, die Zentralheizung von Martini in Leipzig geliefert worden. —

## Die Stuttgarter Stadterweiterung.

Herausgegeben vom Stadtschultheissenamt Stuttgart. — Besprochen von R. Baumeister-Karlsruhe.

**I**n meinem Artikel auf S. 555 Jahrg. 1901 der Dtschn. Bztg. wurde bereits auf das unter obigem Titel erschienene grosse Sammelwerk hingewiesen, welches auf 240 Seiten nebst einer Einleitung von 28 Seiten die Aktenstücke zur bisherigen Entwicklung des Unternehmens veröffentlicht. Die Reichhaltigkeit des Werkes geht aus folgender Inhaltsübersicht hervor:

Einleitung von Ob.-Bürgermeistr. Gauss; Begleitschrift zum Stadterweiterungsplan mit Lageplan im Maasstab 1:10000, von Stadtrth. Kölle; Gutachten des Ob.-Brths. Prof. Baumeister, mit abgeändertem Lageplan; Korreferat von Gem.-Rth. Arch. Frey; Die Stadterweiterung unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt, von Gem.-Rth. Dr. Rettich; Erwiderung von Stadtrth. Kölle; Hygienisches Gutachten des 1. Stadtarztes Dr. Knauss; desgl. von Prof. Nussbaum in Hannover. Bericht vom künstlerischen Standpunkt durch eine Kommission bestehend aus Ob.-Brth. Prof. Reinhardt, Brth. Eisenlohr, Prof. Halmhuber und Prof. Haug, mit zahlreichen Bildtafeln; Die Hauptgesichtspunkte nach den vorliegenden Gutachten in einem Schlusswort zusammengestellt, von Dr. Rettich; Auszug aus der Schrift: Weiträumiger Städtebau und Wohnungsfrage, von Dr. Abele, Sekretär des Stadtschultheissenamtes; Vorschläge des Architekten- und Ingenieurvereins Hannover, betr. Gesichtspunkte für die Neubearbeitung der dortigen Bauordnung; Städtebau, Vortrag von Prof. Theodor Fischer, Bauamtmann der Stadt München. —

Es ist hier nicht der Raum verfügbar, um den Inhalt des Werkes vollständig zu zergliedern, ich möchte nur versuchen, die Hauptzüge und namentlich die wichtigsten Gegensätze hervorzuheben, deren Bedeutung über Stuttgart hinausreicht.

Nach dem hier beigelegten Uebersichtsplan (Abbildg. 1) liegt die Stadt Stuttgart grösstentheils in einer kesselartigen Erweiterung des Nesenbachtals. Die Vororte Heselach, Berg, Gablenberg sind Bestandtheile der Gemeinde. Die bisher befolgte stückweise Ergänzung

der Bebauungspläne hat die Ränder des Thalbodens erreicht, ja stellenweise schon die Abhänge in Anspruch genommen. Nach der vorherrschenden Schablone des Rechteck-Netzes wurden die Strassen geradlinig bis an den Bergfuss verlängert und auch über gewundene Abhänge rücksichtslos geradlinig erstreckt, ohne gehörige Vorsorge dafür, dass sie weiter hinauf mit geeigneter Richtung und Steigung fortgesetzt werden könnten. Es war daher an der Zeit, einen umfassenden Entwurf zur Stadterweiterung aufzustellen, wie er jetzt seit 1895 aus Kölle's Hand vorliegt. Derselbe erstreckt sich beinahe auf das gesamte Weichbild, soweit es nicht mit Wald bestanden ist, ausserdem gegen den Neckar hin auf Theile der anstossenden Gemarkungen Cannstatt und Gaisburg, deren Eingemeindung zu erwarten ist.<sup>1)</sup> Damit werden ausserhalb des schon bebauten Gebietes von etwa 400<sup>ha</sup> weitere 1000<sup>ha</sup> erschlossen. Diese Zahlen umfassen die Blockflächen, nämlich Häuser, Höfe und Hausgärten, ohne Strassen und öffentliche Anlagen und ohne die mit Bauverbot zu belegenden Flächen.

Es handelt sich fast durchweg um geneigtes und zudem vielfach gewundenes Gelände; denn die Thalsole liegt an der oberen Stadtgrenze ungefähr auf 300<sup>m</sup>, am Neckar auf 220<sup>m</sup> über dem Meer, die Grenzen des Entwurfs ringsum durchschnittlich auf etwa 400<sup>m</sup>; sie werden gegen Südwest und Südost durch noch höher aufsteigende und bewaldete Bergkuppen überragt. Auf einem derartigen Gebiet mussten die künftigen Strassen der Erdoberfläche ziemlich genau folgen, also vielfach gekrümmt werden, um nicht nur bei ihrer eigenen Herstellung, sondern auch beim Häuserbau möglichst wenig Kosten zu verursachen; sie haben im Entwurf zwischen 6 und 10% Steigung erhalten und damit auch die z. Th. sehr steilen von Stuttgart ausgehenden Landstrassen verbessert. Ausserdem ist die Breite der Strassen geringer, als sie auf wagrechtem Gelände gewählt zu werden pflegt. Zahlreiche Strassen,

<sup>1)</sup> Gaisburg wurde jüngst eingemeindet.

## Neuere Druckwerke auf dem Gebiete des Wasserbaues.

**U**nter den mancherlei Werken, die sich aus diesem Gebiete auf dem Redaktionstische angesammelt haben, ist der Bericht, den Prof. Holz in Aachen über die Wasserkraft-Verhältnisse in Skandinavien und im Alpengebiete erstattet hat, eines der werthvollsten. Der Sonderabdruck aus der Zeitschrift für Bauwesen<sup>1)</sup> umfasst in Folio-Format 48 Druckseiten mit 79 Textabbildungen und 8 in bekannter Vorzüglichkeit ausgeführte Steindrucktafeln. Die von dem Verfasser im Jahre 1896 aufgrund der Verleihung des Schinkelpreises ausgeführte Studienreise hat den ersten Anlass zu dieser Veröffentlichung gegeben. Hier ist aufs Neue der Beweis geliefert, dass die Studienreisen jüngerer Fachgenossen in vielen Fällen nicht nur ihnen selbst werthvolle Anregungen geben, sondern auch durch klare Darlegung der auf einem Sondergebiet erreichten Fortschritte der Gesamtheit wesentlich zugute kommen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um die für das ganze Ingenieurwesen überaus wichtige Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte, die von dem Verfasser um so erfolgreicher behandelt werden konnte, als er in der Lage war, ihr nach Beendigung der Studienreise dauernd einen grossen Theil seiner Thätigkeit zu widmen. Nach einer kurzen Einleitung, in der die wichtigsten Beziehungen zwischen den natürlichen Verhält-

nissen und der Wasserkraft Gewinnung allgemein behandelt werden, folgt eine Uebersicht der in Skandinavien vorhandenen Wasserkräfte, von denen bislang nur ein kleiner, zu den Mittelpunkt des Kraftverbrauches günstig gelegener Theil ausgenutzt werden konnte. Die vortheilhaften Niederschlags- und Abflussverhältnisse, die günstigen Bedingungen für eine Steigerung der Niederwassermenge werden anschaulich geschildert und im Anschluss daran wird die Möglichkeit erwogen, die Wasserkräfte durch elektrische Ströme den namentlich an den Wasserstrassen belegenen Wirtschaftsschwerpunkten zuzuführen; auch die Anlagen zur Förderung des Wasserverkehrs, insbesondere der Flösserei, werden besprochen.

Die Beschreibung einer Reihe bemerkenswerther Wasserkraft-Anlagen erstreckt sich auf die Stauwerke, die oft mit Tunnelbauten verbundenen Leitungen und auf die Kraftwerke. Den Beschluss bildet die Besprechung des Wasserkraftschatzes, der bei den Trollhättanfällen noch zu heben ist. Nicht minder beachtenswerth ist der zweite Theil der Veröffentlichung, der sich mit den Wasserkraften der Alpenländer beschäftigt und viele Beispiele von Hoch- und Niederdruck-Werken bringt. Von den letzteren seien namentlich die Kraftwerke bei Rheinfelden, bei Zuzikon-Bremgarten und Chèvres bei Genf hervorgehoben; von den Hochdruck-Werken seien diejenigen am Etzel, im Val de Travers, bei Schaffhausen und die Brennerwerke bei Matrei erwähnt. Diese und viele andere Werke sind in ihren Haupttheilen geschildert; überall ist der Grundcharakter der wasserbaulichen Anlagen durch Wort und

<sup>1)</sup> Verlag. v. Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin 1900. Pr. 24 M.

besonders solche, welche ungefähr einer Horizontal-  
kurve folgen, sollen nur an der Bergseite bebaut wer-  
den, z. Th. über erhöhten Vorgärten, an der Thalseite  
dagegen offen bleiben, sowohl wegen konstruktiver  
Bauschwierigkeit, als wegen der Aussicht. Das Bau-  
verbot hätte sich dann soweit zu erstrecken, dass über  
die Dächer der weiter unten stehenden Häuser hin-  
weg gesehen werden kann. Ausser diesen sogen.  
„Panorama-Strassen“ enthält der Entwurf mehrere  
„Aussichtsplatten“ und öffentliche Anlagen.

Was die Bebauungsweise des Stadterweiterungs-  
Gebietes betrifft, so schlägt Kölle 3 Zonen vor: die  
innere Zone oder Altstadt, geschlossen bebaut, be-  
dürfte nur gewisser Bestimmungen, um im Falle von  
Umbauten die Zustände nicht noch mehr zu ver-  
schlechtern, sondern vielmehr allmählich zu verbessern.  
Die mittlere Zone, den grössten Theil des Gesamt-  
gebietes einnehmend, solle nach der bisher üblichen  
offenen Bauweise, aber mit zwei Abweichungen bebaut  
werden, nämlich mit Steigerung des Wachs von 3 auf  
5<sup>m</sup>, und mit Verminderung der Höchstzahl von Ge-  
schossen (einschl. Erdgeschoss) von 4 auf 3. Für die  
äussere Zone sollten, wie bis dahin schon üblich,  
für die einzelnen Strassen oder Strassenstrecken je-  
weils besondere Bestimmungen über den Wäch (bis  
zu 14<sup>m</sup>), über die Höhe der Häuser und über die  
Anzahl der Geschosse (in der Regel 2—3) erlassen

werden.<sup>2)</sup> Im Allgemeinen war hier ein landhaus-  
artiger Charakter gedacht. Ausnahmen sollten zwei  
Fabrikviertel gegen den Neckar hin, sowie etliche Be-  
zirke für vorwiegend landwirthschaftliche Bauten an  
den Rändern des Entwurfes bilden.

In einem von der Gemeinde-Verwaltung erbetenen  
Gutachten über den Kölle'schen Entwurf konnte ich  
den technischen Grundsätzen desselben im Allgemeinen  
nur meine Zustimmung geben. Aenderungen glaubte  
ich nur bei einzelnen Theilen vorschlagen zu müssen,  
zwecks günstigerer Steigungen oder vortheilhafter  
Blockformen, oder aus ästhetischen Gründen. Ferner  
wurde von mir eine Reihe allgemeiner Grundzüge für die  
künftige Bauordnung vorgeschlagen und hierbei eine  
gewisse Mannichfaltigkeit empfohlen, theils aus  
ästhetischen Gründen, theils weil die vielerlei baulichen  
Bedürfnisse einer grossen Stadt sich nicht mit wenigen  
Grundformen erledigen lassen. Namentlich sollten  
Einfamilienhäuser in geschlossenen Reihen  
zugelassen werden, um dieser erfreulichsten Form des  
Wohnens thunlichsten Vorschub zu leisten.

Im Weiteren sei hier die Zustimmung des württem-  
berg. Vereins f. Baukunde zu dem Erweiterungsplan, so-  
wie das Urtheil der Künstler-Kommission angeführt, wel-  
ches letztere lautet: „Die Tracirung ist nach dem auch  
vom künstlerischen Standpunkt aus allein richtigen Wege  
möglichster Anlehnung an die wechselvolle Beschaffen-

heit des Geländes er-  
folgt, so dass der  
aufgrund des Gut-  
achtens von Prof. Bau-  
meister umgearbeitete

<sup>2)</sup> Eine Zusammenstel-  
lung der bisher erlassenen  
Vorschriften für das An-  
bauen an bestehenden neuen  
Strassen ist der Abhandlung  
von Dr. Rettich als Anhang  
beigegeben.

Abbildg. 1.  
Lageplan von Stuttgart.

Erklärung:

- Innere Stadt, in geschlossener Bauweise.
- ▨ Aeusserer Stadtheile, in offener Bauweise.
- Grenze des Stadterweiterungs- Entwurfes.
- Grenze der geplanten Fabrik- viertel.
- Weichbildgrenze.



Bild beschrieben, während vielfach wegen der Einzel-  
heiten auf besondere Veröffentlichungen verwiesen ist, so-  
dass das Holz'sche Werk einen vorzüglichen Ueberblick  
über neueste Wasserkraft-Gewinnungsanlagen gewährt. —

Ganz anderer Art sind die von dem Reg.- u. Brth.  
Sympher bearbeiteten „Wasserwirthschaftlichen  
Vorarbeiten“.<sup>3)</sup> Hier handelt es sich nicht um ausge-  
führte Bauwerke, sondern der auf dem Gebiete der Statistik  
des Wasserverkehres wohlverfahrene und an der Bearbeitung  
der neueren Entwürfe für die Vervollständigung des preussi-  
schen Wasserstrassennetzes hervorragend betheiligte Ver-  
fasser hat hier seine reichen Erfahrungen in übersichtlicher  
Weise mitgetheilt. Der kurzen aber inhaltreichen Dar-  
stellung der bisherigen Entwicklung des deutschen Güter-  
verkehrs entnehmen wir die erfreuliche Thatsache, dass  
trotz der starken Zunahme der grossen Fluss- und Kanal-  
schiffe auch die Zahl der Kleinschiffe von 100—200<sup>t</sup> Trag-  
fähigkeit sich in den letzten 20 Jahren von 3079 auf 6925  
vermehrt hat. Eine besondere Sorgfalt ist im II. Kapitel  
der Ermittlung der Transportkosten auf Eisenbahnen und  
Wasserstrassen gewidmet. Die hier gewonnenen Zahlen  
werden für alle weiteren Erörterungen auf diesem Gebiete  
einen sicheren Ausgangspunkt bilden. In der ausführlich  
behandelten Frage der Wasserstrassen-Abgaben nimmt  
der Verfasser den Standpunkt ein, dass die künstlichen,  
hauptsächlich zu Verkehrszwecken angelegten Kanäle sich  
gleich den Eisenbahnen durch eigene Einnahmen selbst

erhalten müssen und dass ohne diese Forderung an einen  
umfassenden Ausbau des Wasserstrassennetzes nicht ge-  
dacht werden könne; über die Höhe der Abgaben, die An-  
zahl der Tarifklassen usw. müsse von diesem Gesichts-  
punkte ausgehend von Fall zu Fall entschieden werden.  
Werthvolle Streiflichter werden auf die Beziehungen zwi-  
schen Eisenbahn- und Wasserverkehr geworfen. Das  
III. Kapitel behandelt den zu erwartenden Verkehr und  
seine finanziellen Folgen, während das IV. Kapitel dem  
Einfluss gewidmet ist, den eine neue Wasserstrasse auf  
das Erwerbsleben ausübt. Die Art und Weise, in welcher  
der dem Rhein-Elbe-Kanal voraussichtlich zufallende Ver-  
kehr ermittelt worden ist, findet in der Anlage 8 ausfüh-  
rliche Erläuterung, während Anlage 10 der Verkehrs- und  
Ertrags-Berechnung für den Braunschweiger Stichkanal  
gewidmet ist. Kein Volkswirth oder Techniker dürfte mit  
Erfolg an Fragen des binnenländischen Wasserverkehrs  
herantreten können, ohne den Ergebnissen Rechnung zu  
tragen, die Sympher aufgrund jahrelanger Arbeiten in dem  
vorliegenden Bericht mit seinen 13 Anlagen niedergelegt  
hat. Trefflich ausgeführte Karten erleichtern die Uebersicht.

Von der umfangreichen Arbeit, betreffend die „Unter-  
suchungen der Hochwasser-Verhältnisse im deut-  
schen Rheingebiet“ ist das von Dr. phil. Maximilian  
von Tein bearbeitete VI. Heft<sup>4)</sup> erschienen. Das 145 Seiten  
gr. 4<sup>o</sup> mit 9 Tafeln umfassende Heft ist dem Maingebiet

<sup>3)</sup> Verlag von W. Ernst & Sohn, Berlin 1901. Preis geb. 24 M.

(Fortsetzung auf Seite 90.)

<sup>2)</sup> Verlag von Wilhelm Engelmann, Leipzig 1901. Preis 8 M.

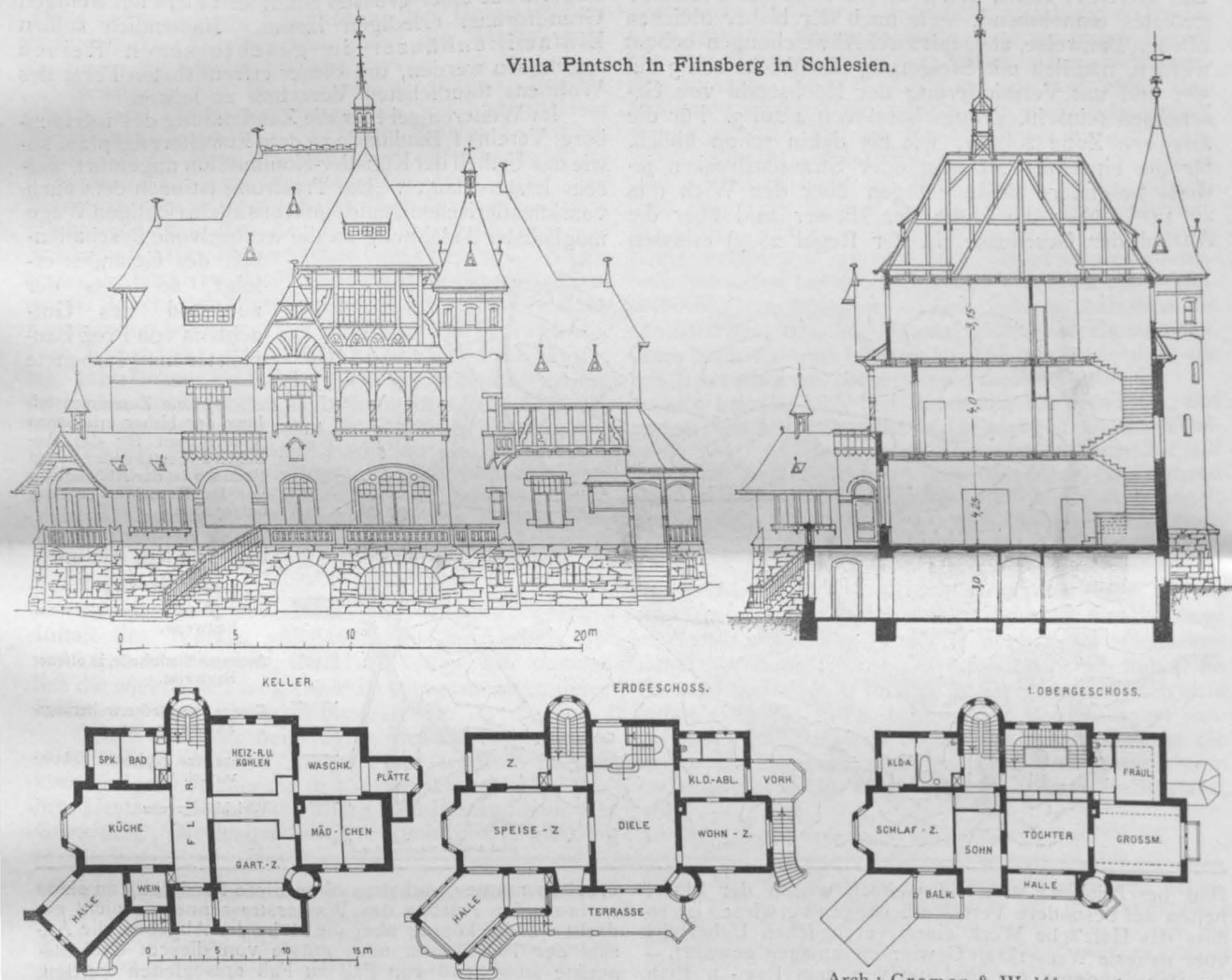
Kölle'sche Entwurf als eine gesunde Basis für die bauliche Entwicklung bezeichnet werden kann.“ —

Während somit der Strassenplan keine Beanstandung gefunden hat<sup>3)</sup>, sind über die Bebauungsweise lebhaft Streitigkeiten entstanden. Der Vorkämpfer gegen den Entwurf ist Dr. Rettich, Vertreter der sogenannten Rathhaus-Baupolitik. Seine Abhandlung, unstreitig eine fleissige Arbeit, interessiert schon durch eine Menge von Behauptungen, welche von den bisher ziemlich allgemeinen Ansichten über Städtebau stark abweichen und auch mit grossem Selbstbewusstsein vorgetragen werden.

In erster Linie sucht der Verfasser die Einwohnerzahl zu ermitteln, für welche der Entwurf Raum bietet. Er gründet seine Berechnungen auf die Baufronten, deren Summe unter Berücksichtigung der Wichab-

In der „Erwiderung“ Kölle's werden mehrere Irrthümer in den Voraussetzungen vorstehender Rechnung hervorgehoben und hinwieder von Rettich in seinem Schlusswort (m. E. nicht durchschlagend) klar zu stellen versucht. Wie dem auch sei, so besteht jedenfalls der Hauptfehler Rettich's darin, Einwohnerzahl und Frontlänge proportional zu setzen. Denn im Inneren der Blöcke lassen sich an Zwischenstrassen — selbstredend bei gesundheitlicher Fürsorge — doch auch noch Menschen unterbringen. Der allgemeine Entwurf enthält eben vorzugsweise die Hauptstrassen und lässt mittels Auftheilung der zumtheil sehr grossen Blöcke noch zahlreiche weitere Baufronten zu. Und eine solche Auftheilung möchte in Zukunft immer öfter vorkommen, weil Wohnhäuser an Strassen den Vorzug vor unregelmässigen Hintergebäuden haben. Man

Villa Pintsch in Flinsberg in Schlesien.



Arch.: Cremer & Wolfenstein in Berlin.

stände und der mit Bauverbot zu belegenden Strecken im Erweiterungs-Entwurf die gleiche sein würde, welche in der jetzigen Stadt Stuttgart vorhanden ist. Hiernach werde das Erweiterungsgebiet gemäss der Kölle'schen Bebauungsweise Wohngelegenheit für 122 278 Menschen erschliessen, d. i. 75% der gegenwärtigen Bevölkerung, und nach dem bisherigen Zuwachs-Maassstab (13,235% von 1890—95) bis zum Jahre 1919 aufgebraucht sein. Auf der 2 1/2 fachen Fläche (s. o.) seien nur 3/4 der Einwohner unterzubringen. Einen solchen Luxus von Geländefläche und von Strassenaufwendungen könne Stuttgart sich nicht gestatten; er wäre dazu angethan, das Weichbild für kleine Leute abzusperrten und denselben entweder die Unbequemlichkeit des Wohnens in der weiteren Umgebung aufzulegen oder die bereits vorhandene Wohnungsnoth ins Unerträgliche zu steigern.

<sup>3)</sup> Man vergleiche hierzu das einzige abfällige Urtheil von Prof. Henrici im Centralblatt der Bauverwltg. 1901 S. 577, im Gegensatz gegen obige Aussprüche ortskundiger Künstler.

wird daher die Bevölkerung füglich nach Verhältniss der Flächen, natürlich unter Berücksichtigung des Grades der Bebauungs-Dichtigkeit, abschätzen dürfen, wie es auch anderwärts immer geschieht. Um auf diesem Wege wenigstens eine Durchschnittsrechnung anzustellen, gehe ich davon aus, dass in dem jetzigen Stuttgart 160 000 Menschen auf 400 ha Blockfläche wohnen, also 400 Menschen auf 1 ha. Für das Stadterweiterungs-Gebiet wird unter Voraussetzung moderner Weiträumigkeit die Annahme 250 sicherlich eine mässige sein; sie entspricht 167 Menschen auf 1 ha Gesamtfläche, indem in guten neueren Stadtplänen ungefähr 1/3 auf öffentliches, 2/3 auf privates Eigenthum fällt, ungerechnet etwaige mit Bauverbot belegte Flächen<sup>4)</sup>. Man erhält somit mindestens 250 000 Einwohner für das gesammte Gebiet, welches dann ungefähr bis 1933 ausreichen würde.

Verfolgen wir nun Rettich's Vorschläge zu der

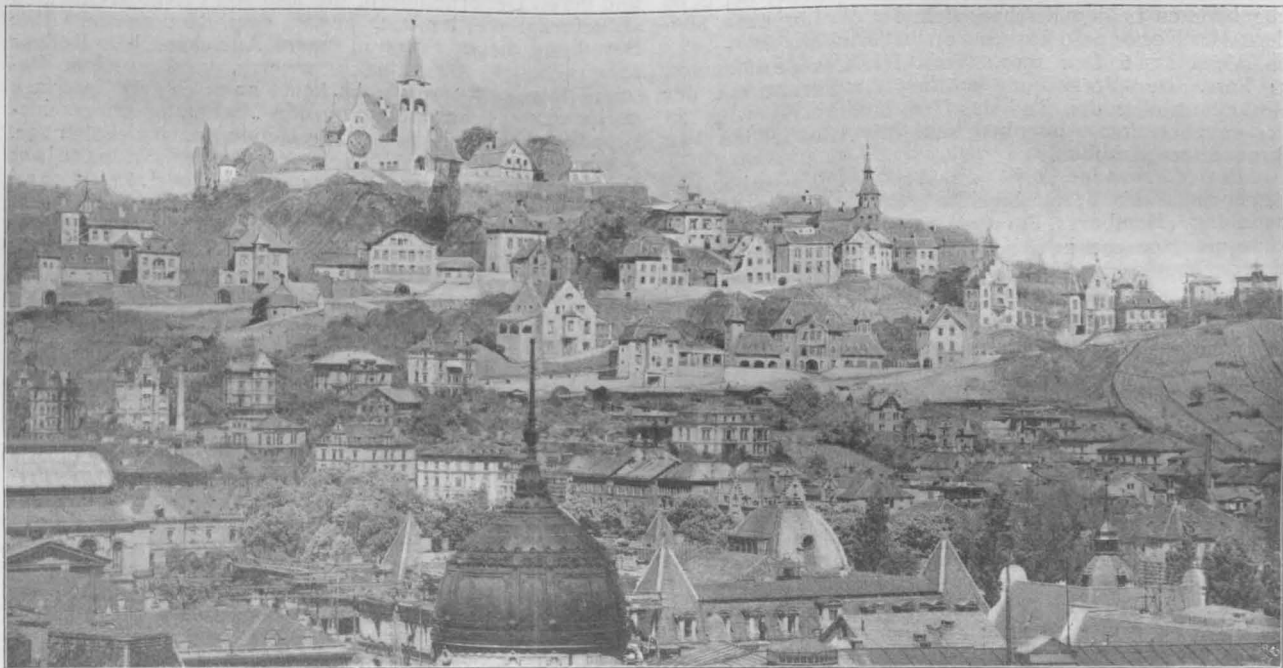
<sup>4)</sup> Handbuch der Baukunde III, 3. Städtisches Strassenwesen und Städtereinigung S. 50 u. 225.



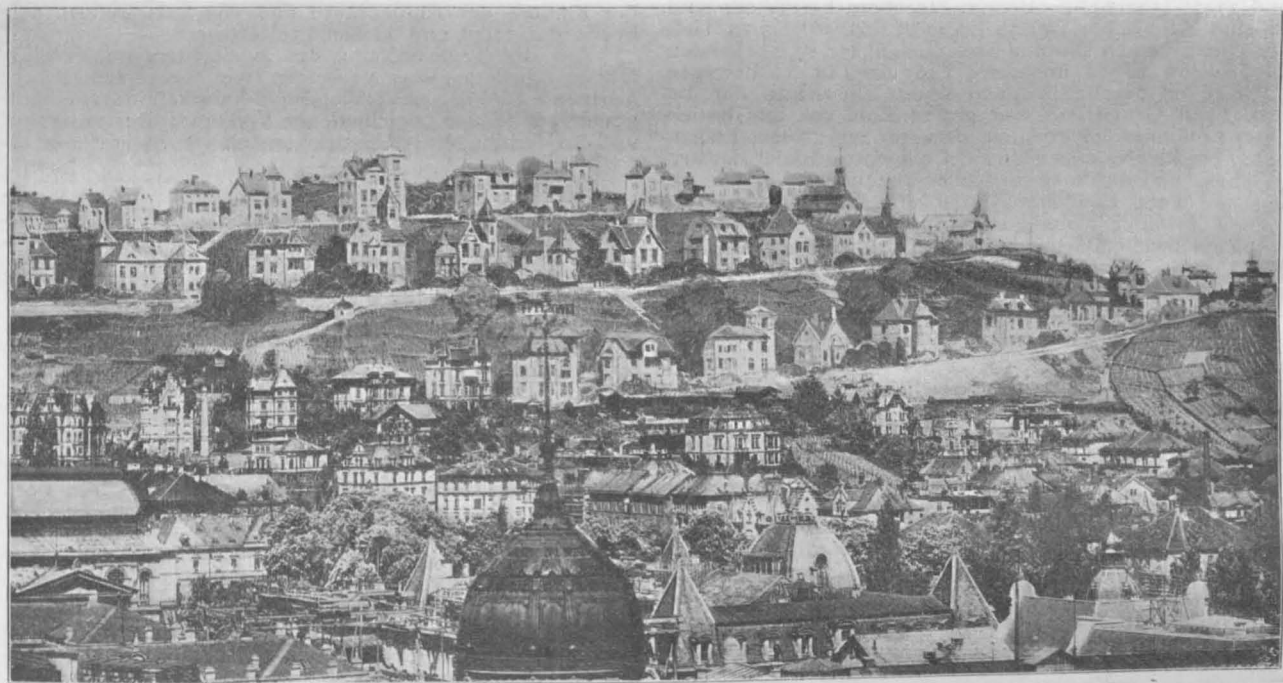
von ihm erstrebten stärkeren Ausnützung des Erweiterungsgebietes. Danach soll nur für etwa  $\frac{1}{10}$  der Bevölkerung landhausartig mit Wich gebaut werden, sonst durchweg in geschlossenen Reihen, unter Zulassung von 4, in breiteren Strassen 5 Geschossen (einschl. Erdgeschoss) und ohne Aenderung der bisherigen Vorschriften über Höfe und Hintergebäude<sup>5)</sup>. Mit diesen Maassregeln seien 349 449 Personen unterzubringen. Es lässt sich leicht nachrechnen, dass dann die Erweiterungsfläche erst 1942 ver-

braucht sein würde. Bedeutsamer als diese unsicheren Berechnungen in der Raumfrage scheinen mir indessen die angeknüpften Erörterungen Rettich's über die wirthschaftlichen, gesundheitlichen und schönheitlichen Interessen, welche durch seine Vorschläge berührt werden. Ich versuche deshalb im Folgenden die Wirkungen verschiedener Grade der Baudichtigkeit (in wagrechtem und senkrechtem Sinne) nach den genannten 3 Richtungen darzulegen. —

(Fortsetzung folgt.)



Abbildg. 3. Bebauung des Kriegsberges mit wechselndem Wich und grösseren Gruppen.



Die Stuttgarter Stadterweiterung. Abbildg. 2. Bebauung des Kriegsberges mit gleichförmigem Wich und einzelstehenden Häusern.

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Arch.- und Ing.-Verein zu Hamburg.** Berichtigung. In No. 12 befindet sich unter den Vereins-Nachrichten ein Bericht über einen von mir am 22. Nov. v. J. gehaltenen Vortrag über Reiseeindrücke aus München, in dem der Sinn meiner Ausführungen mir nicht überall ganz zutreffend wiedergegeben zu sein scheint. Da es sich bei diesem Vortrage nur um eine auf einen engeren Kreis

<sup>5)</sup> Hoftiefe gleich 0,3—0,5 der Haushöhe. Bei Hintergebäuden Abstände von 3—6 m.

von Fachgenossen berechnete Schilderung ganz persönlicher Eindrücke gehandelt hat, so möchte ich mich darauf beschränken, einige sachliche Ungenauigkeiten zu berichtigen.

Zunächst habe ich nicht gesagt, dass ich mich in München zu einer Zeit aufgehalten hätte, wo die Stadt in bezug auf ihre Bedeutung mit den kleineren Residenzen wie Dessau oder Strelitz hätte verglichen werden können. Diesen Vergleich habe ich selbstverständlich auf eine viel frühere Zeit, als ich sie überhaupt erlebt haben könnte, angewendet.



Sodann bezweifle ich gesagt zu haben, dass das Schauspielhaus allein nach den Entwürfen der Architekten Heilmann & Littmann erbaut sei, da mir die Mitwirkung des Malers Riemerschmid bei der dekorativen Ausgestaltung des Theaters sehr wohl bekannt ist.

Endlich möchte ich bezüglich der von der Redaktion mit einem Fragezeichen versehenen Mietheangabe noch bemerken, dass es sich um eine, wenn auch nicht aus zahlreichen so doch aus grossen, gut ausgestatteten Räumen bestehende Wohnung eleganter Art handelte, und dass in der Miethe die Vergütung für die Beheizung der Wohnung eingeschlossen war. —

J. G. Rambatz.

Weiter ist zu berichtigen, dass der Urheber der S. 69 abgebildeten beiden Kirchen nicht Hr. W. Lorenzen, sondern Hr. Fernando Lorenzen in Hamburg ist. —

Vers. am 6. Dez 1901. Vors. Hr. Classen; anwes. 54 Pers. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung über den Tod des Hrn. Bauinsp. Weydig, zu dessen ehrendem Andenken sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben.

Der Vorsitzende theilt mit, dass Hr. Wasserbau-Dir. Buchheister der Vereinsbibliothek ein Exemplar der Abhandlung „Hamburgs Fürsorge für die Schiffbarkeit der Unterelbe“ geschenkt habe. Hr. Elvers beginnt seinen Vortrag über die Eindrücke, die er bei einem diesjährigen Aufenthalt in London erhalten hat mit einer Schilderung der von ihm besuchten Restaurants und Bierwirthschaften; er erwähnt dabei besonders die eigenartige Beleuchtung der meistens im Keller der Gebäude untergebrachten Lokale mittels Glasprismen vom Trottoir der anliegenden Strasse her, beschreibt die hochelegante Ausstattung des Holborn-Restaurants und wendet sich dann zu einer Beschreibung der Einrichtungen der neuen im Juli 1899 eröffneten London-Central-Railway. Die Zugfolge dieser Bahn wird zu 2–2½ Minuten, die Personenzahl in den Wagen zu je 56 angegeben. Durch den Betrieb dieser Bahn sollen neuerdings Erderschütterungen verursacht worden sein, die man mit Besorgniss wahrgenommen hat, und die schon zu Abstützungen in der Paulskirche Veranlassung gegeben haben.

Auch der Themsetunnel bei Blackwall wird vom Redner geschildert und über denselben mitgetheilt, dass er 6200' engl. (1890 m) lang sei, wovon 3000' (914 m) in Eisenkonstruktion unter dem Flussbett liegen, während die anschliessenden Rampen in 1465' (446,72 m) Länge gemauert und 1735' (529 m) in offenem Einschnitt hergestellt sind. Es sind 4 Schächte von 76 (23,17 m) bis 56' (17 m) Tiefe mit einem lichten Durchmesser von 46' (14 m) vorhanden. Die Kosten haben im Ganzen 1 265 000 Pfd. St. betragen.

Redner beschreibt dann unter Skizzirung der betreffenden Grundrisse eine grosse Zahl von ihm besichtigter Londoner Hochbauten, darunter ein grosses Etagenhaus, ein kleines Geschäftshaus mit einem Laden im Erdgeschoss und darunter im Keller liegender Wohnung, sowie die vom Londoner Grafschaftsrath neuerdings erbauten Arbeiter-Wohnhäuser in versch. Stadt-Gegenden.

Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung bespricht Hr. Heubel den mit Rundschreiben der hiesigen Bauwerks-Innung „Bauhütte“ vom 22. Juni 1901 gestellten

Antrag auf Gewährung längerer Lieferungsfristen und Aufnahme der Streikklausel in die Bauverträge. Der Berichtstatter erörtert die Frage vom Standpunkt der Arbeiter, der Uebernehmer, der Architekten und Bauherren aus und kommt dabei zu dem Schluss, dass die Frage auch für die Mitglieder des Architekten- und Ingenieur-Vereins von so erheblichem Interesse sei, dass es sich empfehlen würde, für die nähere Bearbeitung dieser Materie einen Ausschuss zu wählen. Er stellt anheim, ob man auch die Frage der Aufnahme der Streikklausel in die von Behörden auszuschreibenden Bauverträge empfehlen solle, glaubt aber, dass dies bei Verträgen zwischen Privat-Bauherren und deren Uebernehmern, die also von Privat-Architekten ausgefertigt werden, sich gewiss empfehlen werde. Eine Berathung dieser Frage in einem Ausschuss hält Redner schon deshalb für wünschenswerth, weil zu einer Beschlussfassung zurzeit noch keine ausreichende Unterlage vorhanden sei, auch der von der „Bauhütte“ vorgeschlagene Wortlaut der Klausel seiner Meinung nach nicht genüge.

Nach einer Besprechung, in welcher Hr. Strelow Erfahrungen aus seiner Praxis mittheilt, Hr. Löwengard den Antrag Heubel unterstützt und denselben auch auf die von Behörden auszuschreibenden Bauverträge ausgedehnt zu sehen wünscht, begründet Hr. Ruppel inbezug auf letztere seinen von den vorgetragenen Ansichten abweichenden Standpunkt. Darauf beschliesst die Versammlung: 1. Zur Prüfung des von der Bauwerks-Innung „Bauhütte“ gestellten Ersuchens einen Ausschuss von 7 Personen niederzusetzen; 2. Für die Wahl der in diesen Ausschuss zu entsendenden Personen den Vorstand um geeignete Vorschläge zu ersuchen. —

Hm.

Die XXV. Generalversammlung des Vereins Deutscher Portland-Zement-Fabrikanten sowie die erste Hauptversammlung des Vereins deutscher Verblendstein- und Terrakottfabrikanten finden am 24. und 25. Febr. im Architektenhause zu Berlin statt. Aus der umfangreichen Tagesordnung des erstgenannten Vereins führen wir an: Berichte der Meerwasser-Kommission (Hr. R. Dyckerhoff-Amöneburg), der Kommission für einheitliche Prüfung von Portland-Zement (Hr. Dr. Prüssing-Magdeburg), der Kommission für Bestimmung der Volumbeständigkeit und der Bindezeit (Dir. Schiffner-Oberkassel) usw. Es führt ferner Hr. Ing. Gary-Berlin den Schopper'schen Zement-Prüfungs-Apparat vor, es spricht Hr. A. Foss-Kopenhagen über Festigkeits-Koeffizienten von Portland-Zement und es wird auch der Einfluss der Kohlensäure und von Salzlösungen auf Portland-Zement und Trassmörtel erörtert. —

Aus der Tagesordnung des zweitgenannten Vereins führen wir an: „Was verlangen wir von einem guten Verblendstein?“, „Die Verblendstein-Fabrikation in alter und neuer Zeit bei den verschiedenen Völkern“, Der neue Stil und die Verblender“, „Glasuren und glasierte Steine“ usw. —

### Vermischtes.

Dauerbrand-Kamin-Ofen von C. W. Staus, Berlin. In den beigegebenen Abbildungen bringen wir einen eisernen Dauerbrand-Ofen zur Darstellung, der durch seine zweckmässige Anordnung eine möglichst weitgehende Aus-

gewidmet und wird den Freunden des Gesamtwerkes eine willkommene Ergänzung der bisher veröffentlichten Hefte bieten. Die Arbeit von Tein's, die sich auf ein abgeschlossenes Gebiet der deutschen Mittelgebirge bezieht, ist indessen geeignet, schon für sich allein die Aufmerksamkeit der Leser zu gewinnen und ihr Studium dürfte namentlich jüngeren Fachgenossen zu empfehlen sein, die ein begrenztes Bild der Erforschung der Niederschlags- und Abfluss-Verhältnisse gewinnen wollen. Die von Giesecke & Devrient mustergiltig hergestellten Kartenblätter, namentlich die orographische Karte, die geologische Karte, auf der die Durchlässigkeit des Untergrundes kenntlich gemacht ist, die Karte des Flusssystemes sowie die Blätter, auf denen die Vertheilung der Bewaldung und die jährlichen Regenhöhen dargestellt sind, laden schon zu diesem Studium ein. Sowohl die beschreibenden Kapitel des ersten Abschnittes, wie auch die weiter folgende Erörterung der zwischen den Niederschlägen und den Abflussmengen bestehenden Beziehungen sind erschöpfend behandelt.

Auf ähnlichem Gebiete bewegen sich die vom k. k. österreichischen hydrographischen Bureau herausgegebenen „Beiträge zur Hydrographie Oesterreichs“, von denen ein weiteres Heft, das IV., erschienen ist<sup>1)</sup>. Das 143 S. gr. 4<sup>o</sup> Text mit 50 Figuren und 9 Tafeln umfassende Werk beschäftigt sich mit der Hochwasser-Katastrophe des Jahres 1899. Das Kartenmaterial gewährt schon einen Einblick in den ungewöhnlichen Umfang des Hochwassers. Im

südlichen Theil des Donaugebietes sind vom 8. bis 14. September stellenweise mehr als 450 mm Regen gefallen und in Mährlau ist allein am 12. September eine Regenhöhe von 287 mm beobachtet worden. Der Verlauf des Hochwassers ist durch Wasserstands-Beobachtungen und bei Wien auch durch Wassermengen-Bestimmungen genau verfolgt. Aus dem reichhaltigen Material, das die Veröffentlichung bietet, mag hier nur hervorgehoben werden, dass die Absperr-Vorrichtungen am oberen Ende des Donau-Kanales bei Nussdorf sich vollkommen bewährt haben, sodass durch Verhinderung einer Ueberschwemmung der unteren Stadttheile Wiens grosse Werthe gerettet worden sind. Wichtig ist auch das Schlusswort, in dem Ob.-Brth. Lauda es durchaus in Abrede stellt, dass den vorgekommenen Entwaldungen eine Verschlimmerung der Hochwasser-Katastrophen zuzuschreiben sei. Lauda schätzt allerdings den Waldbestand, insofern er die Bodendecke vor Abschwemmung und die Wasserläufe vor Verschotterung bewahrt und zurzeit der Schneeschmelze den ruhigen Wasserabfluss fördert; er giebt auch zu, dass der Wald in gewissem Grade die Niederschläge zurückzuhalten vermöge, betont aber, dass dieser wohlthätige Einfluss nur den eigentlichen Quellgebieten zugute komme und dass der Waldbestand dieser Gebiete keineswegs die Hochwässer der abwärts liegenden Stromstrecken mit Sicherheit mildere. Ein Rückblick auf die im Laufe der Jahrhunderte im Donaugebiete vorgekommenen Hochwasser-Katastrophen liefere den Beweis, dass die beklagenswerthen Ereignisse der letzten Zeit keineswegs einzig in ihrer Art

<sup>1)</sup> Kommissions-Verlag von W. Braumüller, Wien. Pr. 8 M.



nutzung der Heizkraft des Brennmaterials bei leichter Regulirbarkeit der Temperatur, einfacher Bedienung, dauerhafter Konstruktion und verhältnissmässig geringen Kosten erstrebt. Der Ofen besteht aus dem Füllkasten *k*, der für 24 Stunden Brennmaterial enthält, dem verhältnissmässig kleinen Feuerraum *m* (für ein 2fenstriges Zimmer nur 10 zu 7 cm Querschnitt), in welchem sich auf dem Planrost *y* hinter einem stehenden Roste die Verbrennung vollzieht, wobei Hitzegrade bis 1300°C erreicht werden sollen. Der Feuerraum ist durch die Chamottewand *q*, die zur Abkühlung durchlocht ist, sodass die Zimmerluft hindurch streichen kann, von dem rings mit Chamotte ausgekleideten

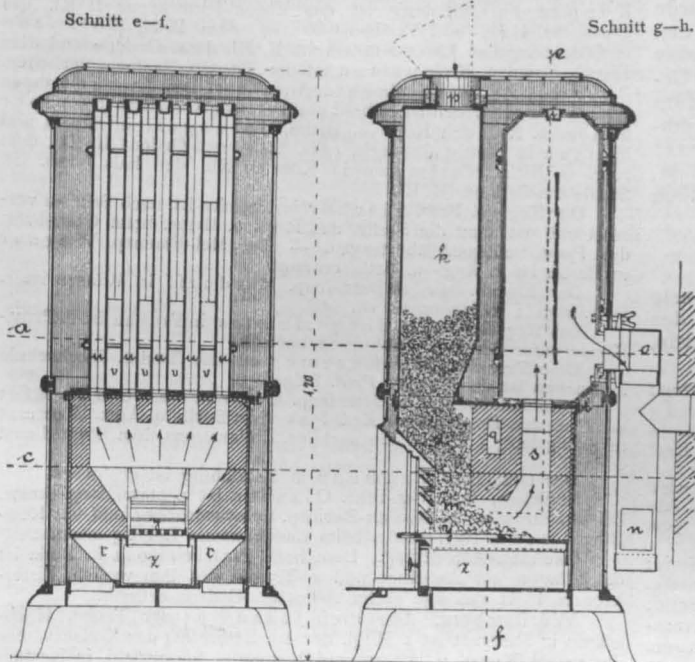
Feuerschacht *s* getrennt. Letzterer ist oben rostartig mit Chamottesteinen abgedeckt, sodass sich die Heizgase nach den Kanälen *u* spalten müssen und nun die auf dem Roste stehenden gusseisernen Heizkörper *v* allseitig umspülen. Da letztere im Verhältniss zum Feuerraum sehr gross sind, ist ein Glühendwerden ausgeschlossen und sie verleihen der durch ihren Hohlkörper hindurchstreichenden Zimmerluft eine nur gemässigte Temperatur. Nachdem die Heizgase ihre Wärme an die Heizkörper abgegeben haben (wobei nach den Angaben der Firma ihre Temperatur bis auf 120°C herabsinkt), sammeln sie sich in dem Gassammler *o* und entweichen dann durch den Abzug.

Letzterer ist nach unten durch einen Rohransatz verlängert, der mit Schieberöffnung versehen ist, um durch den Eintritt kalter Luft den Zug und damit den Heizeffekt reguliren zu können. Das Ganze ist entweder umhüllt von einem unten offenen, im Deckel durchbrochenen Mantel, sodass also die Zimmerluft unten eintritt, sich in den Heizkammern erwärmt und oben austritt, oder durch eine kaminartige Umhüllung verdeckt. Die Ausstattung dieser Mäntel bzw. Verkleidungen wird in einfacher und in reicherer Form hergestellt.

Als Heizmaterial ist eine gasarme Kohle, Anthracit, Koks zu verwenden. (Für rauchende Stein- und Braunkohlen ist der Ofen in etwas anderer Weise ohne das offene Kaminfeuer ausgebildet.)

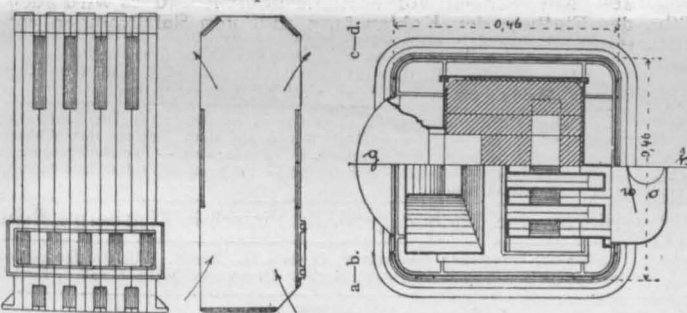
Die Oefen werden in 6 verschiedenen Grössen, und zwar in Höhen von 1,06–2,08 m, Querschnitten von 0,42 bis 0,96 qm, Gewichten von 130–800 kg geliefert. Sie sollen bei diesen Abmessungen zu einer Temperatur-Erhöhung um 40°C für Räume von 50–180 bzw. 1000–1600 cbm Inhalt ausreichen und eine Ausnutzung des Brennstoffes bis 90% ermöglichen. Der dargestellte Ofen ist für Räume bis 300 cbm Inhalt bestimmt. Der Preis beträgt dann in einfacher Ausstattung 110 M. —

Architektur-Ausstellung auf der Industrie- und Gewerbe Ausstellung für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf 1902. Wir weisen auf den am Schluss dieser Nummer abgedruckten Aufruf des Verbandes deutsch. Arch.- u. Ing.-Vereine hin, welcher zu einer Beteiligung an der Architektur-Ausstellung auffordert, die als ein Theil der deutsch-nationalen Kunstausstellung in Düsseldorf im Obergeschoss des daselbst neu errichteten Kunstausstellungs-Gebäudes stattfinden soll. Zugelassen sind nach 1892 entstandene Werke deutscher und deutsch-österreichischer Künstler. Die angemeldeten Werke müssen in der Zeit vom 1.–5. April in Düsseldorf eingeleistet werden. Es wäre zu wünschen, dass die Architektur auf der Ausstellung in einer Weise vertreten ist, die ihrer Bedeutung entspricht. Da der zur Verfügung stehende Raum verhältnissmässig knapp ist, kann dies nur durch Vorführung hervorragender Leistungen erzielt werden. —



Ans d. Heiz. von der Rückseite. Aussenseite einer Heizplatte.

Schnitte.



dastehen, und die genaue Untersuchung der Hochwässer von 1897 und 1899 ergäbe, dass namentlich die waldreichen Gebiete der Elbe, der Isar, der Neisse, der Wien, der Enns usw. am meisten betroffen wurden. Wenn man endlich bedenke, dass im September 1899 sieben Regentage dem Donauebiet fast 16 cbkm Niederschläge zugeführt haben, erscheine es einflusslos, ob der Waldbestand um einige Hektar abgenommen habe. —

Auf dem Gebiete des Seebaues liegt die von Reg. Rth. Geitel herausgegebene Arbeit L. A. Veitmeyers vor, welche die „Leuchtfeuer und Leuchtapparate“ historisch und konstruktiv behandelt<sup>5)</sup>. Das Werk umfasst 250 Seiten gr. 4. mit 152 Abbildungen und einer farbigen Tafel. Veitmeyer wurde vor etwa 60 Jahren durch Beuth zum Studium des Leuchtfeuerwesens nach England und Frankreich entsandt und ist seitdem bis zu seinem Tode im Jahre 1899 in erfolgreicher Weise bei dem Ausbau der deutschen Seefeuer thätig gewesen. Es war ihm nicht vergönnt, das Werk seines Lebens selbst zu veröffentlichen, doch sind Herausgeber und Verleger in gleicher Weise bemüht gewesen, in der Form des Druckwerkes dessen Inhalt gerecht zu werden. Im Jahre 1878 hat Chr. Nehls eine Bearbeitung des Stevenson'schen Werkes „Illumination der Leuchthürme“ deutsch herausgegeben. Seitdem fehlte unserer Literatur auf diesem äusserst wichtigen Gebiete ein zusammenfassendes Werk, sodass die wesentlichen Fortschritte der letzten

Jahrzehnte nur aus losen Beschreibungen einzelner Leuchtfeuer-Anlagen oder aus der fremdländischen Literatur zu entnehmen waren. Es ist bekannt, dass aus diesem Grunde die Fertigstellung des Beitrages zum III. Bande des Handbuches der Ingenieur-Wissenschaften, den die Reg.- und Brihe. Körte und Truhlsen zugesagt haben, von vielen Seiten mit Sehnsucht erwartet wird. Die Leuchtfeuer und Leuchtfeuer-Apparate Veitmeyers füllen deshalb eine empfindliche Lücke aus. Der historische Theil des Werkes bringt die Darstellung vom Werden und Vergehen der Leuchtfeuer der antiken Welt und der vom Mittelalter bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts langsam aufs Neue erfolgten Entwicklung; die zahlreichen Abbildungen zeigen u. a. die auf den Felsen von Eddystone 1699, 1709, 1759 und 1882 errichteten Leuchthürme; der Anhang bringt mancherlei die Beschreibung ergänzendes Urkundenmaterial. In den folgenden Abschnitten werden die Feuerschiffe und Leuchtbojen, sowie die Lichtgeber, vom Holz- und Kohlenfeuer beginnend bis zu den neueren Oelfeuern und den elektrischen Lichtern, die Fresnel'schen Apparate, die Scheinwerfer und die unterbrochenen Feuer eingehend besprochen.

Der letzte Abschnitt ist den Leuchtapparaten der Gegenwart gewidmet. Hier werden namentlich die neueren französischen Konstruktionen (s. D. B. 1900, S. 538), die Blick-, Blink- und Blitzfeuer, sowie die Dauerfeuer beschrieben und in ihrem jeweiligen Werthe gewürdigt. Das schön ausgestattete Werk wird allen am Seebau theiligten Ingenieuren willkommen sein. — y.

<sup>5)</sup> Verlag von R. Oldenbourg, München und Leipzig. Preis geb. 15 M.



## Preisbewerbungen.

**Wettbewerb Umgestaltung Landesausstellungs-Gebäude Berlin.** Den I. Preis errang Hr. Max Ravoth, den II. Preis Hr. Fritz Gottlob, den III. Preis Hr. K. E. Bangert, sämtlich in Berlin. Die nicht durch Preise ausgezeichneten Verfasser können ihre Entwürfe vom 22. d. M. ab beim Kastellan der Akademie abholen lassen. Die Preisrichter haben den Wunsch geäußert, alle 10 Entwürfe auf der kommenden Berliner Kunstausstellung in einem besonderen Raume zur Ausstellung bringen zu können, falls die Verfasser zustimmen. —

**Wettbewerb Rathhaus Hamborn.** Es liefen 65 Entwürfe ein. Die Gesamtsumme der Preise von 3000 M. wurde in 3 gleiche Preise von je 1000 M. zerlegt und diese den Entwürfen der Hrn. Robert Neuhaus in Rheydt, Gustav Jänicke in Schöneberg bei Berlin und Gust. Rumpel in Gemeinschaft mit Arth. Krutzsch in Dresden zuerkannt. Zum Aikauf für je 300 M. wurden zwei weitere Entwürfe empfohlen und zwar die Arbeiten „Jong kiek ens do den ene“ und „Neujahr 1902“. Sämtliche Entwürfe sind bis 22. d. M. einschl. im Landers'schen Saale zu Marxloh öffentlich ausgestellt. —

## Bücherschau.

**Charakteristische Giebelbauten und Portale in Danzig aus der Zeit vom 14. bis 18. Jahrhundert.** Der Preis des Werkes ist nicht, wie S. 79 irrthümlich angegeben wurde, 6 M., sondern 18 M. —

**Bei der Redaktion d. Bl. eingegangene litterar. Neuheiten:**  
**Anderlind, O. V. Leo.** Darstellung des kaiserlichen Kanals von Aragonien nebst Ausblick auf ein in Preussen herzustellendes Kanalnetz. Leipzig 1902. Karl Scholtze (Theophil Biller).

**Bau-Unfallversicherungsgesetz für das Deutsche Reich vom 30. Juni 1901, mit dem Gesetz betr. die Abänderung der Unfall-Versicherungs-Gesetze vom 30. Juni 1900.** Dülmen i. W. 1901. J. Horstmann. Pr. 50 Pf.

**Bormann, R. und R. Graul.** Die Baukunst. 6. Heft, 2. Serie: Der Kirchenbau der Hoch- und Spätrenaissance in Venedig. Herausgegeben von Othmar von Leixner; 7. Heft, 2. Serie: Die Schlösser zu Schleissheim und Nymphenburg. Herausgegeben von Richard Streiter. Berlin 1902. W. Spemann. Pr. 4 M. das Heft.

**Dekorative Vorbilder.** Eine Sammlung von figürlichen Darstellungen, kunstgewerblichen Verzierungen, plastischen Ornamenten, dekorativen Thier- und Pflanzen-Typen, Allegorien, heraldischen Motiven, Trophäen usw. 13. Jahrgang, Heft 1—6. Stuttgart 1901. Jul. Hoffmann. Pr. 1 M. f. d. Heft.

**Ebhardt, Bodo.** Deutsche Burgen. Liefg. 2, 3 u. 4. Berlin 1899/1900. Ernst Wasmuth. Pr. 12,50 M. f. d. Heft.

**Feuerpolizei.** Für Polizei- und Verwaltungs-Behörden, Versicherungs-Anstalten, Bauämter, Feuerwehren und Kaminkehrer. 3. Bd. München 1901. Ph. L. Jung. Pr. 3,60 M.

**Heyer, R., Dir.** Aufgaben für das Fachzeichnen an Fortbildungs- und Fachschulen. Heft 1—4. 1. Heft: für Zimmerer, 2. Heft: für Maurer, 3. u. 4. Heft Serie A u. B: für Maurer und Steinhauer. Leipzig 1901. Seemann & Co. Pr. 1 M. f. d. Heft.

**Krell, Otto, sen., Ing.** Altrömische Heizungen. München 1901. R. Oldenbourg. Pr. 4 M.

## Personal-Nachrichten.

**Deutsches Reich.** Der Mar.-Brth. u. Hafenbau-Betr.-Dir. Stieber in Kiel und der Garn-Bauinsp. Grell in Magdeburg sind gestorben.

**Baden.** Der Brth. Kredell in Baden ist z. techn. Ref. für Bausachen beim Min. der Finanzen ernannt.

Versetzt sind: die Reg.-Bmstr. Kinzler in Offenburg zur Wasser- u. Strassenbauinsp. Konstanz, Kitiratschky in Freiburg zur Kulturinsp. das. und Wielandt in Emmendingen zur Wasser- u. Strassenbauinsp. Freiburg.

**Hamburg.** Der Bmstr. I. Gehaltskl. Breuer ist z. Bauinsp., die Bmstr. II. Gehaltskl. Schüler und Lang sind zu Bmstrn. I. Gehaltskl. befördert.

**Oldenburg.** Dem Ob.-Deichgräfe Tenge u. dem Ob.-Brth. Köppen in Oldenburg ist das Ehren-Ritterkreuz I. Kl. des grossherz. Haus- und Verdienst-Ordens, dem Brth. Hoffmann in Oldenburg das Ehren-Ritterkreuz II. Kl. dess. Ordens und dem Eisenb.-Bauinsp. Koopmann ist der Tit. Ob.-Bauinsp. verliehen.

**Preussen.** Die Erlaubniss zur Annahme u. zum Tragen der ihnen verlieh. fremdl. Orden ist ertheilt und zw.: dem Geh. Brth. Schaper in Köln a. Rh., den Reg.- u. Brthn. Sprengell in Altona und Merten in Stettin des kais. russ. St. Annen-Ordens III Kl.; dem Reg.- u. Brth. Hellmann in Köln a. Rh. des kais. russ. St. Stanislaus-Ordens III Kl.

Der Reg.- u. Brth. Fischer in Liegnitz ist nach Breslau versetzt und ist ihm die Stelle des Reg.- u. Brths. beim Ober-Präs. der Prov. Schlesien übertragen. — Der Mel.-Bauinsp. Wegner in Berlin ist z. Reg.- u. Brth. ernannt.

Der Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Nixdorff in Winsen ist z. Betr.-Insp. i in Hannover versetzt.

Der Reg.-Bmstr. Dr. Burgemeister in Breslau ist z. Prov.-Konservator der Prov. Schlesien bestellt.

Dem Priv.-Doz. Buchkremer an der Techn. Hochschule in Aachen ist das Prädik. Prof. beigelegt.

Dem Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Oberschulte in Frankfurt a. M. u. den Reg.-Bmstrn. Emil Pavel in Berlin u. Alex. Wormit in Königsberg i. Pr. ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienst ertheilt.

Der Geh. Brth. Erdmann in Magdeburg ist gestorben.

**Sachsen.** Der Reg.-Bfhr. Olzsch ist z. etatm. Reg.-Bmstr. bei der Strassen- u. Wasser-Bauinsp. Schwarzenberg und der Reg.-Bfhr. Baer z. Reg.-Bmstr. beim Landbauamt Leipzig ernannt.

**Sachsen-Altenburg.** Dem Brth. Schierholz in Roda ist die Erlaubn. zur Annahme und z. Tragen des ihm verlieh. Ritterkreuzes I. Kl. des kgl. sächs. Albrechts-Ordens ertheilt.

**Württemberg.** Der Prof. Jassoy an der Techn. Hochschule in Stuttgart ist z. Mitgl. der zur Berathung des Konservators der vaterl. Kunst- u. Alterthums-Denkmale, hauptsächl. in Restaurationssachen, eingesetzten Sachverständigen-Kommission ernannt.

Dem Arch. Bihl in Stuttgart ist der Olga-Orden verliehen. Den Reg.-Bmstrn. Kurz in Magolsheim, Konz in Freudenstadt, Schaal in Hochberg, Wegmann in Stuttgart und Sigel in Wasseralfingen sind die erl. Stellen etatm. Reg.-Bmstr. im Bezirksdienst der Strassen- u. Flussbau-Verwaltg. übertragen.

Der Baudir., Prof. v. Haenel in Stuttgart und der Reg.-Bmstr. Metzger in Esslingen sind gestorben.

Inhalt: Villa Pintsch in Flinsberg in Schlesien. Die Stuttgarter Stadterweiterung — Neuere Druckwerke auf dem Gebiete des Wasserbaues. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Bücherschau — Personal-Nachrichten. — Verbaud deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Hierzu eine Bildbeilage: Villa Pintsch in Flinsberg i. Schl.

Verlag der Deutschen Bauzeitung. G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin.

## Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

### An die Architekten Deutschlands.

Mit der Industrie- und Gewerbe-Ausstellung für Rheinland und Westfalen, welche vom 1. Mai bis Ende Oktober 1902 zu Düsseldorf stattfindet, wird gleichzeitig eine Deutsch-nationale Kunstausstellung verbunden sein. Die Abgeordneten-Versammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine hat in Königsberg beschlossen, die Vereine Düsseldorf und Köln mit der Vertretung der Interessen der Verbands-Mitglieder zu betrauen; in Ausführung dieses Beschlusses haben diese beiden Vereine ihrerseits einen Verbandsausschuss gewählt.

Nachdem dieser unterzeichnete Ausschuss zu Düsseldorf am 19. Januar 1902 die vom Kunstausschuss der Deutsch-nationalen Kunstausstellung 1902 den deutschen Architekten zur Verfügung gestellten Räume — welche in Verbindung mit dem seitens des preuss. Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten ebenfalls für eine Architektur-Ausstellung ausgewählten Räume stehen — angenommen hat, ist es demselben wünschenswerth, baldmöglichst ein Bild von der Betheiligung der deutschen Architekten an dieser Ausstellung zu gewinnen.

Er bittet daher diejenigen Herren Architekten, welche 1902 in Düsseldorf ihre Werke, wie Zeichnungen, Modelle usw. auszustellen beabsichtigen, von der Geschäftsstelle des Ausschusses, Architekt H. Salzmann, Düsseldorf, Graf Adolfstrasse 19, Anmeldebogen zu verlangen und dieselben ausgefüllt baldmöglichst, spätestens bis zum 1. März, an die genannte Geschäftsstelle einzusenden.

Bemerkt wird, dass es sich im vorliegenden Falle wesentlich um künstlerische architektonische Werke, bildmässig oder in Modellen dargestellt, handelt; Photographien von Architekturwerken können nur in sehr beschränktem Maasse zugelassen werden. —

Düsseldorf, den 31. Januar 1902.

Der Verbands-Ausschuss für die Architektur-Abtheilung auf der Deutsch-nationalen Kunstausstellung Düsseldorf 1902.

vom Endt. Fuchs. Herbst. Kaaf. Peiffhoven. Radke. Salzmann. Wehling. Wille.

## Die neuen Vorschriften über die unwiderrufliche Anstellung der Regierungs-Baumeister der preussischen Staatsbau-Verwaltung.

I.

**D**ie Dtsche. Bztg. hat in No. 12 einige Bemerkungen zu diesen neuen Bestimmungen gemacht, die u. E. nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es wird dort bemängelt, dass die bisherige Vorschrift, wonach ein Regierungs-Baumeister vom Minister der öffentl. Arbeiten aus dem Staatsdienste entlassen werden konnte, wenn er seinen dienstlichen Verpflichtungen nicht nachkam oder sich so tadelhaft führte, dass er zur Verwendung im Staatsdienste nicht geeignet erschien, dahin geändert worden ist, dass die Regierungs-Baumeister während der ausseretatsmässigen auf Widerruf erfolgten Anstellung auf Verfügung des Ministers aus dem Staatsdienste entlassen werden können, „sofern sie sich nicht als geeignet für den Staatsdienst erweisen“. Und zwar wird diese Bemängelung des Näheren dahin erläutert, dass, während nach der alten Vorschrift nur die des Staatsdienstes „Unwürdigen“ aus dem Staatsdienste entlassen werden konnten, eine solche Maassregel nach den neuen Vorschriften auch gegen diejenigen zur Anwendung kommen könne, „die vielleicht nur in ihren Fähigkeiten den augenblicklichen Ansprüchen der Verwaltung nicht voll entsprechen“. Kann man aber im Ernste gegen einen solchen Grundsatz etwas einzuwenden finden? Wir sind zunächst geneigt anzunehmen, dass es schon nach den alten Vorschriften möglich gewesen wäre, einen Regierungs-Baumeister zu entlassen, dessen Fähigkeiten den augenblicklichen Ansprüchen der Verwaltung nicht voll entsprachen, denn ein solcher Beamter ist u. E. nicht imstande, seinen dienstlichen Verpflichtungen, zu denen doch nicht nur ein Absitzen der Bureauzeit oder ein Begehen und Besehen des Baues, sondern auf den Fähigkeiten des Beamten beruhende Leistungen gehören, nachzukommen. Aber wir geben allerdings zu, dass die alten Vorschriften wohl nur selten so gehandhabt wurden, wir sagen aber ausdrücklich leider, und betrachten es daher als einen wesentlichen Gewinn, dass in den neuen Vorschriften dieser sehr triftige Entlassungsgrund klar und bestimmt ausgesprochen ist.

Soll denn im Ernst dem Staate zugemuthet werden, sich mit unfähigen, in ihrem Können und Wissen ungenügenden Personen zu behelfen, mit Personen, deren Unfähigkeit trotz der Prüfungen früher nicht bekannt wurde, bei der weiteren Beschäftigung aber klar zutage tritt? Und kann denn dadurch etwa dem Fache, dem Ansehen und der Stellung der Bauleute im Staate und in der Gesellschaft

gedient werden, wenn solche Elemente im Staatsdienste verbleiben müssen? Wir sind im Gegentheil der Ansicht, dass die neue Vorschrift und deren nicht zu zaghafte Handhabung unserem lieben Fach und seinen Jüngern zu bestem Segen gereichen wird, denn nichts ist nach jeder Richtung hin schädlicher für das Ansehen und die Werthschätzung des staatlichen Bauwesens und seiner Angehörigen, als die leider nicht zu leugnende Tatsache, dass bisher die Mittelmässigkeit vielfach einen Unterschupf fand, dass sie viel zu rücksichtsvoll behandelt wurde und dass dadurch nicht nur die durchaus tüchtigen Leistungen der grossen Mehrzahl unserer Staatsbautechniker vielfach verdunkelt, sondern auch deren Fortkommen beeinträchtigt wurden. Die neue Vorschrift ist sonach nach unserer Ueberzeugung nicht nur vom Standpunkt des Staates als Bauherr berechtigt, sondern auch vom Standpunkt der Staatsbaubeamten rückhaltlos zu begrüssen; sie nimmt aber auch auf die von ihr etwa wegen minderer Fähigkeit Betroffenen die denkbar grösste Rücksicht. Denn in der Bestimmung, dass den als nicht für den Staatsdienst geeignet Befundenen bei der Entlassung die Führung des Titels Regierungs-Baumeister mit dem Zusatz a. D. belassen werden kann, dass sie sich also in dieser Hinsicht nicht von den freiwillig Ausgeschiedenen unterscheiden, während nach den bisherigen Vorschriften das Recht zur Führung dieses Titels bei der unfreiwilligen Entlassung unter allen Umständen verloren ging, liegt ein sehr weites Entgegenkommen gegen die für den Staatsdienst als „nicht geeignet“ befundenen Elemente. Selbstverständlich muss dabei vorausgesetzt werden, dass das Recht zur Führung dieses Titels nicht etwa Unwürdigen belassen wird, aber wir haben in dieser Hinsicht zur Leitung unseres Staatsbauwesens das vollste Vertrauen.

Wir müssen daher die neuen Vorschriften über die unwiderrufliche Anstellung der Regierungs-Baumeister der preussischen Staatsbau-Verwaltung als durchaus sachgemäss bezeichnen und können sie nur freudig begrüssen, auch hegen wir die zuversichtliche Hoffnung, dass sie sich in Verbindung mit den gleichfalls vor nicht langer Zeit erlassenen Bestimmungen über die Beschränkung in der Annahme und Ernennung von Regierungs-Bauführern als segensreich für die Stellung der Staatsbaubeamten erweisen werden. Und gegenüber der in No. 12 zutage getretenen unverbesserlichen Nörgelsucht trösten wir uns mit der Zuversicht, dass die Besten des Faches diese mit uns verurtheilen! — B—m.

## Eine akademische Studienreise nach Nord-Frankreich.

(Hierzu die Abbildungen auf Seite 95)

**N**icht durch den Unterricht, nicht durch Bücher allein lässt sich der Geist der Bauwerke erfassen; erst das Werk selbst mit dem mannigfaltigen Reiz der Wirklichkeit vermag den tiefen künstlerischen Eindruck zu erwecken und dauernd zu erhalten. Das bezieht sich namentlich auf die baukünstlerischen Hervorbringungen des Mittelalters, welches durch das unausgesetzte Ringen nach weiterer Entwicklung im Gegensatze steht zu den in festen Verhältnissen unabänderlichen Formen der Antike. Mehr wie in dieser will die Kunst des Mittelalters empfunden, unter Vertiefung in die Einwirkungen der Kulturentwicklung verstanden sein und das kann unter gründlicher geschichtlicher Vorbereitung am vollkommensten nur vor den Bauwerken selbst geschehen. Diese Erwägungen reiften in dem Lehrer für mittelalterliche Baukunst an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Geh. Reg.-Rth. Prof. Christoph Hehl, den Plan, durch einen Besuch der nordfranzösischen gothischen Kathedralstädte, durch Berührung einiger westfranzösischer Städte mit romanisch-normannischem Einfluss, sowie durch Einbeziehung einiger niederrheinischer Städte seinen Schülern einen allgemeinen Ueberblick über den gothischen Kirchenbau zu geben. Ueber diese im Sommer 1900 ausgeführte Reise berichtete Hr. Hehl in der geselligen Zusammenkunft der „Vereinigung Berliner Architekten“ vom 9. Jan. d. J. und die Organisation und praktische Durchführung der Reise insbesondere waren es, welche in hohem Maasse das Interesse der Versammlung weckten und uns veranlassen, auf dieselbe näher einzugehen.

Um die Zeit möglichst auszunutzen und um die Ausgaben soviel wie angängig zu verringern, wurde vor Antritt der Reise ein sorgfältig durchgearbeitetes Reiseprogramm aufgestellt und jedem Theilnehmer ein durch Vielfältigung hergestelltes Exemplar übergeben. Das für die Zeit vom 27. Juli bis 1. Sept. 1900 sich erstreckende Reiseprogramm umfasste 7 geschriebene Seiten des gewöhnlichen Aktenformates, ein Beweis dafür, wie eingehend es aufgestellt war. Um zu zeigen, wie das Programm aufgestellt und die Tageseinteilung getroffen war, seien hier die Tage vom 28.—30. Juli angeführt:

**Sonnabend, 28. Juli.** Metz, Hôtel de Paris. 8 Uhr Frühstück. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Vortrag von Hrn. stud. Pantel. Von 9 $\frac{1}{4}$  Uhr an Studium der Kathedrale. 1 Uhr Mittagessen im Hôtel. 3 Uhr Studium der Kirchen St. Vincenz, St. Martin, St. Eucharius. 6 Uhr Gang durch die Stadt, 8 Uhr Abendessen im Hôtel. Nach dem Essen Vortrag über Châlons von Hrn. stud. Hans Hehl. Uebernachten. —

**Sonntag, 29. Juli.** 6 Uhr Frühstück und Gepäck zur Abfahrt auf den Flur bereit legen.

Fahrtpreis von Metz nach Pagny III. Kl. 26 Pf.	Ab Metz III. Kl. 6 $\frac{1}{2}$ . S. Indic. des Chemins de Fer 189 A.
	an Pagny sur Moselle 7 $\frac{30}{100}$ . Zoll-Revision.
	ab Pagny 6 $\frac{42}{100}$ } Pariser Zeit, Unterschied 55 Minuten.
	an Frouard 7 $\frac{31}{100}$ } II. Kl. Omnibuszug.
Est.	ab Frouard 7 $\frac{30}{100}$ } Rapide, II. Kl. 187 A.
	an Châlons sur Marne 10 $\frac{30}{100}$

Châlons sur Marne, Hôtel de la Cloche d'or. 11 $\frac{1}{2}$  Uhr Mittagessen im Hôtel. 2 Uhr allgemeine Besichtigung der Stadt und der Kathedrale. 7 Uhr Abendessen im Hôtel. Uebernachten. —

## II.

Unserem Grundsatz getreu, auch stets die Gegenseite zu Worte kommen zu lassen, haben wir den vorstehenden, gegen unsere kurze redaktionelle Notiz gerichteten Ausführungen Raum gegeben, trotzdem in den Schlussworten derselben ein äusserst scharfes Urtheil über uns gefällt wird. Schwerwiegender als dieser ausgesprochene Vorwurf „unverbesserlicher Nörgelsucht“ erscheint uns aber derjenige, der nur aus den Auslassungen herauszulesen ist, als hätten wir uns zum Vertheidiger der Mittelmässigkeit, ja selbst der Unfähigkeit aufgeworfen. Nichts hat uns ferner gelegen, wir sind hierin vielmehr völlig missverstanden worden.

Zunächst haben wir keineswegs angenommen, es hätten bisher nur die des Staatsdienstes „Unwürdigen“ aus demselben entfernt werden können. Wir haben vielmehr nur darauf hingewiesen, dass die alten Vorschriften nur diesen Entlassungsgrund ausdrücklich aufführen. Trotzdem haben, wie uns bekannt war, auch aus anderen Gründen schon früher Entlassungen stattgefunden (abgesehen von den zahlreichen Entlassungen bei der Reorganisation der Staateisenbahn-Verwaltung, die übrigens zum grössten Theil durch Wiedereinstellung an anderer Stelle wieder aufgehoben wurden), zumeist wohl wegen Unfähigkeit. Um diese zu treffen, bedurfte es also keiner neuen Bestimmungen.

Die neuen Bestimmungen sprechen ja auch garnicht von Unfähigkeit als Entlassungsgrund, sondern bezeichnen dafür als ausreichend, wenn der betr. Baumeister sich als „nicht geeignet für den Staatsdienst“ erweist. Dieser allgemeine Begriff „nicht geeignet“ ist nun durchaus nicht so „klar und bestimmt“, wie Hr. B-m meint, sondern vielmehr recht unbestimmt, und das ist es gerade, was uns an den neuen Vorschriften bedenklich erscheint. Denn dieser Begriff ist ein überaus dehnbarer, der ja nach persönlichen und augenblicklichen Anschauungen sehr verschieden ausgelegt und gehandhabt werden kann.

Hr. B-m. fasst die von uns nur als möglich hingestellte Wirkung des Erlasses (dessen Vorgeschichte wir nicht kennen) nach der Richtung einer Verschärfung der Annahme-Bedingungen für Reg.-Baumeister als beabsichtigt auf und begrüsst diese Verschärfung, als im Interesse einer

Hebung des Ansehens des staatlichen Bauwesens liegend, mit Freuden. Wir können uns dem nicht anschliessen. Wenn das Ansehen des staatl. Bauwesens dieser Hebung wirklich bedarf, was wir dahin gestellt sein lassen wollen, so liegt die Ursache jedenfalls nicht in einer zu milden Handhabung der früheren Vorschriften, sondern unseres Erachtens auf ganz anderem Gebiete. Sie liegt vor allem darin, dass die Staatsbau-Beamten viel zu spät in eine halbwegs selbständige Stellung gelangen, dass sie ihre Kräfte vielfach in Arbeiten verbrauchen müssen, zu deren Erledigung eine derartige Vorbildung garnicht erforderlich ist. Dieser Grund, nicht allein die Aussicht auf besseres Fortkommen, bessere Besoldung, zieht so viele junge Kräfte, und nicht gerade die schlechtesten, aus der Staatsbau-Verwaltung in den Dienst der Gemeinden und der Privatindustrie.

Hier eine Wandlung zu schaffen, ist, wie auch schon von anderer Seite an dieser Stelle betont wurde\*), allerdings nur möglich durch die Beschränkung in der Annahme der Anwärter auf die selbständigen Stellungen. Zu dieser Beschränkung ist durch die neuen Bestimmungen über die Annahme der Reg.-Bauführer ein wichtiger Schritt gethan. Wenn nun aber schon einmal eine solche sorgfältige Sichtung stattgefunden hat, wenn dann diese Kandidaten 3 Jahre im Staatsdienste ausgebildet worden sind und schliesslich für würdig befunden werden, zur Prüfung als Reg.-Baumeister zugelassen zu werden, wenn sie diese bestanden haben, dann sollte man doch wohl annehmen, dass die „Unfähigen“ nunmehr ausgeschieden seien und dass selbst das mässige Mittelgut auf diese Weise ausgemerzt werden könnte. Die Reg.-Bmstr. dann noch fünf Jahre lang unter einen so dehnbaren Entlassungs-Paragraphen zu stellen, erscheint uns jedenfalls unbillig und geeignet, diejenige Verbesserung in der Stellung der Reg.-Baumeister, die erst nach harten Kämpfen, nach immer wiederkehrenden Anträgen im Parlament errungen und nicht als freies Geschenk gegeben worden ist, wenigstens z. Th. wieder infrage zu stellen.

Ob wir demnach für unser Eintreten für die Reg.-Baumeister den Vorwurf „unverbesserlicher Nörgelsucht“ verdienen, überlassen wir getrost dem Urtheil der „Besten des Faches“. —

Die Redaktion.

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Vereinigung Berliner Architekten.** In der geselligen Zusammenkunft vom 9. Januar, die unter Vorsitz des Hrn. Wolffenstein und unter Theilnahme von 43 Mitgliedern stattfand, berichtete Hr. Hehl über eine mit seinen Schülern unternommene Studienreise nach Frankreich, auf welche wir an anderer Stelle näher eingehen. —

In der III. ord. Versammlung vom 21. Jan. gedachte der Vorsitzende, Hr. von der Hude, zunächst des schweren Verlustes, welchen die Fachwelt durch den Tod Jacobsthal's erlitten habe und theilte mit, dass der Gedanke angeregt sei, das Andenken an den Verstorbenen durch

**Aufstellung einer Hermenbüste im Lichthofe der Technischen Hochschule zu Charlottenburg dauernd zu erhalten.**

Als neue Mitglieder wurden die Hrn. Stdtbmstr. Hoegg und Schneegans in die Vereinigung aufgenommen. In eine Kommission zur Beantwortung des Verbandsantrages betr. die Gebühren der Architekten und Ingenieure in deren Thätigkeit als gerichtliche Sachverständige wurden berufen die Hrn. Fürstenau, Gräf und Körte.

Eine Besprechung über die seitens des Polizei-Präsidiums in Berlin geübte Praxis, die neuen Bestimmungen über die Feuersicherheit von Waaren- und Geschäftshäusern\*\*)

\*) Dtsch. Bztg. 1901 S. 246. — \*\*) Dtsch. Bztg. 1901 S. 343.

Montag, 30. Juli. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Frühstück. 8 Uhr Studium der Kirche Notre Dame. 12 Uhr Mittagessen im Hôtel. 3 Uhr Besichtigung St. Alpin, St. Jean, Hôtel de Ville. 7 Uhr Promenade du Yard. 8 Uhr Abendessen im Hôtel. 9 Uhr Vortrag über Rheims von Hrn. stud. Frings. Uebernachten. —

Wir lassen nunmehr den Leiter der Studienreise selbst sprechen.

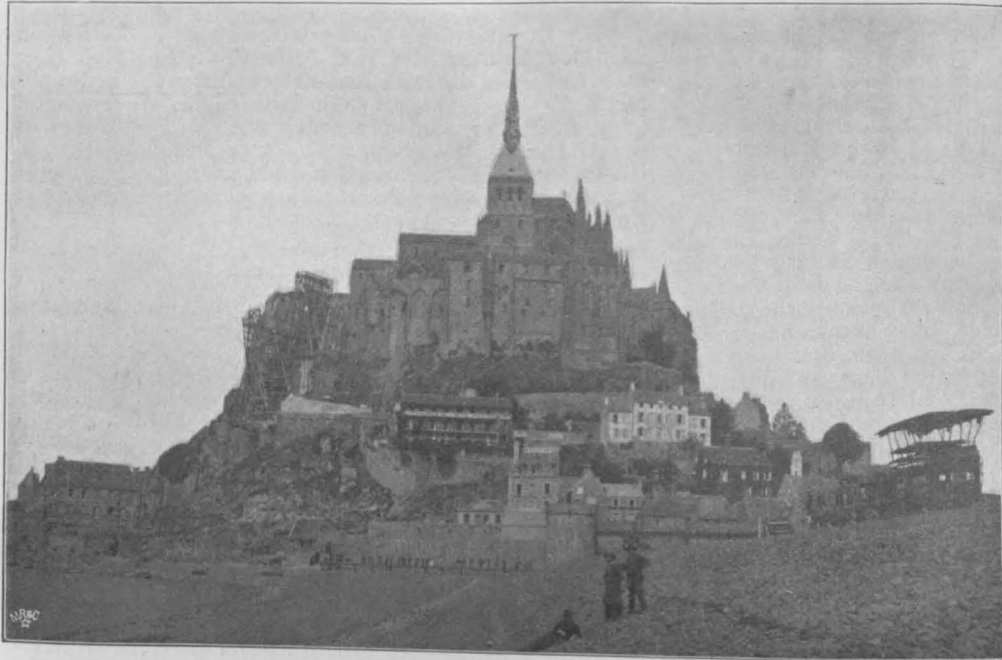
Um die Ausgaben möglichst einzuschränken, habe ich von den Eisenbahn-Verwaltungen Ermässigungen erbeten, die in zuvorkommendster Weise in Deutschland, Frankreich und Belgien bewilligt wurden. Mit einigen Schwierigkeiten verbunden war die vorherige Bestellung von Quartier und Verpflegung, um mit leidlicher Gewissheit die bei grösstmöglicher Sparsamkeit doch noch gute Verpflegung im fremden Lande zu erzielen. Die Verpflegung ist durchweg zur Zufriedenheit ausgefallen, bei einigen Hôtels sogar recht gut, wie in Rheims und Brüssel, und ausgezeichnet in Soissons und Mont St. Michel. An die Maires der Städte und Bischöfe der Kirchen war eine Mittheilung meinerseits über den Zweck unserer Reise ergangen mit der Bitte um Unterstützung, an letztere mit der Abschrift eines lateinischen Empfehlungsbriefes des Hrn. Kardinal Dr. Kopp zu Breslau. Auf diese Weise war der Weg geebnet, Kirchen und Kunstschatze wurden uns überall mit Entgegenkommen gezeigt. An allen Orten wurden wir als Deutsche mit ausgezeichnete Höflichkeit und Liebenswürdigkeit behandelt.

Nach einem durchgearbeiteten Studienplane wurde während der ganzen Reise vorgegangen. Jedes Reiseumitglied hatte über eine zu besuchende Stadt Vortrag zu

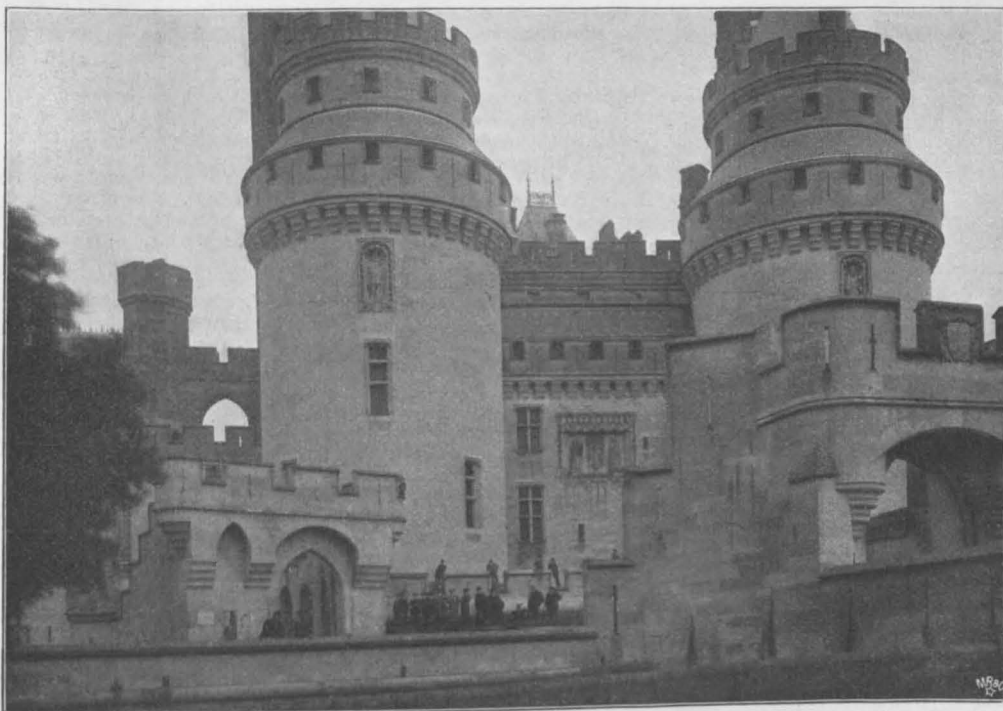
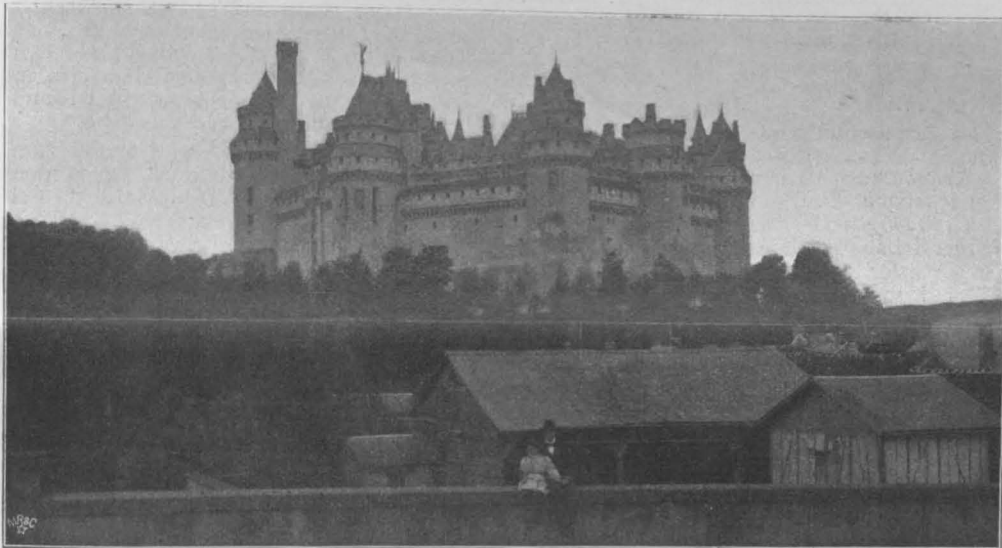
halten, welcher nicht allein baugeschichtliche, sondern auch wirthschaftliche und kulturelle Thatsachen bringen sollte. Vorkommende Irrthümer wurden nach der Besichtigung der Städte und Bauwerke verbessert. Nach dem Vortrage fand eine eingehende Besichtigung der Stadt und ihrer einzelnen Bauwerke statt, hierbei wurden aus sich anbietenden Anhaltspunkten die verschiedenen Bauperioden herausgeschält, eine stilkritisch sehr lehrreiche Uebung. Erst hiernach fand ein Jeder Gelegenheit, das ihn besonders Interessirende mit Bleistift und Maassstab festzuhalten. Auf genaue Maassangaben lege ich ganz besonders Werth. Durch dieses systematische Vorgehen gelangt die historisch entwickelte, aufgemessene und gezeichnete Stilform zu richtigem Verständniss und wird dann auch eine richtige Verwendung finden. Bei der Fülle des so erworbenen Materials beabsichtigte ich, wie ich es auch schon nach der hessischen Reise 1898 gethan habe, ein Skizzenbuch herauszugeben. Dieses wird die Skizzen mit einem Werkzeichen dessen, der die Form ursprünglich aufgenommen hat, bringen. Endlich hat sich auch ein Reisekamerad der Mühe unterzogen, mit seinem photographischen Apparate alle schönen und stilistisch lehrreichen Punkte festzuhalten, besonders solche, von denen eine Veröffentlichung bislang noch nicht bekannt war. So bot diese Reise eine ausserordentliche Fülle vielfältiger Anregung und fördernder Belehrung, die Jedem von grösstem Nutzen gewesen sind; gleichzeitig verlief dieselbe so vergnügt, dass sie uns allen mit ihren reizenden kleinen Erlebnissen eine köstliche Erinnerung bleiben wird. —

(Schluss folgt.)





Abbildg. 1. Mont St. Michel in der Normandie.



Abbildg. 2 u. 3. Schloss Pierrefond nach der Wiederherstellung durch Viollet-le-Duc.

auch auf bereits bestehende Geschäftshäuser zur Anwendung zu bringen und über die sich hieraus ergebenden Härten leitete Hr. Kayser ein und führte aus, dass bei der sehr wohlwollenden Haltung, welche das Polizei-Präsidium in Berlin und das zuständige Ministerium gegenüber den Anregungen aus den Architektenkreisen bisher eingenommen haben, die Hoffnung nicht aufzugeben sei, durch entsprechende Vorstellungen die erwähnten Härten zu mildern. Zur Ausarbeitung dahingehender Anträge wurde eine Kommission aus den Hrn. Bislich, Cremer, Engel, Kayser, Reimer und Solf gewählt.

Hr. Solf berichtete über den Stand der Vorarbeiten für die Gestaltung der Architektur und der Kunstgewerbe-Abtheilung auf der Grossen Berliner Kunst-Ausstellung dieses Jahres.

Zum Schluss erfreute Hr. Meydenbauer die Versammlung durch Vorführung von mittelalterlichen Bauten aus der weiteren Umgebung von Berlin mittels Lichtbildern. Wir haben schon mehrfach Gelegenheit genommen, auf die köstlichen Aufnahmen hinzuweisen, die in der Zahl von nun schon etwa 8000 aus der vom Redner geleiteten Messbildanstalt hervorgegangen sind und den werthvollen Grundstock für ein zukünftiges Denkmälerarchiv bilden. Aus der Reihe dieser architektonischen Aufnahmen, die mit feinstem Verständniss die architektonischen Bedürfnisse mit schöner bildmässiger Wiedergabe vereinigen, waren die Vorführungen dieses Abends entnommen. Sie betrafen mittelalterliche Bauwerke aus den Gebieten diesseits der Elbe, die zumtheil bis in das Jahr 1134 hinaufreichen. Aus den Perioden vor dieser Zeit sind uns Bauwerke nicht erhalten. Brandenburg, Stendal, Königsberg, Jerichow, Tangermünde, Wittenberg, Torgau und Magdeburg waren die Städte, deren zum Theil sehr gut erhaltene mittelalterliche Bauwerke, fast ausschliesslich Werke der nordischen Backsteintechnik, vorgeführt und mit einer kurzen historischen Erläuterung begleitet wurden. Die wahrhaft künstlerischen

Aufnahmen Meydenbauers bereiten immer wieder neuen Genuss. —

In der geselligen Zusammenkunft vom 6. Febr., die unter dem Vorsitz des Hrn. Wolffenstein und bei Anwesenheit von 21 Mitgl. stattfand, hatten die Hrn. Stadtbmstr. Hoegg und Schneegans architektonische Entwürfe und Reisetudien zur Vorlage gebracht; Hr. Hoegg in erster Linie das von ihm in Gemeinschaft mit Hrn. Stadtbauinsp. Matzdorff bearbeitete Lehrerwohngebäude des Gymnasiums zum grauen Kloster in Berlin, ein reizvoll gruppirter Backsteinbau, welchem in unbefangener Weise Barockelemente eingefügt sind, sodann breit und flott behandelte malerische und architektonische Studien aus Tirol; Hr. Schneegans eine Reihe ansprechender Entwürfe zu Holzarchitekturen, insbesondere Kleinbauten für Ausstellungen usw. Hr. Spindler berührte einige baupolizeiliche Fragen und Hr. Wolffenstein gab einen Bericht über die Wiener Bewegung zur Erhaltung des Riesenthores von St. Stephan. Das sogen. Riesen Thor des St. Stephansdomes in Wien ist ein romanischer Thorbau, welcher in gothischer Zeit einen Vorbau erhalten hat, der das reich geschmückte romanische Thor stark beeinträchtigt. Es war deshalb schon die Absicht des Dombaumeisters Friedr. v. Schmidt, das Thor des gothischen Vorbaues zu entkleiden. Gegen diese vor 20 Jahren bestandene Absicht erhob sich eine starke Gegnerschaft, infolge deren die Ausführung unterblieb. Der jetzige Dombaumeister Herrmann nahm den Gedanken wieder auf, aber auch heute zeigt sich der gleiche Widerstand der Öffentlichkeit, insbesondere der Sezession, sodass das Ministerium für Kultus und Unterricht zu dem Beschlusse kam, die Angelegenheit zunächst nicht weiter zu verfolgen. —

### Vermischtes.

Ein Gesetzentwurf betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Bethelligung des Staates an dem Bau von Kleinbahnen ist dem preuss. Abgeordnetenhause soeben zugegangen. Die Vorlage umfasst den Gesamtbetrag von 128 286 329 M. Davon entfallen 91 795 000 M. auf die Neuherstellung von Eisenbahnen und die Beschaffung der für sie erforderlichen Betriebsmittel. Von dieser Summe sind 19 917 000 M. für den Bau der Haupteisenbahn von Oppeln (Groschowitz) nach Brockau, 6 972 000 M. für Betriebsmittel, der Rest für Nebeneisenbahnen, zum grösseren Theil für die östlichen Provinzen, bestimmt. Für den Erwerb von Privateisenbahnen sind rd. 3,1 Mill., für den Ausbau der hierunter begriffenen Nebeneisenbahn von Ostrowo nach Skalmierzycze nebst den anschliessenden Strecken Lissa i. P. Krotoschin und Bentschen-Lissa i. P. zu einer Hauptbahn 8,31 Mill. M. vorgesehen. Es wird durch diese Linie eine neue Verbindung mit Russland geschaffen. Zur Deckung der Mehrkosten für den Bau einiger Eisenbahnen werden 5,081 Mill. und schliesslich zur Förderung des Baues von Kleinbahnen 20 Mill. M. gefordert. —

Kurse über Bau- und Wohnungs-Hygiene sollen demnächst und zwar zuerst versuchsweise an den Technischen Hochschulen zu Berlin und Hannover für ältere, bereits in der Praxis erfahrenere Baubeamte abgehalten werden. Da diese Kurse nicht mehr als 14 Tage in Anspruch nehmen sollen, kann es sich nur darum handeln, einen kurzen Ueberblick über das Gebiet, in welches auch die einschlägige Gesetzgebung des In- und Auslandes und die bei Aufstellung von Bauordnungen und Bebauungsplänen wichtigen Gesichtspunkte einbezogen werden sollen, und eine entsprechende Anleitung und Anregung zu weiterem Studium in diesen Fragen zu geben. Die zur Theilnahme an den Kursen geeigneten und bereiten Staatsbaubeamten (je 20 für jeden Kurs) erhalten ein Pauschquantum zur Deckung der Reise- und sonstigen Unkosten.

Diese Maassregel kann nur mit Freuden begrüsst werden, da sie geeignet erscheint, die Angehörigen des Bau-faches mehr als das bisher im allgemeinen der Fall gewesen ist, für diese Fragen zu interessiren und sie auf diesem Gebiete zu thätigerer Mitarbeit heranzuziehen. —

Italienischer Marmor. Im Kunstgewerbe-Museum zu Berlin sind Proben von farbigem Marmor ausgestellt, welche das kaiserl. Generalkonsulat in Neapel eingeschickt hat. Bei dem Werthe, welchen die deutsche Marmor-Industrie und die deutschen Bauunternehmer auf schöne Marmorarten legen, werden diese 8 Platten, welche sämtlich aus Brüchen in der Nähe von Vitulano in der Provinz Benevent stammen, sicherlich von Interesse sein. Die Farben wechseln vom zartesten Perlgrau bis zum Tiefroth in reichster Aederung. Ueber die Bezugsquelle dieses Marmo di Vitulano findet sich eine Angabe bei den ausgestellten Stücken. —

Die Direktion der Kunstgewerbeschule in Zürich ist nach der Berufung des Hrn. Arch. Prof. Karl Hoffacker nach Karlsruhe auf den Architekten A. Lüthi in Frankfurt a. M. übergegangen. Mit Hrn. Lüthi, dessen hohe künstlerische Bedeutung mit der von ihm seit Jahren in Frankfurt a. M. mit grossem Erfolg geführten Anstalt für Glasmalerei und Kunstverglasung auf das engste verknüpft ist, gewinnt das schweizerische Kunstleben einen trefflichen Künstler von ausgeprägter Eigenart. —

### Preisbewerbungen.

Wettbewerb Kaiserin Elisabeth-Denkmal Budapest. Unter 18 Entwürfen wurden drei gleichwerthige I. Preise von je 1000 Kr. an die Hrn. Bildhauer Georg Zala in Gemeinschaft mit dem Architekten Jambor-Balint, Alois Strobl in Gemeinschaft mit Arch. Gerster und Ed. Telcs in Gemeinschaft mit Arch. Töry vertheilt. Keiner der Entwürfe wurde zur Ausführung bestimmt; das allgemeine Urtheil geht vielmehr dahin, dass der Wettbewerb nicht den künstlerischen Erfolg gehabt habe, welcher der Bedeutung der Aufgabe entspricht. Es ist daher auch kein engerer Wettbewerb unter den mit einem Preise bedachten Verfassern eröffnet worden, es hat vielmehr der deutsche Preisrichter, Prof. Bruno Schmitz aus Charlottenburg, seinen Einfluss zugunsten eines neuen, allgemeinen Wettbewerbes geltend gemacht. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für einen General-Regulirungsplan von Brünn erhielt den I. Preis von 8000 Kr. Hr. Arch. Eugen Fassbender-Wien; den II. Preis von 4000 Kr. Hr. Ob.-Ing. Heinr. Goldmund in Gemeinschaft mit Hrn. Prof. Karl Mayreder-Wien; den einen III. Preis von 2000 Kr. Hr. Geh. Brth. J. Stübgen in Köln und den zweiten III. Preis von 2000 Kr. Hr. Prof. K. Henrici in Aachen. Die Entwürfe der Hrn. Knell in Wien und Olberth in Brünn wurden angekauft. —

Wettbewerb Rathhaus Hamborn. Verfasser des zum Ankauf empfohlenen Entwurfes „Jong kiek es do den eene“ sind die Hrn. Berns & Nau in Ruhrort und Düsseldorf. —

### Personal-Nachrichten.

Preussen. Dem Geh. Reg.-Rath Wiskow, vortr. Rath im Auswärtigen Amt, und dem Brth. Schmidt in Stassfurt ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl., dem Geh. Brth. u. vortr. Rath Hossfeld in Berlin, dem Reg.- u. Brth. Bohstedt in Kassel und dem Deichinsp. a. D. Brth. Schmidt in Danzig ist der kgl. Kronen-Orden III. Kl. und dem kgl. Brth. Stadtrath Peters in Magdeburg ist die Rothe Kreuz-Medaille III. Kl. verliehen.

Der Kr.-Bauinsp. Brth. Münd in Angermünde ist als Landbauinsp. nach Arnberg, der Landbauinsp. Voigt in Arnberg als Kr.-Bauinsp. nach Angermünde u. der Kr.-Bauinsp. Brzozowski von Schmalkalden nach Mühlhausen versetzt.

Der grossherz. hess. Eisenb.-Telegr.-Insp. Zimmermann in Mainz ist unt. Ernennung z. Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. als Vorst. der Betr.-Insp. i. nach Giessen versetzt.

Die Wahl des Stadtraths. R. Schultze in Bonn zum Beigeordneten ist bestätigt worden.

Der Landbauinsp. Böttner in Berlin ist z. Prov.-Konservator der Prov. Brandenburg bestellt.

Die Bauing.-Schullehrer Baumann in Kassel u. Reg.-Bmstr. Selle in Königsberg i. Pr. sind zu kgl. Ob.-Lehrern ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Anton Schweth aus Köln a. Rh., Jak. Schrammen aus Rheinbach, Friedr. Mahike aus Gartz, Otto Kloeppel aus Köln a. Rh. und Max Reutenberg aus Königsberg i. Pr. (Hochbch.), — Herm. Grotgan aus Braunschweig, Paul Berkenkamp aus Barmen u. Friedr. Schmidt aus Kotzen (Wasser- u. Strassenbch.), — Ad. Teutschbein aus Stettin, Hans Foellner aus Berlin (Eisenbch.), — Walther Wassermann aus Gr. Breitenbach u. Friedr. Gutbrod aus Stuttgart (Masch.-Bch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Württemberg. Dem Bauinsp. Veigle in Heilbronn sind die Vorst.-Geschäfte der in Feuerbach erricht. Eisenb.-Bauinsp. übertragen.

### Brief- und Fragekasten.

Hrn. R. B. in Düsseldorf. Sie sind durchaus berechtigt, in Ihrer freien Zeit Konkurrenz-Arbeiten anzufertigen, an welchen nicht gleichzeitig und mit Ihrer Mitarbeit Ihre Firma theilhaft ist.

Anfragen an den Leserkreis.

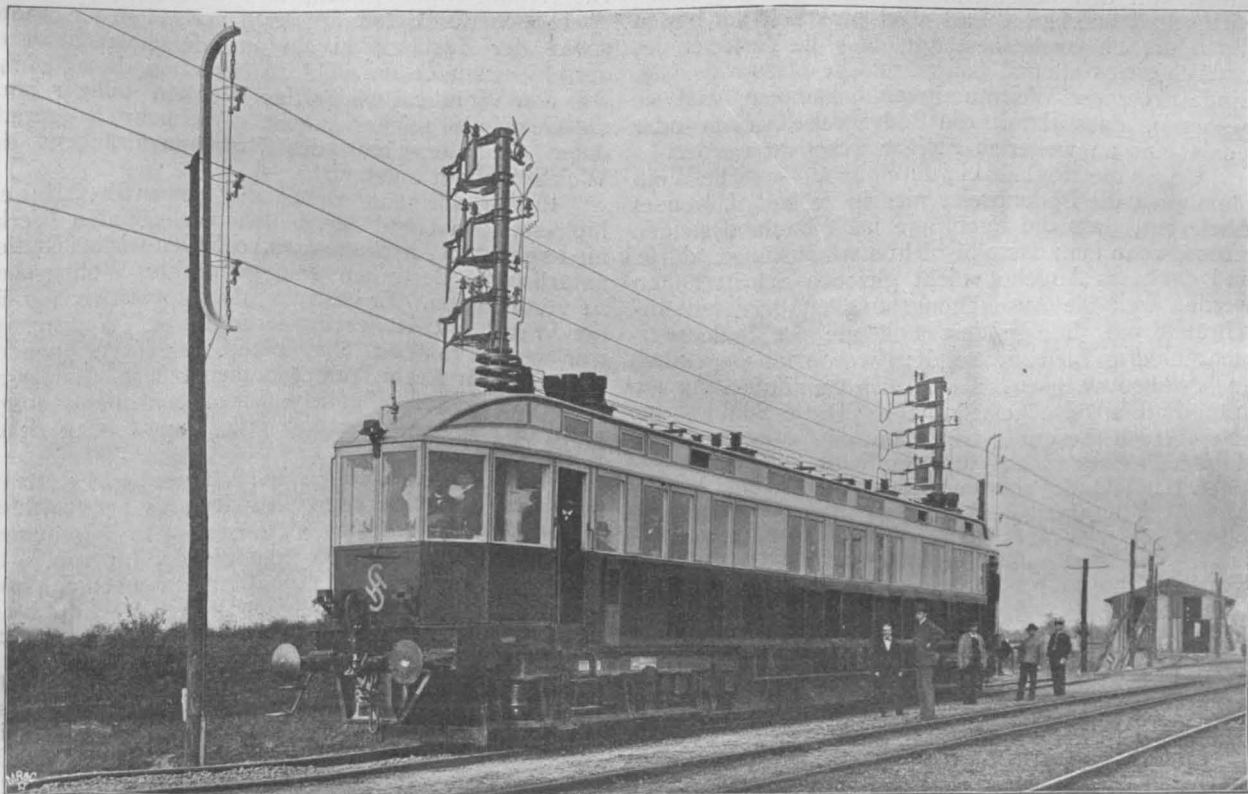
Welche Erfahrungen liegen über Strassen vor, die aus Buschen oder Faschinen (als Packlage) und einer Kiesdecke hergestellt sind und in welcher Stärke werden Faschinen und Kiesdecke vorthellhaft verwendet? Welche Werke oder welche Zeitschrift behandelt die Anlage solcher Strassen?

R. B. in Westfalen.

Inhalt: Die neuen Vorschriften über die unwiderrufliche Anstellung der Regierungen-Baumeister der preussischen Staats-Bauverwaltung. — Eine akademische Studienreise nach Nord-Frankreich. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wih. Greve, Berlin.





Abbildg. 4. Elektrischer Schnellbahnwagen der Firma Siemens & Halske auf der Versuchsstrecke Marienfelde—Zossen.

Elektrische Schnell- und Vollbahnen mit hochgespanntem Drehstrom als Antrieb.

## Die Stuttgarter Stadterweiterung.

(Fortsetzung.) Hierzu die Abbildungen auf S. 101.

**W**as zuerst die wirtschaftliche Seite betrifft, so sind bei der Herstellung von Wohnhäusern die eigentlichen Baukosten und der Aufwand für den Bauplatz zu unterscheiden. Hinsichtlich der ersteren sei vor allem der Unterschied zwischen der offenen und der geschlossenen Bauweise, welcher in Stuttgart eine grosse Rolle spielt, kurz festgestellt. Die offene Bauweise kommt bei sonst gleicher Grösse und Ausstattung theurer zu stehen, als die geschlossene, weil 4 oder (bei Doppelhäusern) 3 sichtbare Umfassungswände herzustellen sind, statt nur 2. Aus dem gleichen Grunde werden auch die bauliche Instandhaltung und die Heizung, sowie wegen grösserer Frontlänge der Strassen- und der Kanal-Beitrag kostspieliger<sup>6)</sup>, und die Strassenfront lässt sich (für Ladengeschäfte u. dgl.) nicht so vortheilhaft ausnützen. Dafür gewährt die offene Bauweise bei grösseren Wohnhäusern den Vortheil einer günstigeren Gestaltung des Grundrisses und reichlicherer Belichtung, und es kann dieser Umstand jene Nachtheile bei den mittleren und wohlhabenden Bevölkerungsklassen mehr oder weniger ausgleichen, so dass der höhere Einheitspreis (für 1 qm bewohnten Raumes) sich lohnt und von den Miethern gern bezahlt wird. Bei Einfamilienhäusern und bei Kleinwohnungen liegt der ökonomische Vorzug jedoch entschieden auf Seiten der geschlossenen Bauweise. Ferner hinsichtlich der Baudichtigkeit nach der Höhe; so fällt bekanntlich die Raumeinheit eines Hauses bei sonst gleicher Bauweise um so billiger aus, je mehr Ge-

schosse über einander gestellt werden, denn die Kosten von Fundament und Dach vertheilen sich auf eine grössere Gesamtfläche von Wohnräumen.

Ebenso wichtig wie dieser Einfluss der Bauordnung auf die Bauherstellung ist derjenige auf die Bauplätze. Die Wohnungsfrage ist hauptsächlich eine Bodenfrage. Wenn freilich, wie Rettich es im Grunde darstellt, der Bodenwerth eine gegebene Grösse ist, dann wird selbstverständlich der Aufwand für die Wohneinheit um so geringer ausfallen, je kleiner der erforderliche Bauplatz ist, d. h. je stärkere Baudichtigkeit zugelassen wird. Insofern würden nach den Rettich'schen Vorschlägen im ganzen Stadt-Erweiterungsgebiet beide Theile, welche den Wohnungsaufwand zusammensetzen, Bauplatz und Bauherstellung, und damit im Allgemeinen auch die Miethen, billiger ausfallen, als nach Kölle. Allein jene Voraussetzung bedarf einer Berichtigung, denn der Bodenwerth hängt selbst von dem zulässigen Grade der Baudichtigkeit ab. Um dem Vorwurf der Oberflächlichkeit vorzubeugen, will ich ausdrücklich bemerken, dass dies nicht der einzige Faktor ist, von welchem der Bodenwerth beeinflusst wird. Es kommt ausserdem infrage die Lage eines Bauplatzes (Verkehrslichtigkeit, Aussicht, „Vornehmheit“ u. dgl.), und das Verhältniss zwischen Angebot und Nachfrage, welches nach Zeit und Ort wechseln kann. Während aber die beiden letzteren Faktoren der Einwirkung vonseiten der öffentlichen Gewalt nur mittelbar zugänglich sind, hat man es bei der Bauordnung in der Hand, „durch einen Federstrich“ die Steigerung oder Verminderung von Werthen zu veranlassen; denn der Bodenwerth beruht

<sup>6)</sup> Uebrigens sinkt die Bedeutung dieses Beitrags draussen, wo die Strassen in der Regel einfacher hergestellt werden können.



nach dieser Richtung auf dem geschäftsmässig zu erzielenden Ertrag und dieser bei Wohnhäusern auf der Anzahl der Räume oder Miether, welche bei der grössten gestatteten Baudichtigkeit unterzubringen sind. Wenn Abele schreibt, dass der hohe Bodenpreis die Ursache, dichte Bauweise die Wirkung sei, so ist auch das richtig. Wohnsystem und Bodenwerth stehen eben in Wechselwirkung. Diese Erscheinung ist längst von den bedeutendsten Vertretern der Volkswirtschaft anerkannt und wird praktisch am besten durch die Thatsache bestätigt, dass die Vertreter des Grundbesitzes allemal baupolizeiliche Maassregeln im Sinne grösserer Weiträumigkeit bekämpfen, weil sie besorgen, dass damit die Bodenpreise sinken oder wenigstens an weiterem Steigen gehemmt werden. ||

Gegen die Möglichkeit, durch baupolizeiliche Weiträumigkeit die Bodenpreise niedrig zu halten, wendet Abele ein, dass die Nachfrage nach Bauland steigen müsse, wenn man dasselbe nicht stark ausnutzen dürfe, und dass das Angebot nicht gleichen Schritt halten werde, weil die Ausdehnungsfähigkeit der Stadt beschränkt sei. Infolge dessen könne der Bodenpreis nicht niedrig bleiben, sondern werde im Gegentheil noch höher wachsen, als er sich bei Zulassung gedrängter Bauweise gestellt hätte. Diese Schlussfolge hält Rettich besonders bei Stuttgart wegen seines Hügellandes für wichtig und empfiehlt, mit dem Schatz guten Baugeländes sparsam umzugehen. Nach meiner Ansicht fällt aber die Voraussetzung dieses ganzen Einwandes, der beschränkte Flächenraum von Bauland, hin, wenn die Gemeinde bei Zeiten für neue Strassen, für gute, billige Verkehrsmittel in die entfernteren Stadttheile und umliegenden Orte, für Begründung zweckmässiger Fabrikviertel und ihnen nahe gelegener Arbeiterwohnungen, nöthigenfalls für Erweiterung des Weichbildes sorgt. Allerdings wird ein derartiges Vorgehen in Stuttgart schwieriger als in Städten des Flachlandes und es ist deshalb die **Aufschliessung neuen Baugeländes nur zu lange vernachlässigt worden. Allein solche mehr oder weniger überall vorkommenden Schwierigkeiten müssen thatkräftig überwunden werden, wenn eine Grosstadt unverkümmert heranwachsen will.** Ob das Weichbild von Stuttgart nach 30 oder nach 40 Jahren bebaut sein wird, macht keinen so grossen Unterschied, dass man sich und den Nachkommen nicht mehr freien Raum gönnen dürfte, als bisher üblich war.

Einen anderen Einwand gegen weiträumiges Bauen erhebt Rettich mit der Bemerkung, sofern durch Vorschriften der Weiträumigkeit der Einheitspreis des Geländes abnähme, wäre dafür um so mehr Fläche erforderlich, somit werde ein Bauplatz doch nicht billiger. Ob man für einen bestimmten Bauzweck an einem Ort, wo nur niedrig und mit grossem Hofraum gebaut werden darf, 1000 qm zu 30 M., oder an einer anderen Stelle, wo hohe und dichte Bauweise zugelassen ist, 500 qm zu 60 M. zahlen muss, macht allerdings keinen Unterschied; die Ausgabe für die Wohneinheit ist dieselbe. Allein diese ganze Betrachtung gilt nur für solche Unternehmer, welche unter stärkstmöglicher Ausnutzung der Fläche bauen. Es giebt aber viele Baulustige, welche niedrig bauen und nicht so knapp mit dem Gelände umgehen, vielmehr geräumige Höfe und Gärten einrichten wollen, sei es zur Annehmlichkeit für sich selbst, sei es zu stärkerer Anziehung von Miethern. Derartigen Absichten wird nur mit möglichst niedrigen Bodenpreisen gedient, und nur auf diesem Wege kann die bauliche Entwicklung der Stadterweiterung eine erfreuliche werden.

Eine mir schier unbegreifliche Begründung von Rettich's Vorschlägen liegt in seiner Ansicht, dass, weil die Bebauungsmöglichkeit des städtischen Geländes eine Quelle städtischen Wohlstandes ist, die Ausnutzung eine möglichst weitgehende sein solle, um den Werth des Bodens, das Vermögen der Einwohner und damit die Leistungsfähigkeit der ganzen Stadt für ihre Kulturaufgaben zu steigern. Bei dieser Schlussfolge scheint vergessen zu sein, dass nur ein geringer

Theil der Bevölkerung in der Lage ist, sich auf diesem Wege zu bereichern. Nein, das Wohlsein einer Stadt beruht nicht auf dem mühelosen Ersitzen von Gewinn durch die Grundbesitzer und Spekulanten und auf der entsprechenden Vergrösserung des Steuerkapitals, wobei aber die meisten Einwohner zusammengedrängt wohnen müssen, sondern in möglichst angenehmen und billigen Wohnungen für alle, was durch Niedrighalten der Bodenpreise befördert wird. Ist doch auch durch den Vergleich verschiedener Städte, sowie der Zustände in ein und derselben Stadt zu verschiedenen Zeiten wohl zu erkennen, dass Dichtigkeit des Wohnens weder das Wohnen billiger noch die Gemeinde reicher macht. Vielmehr ist gerade unter der Herrschaft des Zusammendrängens die Wohnungsnoth entstanden. —

Prüfen wir nun weiter die gesundheitlichen Interessen an Hand der in dem vorliegenden Werke niedergelegten Anschauungen, so finden wir bei Rettich natürlich das Bestreben, sein gedrängtes Wohnsystem zu vertheidigen. Er bestreitet deshalb von vornherein die Wichtigkeit der Forderungen der Weiträumigkeit, welche von den „über laute Stimmen verfügenden hygienischen Autoritäten“, namentlich in dem Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege, aufgestellt und in dem Sammelwerk hauptsächlich durch Knauss vertreten sind.

Von einzelnen auffallenden Behauptungen Rettich's sei zuerst diejenige angeführt, dass es hauptsächlich auf reichlichen Luftraum im Inneren der Wohnungen ankomme, und dass der eigentliche Sinn von Weiträumigkeit nur in dem Verhältniss zwischen Kopfbzahl und dem Zimmer-Rauminhalt bestehe. Gewiss ist Fürsorge hierfür zu wünschen, woher soll aber gute Luft für die Zimmer bezogen werden, woher der so wichtige Sonnenschein, wenn nicht ausserhalb des Hauses ein grosser Raum unbebaut geblieben ist? **Den Segen reichlicher frischer Luft im ganzen Bereich menschlicher Behausungen schätzt ebenso sehr das natürliche Gefühl, wie die ärztliche Erfahrung; auch** Rettich hält ihn für angenehm, aber für den grössten Theil der Bevölkerung für zu theuer. Statt dessen preist er die mittelalterliche Bauweise, welche mit vielen Stockwerken, schmalen Gassen und engen Höfen ohne den „hygienisch vorgeschriebenen Neigungswinkel des Lichtes“ doch im Sommer Kühlung, im Winter Wärme für die Innenräume geschaffen habe!

Ferner meint Rettich, kein rechter Hygieniker könne das Wohnen im 4. Geschoss für schädlicher als im Erdgeschoss ansehen; er beachtet also nicht die Statistik der Sterblichkeit nach Stockwerken, nicht die mit der Geschosshöhe wachsende Entwicklung und Uebertragung von Schädlichkeiten, nicht den Entzug von Licht und Luft, welchen hohe Häuser den gegenüberwohnenden zufügen, und rechtfertigt hohe Häuser einfach damit, dass sie in allen grossen europäischen Städten üblich seien! Man möchte bei solchen Anschauungen fragen, warum denn nicht beliebig hoch und eng gebaut werden darf, indem dies ja gesundheitlich gleichgiltig und wirtschaftlich vortheilhaft sein soll.

Zu den hygienischen Merkwürdigkeiten gehört auch noch eine Mahnung Abele's an die Techniker. Nachdem in seiner Schrift (welche in dem Sammelwerk nur theilweise abgedruckt ist) viele Ansichten über den Städtebau, besonders aus dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege, zusammengestellt sind, welche durchweg weiträumige Bauweise fordern, tadelt er, dass dabei die wirtschaftliche Seite zu kurz gekommen sei und verfißt gleich Rettich eine starke Ausnützung des Baulandes. Aber auch bei enggedrängter Bebauung seien alle hygienischen Unzuträglichkeiten zu vermeiden und dieselben Vortheile wie bei weiträumiger zu erzielen, d. h. es soll das Unmögliche möglich gemacht werden. „Wie dies zu geschehen hat, das auszumachen ist Sache der Techniker!“

Erfreulicherweise werden die geschilderten Ansichten der Volkswirtschaftler durch Knauss und Nussbaum als Hygieniker berichtigt. Letzterer hält ausdrücklich eine gewisse Weiträumigkeit nicht bloss vom

hygienischen, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt für geboten und sieht insbesondere ein Emporschnellen der an sich schon hohen Bodenpreise im Stadterweiterungs-Gebiet voraus, wenn Rettich's Vorschläge daselbst eingeführt würden. Sodann empfiehlt er, gleich Knauss und mir, den in der Gesundheitslehre „normalen“ Lichteinfall von 45° für alle zu längerem Aufenthalt dienenden Räume und 60° für untergeordnete Räume.

Leider findet sich aber in dem Gutachten von Nussbaum ein gewisses Schwanken hinsichtlich vorstehender Sätze. Denn an einer anderen Stelle giebt er nur einen beschränkten Einfluss der Bauvorschriften auf den Bodenpreis zu und will dies durch Anführung von Preisen aus Hannover belegen. Aber diese Preise sind aus Bezirken von verschiedener Lage

entnommen, zeigen also den Einfluss der Bauordnung nicht rein. Sodann hält Nussbaum eine Beschränkung des Lichteinfalles bei Kleinwohnungen für zulässig, um an Hofraum zu sparen, und begründet dies damit, dass die Inhaber mehr Werth auf reichlichen Innenraum zu legen pflegen. Aber ein Gesetz soll doch keine Rücksicht auf etwa mangelndes Verständniss nehmen, sondern alle Klassen gleich behandeln; den ärmeren gebührt eher eine stärkere Fürsorge. Auch sei angeführt, dass Nussbaum für Neubauten der mittleren Zone wegen des „südlichen Klimas“ von Stuttgart einen steileren Winkel als 45° für genügend erklärt. Dies mag dem Norddeutschen zugute gehalten werden; in anderen Städten ist glücklicherweise an eine derartige Spaltung unseres Vaterlandes noch nicht gedacht worden. — (Schluss folgt.)

### Das Heidelberger Schloss in der zweiten badischen Kammer.

**W**ir müssen nun doch schon jetzt noch einmal auf das Heidelberger Schloss zurückkommen. In der 36. Sitzung der zweiten badischen Kammer vom 13. Febr. befragte der Oberbürgermeister von Heidelberg, Hr. Abg. Dr. Wilckens, die Regierung über den augenblicklichen Stand der Frage, ob die Wiederherstellungsarbeiten am Schlosse fortgesetzt werden sollen oder nicht, und über die Stellung, welche die Regierung dieser Frage gegenüber fernerhin einzunehmen gedenke. Mit leidenschaftsloser, ruhiger Sachlichkeit führte Redner etwa aus, in Heidelberg selber scheine die überwiegende Ansicht dahin zu gehen, dass das Schloss, wenn irgend thunlich, als Ruine erhalten werden sollte. Sei doch das Bild, welches dasselbe als Ruine biete, Vielen derart ans Herz gewachsen, dass sie in jedem erheblicheren baulichen Eingriff eine Schädigung des poetischen Zaubers erblickten, welcher jetzt über diesem einzigartigen Bilde ausgegossen sei. Die Frage, auf die es ankomme, sei aber doch wohl die, ob eine Erhaltung des Heidelberger Schlosses auf längere Zeit hinaus überhaupt möglich sei, wenn man seinen ruinenhaften Zustand im Wesentlichen unverändert beibehalte, und es sei bedauerlich, dass gerade hierüber die Meinungen der Sachverständigen auseinander gingen. Die Einen behaupteten, gewisse künstlerisch werthvolle Schlosstheile und namentlich auch der Otto Heinrichs-Bau seien in nicht ferner Zeit dem Untergang geweiht, wenn man sich nicht dazu entschliesse, sie wenigstens im Aeusseren wieder herzustellen und letzt-erwähnten Bau mit einem schützenden Dach zu versehen. Die Anderen machten geltend, so weit gehende Maassnahmen seien nicht erforderlich; es genüge, wenn man die Mauerreste sorgfältig unterhalte und vielleicht noch im Inneren des Otto Heinrichs-Baus konstruktive Verstärkungen anbringe. Welche der beiden Meinungen richtig sei, bedürfe noch der Klarstellung. Zu dieser Klarstellung seien aber in erster Linie die Techniker berufen. Sie müssten nach sorgfältiger und gründlicher Untersuchung der Ruinen auf Pflicht und Gewissen sagen, ob es möglich sei, insbesondere den Otto Heinrichs-Bau ohne grössere Wiederherstellungsarbeiten noch auf längere Zeit zu erhalten, oder ob dies nur geschehen könne, wenn man ihn restaurire. Von dem Ergebniss dieser Klarstellung werde wohl die weitere Behandlung der Heidelberger Schlossfrage abhängig zu machen sein. Redner schwärme keineswegs für die Wiederherstellung, er sei im Gegentheil der Meinung, dass es vorzuziehen wäre, wenn starke bauliche Eingriffe in den jetzigen Zustand des Schlosses vermieden bleiben könnten. Aber in erster Reihe stehe für ihn die Erhaltung des Schlosses, und wenn es richtig sein sollte, dass einzelne besonders hervorragende Theile des Schlosses überhaupt nur noch auf längere Zeit erhalten werden könnten, wenn man sie wieder herstelle, so sei ihm eine solche Wiederherstellung immer noch lieber, als die Aussicht, dass das Schloss in einem oder zwei Menschenaltern zerfalle. Unter allen Umständen scheine ihm die grossh. Regierung Anerkennung zu verdienen, dass sie sich die Frage, wie dem weiteren Verfall des Schlosses Einhalt zu thun sei, ernstlich überlege und dass sie auch vor grossen Geldopfern nicht zurückschrecke, um das Schloss der Nachwelt zu erhalten. Es sei gewiss auch erfreulich, dass sich weite Kreise des deutschen Volkes für das Heidelberger Schloss so lebhaft interessirten, wie dies in den letzten Monaten in zahlreichen Kundgebungen zutage getreten sei. Aber es komme hier eine Frage in Betracht, die keinesfalls vom Gefühlsstandpunkt allein aus erledigt

werden könne, die vielmehr zugleich eine gründliche sachliche Prüfung in der Richtung erfordere, ob man nicht mit Rücksicht auf die kommenden Zeiten und auf die späteren Geschlechter die Pflicht habe, nöthigenfalls auch durch Restaurirung des einen oder anderen Bautheils zu verhindern, dass in absehbarer Zeit das alte Pfalzgrafenschloss und mit ihm eines der grossartigsten Baudenkmale der Welt zugrunde gehe.

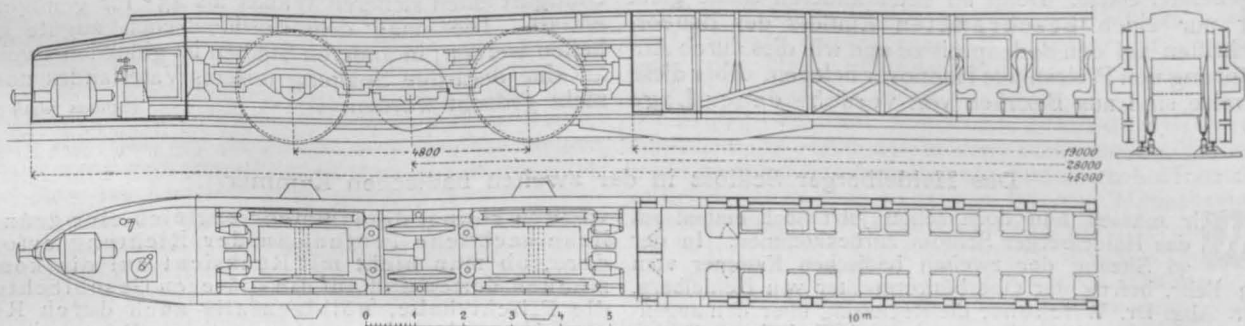
Auf diese Anfrage antwortete Hr. Finanzminister Dr. Buchenberger mit einer längeren Ausführung, welche sich ebenso sehr durch staatsmännische Gewandtheit, wie durch gründliche Sachkenntniss und zielbewusste Festigkeit auszeichnete und in der Oeffentlichkeit den beruhigenden Eindruck hervorrufen dürfte, dass die Angelegenheit des Heidelberger Schlosses, der Leidenschaftlichkeit entkleidet, nunmehr wieder auf den Boden jener ruhigen Erwägung gestellt ist, welche in der Sorge um die Erhaltung eines so kostbaren idealen Kunstbesitzes in dieser oder jener Form begründet ist. Den Ausführungen entnehmen wir in der Hauptsache das Folgende:

„Die Heidelberger Schlossfrage hat sich zu einer Art cause célèbre ausgewachsen, die nicht bloss in Baden, sondern in ganz Deutschland lebhafteste Bewegung und Erregung verursacht hat. Ist es doch wieder klar geworden, welches Kleinod wir in dem Schlosse besitzen und wie nachhaltig und tiefgehend der Eindruck ist, welchen man von dem Schlosse empfängt. Die zahlreichen Erörterungen in der Presse und in Versammlungen sind für das Finanzministerium werthvolle Anregungen gewesen, sie wären es vielleicht noch mehr gewesen, wenn sich diese Betrachtungen auf dem Boden reiner Sachlichkeit bewegt hätten, was nicht immer der Fall gewesen ist. Ich muss übrigens anerkennen, dass nach der letzten Heidelberger Konferenz auch die Erörterung in der Oeffentlichkeit eine viel ruhigere, sachlichere geworden ist. Wenn nun gefragt wird, wie ist die Stellung der Regierung, so ist die Antwort ziemlich einfach und klar. Wir erstreben grundsätzlich keine Wiederherstellung des Heidelberger Schlosses, weder im Ganzen noch in seinen einzelnen Theilen um des Zweckes der Restaurirung selber willen. Wir fühlen uns von jenem Restaurations-Fanatismus völlig frei; wir wollen durchaus nicht, wie es unterstellt worden ist, gewissermassen das Heidelberger Schloss oder einzelne Theile desselben zerstören, ohne zwingenden Grund Altes beseitigen, Neues an dessen Stelle zu setzen. Wir haben im Finanzministerium niemals anders als mit der Möglichkeit der Erhaltung des Schlosses diese Frage erörtert und nur unter diesem Gesichtspunkte ist auch die Einberufung der letzten Heidelberger Konferenz im Okt. 1901 zu verstehen. Neben dieser Konferenz hat in den letzten Monaten eine gewisse Aufmerksamkeit erregt eine Umfrage, die ein Kunstgelehrter von Dresden veranstaltet hat, indem er Fragebogen versandte. Wenn aber darin die Frage so gestellt ist, ob die Erhaltung des Otto Heinrichs-Baus als Ruine einer Wiederherstellung vorzuziehen sei, so scheint mir die Fragestellung keine besonders glückliche gewesen zu sein, wenn diese Frage anders mit Ja beantwortet worden wäre. Wir hätten sie selbst jedenfalls im Sinne der Fragestellung mit Ja beantwortet. Die Entscheidung in der ganzen Frage — der Hr. Abgeordnete Dr. Wilckens hat das klar und präzise zum Ausdruck gebracht — ist doch nicht die, ob wir den Otto Heinrichs-Bau als Ruine erhalten wollen oder nicht, nein, es ist die, ob wir diese Ruine erhalten können oder nicht. Die Entscheidung also, wenn die uns bekannten modernen Mittel der Technik



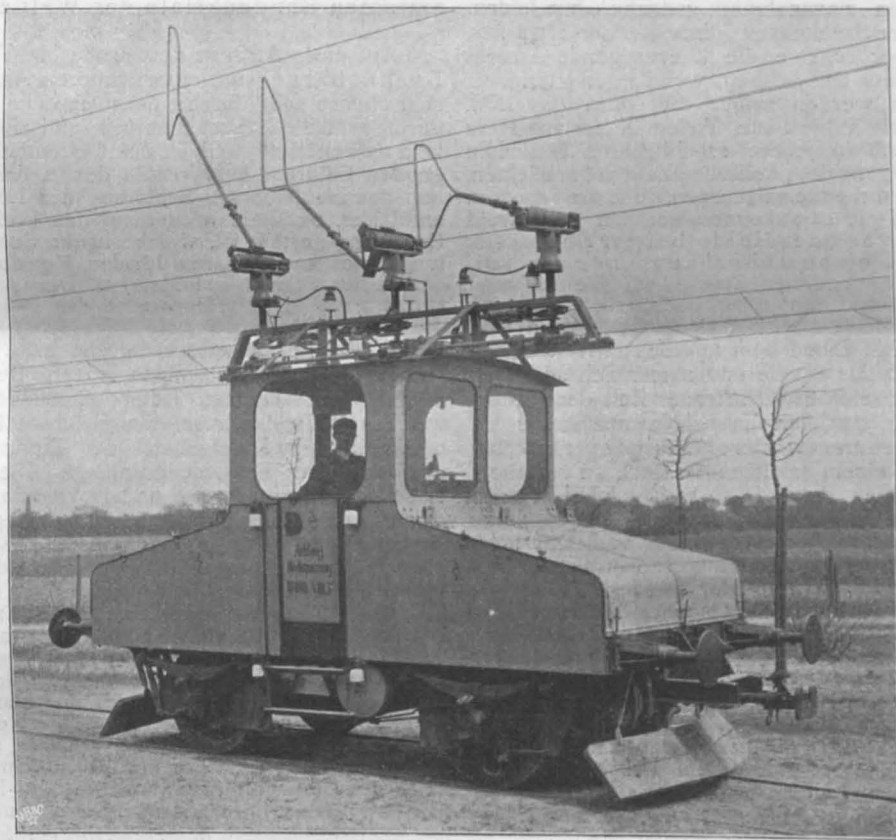
sich nicht als ausreichend erweisen, dieses kostbare Besitztum auf spätere Generationen zu überantworten, würde sein, falls die Konservierungsmittel also nach der einen oder anderen Richtung hin versagen sollten, ob nicht doch eine gewisse moralische Verpflichtung des Landes vorliege, auch zu durchgreifenderen Wiederherstellungs-Arbeiten insbesondere am Otto Heinrichs-Bau zu schreiten, wenn anders nur auf diesem Wege das Ziel: die Erhaltung des Heidelberger Schlosses mit allen künstlerischen Reizen und Schönheiten verwirklicht werden kann. Nun giebt es eine Richtung unserer heutigen Kunstgelehrten, welche die möglichst lange Erhaltung

vor uns, dass der Otto Heinrichs-Bau als unorganischer Bau vor uns steht. Und nun ist es nach den modernen künstlerischen Auffassungen Pflicht, ihn in diesem Zustande zu erhalten und jede Aenderung im Sinne jener Anschauung als einen Fehler zu betrachten. Wieder andere Kunstgelehrte lehnen, indem sie sich von gewissen historischen Ansichten leiten lassen, jede Aenderung eines auf uns überkommenen Architekturbildes ab, weil sie es immer so sehen wollen, wie sie es gewöhnt sind. Diesem individuellen ästhetischen Schönheits-Standpunkt, der gar nichts darnach frägt, ob die, die nach uns kommen, nicht auch ein Anrecht darauf besitzen,



Abbildg. 1. Vorschlag von Ganz & Cie. für den Wagen einer elektrischen Schnellbahn Wien-Budapest 1891.

von Ruinen und Baudenkmalern der Vergangenheit, die in ruinenhaftem Zustande auf uns überkommen sind, gar nicht als das eigentliche Ziel und die Aufgabe der Denkmalspflege ansieht. Diese ziemlich moderne Richtung fusst auf dem eigenartigen Standpunkte, dass, weil wir im Leben diese ruinenhaften Bauwerke nicht selbstgeschaffen haben, wir auch nicht das Recht besitzen, sie in einen anderen Zustand zu versetzen, als in den, in welchem sie zufällig auf uns gekommen sind; dass man nur durch kleine, unauffällige Erhaltungsmittel den unvermeidlichen Verfallprozess etwas hinten halten und im übrigen mit Fatalismus diesen Verfallprozess eben hinnehmen müsse. Die eigenthümliche Folge dieser Anschauung ist, dass wenn der Otto Heinrichs-Bau gleich seinem Bruder, dem Friedrichsbau, den Stürmen des dreissigjährigen Krieges, der Katastrophe von 1689 entgangen wäre, er in der ursprünglichen Gestalt vor uns stände, es nach dieser Auffassung heilige Pflicht wäre, die Bauten in dieser Gestalt thunlichst lange zu erhalten. Manche würden dann vielleicht finden, dass der Otto Heinrichs-Bau gerade in dieser Gestalt sich dem Bilde des Schlosses, wie es verschiedene Architekten gehabt, anreicht. Weil aber nach 1764 sich Niemand mehr um das Schloss kümmerte, weil das Interesse an ihm vollständig erlahmte, es seinem Schicksal überlassen blieb, man kann sagen ein anarchischer Zustand eintrat, Jeder wegschleppte was ihm beliebte, weil infolge dieser sorglosen Wirthschaft immer weitere Theile des Baues eingestürzt sind, haben wir nun den Zustand



Abbildg. 2. Elektrische Lokomotive von Siemens & Halske für die Versuchsstrecke bei Gross-Lichterfelde 1899.

Elektrische Schnell- und Vollbahnen mit hochgespanntem Drehstrom als Antrieb.

schlechtern erhalten bleibe. Nun ist richtig, dass in der ersten Heidelberger Konferenz von 1891 die Frage, ob das Schloss mit wenigen Mitteln dauernd zu erhalten sei, mit glattem Ja beantwortet worden ist, und indem diese Konferenz einfach dekretirte: „Eine vollständige oder theilweise Wiederherstellung des Schlosses kommt nicht in Betracht“ — war anscheinend die Sache ein für allemal erledigt. Für solche, die dem Gegenstand ferner stehen, gewiss; für solche, die schwierige Dinge gern nach Bequemlichkeits-Rücksichten behandeln, vielleicht auch; für die grossherzogliche Regierung und auch für mich war sie es nicht. Ich will den Theilnehmern der damaligen Konferenz, die illustre Namen in sich vereinigte, in keiner Weise zu nahe treten; sie alle haben ihrer besten Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Aber das darf doch nicht hindern, auch an die Berathungen und Beschlüsse solcher Persönlichkeiten kritisch heranzutreten.

sich an einem Kunstwerk zu erfreuen, kann ich nicht unter allen Umständen beitreten. Man muss nicht nur die Gegenwart befriedigen, sondern auch mit denen rechnen, die nach uns kommen. Wenn eine Anzahl Wiederherstellungen in Deutschland und anderwärts misslungen sind, so darf man nicht alle als Unsinn bezeichnen. Wir haben darauf um so weniger ein Anrecht, als wir über tüchtige Kräfte verfügen. Das grosse Ziel, das uns in dieser Frage immer vor Augen schwebensollte, ist, dass dieses uns aus der Vergangenheit überantwortete Besitztum möglichst lange auch den

späteren Geschlechtern erhalten bleibe. Nun ist richtig, dass in der ersten Heidelberger Konferenz von 1891 die Frage, ob das Schloss mit wenigen Mitteln dauernd zu erhalten sei, mit glattem Ja beantwortet worden ist, und indem diese Konferenz einfach dekretirte: „Eine vollständige oder theilweise Wiederherstellung des Schlosses kommt nicht in Betracht“ — war anscheinend die Sache ein für allemal erledigt. Für solche, die dem Gegenstand ferner stehen, gewiss; für solche, die schwierige Dinge gern nach Bequemlichkeits-Rücksichten behandeln, vielleicht auch; für die grossherzogliche Regierung und auch für mich war sie es nicht. Ich will den Theilnehmern der damaligen Konferenz, die illustre Namen in sich vereinigte, in keiner Weise zu nahe treten; sie alle haben ihrer besten Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Aber das darf doch nicht hindern, auch an die Berathungen und Beschlüsse solcher Persönlichkeiten kritisch heranzutreten.



Nun war es mir seltsam von Anfang ab und es ist es mir noch heute, dass in demselben Zeitpunkt, in dem das Schlossbau-Büreau eine achtjährige mühevoll und mit

punkt, in dem die Techniker des Schlossbau-Büreaus, die wohl den gründlichsten Einblick in alle Theile des Schlosses genommen und aufgrund ihrer langjährigen Beobachtungen



Abbildg. 4. Der Reinsburghügel im jetzigen Zustande.



Die Stuttgarter Stadterweiterung. Abbildg. 5. Der Reinsburghügel mit architektonischer Bekrönung.

grossen Verständniss betriebene Arbeit hinter sich und die Ergebnisse dieser Arbeit in einem grossen, monumentalen Werk niedergelegt hatte; dass in demselben Zeit-

für einzelne Schlosstheile durchgreifendere Herstellungs-Arbeiten befürwortet, ja bis auf theilweise oder völlige Restaurirung abzielende Vorschläge gemacht und sie ein-

gehend begründet hatten — dass in diesem selben Zeitpunkt die Konferenz von 1891 auf den genau entgegengesetzten Standpunkt sich stellte und jede, auch die kleinste Wiederherstellungs-Nothwendigkeit verneinte; ja, dass, wenn ich von einigen allgemeinen anerkennenden Worten absehe, die den Arbeiten des Schlossbau-Büreaus gezollt wurden, auf diese technischen Vorarbeiten auf der Konferenz von 1891 überhaupt kritisch, zustimmend oder sie verwerfend, nahezu mit keinem Worte eingegangen wurde. Da musste sich die Frage aufwerfen, ob nicht die damaligen Theilnehmer der Konferenz auch Inbegriff auf andere Dinge Beschlüsse gefasst haben, die von falschen Voraussetzungen ausgingen. Es hat sich beim Friedrichsbau gezeigt, dass die Fassade in einem viel fortgeschrittenen Zustand der Verwitterung war, als nach Annahme des Schlossbau-Büreaus es der Fall sein sollte. Schon 1894 stand daher bei mir fest, dass die Beratungen und Beschlüsse dieser Konferenz von 1891 unbedingt einer Durchsicht unterzogen und die ganze Frage nochmals der Erwägung ausgesetzt werden müsse, ob es möglich sei, mit einfachen Mitteln namentlich den Otto Heinrichs-Bau zu erhalten. So sind wir zu der zweiten Konferenz von 1901 gekommen. Dass unsere Zweifel bezüglich der ersten Konferenz nicht ganz unbegründet waren, den Eindruck werden auch Sie bekommen haben. Es ist von solchen Technikern, die auf dem Gebiete der Wiederherstellungen lange Erfahrungen haben, mit einer Bestimmtheit, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt, hervorgehoben und betont worden, dass insbesondere die freistehende Mauer des Otto Heinrichs-Baues mit einfachen Mitteln nicht zu halten sei und dass leicht eine Katastrophe eintreten könne. Es ist dem entgegengetreten worden. Aber sind damit die Besorgnisse der ersten Techniker beseitigt worden? Wir sind deshalb als getreue Verwalterin des auf uns überkommenen kostbaren Vermächtnisses verpflichtet, weitere Untersuchungen anzustellen und das Finanzministerium wird es sich angelegen sein lassen, diese Untersuchungen in die Wege zu leiten. Bei der ganzen Angelegenheit spielt die Bedachungsfrage eine sehr wesentliche Rolle und ich möchte Sie bitten, inbezug auf diese Frage sich nicht ohne Weiteres dadurch beirren zu lassen, dass einzelne Techniker die Bedachung als etwas ganz Ueberflüssiges erklärten. Was mich besonders schwankend gemacht hat, ist der Umstand, dass der hervorragende Techniker Gabriel von Seidl in München die Bedachungsfrage als eine äusserst diskutabile bezeichnet, die Anbringung des Daches also anerkannt hat. Seidl stand im übrigen auf dem Boden der Heidelberger Konferenz von 1891. Die Dachfrage müsse so dezent als möglich gelöst werden, es müsse ein Glasdach sein, die Fassade dürfe in keiner Weise eine Aenderung erfahren. Wie wird ein solches Dach wirken? Sobald Sie den Otto Heinrichs-Bau bedachen, wird der Hauptreiz, derjenige Reiz, den die Besucher am meisten geschätzt haben, verschwunden sein. Die Bläue des Himmels wird nicht mehr hereinschauen, das Mondlicht wird seinen Glanz nicht mehr darüber ausgießen, das Poetische wird verschwinden. Und da wirft sich die Frage auf: wenn wir überhaupt möglicherweise mit einer Bedachung des Otto Heinrichs-Baues rechnen müssen, ist es da nicht mindestens der Erwägung würdig, statt uns mit einem flachen Dach zu begnügen, wenn wir überhaupt auf eine Menge romantischer Reize verzichten müssen, an deren Stelle ein Aequivalent zu schaffen in Form stark wirkender architektonischer Reize, damit der Otto Heinrichs-Bau seine ursprüngliche Gestalt wiedererhält, dem Schlosshof an jener Stelle jenen imposanten architektonisch-malerischen Eindruck wiederzugeben, der bis zum Brande bestanden hat? Nun wird auch der Gedankengang verständlich sein, aus dem heraus das Finanzministerium sich entschlossen hat, Pläne für eine Wiederherstellung des gläsernen Saalbaues ausarbeiten zu lassen. Was Ob.-Brth. Prof. Schäfer angefertigt hat, sind die ersten künstlerischen Versuche; als etwas Anderes hat er sie in seiner Einfachheit nicht bezeichnet. Er selbst ist weit entfernt davon, seine Pläne als spruchreif anzusehen. Ich möchte der Meinung entgegengetreten, als ob dieser Techniker sich gewissermassen herangedrängt habe, das ist nicht der Fall. Er hat weder schriftlich noch mündlich eine Anregung gegeben, er hat nur einem Auftrage des Ministeriums entsprochen. Wenn man überhaupt an Wiederherstellungs-Arbeiten grösseren Stiles am Otto Heinrichs-Bau denkt, kann man sehr wohl auch andere Lösungsversuche zur Erörterung stellen. Ob.-Brth. Schäfer hat sich zunächst für eine Wiederherstellung nach den Merian'schen Stichen, also mit den steilen Doppelgiebeln, entschieden und hierbei eine von dem Arch. Seitz, Heidelberg, seinerzeit gefertigte Entwurfsskizze zugrunde gelegt. Ob.-Baudir. Durm ist von jeher für eine Wiederherstellung nach den Krauss-

schen Stichen, d. h. für ein steiles Dach mit der First-richtung von Norden nach Süden und mit zwei Zwerchhäusern davor eingetreten. Wieder Andere befürworten eine Wiederherstellung mit wagrechtem Abschluss, also im Sinne der Formensprache der italienischen Renaissance.

Die letzte Heidelberger Konferenz hat mit einem Non liquet geendet, also abschliessende Ergebnisse nicht gezeitigt. Für das Finanzministerium ist demnach die Frage nicht spruchreif, am allerwenigsten für die Regierung in ihrer Gesamtheit; sie kann es schon aus den vorher angegebenen Gründen nicht sein, weil ein endgültiger spruchreifer Entwurf für die Wiederherstellung des Otto Heinrichs-Baues noch garnicht vorliegt. Eine Ueberrumpelung in dieser Frage hat die Volksvertretung nicht zu besorgen; wenn irgend eine Frage, verdient es die Heidelberger Schlossfrage, dass sie mit aller Ruhe, Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit geprüft und für eine Entscheidung allmählich reif werde. Stadt und Schlossverein Heidelberg haben eine besondere sachverständige Untersuchung des Otto Heinrichs-Baues auf seine Standfestigkeit angeregt; diese Anregung entspricht dem, was unmittelbar nach der letzten Heidelberger Konferenz von uns selbst bereits in sichere Aussicht genommen worden war. Das Ministerium hat selbstredend nichts dagegen einzuwenden, wenn Stadt und Schlossverein auch ihrerseits besondere Sachverständige für die von uns in Aussicht genommene technische Untersuchung des Otto Heinrichs-Baues vorschlagen. Eine eingehende Untersuchung des Baues vom Gerüst aus wird nicht zu umgehen sein. Ueber eine Anzahl Fragen, die diese Sachverständigen zu beantworten haben, wird man sich schlüssig zu machen haben; die Frage nach der Nothwendigkeit oder Entbehrlichkeit einer Bedachung des Otto Heinrichs-Baues wird die nicht am wenigsten wichtige Frage sein. Nebenher können vielleicht dann noch weitere Studien laufen; insbesondere wird die Anfertigung von Modellen über die etwa für eine Wiederherstellung in Aussicht zu nehmenden Theile des Schlosses, ferner die Herstellung malerischer Ansichten des Schlosshofes im jetzigen und in dem etwa in Aussicht zu nehmenden künftigen Zustand, womit bereits der Anfang gemacht ist, infrage kommen.

Auf dem Boden rein theoretischer akademischer Betrachtungen über allgemeinen Werth oder Unwerth von Wiederherstellungen, bei denen niemals etwas herauskommen kann, weil Freunde und Gegner an ihren einmal gefassten Ueberzeugungen festzuhalten pflegen, werden wir — das ist mir im Laufe der letzten Konferenz schon klar geworden — keinen Schritt weiter rücken; wir müssen praktischere Wege einschlagen und vor allem jetzt der Technik in erster Reihe das Wort lassen darüber, ob die Ruine, so wie sie ist, gehalten, oder ob sie nicht gehalten werden kann. Kann sie nach dem Urtheil hervorragender Techniker, aufgrund vorgenommener eingehendster Prüfung der Ruine des Otto Heinrichs-Baues in allen Theilen, mit ästhetisch vertretbaren Mitteln erhalten werden, so wird die Frage im Sinne der Erhaltung des jetzigen Zustandes entschieden sein, und Regierung und Volksvertretung werden sich dann der Verantwortung für mögliche Ereignisse der Zukunft für entbunden erachten dürfen. Kann aber nach den zu erhebenden Gutachten die freistehende Wand des Otto Heinrichs-Baues nicht gehalten werden, so wird man auch vor einer ein- und durchgreifenden Wiederherstellung nicht zurückschrecken dürfen.

In zwei Jahren hoffe ich, dass wir auf diesem praktischen Wege in unseren Einsichten und Urtheilen etwas weiter sind als heute und dass wir vielleicht in der erfreulichen Lage uns befinden, mit greifbaren Vorschlägen an die Volksvertretung heranzutreten, von der ich zu wissen glaube, dass sie die Heidelberger Schlossfrage mit demselben warmen Interesse, wie seither, so auch in Zukunft behandeln und dass sie allen Vorschlägen, welche die dauernde Erhaltung des Heidelberger Schlosses mit oder ohne Wiederherstellung bezwecken, volles Verständniss entgegenbringen wird.“ — (Lebhaftes Bravo!)

Der Eindruck der vorstehenden Ausführungen ist ein ausgezeichnete; die ruhige, würdige, feste und unbefangene Art, in welcher die so bedeutungsvolle Angelegenheit in der badischen Kammer behandelt wurde, berührt ungemein sympathisch und hebt sich in erfreulicher Weise ab von der hart an den Charakter politischer Wahlbewegungen streifenden Bewegung, wie sie vielfach aus ursprünglich rein sachlichen Erörterungen in der Tagespresse herausgewachsen war.

Wir wollen nun der einzusetzenden besonderen Kommission nicht vorgreifen, aber wenn es sich nicht ermöglichen lassen sollte, den Ueberresten des Heidelberger Schlosses mit kleinen Mitteln die Erhaltung zu gewährleisten,

welche den Gegenständen unserer Museums-Sammlungen zutheil wird — und wir halten dies für unmöglich — so wird man sich, wenn auch schweren Herzens, doch dazu entschliessen müssen, die heute schon leider längst nicht mehr in dem früheren Umfange vorhandenen landschaftlichen und romantischen Reize des Schlosses einzutauschen gegen das reichere künstlerische Bild, welches das Schloss nach seinem Ausbau durch einen hervorragenden Meister gewährt wird, der seinem verantwortungsvollen Werke mit reiner Ueberzeugung und mit künstlerischer Selbstlosigkeit im Herzen zugehan ist und welcher in stiller, gesammelter Thätigkeit, abseits von der Unruhe des öffentlichen Treibens, seine Kunst wie sein eigenes Leben empfindet und deutsche Art in edelster Weise in seinem Werke widerspiegeln lassen kann.

Soweit wir zu sehen vermochten, hat noch Niemand

daran Anstoss genommen, dass z. B. das Ulmer Münster nach seinem Ausbau in reicherer, mit dem Herzblute eines selbstlosen Meisters geschaffener Gestalt das Stadtbild und die Landschaft zielt und wenn wir unbefangen zu wählen haben, so wiegt für uns das künstlerische Seelenbekenntnis eines Meisters immer noch schwerer, wie die kunstwissenschaftliche Doktrin und sei sie die scharfsinnigste. Wer es heute unternehmen wollte, dem Untergange kostbarer Ueberreste einer grossen Zeit fatalistisch zuzusehen, um „neuer Anschauungen“ durchdringen zu lassen, der würde eine schwere Verantwortung gegen das unbestreitbare Recht künftiger Generationen an dem überkommenen Kunstbesitz auf sich nehmen. Diesen springenden Punkt blosgelegt und die Angelegenheit wieder auf ihren eigentlichen Kernpunkt zurückgeführt zu haben, das ist das grosse Verdienst des badischen Finanzministers. —

— H. —

## Elektrische Schnell- und Vollbahnen mit hochgespanntem Drehstrom als Antrieb.

Von Gustav Schimpff.

(Hierzu die Abbildungen auf Seite 97 und 100.)

**E**ine der grossen technischen Fragen, die heute im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, ist die der Beschleunigung der Personen-Beförderung. Durch die Unmöglichkeit, die Geschwindigkeit der Dampf-Lokomotive unter Wahrung der Wirthschaftlichkeit wesentlich zu steigern, ist sie auf das Innigste mit der Frage der Zugförderung auf weite Entfernungen mittels elektrischer Energie verquickt worden. Es soll im Folgenden versucht werden, was auf diesem Gebiete in jüngster Zeit geleistet worden ist, übersichtlich zusammen zu fassen, wobei der Haupttheil der Berichterstattung sich mit den Versuchen der „Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen“ beschäftigt wird.

Den ersten technisch durchdachten Versuch, die Frage der schnellen Personen-Beförderung mittels elektrischer Energie zu lösen, machte die Firma Ganz & Cie. in Budapest, indem sie im Jahre 1891 anlässlich der elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. einen Entwurf für eine elektrische Schnellbahn zwischen Wien und Budapest veröffentlichte, auf welcher die 260 km betragende Entfernung in etwa 1 Stunde zurückgelegt werden sollte. Es war dies ein kühner Gedanke in einer Zeit, zu welcher die Entwicklung des elektr. Strassenbahnwesens in Deutschland kaum begonnen hatte, und zu welcher die Möglichkeit der Kraftübertragung auf weite Entfernungen eben erst durch das Beispiel Lauffen-Frankfurt gezeigt worden war.

Der vorgeschlagene Wagen, Abbildg. 1, hatte eine an den Enden zugespitzte Form, um den Luftwiderstand möglichst zu verringern; bei einer Gesamtlänge von 45 m sollte er auf 2 zweiachsigen Drehgestellen mit einem Mittelabstand von 28 m, einem Achsstand von 4800 mm und Radurchmessern von 2100 mm ruhen. Der Wagenkasten musste wegen der grossen Länge mit fachwerkartigen tragenden Wänden ausgebildet werden. Die Endabtheile ausserhalb der Drehgestelle sollten als Führerstände Verwendung finden, während zwischen den Drehgestellen ein mittlerer Raum von 19 m Länge (bei 2,15 m äusserer Breite) für 40 Reisende Platz bot. Entsprechend einer Fahrgeschwindigkeit von 200–250 km war der Luftwiderstand auf 250 P.S., der gesammte von den 4 Motoren zu leistende Kraftbedarf auf 800 P.S. geschätzt worden. Die Motoren sollten die Achse unmittelbar antreiben. Als Stromabnehmer waren je zwei besondere Räder gedacht, welche auf zwei innenliegenden Stromleitungs-Schienen laufen sollten. Das Gewicht des vollbesetzten Wagens wurde — sehr niedrig — auf 80 t geschätzt. Die Spurweite war die normale; als Oberbau waren Schienen von 50 kg mit Gusstahlstützen und eisernen Querschwellen vorgesehen; die Querschwellen sollten auf einem durchgehenden Betonkörper ruhen, der im Auftrage bis auf den gewachsenen Boden herunterzuführen wäre. Zur Vermeidung von Entgleisungen sollten die Treibräder äussere und innere Flansche erhalten. Die Stromvertheilung war mittels Wechselstromes von 10000 Volt Sp. gedacht, die in Spannungswandler- (Transformatoren-) Unterstationen auf die für den Betrieb verwendbare Höhe umgeformt werden sollte.

Wenn dieser Entwurf, der s. Z. ein grosses und berechtigtes Aufsehen verursachte, bezüglich der Oberbaufrage auch jetzt noch als einwandfrei gelten kann, so macht die beabsichtigte Wagenform heute einen etwas abenteuerlichen Eindruck. Vor allem aber war es bei dem damaligen Stande der Technik unmöglich, die Durchführbarkeit in elektrotechnischer Beziehung darzuthun, lagen doch eigentliche Erfahrungen in der Kraftübertragung über weite Strecken nicht vor und war insbesondere das Gebiet des Drehstrom-Motors damals noch vollständig unerforscht.]

Die folgende Zeit brachte den beispiellosen Aufschwung der elektrischen Zugförderung auf den Strassenbahnen; und die durch den Ausbau dieser Bahnnetze völlig beschäftigte Elektrotechnik fand keine Zeit, sich mit Zukunftsproblemen auf dem Gebiete der Personen-Beförderung zu beschäftigen. So gerieth auch die Schnellbahnfrage in den Hintergrund.

Der Schnellbahn-Gedanke tauchte wieder auf, als infolge der günstigen Geschäftslage der jüngstverflossenen Jahre in Deutschland das Bedürfniss eines beschleunigten persönlichen Geschäftsverkehrs fühlbarer wurde und weitere Kreise einen Begriff von dem Werthe der Zeit bekamen. Der Gedanke fand aber auch die Technik und insbesondere die Elektrotechnik gerüstet, sich mit ihm näher zu beschäftigen, musste man doch das Ende der Umwandlungsperiode der Strassenbahnen voraussehen und konnte sich um so eher neuen Aufgaben zuwenden, als die Gleichstromtechnik allmählich mehr und mehr zu Regelformen übergegangen war.

Eine Vorbedingung für die Weiterentwicklung der Schnellbahn-Entwürfe war die Ausgestaltung der Drehstrom-Kraftübertragung und des Drehstrom-Bahnmotors. Für Bahnzwecke war Drehstrom seitdem besonders von den Firmen Brown, Boveri & Cie. und Ganz & Cie. auf Schweizer Bergbahnen, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, zur Anwendung gelangt. Daneben war die Firma Siemens & Halske (seit 1891) planmässig mit der Erforschung dieses Gebietes vorgegangen und konnte im Jahre 1899 eine Versuchsstrecke von 1,75 km Länge in Gross-Lichterfelde bei Berlin in Betrieb setzen, welche insbesondere der Erforschung der Frage nach der Stromversorgung langer Bahnstrecken dienen sollte. Der durchaus neue Grundgedanke der Versuche beruhte darauf, die Arbeitsleitung der Bahn mit hochgespanntem Drehstrom von 10000 Volt Sp. zu speisen und diesen in Spannungswandlern, die auf dem Fahrzeug mitgeführt werden, auf die Gebrauchshöhe — von beiläufig 650 Volt — herabzusetzen.

Die übliche Anordnung von zwei Stromleitungen über den Gleisen unter Benutzung der Fahrschienen als drittem Leiter besass den Nachtheil, dass die Anordnung an den Weichen sich nicht befriedigend lösen lässt; ein Herabfallen von Drähten gefährdet unmittelbar das darunter befindliche Fahrzeug; auch wurde bei grossen Geschwindigkeiten eine ungenügende Berührung des Stromabnehmers an den höchsten (Aufhänge-) Punkten der Leitung beobachtet. Dies führte zur Konstruktion einer Seitenleitung, bei welcher die drei Stromdrähte senkrecht übereinander angeordnet und mittels bogenförmiger Metallbügel an Holzmasten befestigt wurden. Das Fahrzeug erhielt drei hintereinander stehende Stromabnehmer, dem bekannten Siemens-Bügel ähnlich, mit senkrechten Berührungsflächen. Es wurde eine Lokomotive (Abbildg. 2) von 16 t Gewicht, 2-achsrig, mit 2 Motoren von je 30 bis 120 P.S. Leistung erbaut.

Der Antrieb der Achsen geschieht mittels Zahnradübersetzung; die Feldwicklungel der Motoren ist feststehend, der Anker umlaufend angeordnet. In den Stromkreis des Ankers werden mittels Schleifringen Widerstände eingeschaltet, welche als Anlasswiderstände beim Anfahren und zur dauernden Minderung der Geschwindigkeit gebraucht werden. Die beiden Motoren des Fahrzeuges sind parallel geschaltet. Eine Hinter- und Nebeneinanderschaltung derselben bei Anfahrt und Fahrt, wie bei Gleichstrom, ist hier ausgeschlossen, da bei Drehstrom-Motoren das Drehmoment, d. h. die Zugkraft, dem Quadrat der Spannung proportional ist, beim Hintereinanderschalten zweier Motoren also auf den vierten Theil ihres Werthes sinken



würde. Unter Berücksichtigung dieser Eigenschaft des Drehstrom-Motors bietet die Aufstellung des Spannungswandlers auf dem Fahrzeug den grossen Vortheil, durch Vergrösserung der dem Motor zugeführten Spannung beim Anfahren die Zugkraft steigern zu können. Dazu dient einmal ein Zusatz-Spannungswandler, der Windungen anzufügen gestattet, und zweitens die Wandelung der Schaltung des

sekundären Theiles von Dreiecks- zu Sternschaltung, wodurch die Spannung im Verhältniss  $1:\sqrt{3}$ , die Zugkraft also im Verhältniss  $1:3$  gesteigert wird. Die Versuche ergaben als besonderen Vorzug der hohen Spannung in der Arbeitsleitung den nahezu funkenfreien Gang der Stromabnehmer, entsprechend der geringen Stromstärke. —

(Fortsetzung folgt.)

### Normalformat oder Klosterformat, Handstrich- oder Maschinensteine.

**D**ie im Vorjahre seitens des preuss. Hrn. Ministers der öffentl. Arbeiten veranlasste Umfrage an die Baubeamten der allg. Bauverwaltung, welche Ziegeleien in der Lage seien, Handstrichsteine im Klosterformat auf Vorrath anzufertigen, damit gegebenenfalls Bezugsquellen vorhanden seien, von welchen die erforderlichen Ziegel sofort geliefert werden könnten, hat in den Kreisen der Ziegelfabrikanten eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, weil man annahm, dass die öffentl. Bauten in Zukunft nicht mehr im Normalformat, sondern in grossem Format verblendet werden sollten, was dann unt. Umst. auch eine Hintermauerung mit entsprechenden Steinen zur Folge haben würde. Dass man in dieser Befürchtung zu weit ging, scheint aus den im Berliner Architekten-Verein von unterrichteter Seite gemachten Mittheilungen (vgl. Dtsch. Bztg. 1902 S. 55) hervorzugehen. Es sind uns aber seitdem noch mehrere Zuschriften aus den Kreisen der Fachleute und Fabrikanten zugegangen, denen wir hier wenigstens auszugsweise Raum geben wollen, ohne uns übrigens mit diesen Auslassungen durchweg einverstanden zu erklären.

Hr. Arch. Dümmler führt zunächst an, dass sich bisher Niemand daran gestossen habe, dass die zur Verwendung kommende Verblendung in den Steinen weder die Länge, noch namentlich die Tiefe der Hintermauerungssteine besass. Man habe die Wand als ein Ganzes betrachtet und daher die Fugen nach Möglichkeit unterdrückt und sie selbst in der Farbe des Mörtels möglichst der Steinfarbe angepasst. Seit einigen Jahren sei man nun zu weissen Fugen übergegangen und damit habe sich dann auch, um den unruhigen Eindruck zu dämpfen, das Bedürfniss herausgestellt, die Zahl der Fugen zu verringern. Daher wurden zur Verblendung  $\frac{1}{1}$  Steine, statt wie bisher  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{2}$  Steine verwendet. Weiter griff man dann zurück auf die Technik unserer Vorfahren, Steine grossen Formates zu verwenden und will nun auch die durch die damalige Zeit begründete Technik des Handstrichs wieder in die Ziegelfabrikation einführen.

Will man nun aber nicht nur eine vorgeklebte Verblendung haben, die sicherlich nicht dem Sinne der alten Bauweise entspricht, so muss man bei dem wesentlichen Höhenunterschiede der Steine des Normalformates zu dem geplanten Maasse für Klosterformat (6,5 zu 9) die ganze Mauer in einheitlichem Maasse herstellen, sie dann also im Verhältniss der Steinlängen 25:28,5, d. h. rd. 12% stärker machen. Das sind wesentliche Mehrkosten, namentlich, wenn man in theuren Stadtlagen auch den entsprechenden Raumverlust inbetracht zieht.

Eine weitere Vertheuerung tritt dann ein, wenn der Handstrichstein statt des Maschinensteins verlangt wird, denn erstens kann die Handarbeit nicht entfernt das leisten, was mit den Maschinen erreicht wird, die in langen Jahren eifriger Arbeit auf einen solchen Grad der Vollkommenheit gebracht sind, dass man allen Anforderungen damit genügen kann, und ausserdem gestatten sie die Herstellung durchlochter Steine. Abgesehen von den technischen Vortheilen der Durchlochung, die besseres Durchbrennen des Steines ermöglicht, bietet sie den wirtschaftlichen Vortheil der Gewichtsverringerung, also der Verminderung der Transportkosten, was namentlich ins Gewicht fällt, wenn man berücksichtigt, dass die grossen

Verbrauchsstellen unserer Grosstädte in der norddeutschen Tiefebene sämmtlich in ihrer Nähe geeigneter Thonlager für feine Verblender entbehren.

Es wird nun den Maschinensteinen jetzt zum Vorwurf gemacht, was man Jahrzehnte lang für ihren Vorzug hielt, die Sauberkeit und Schärfe der Form, Glätte der Oberfläche, Gleichmässigkeit der Farbe. Der Handstrichstein sei gerade durch seine rauhe Oberfläche, die verschiedenen Brandfarben interessant. Das lässt sich aber auch mit dem Maschinenstein erreichen (vgl. Dtsche. Bztg. 1894 S. 455 die Abhandlung von Prof. Gmelin über amerikanische Baumaterialien).

Dem Verfasser erscheint es hiernach nur gerechtfertigt, grosses Format anzuwenden, wenn es sich um eine Wiederherstellung alter Bauten handelt. Aber auch in diesem Falle sollte es dem Fabrikanten überlassen bleiben, den gewünschten Stein maschinell herzustellen. Auf alle Fälle würden solche Steine aber erheblich theurer werden. —

Rein vom fabrikations-technischen Standpunkte betrachtet die Frage Hr. Ing. H. Rasch, Direktor der Agaer Werke. Verfasser ist zunächst der Ansicht, dass den Wünschen der Architekten inbezug auf grössere, namentlich stärkere Steine, unschwer in den meisten Fällen nachgekommen werden kann, sobald nur die Durchlochung der Steine, die bei einigen Thonarten durchaus erforderlich ist, zugelassen wird. Sachliche Nachteile bieten durchlocherte Steine nicht, namentlich ist es irrig, dass sich in diesen Durchlochungen Wasser ansammle und durch Gefrieren zu Absprengen einzelner Theile Veranlassung geben könne.

Anders liegt die Sache dagegen mit dem Gedanken, die Technik des Handstrichs wieder aufleben zu lassen, trotzdem unsere moderne Maschinentechnik derselben weit überlegen ist. In erster Linie wird doch hohe Wetter- und Farben-Beständigkeit zu verlangen sein. Derartige, namentlich farbenbeständige Steine sind aber nur aus Thon herzustellen, aus dem ein so dichtes Erzeugniss geschaffen werden kann, dass dasselbe nur noch soviel Wasser aufsaugt, dass das Vermauern durch das sog. Schwimmen nicht allzusehr erschwert wird. Unter sonst gleichen Umständen ist aber der Stein der beste, der das wenigste Wasser ansaugt. Derartige Thone sind aber so plastisch (fett), dass sie nur maschinell verarbeitet werden können. Verfasser giebt dann auch deshalb dem Maschinenstein den Vorzug, weil er sich glatt herstellen lässt, also auch weniger Gelegenheit zum Anhaften des Schmutzes, Russes usw. giebt, so dass er also auch aus diesem Grunde farbbeständiger ist, als der Handstrichstein, dessen Oberfläche niemals so glatt hergestellt werden kann. (Diese Eigenschaft des Handstrichsteines betrachten viele Architekten allerdings gerade als einen besonderen Vorzug desselben. Die Red.).

Was schliesslich den Verband bei Anwendung von grossem Format betrifft, so schlägt Verfasser vor,  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{1}$  Steine im Kreuzverband anzuwenden, was bei Erfüllung der erforderlichen ästhetischen und konstruktiven Ansprüche (als Beispiel wird die Wiederstellung des Domkirchthurmes in Schleswig durch Hrn. Geh. Ob.-Brth. Adler angeführt) die Kosten einer solchen Verblendung in massigen Grenzen halte. —

### Preisbewerbungen.

**Wettbewerb Bismarck-Denkmal Hamburg.** Als Verfasser des Entwurfes „Ein Stein“ hatte sich uns Hr. Alex. Menner in Odessa genannt. Das Verzeichniss der eingegangenen Entwürfe weist nur einen Entwurf mit dem genannten Kennwort auf. Es theilt uns nun Hr. Arch. Wilhelm Fränkel in Düsseldorf unter Einsendung der bez. Vorskizze mit, dass er der Verfasser des genannten Entwurfes sei. Wir bestätigen, dass es der aus dieser Vorskizze hervorgegangene Entwurf ist, welchen wir in unserer Besprechung hervorgehoben haben. —

**Wettbewerb General-Regulierungsplan Brünn.** Es lagen 13 Entwürfe zur Beurtheilung vor und es waren dem Vernehmen nach ausser den deutsch-österreichischen Technikern 3 reichsdeutsche Bewerber eingeladen. —

### Brief- und Fragekasten.

**W. Th. in D.** Litteratur über Gebäude-Verankerung dürfte es ausser im „Grundbau“ von Brennecke nicht geben, jedoch mache ich aufmerksam auf No. 3 des „Glückauf“ v. 19. Febr. 1901, der einen von mir verfassten Aufsatz über diese Sache enthält. Ich bin bereit, dem Herrn einen Sonderabdruck dieses Aufsatzes zuzustellen. — Pinkemeyer, Stadtbmstr. in Recklinghausen.

**Hrn. J. O. in Köln-Nippes.** Unseres Erachtens erstreckt sich das Servitut lediglich auf die Oeffnungen und nicht bis auf die Geländefläche. Wenn die Bauordnung daher es Ihnen gestattet, so sind Sie wohl berechtigt, bis zur bezeichneten Höhe zu bauen.

**Inhalt:** Die Stuttgarter Stadterweiterung (Fortsetzung). — Das Heidelberger Schloss in der zweiten badischen Kammer. — Elektrische Schnell- und Vorortbahnen mit hochgespanntem Drehstrom als Antrieb. — Normalformat oder Klosterformat, Handstrich- oder Maschinensteine. — Preisbewerbungen. — Brief- und Fragekasten.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin.



Barock-Fassaden am Breitenweg in Magdeburg. Aus: Otto Peters, „Magdeburg und seine Baudenkmäler“.

## Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Nachstehend bringen wir eine Eingabe zur Kenntniss der Verbandsmitglieder, welche der Vorstand in Gemässheit der im Vorjahre durch die XXX. Abgeordneten-Versammlung in Königsberg i. Pr. gefassten Beschlüsse gleichlautend an den Reichstag, den Bundesrath und den Herrn Reichskanzler gerichtet hat. Als Anlage war ein kurzer Auszug aus dem in Königsberg gehaltenen Vortrage des Hrn. Dombaumeisters Arntz beigefügt, dessen Inhalt sich im Wesentlichen deckt mit den Ausführungen auf S. 185 u. ff. Dtsche. Bauztg. 1901 und daher an dieser Stelle fortgelassen ist. —

Dresden-Berlin, den 20. Februar 1902.

Der Verbands-Vorstand: Waldow. F. Eiselen.



Eingabe betreffend Einstellung ständiger Mittel in den Reichshaushalt zum Zwecke der Erhaltung vaterländischer Baudenkmale und zwar zunächst des Strassburger Münsters.

In seinen grossen geschichtlichen Baudenkmalen, den lebendigen Zeugen einer wechsellvollen Vergangenheit, besitzt Deutschland einen Schatz, der einen idealen Besitz des gesammten deutschen Volkes bildet. Diesen Besitz zu bewahren und ungeschmälert den kommenden Geschlechtern zu erhalten, ist daher auch eine vornehme Pflicht des Vaterlandes. Im Gefühle dieser Pflicht und getragen von idealer Begeisterung ist bereits Grosses geschehen, sind der Kölner Dom, das Münster zu Ulm aus den Mitteln kunstsinniger Fürsten, des Staates, der Gemeinden und aus der freiwilligen Beisteuer weitester Volkskreise vollendet und in alter Pracht wieder hergestellt worden. Aber noch bleibt vieles auf dem Gebiete zu leisten, harret noch manches Bauwerk von geschichtlichem und baukünstlerischem Werthe nicht nur der Vollendung, oder der Wiederherstellung in alter Gestalt, sondern vor allem einer sachgemässen Pflege und einer nur mit reichlichen Mitteln möglichen Erhaltung des Bestehenden.

Zu diesen Denkmalen gehört vor allem als eines der edelsten Werke deutscher Baukunst, als dasjenige, welches dem deutschen Volke vielleicht gerade, weil es ihm so lange entrissen war, wohl am meisten ans Herz gewachsen ist, das Werk Erwins von Steinbach, das Strassburger Münster. Bereits vor 20 Jahren hat der Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine in einstimmiger Beschlussfassung dem Wunsche Ausdruck gegeben, es möge die deutsche Nation nach der glücklichen Vollendung des Kölner Domes den beim Weiterbau dieses Werkes in langjähriger Ueberlieferung gesammelten Schatz kunsthistorischer Schulung und künstlerischer Erfahrung anderen nationalen Unternehmungen zuwenden und dementsprechend die Mittel, wie einst für den Kölner Dom, auch für andere bedeutende Baudenkmale beschaffen,

deren Weiterbau aus den Mitteln einer einzigen Stadt oder eines einzigen Landes nicht wohl möglich sei. An erster Stelle wurde damals das Münster zu Ulm, an zweiter das Münster zu Strassburg in Vorschlag gebracht. Inzwischen ist das erste vollendet, das letztere dagegen in einem baulichen Zustand, der zunächst den Wunsch des Weiterbaues völlig zurücktreten lässt vor der Sorge um die Erhaltung. Wie bedrohlich der Zustand des Münsters ist, auf welchen der berufene Pfleger desselben schon lange hingewiesen hat, geht aus dem Berichte hervor, welchen derselbe auf der XXX. Abgeordneten-Versammlung des Verbandes d. A.- u. I.-V. im August vorigen Jahres in Königsberg i. Pr. erstattet hat, dessen technische Ausführungen wir nachstehend im Auszuge begeben.

Der Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine hat es unter diesen Umständen für seine Pflicht gehalten, auf diese Zustände an maassgebender Stelle nachdrücklich hinzuweisen. Als diese Stelle betrachtet er nach den vorstehenden Ausführungen wohl nicht mit Unrecht das Reich, um so mehr, als unter den veränderten Zeitverhältnissen die bedeutenden Mittel zu Aufgaben dieser Art wohl in anderer Weise als bisher aufgebracht werden müssen.

Die XXX. Abgeordneten-Versammlung d. V. hat daher den unterzeichneten Vorstand beauftragt, an die verbündeten Regierungen und den deutschen Reichstag den Antrag zu stellen:

In gerechter Würdigung der für die Gesamtheit des Reiches mit der Erhaltung vaterländischer Baudenkmale verbundenen nationalen Interessen möchten in den Reichshaushalt ständige Mittel zur Erhaltung solcher Baudenkmale und zwar zunächst des Strassburger Münsters eingestellt werden. —

Im Januar 1902.

Der Vorstand des Verbandes  
deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg.** Vers. am 13. Dez. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 65 Pers.

Zur Tagesordnung bespricht Hr. Hennicke das Werk: „Altrömische Heizungen“, von Otto Krell (Verlag von R. Oldenbourg, München, Pr. 4 M.), welcher sich gegen Hypokausten-Anlagen unter den römischen Wohnräumen, Badeanlagen und Bade- bzw. Schwimmbehältern, wie sie von Overbeck-Mau, Nissen, Dr. J. Berger-Wien u. a. behauptet wird, auslässt. Nach Krell's Meinung erfolgte die Zimmer-Erwärmung durch Holzkohlenfeuerung auf flachen Köhlenbecken, wobei erfahrungsmässig sich kein

Kohlenoxydgas und nur etwa 2% Kohlensäure entwickelt, die in dieser Menge nicht schädlich wirkt. Für einen Raum von 4 bei 5<sup>m</sup> und rd. 5000 W. E. genügte eine Schale von rd. 40<sup>cm</sup> im Durchmesser, wie solche im Berliner Museum viele in prächtiger Ausstattung zu sehen sind. Sie waren auch theilweise mit Vorrichtungen zum Warmhalten von Speisen und Getränken versehen.

Der Heizung unter den Böden der Zimmer in Rom und den Bassins widerspricht Krell, gestützt auf die bis 50<sup>cm</sup> starken Fussböden und auf den Mangel an Rauch-Abzugskanälen und Oeffnungen in den Wänden, durch welche die Wärme hätte nach den Räumen ausströmen können. Die Pfeiler unter den Fussböden seien nicht

### Eine akademische Studienreise nach Nord-Frankreich. (Schluss.)

**A**n einem glühend heissen Sommertage (27. Juli) traten wir unsere Fahrt über Kassel an; durch das herrliche Lahnthal, vorbei an dem idyllischen Koblenz und den rebenbewachsenen Hügeln des Moselthales ging's nach Metz, das von seiner 222jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich noch viele französische Eigenthümlichkeiten aufweist. Indess, der Dom war von deutschen Meistern und Handwerkern auf deutschem Grunde erbaut und deutsch ist er geblieben. Deutsch ist auch die Gründlichkeit und Sachkenntniss, mit welcher der Dombaumeister Tornow die Wiederherstellung der Kathedrale leitet. Mit einem Vortrage dieses Meisters, in der Krypta des Domes gehalten, setzten unsere Studien ein. Die Wiederherstellungs-Arbeiten zu beobachten, war beste Gelegenheit; von der Hütte des Steinmetzen bis zum Versetzen der Werkstücke wurde jede Bauthätigkeit beobachtet. Der herrliche Eindruck des gewaltigen Dom-Inneren hielt denjenigen der französischen Kathedralen völlig stand. — Einer lebenswürdigen Einladung Tornow's verdanken wir einen köstlichen Abend voll übermüthiger Stimmung auf seiner Villa vor Metz.

Sonntag früh (29. Juli) betraten wir Frankreichs Boden. Chalons-sur-Marne bot mit seinen festtäglich geputzten Spaziergängern, den farbigen, fremden Uniformen, ein eigenartig ungewohntes Bild. Es fiel sofort unangenehm auf, dass dort keine Sonntagsruhe herrscht. Die stattliche Kirche Notre-Dame hat schöne Doppelthürme mit steifen, später aufgesetzten Helmen, sie übertrifft die Kathedrale bedeutend, deren gewaltige Renaissance-Fassade eigenartig von dem gothischen Schiff absticht.

In Reims (31. Juli) beherrscht die ungeheure Kathedrale alle anderen Bauten, die wundervollen Doppelthürme mit den entzückend feingegliederten Portalen sind mit das Vollendetste, was die gothische Baukunst je hervorgebracht

hat. Der südliche Hauptthurm ist gänzlich eingerüstet und bot uns, von Gerüst zu Gerüst kletternd, eine seltene Gelegenheit, Einzelheiten der Fassade aufzunehmen. Neben der Kathedrale ist alles andere verschwindend. Nachdem wir am ersten Nachmittage die ausgedehnten, in den Felsen gehauenen Champagner-Kellereien von Pommery und Greno besichtigt hatten, folgten wir am nächsten Tage einer Einladung von Heidsick & Co., deren Chefs, die Hrn. Wallbaum und Sohn, uns persönlich herumführten und mit vollendeter Liebenswürdigkeit glänzend bewirtheten.

Während die Eisenbahnfahrt meist durch ebenes Gelände führt, liegt Laon (2. Aug.) mit gewundenem Höhenzuge höchst malerisch da, ganz erheblich aus der Ebene emporragend und von oben eine wundervolle Fernsicht eröffnend. Die vielthürmige Kathedrale, in spätromanisch-frühgothischer Uebergangszeit entstanden, ist eine gewaltige Anlage, bei der ein ganz eigenartiger, von anderen Kathedralbauten völlig abweichender Einfluss unverkennbar ist; eine gewisse Verwandtschaft mit dem Dom zu Naumburg ist nicht zu leugnen. Imganzen ist dieses Bauwerk eines der schönsten Frankreichs. Die kleine reizende romanische Templer-Kapelle übte gleichfalls auf alle eine grosse Anziehungskraft aus. Ueberhaupt ist Laon mit seinen schweren Thoren, engen Strassen und dieser einzig wundervollen Kathedrale eine herrliche Stadt für den Architekten.

Im Gegensatz zu dieser engen Festung ist Soissons (4. Aug.) ein gemüthliches, offenes Landstädtchen. Zwei interessante, spätgothische, ungleich hohe Thürme sind neben einem leidlich erhaltenen Kreuzgang mit entzückenden figurenreichen und scherzhaften Einzelheiten die Ruinen der Kirche St. Leger St. Jean de Vignes, welche von den thörichten Calvinisten im blinden Wahne des Bildersturmes zerstört wurde. Neben der regelmässigen Kathedrale findet noch eine kleine romanische Kirche Beachtung, welche jetzt als Turnhalle dient. Am Sonntag Nachmittag machten wir einen Ausflug nach Braisne, dessen wunder-

von feuersicheren Steinen hergestellt gewesen. Die Schwimmbehälter-Sohlen hätten bei der zur Erwärmung des Wassers nötigen Heizung Risse bekommen müssen.

Die Hohllegung geschah nur zur Trockenhaltung der Fussböden bzw. zur Aufnahme der Rohre für die zu den Bädern führende Wasserleitung. Badewannen bis 6<sup>cbm</sup> Fassungsvermögen wurden durch unmittelbar mit ihnen verbundene Oefen aus Kupfer erwärmt, von denen einzelne bis 8<sup>cbm</sup> Wasser fassten. In der Saalburg ist eine Art Luftheizung vorhanden mit Vorwärmung in einem Heizkanal, in welchem die Luft über glühende Kohlen strich und dann durch Wandöffnungen in die Zimmer gelangte. Der von einem rd. 3<sup>m</sup> ausserhalb des Hauses nach innen führende Hauptkanal verzweigt sich oft von der Raummitte nach dessen Ecken und ist über den Seitenkanälen mit dünnen Platten abgedeckt, so dass hier eine unmittelbare Erwärmung der Fussböden stattfinden konnte. Redner schliesst unter dem Hinweis auf das zum Studium geeignete Werk und erntet den Dank der Zuhörer. Hr. Himmelhofer macht in Ergänzung seines Vortrages vom 25. Okt. 1901 Mittheilungen über den jetzigen Stand der Arbeiten im Simplon-Tunnel, welche mit der Wiedergabe des ersten an besonderer Stelle verbunden werden sollen. — Gbl.

Vers. am 20. Dez. 1901. Vors. Hr. Classen, anwes. 72 Pers. Zur Tagesordnung berichtet Hr. Faulwasser über die Beschlüsse des Vertrauens-Ausschusses betreffend Wahlen zu den Vereinsämtern. Die Wahlen erfolgen durch Zuruf und ergeben inbezug auf die Zusammensetzung des Vorstandes die Wiederwahl des Hrn. Hennicke zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden und des Hrn. Mohr zum Schriftführer.

Hr. Strumper gibt unter Hinweis auf eine grosse Zahl von Photographien eine fesselnde Schilderung der von ihm im Auftrage der Amerikalinie mitgemachten Orientreise des Dampfschiffes „Prinzess Victoria Louise“. Die am 22. März in Hamburg auf dem Landwege nach Genua angetretene Reise führte über Palermo nach Konstantinopel, durch den Bosphorus ins Schwarze Meer nach der Krim und weiter nach Batum. Von hier wurde ein Landausflug in den Kaukasus nach Tiflis gemacht. Auf der Rückfahrt wurde Trapezunt angelaufen und über Athen, Neapel, Algier und Lissabon zurückgekehrt. Am 6. Mai erfolgte die Ankunft in Hamburg. Redner schildert in anziehender Weise die bunte Vielgestaltigkeit des Volkslebens sowie die Schönheiten der Natur und führt zum Schluss Lichtbilder vor, welche ein anschauliches Bild der Reise wiedergeben. — Hm.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Magdeburg. Unter Vorsitz des Hrn. Reg.- u. Brth. Mackenthun fand in der Versammlung am 11. Dez. 1901 die Neuwahl des Vorstandes statt: 1. Vors. Hr. Reg.- u. Brth. Mackenthun, 2. Vors. Hr. Post-Brth. Winckler, 1. Schriftf. Hr. Bauschuldir. Th. Müller,

volle Kirche St. Ived mit dem schweren und doch feingegliederten Vierungsturm wir von einem herrschaftlichen Garten aus zeichnen. Es war ein köstlich-stiller Sommer-Sonntag.

Nächsten Tages (6. Aug.) brachen wir zeitig auf; wir besuchten das spätgothische Rathhaus zu Compiègne in seiner vollendeten Zierlichkeit und das in seiner Massenvirkung unvergleichliche Schloss Pierrefond (s. S. 95), das, von Viollet-le-Duc wieder hergestellt, noch etwas neu wirkt.

In ihrer ursprünglichen Anlage war die Kathedrale von Beauvais eines der gewaltigsten und genialsten Bauwerke des Mittelalters. Ueber einem mächtigen Schiff von mehr als 48<sup>m</sup> lichter Höhe wuchs, der alten Chronik nach, ein bewundernswerther Vierungsturm zu der ungeheuren Höhe von 153<sup>m</sup> empor, von schlanken, fast zierlichen Pfeilern getragen. Leider gelangten die nothwendigen, stützenden Westjoche nicht zur Ausführung und dieser unvergleichlich stolze Thurm sank 1573 nach kaum einhundertjähriger Dauer in Trümmer, nur den nordöstlichen Pfeiler stehen lassend und den ganzen Westheil unter sich begrabend. Natürlich schlecht und recht wiederhergestellt, ohne Vierungsturm, ist die Kirche nur ein Schatten der einstigen herrlichen Pracht, doch sind die beiden reizvollen Fassaden des Querschiffes sowohl wie der vielgliederte Chor noch von derart bezaubernder Vollendung aufgelöster Formen, dass der Gedanke tiefschmerzlich berührt, dass dieses Wunderwerk mittelalterlicher Grösse uns nur zumtheil erhalten ist. Aber jetzt noch ist der Anblick vom Marktplatz aus, über alle Häuser hinweg, von märchenhafter Schönheit. — Wir versäumten nicht, dort die berühmten Gobelin-Wirkereien zu besuchen und nahmen Kenntniss von der Mühseligkeit der Herstellung derselben.

Die Kathedrale von Amiens (9. Aug.) mit stattlichem Doppelthurm zeichnet sich durch besonders vollendete Verhältnisse des Schiffes, sowie durch zahlreiche wundervolle Skulpturen aus. Die entzückende kleine spätgothische

2. Schriftf. Hr. Eisenb.-Bauinsp. Schwarz, Säckelmstr. Hr. Brth. Fritze, ohne Amt Hr. Brth. Claussen und Stadtbauinsp. Berner. In den Ausschuss für die Revision der Kasse und der Bestände werden die Hrn. Brth. Schmidt, Branddir. Stolz und Kreisbauinsp. Harms gewählt. Unter den bekannt gegebenen Eingängen ist hervorzuheben das von Sr. Exc. dem Hrn. Kultusminister dem Verein als Geschenk überwiesene Werk: „Die Abtei Eberbach“, aufgenommen von Prof. Schäfer. Als neue Mitglieder finden Aufnahme die Hrn. Intend.- und Brth. Stegmüller, Reg.-Bmstr. Buchholz und Gelhausen.

In den Mittheilungen über neuere Schulbauten Magdeburgs führte Hr. Stadtbauinsp. Berner Zeichnungen der Neubauten der Augustaschule, des Wilhelm-Gymnasiums und einer Volksschule vor. Er erklärt die Raumvertheilung in den einzelnen Gebäuden, wobei die Anlage einer Aula über der Turnhalle der Augustaschule, die Einrichtung einer Sternwarte im Kuppelbau des Wilhelm-Gymnasiums — für den Verein Urania und zur Mitbenutzung für die Gymnasiasten — und die verschiedenartige Unterbringung der Aborte in den drei Anstalten besonderes Interesse hervorrufen. Redner giebt Erläuterungen über die äussere Gestaltung der Bauwerke, hebt besonders die im Münchener Barockstil als Putzbau gehaltene Fassade des Wilhelmsgymnasiums hervor und geht hierauf zu der inneren Einrichtung über. Besondere Beachtung verdienen hier die Neueinrichtung beweglicher Schölersitze, die neueren konstruktiven Einzelheiten bezüglich der leichten Reinigung, der Schwammverhütung und der Schalldämpfung. An diese Klarlegungen, sowie an die Erläuterung der von einander abweichenden Abortanlagen schliesst sich eine lebhaft ausgesprochene unter den Hrn. Mackenthun, Winckler, Ochs, Müller und dem Vortragenden an. Dank und Beifall erntete Hr. Berner für seine Ausführungen. —

Th.

### Vermischtes.

Dr. Pröll's Rechentafel. Der Rechenschieber hat für manche Rechnungen, z. B. Kostenveranschläge, Schlussabrechnungen usw. nicht die erforderliche Genauigkeit. Da aber doch die so bequeme logarithmisch-graphische Rechnungsweise in Technikerkreisen sich schon vollständig eingebürgert hat, so lag der Gedanke nahe, anstelle des 25<sup>cm</sup> langen Rechenschiebers einen wesentlich grösseren Stab zu benutzen. Es ist das Verdienst von Dr. Pröll's Ingenieur-Bureau in Dresden, eine Rechentafel geschaffen und in den Handel gebracht zu haben, welche bei der handlichen Grösse eines Notizbuches doch einem 1,20<sup>m</sup> langen Rechentafel entspricht und somit eine grosse Genauigkeit hat. Wer gewohnt ist, mit dem Rechenschieber zu arbeiten, ist nach Durchsicht der Gebrauchs-Anweisung in wenigen Minuten imstande, Multiplizieren, Dividieren, Potenzieren und

Kirche St. Germain verdient noch besonders hervorgehoben zu werden. In Amiens wurde die Besichtigung der Stadt etwas durch schlechtes Wetter gestört, dafür entschädigte, nach einer köstlichen Mondscheinfahrt durch eine landschaftlich ausgezeichnete Gegend Frankreichs, der prächtige Sonnenschein der nächsten Tage in Rouen (10.—12. Aug.). Spät Abends hier eintreffend, hatten es sich die Professoren der Akademie der schönen Künste de Vesly und Sevin nicht nehmen lassen, uns mit ausgezeichnete Aufmerksamkeit zu empfangen; sie führten uns anderen Tages mit einer Gründlichkeit, Aufopferung und Unermüdlichkeit durch Rouen, die bewundernswerth war und höchste Anerkennung verdient. Rouen steckt geradezu voll von mittelalterlichen, besonders spätgothischen Bauten, der Justizpalast, das Hôtel de Bourgtheroulde mögen besonders erwähnt werden. Von St. Quen, deren Haupteingang wir unter der vorzüglichen Führung betreten durften, genossen wir einen unvergesslichen Anblick über diese herrliche malerische Stadt, über zahlreiche Kirchen und Thürme hinweg, vorbei an dem Hafen mit seinen zahlreichen Masten und einer eigenartigen eisernen Brücke, den gewundenen Lauf der Seine entlang, fernhin bis zu den bewaldeten Höhen und Hügeln ringum. Eigenartig ist der Vierungsturm der Kathedrale aus Eisen.

Am nächsten Nachmittag unternahmen wir einen Ausflug nach dem stillen Bocheville, einem Dörfchen mit einer stilistisch streng durchgeführten spätromantischen Kirche St. Georg mit schwerem zweigeschossigem Vierungsturm.

Nachdem wir bereits in Reims und Beauvais und ganz besonders in Rouen französische Holzarchitektur kennen gelernt und gezeichnet hatten, wurde im gemüthlichen Lisieux (13. Aug.) und dem verkehrsreichen, lebhaften Caen (14. Aug.) nach gründlicher Besichtigung mehrerer hochinteressanter Kirchen das Studium der vielgestaltigen Fachwerkarbeiten das Ueberwiegende. Der französische



Radizieren (für 2. und 3. Grad) auszuführen. Die Handhabung der aus Obertafel und Untertafel bestehenden Rechentafel ist ebenso einfach, wie die des Rechenschiebers. Besonders schön zeigt sich die Bestimmung der 2. und 3. Wurzel: man verbindet 2 Punkte miteinander und liest in der Mitte bezw. im Drittel dieser Linie das Ergebniss ab. Diese Pröll'sche Rechentafel wird sich bald Freunde erwerben. Der Preis von 2 M. ist mässig. Die Rechentafeln sind beim Erfinder Dr. Pröll in Dresden, bei der Verlags-Buchhandlung J. Springer in Berlin sowie bei Kutscher und Gahr in Augsburg zu haben. —

Augsburg, den 15. Januar 1902. Prof. W. Miller.

**Eine deutsch-nationale Kunstgewerbe-Ausstellung in München für das Jahr 1904 od. 1905** ist durch den Prinz-Regenten Luitpold angeregt worden und wird — zunächst noch in engeren Kreisen — sowohl mit Beziehung auf den Glaspalast wie auch auf die Kohleninsel erörtert. —

Die 38. Hauptversammlung des „Deutschen Vereins für Thon-, Zement- und Kalkindustrie“ findet vom 26. bis 28. Febr. im Architektenhause zu Berlin bei reicher Tages-Ordnung statt. —

### Preisbewerbungen.

**Wettbewerb Landesausstellungs-Gebäude Berlin.** Es besteht die Absicht, die eingegangenen Entwürfe auf der Berliner Kunstausstellung in besonderem Raume zu vereinigen und sie geschlossen in der bei E. Wasmuth erscheinenden „Berliner Architekturwelt“ zu veröffentlichen. Zu beiden Zwecken mögen die Verfasser ihre Zustimmung und Namen an den Vorsitzenden der „Vereinigung Berliner Architekten“, Hrn. Geh. Brth. von der Hude, W., Fasanen-Str. 35, einsenden. —

**Wettbewerb General-Regulierungsplan Brunn.** Verfasser des zum Betrage von 1500 Kr. angekauften Entwurfes „33“ sind die Hrn. Arch. Gust. Knell und Landes-Ing. Eduard Engelmann in Wien. —

**Wettbewerb Rathhaus Hamborn.** Der preisgekrönte Entwurf „Lieselene“ ist eine gemeinsame Arbeit der Hrn. Gustav Jänicke und Max Franzke in Schöneberg. —

### Personal-Nachrichten.

**Deutsches Reich.** Die Mar.-Bfhr. Schmidt u. Göhring sind zu Mar.-Masch.-Bmstrn. ernannt. Der Mar.-Masch.-Bmstr. Göhring ist z. 1. März nach Danzig versetzt.

**Baden.** Dem Ing. Caemmerer in Berlin ist eine etatm. Prof.-Stelle an der Baugewerkschule in Karlsruhe übertragen.

Zugetheilt sind die Reg.-Bmstr.: Joachim dem Bahnbauinsp. in Bruchsal, Schlössinger in Freiburg und Blum in Heidelberg II.

**Preussen.** Dem Arch. Felix Henry in Breslau ist der kgl. Kronen-Orden IV. Kl. verliehen.

Holzbau weicht von dem unserigen ab durch seine grössere Zierlichkeit und die ganz eigenartigen spätgothischen Motive, sowie auch durch besondere Flächenbildung in Holz.

Am 15. Aug. erreichten wir unser westlichstes Reiseziel, den Mont St. Michel. Mit dem Festlande durch einen 1,5 km langen Damm verbunden, ist dieser Felsen mit seinen schweren Rundthürmen auf den Wällen, den freundlichen Häusern, den gewaltigen alten Burgbauten und der das Ganze überragenden Kirche, in vorzüglichem Granit ausgeführt, mit dem romanischem Schiff, mit dem spätgothischen Chor, der Fassade im Jesuitenstil und einem modernen, mächtigen Vierungsthurm ein geradezu einzig schöner Ort (s. S. 95); besonders reizvoll durch die zweimal täglich ihn für wenige Stunden umgebenden Wasserwogen, die sich während der Ebbe bei dem flachen Meerbusen völlig zurückziehen. Dieser unvergleichliche Anblick der andrängenden Fluth wird allen unvergesslich bleiben, sowohl bei herrlichem Sonnenschein, als auch besonders im schimmernden Silberlicht des Nachtgestirnes. Auf schwankem Boote, die Insel zu nächtlicher Fluthzeit umfahrend, konnte man träumen, die Burg Montsalvage sei doch auf Erden.

Die köstlichen Stunden flohen unwiederbringlich dahin und das unerbittliche Reiseprogramm führte nach Le Mans (16. Aug.). Die Kathedrale von bedeutender Ausdehnung fesselte in hohem Maasse, in gleicher Weise das Privat-Museum des Hrn. Singher, in welchem kunstgewerbliche Einzelheiten aus alter Zeit mit grosser Liebe, sorgfältigem Verständniss und geläutertem Geschmack gesammelt sind und das uns mit entgegenkommender Bereitwilligkeit zum Abzeichnen geöffnet wurde. Das Innere der Kathedrale zu Châtres (17. Aug.) übertrifft an Schönheit der Verhältnisse und Stimmung der Beleuchtung alles Andere durch die gut erhaltenen, ausgezeichneten Glasfenster. Dort ist auch ein Treppenthurm in Holz, nach der Königin Bertha be-

Die Reg.-Bfhr. Herm. Schirmer aus Frankfurt a. M. (Wasserbfch.), — Heint. Ibrügger aus Artern (Wasser- u. Strassenbfch.), — Erich Möckel aus Zwickau u. Eug. Porath aus Berlin (Hochbfch.), — Aug. Ernst aus Hannover u. Gg. Göhner aus Celle (Eisenbfch.), — Wilh. Custodis aus Köln a. Rh. und Ernst Zillmer aus Berlin (Masch.-Bfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

**Sachsen.** Die Erlaubniss zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Orden ist ertheilt und zwar: dem Geh. Brth. Prof. Dr. Ulbricht, vortr. Rath im Finanz-Minist., des kgl. preuss. Rothen Adler-Ordens III. Kl. und dem Brth. Thiemé-Garmann in Dresden des Ritterkreuzes I. Kl. des herz. sachsen-ernestin. Hausordens.

Die Wahl des Geh. Hofraths Prof. Dr. Hempel zum Rektor der Techn. Hochschule in Dresden für die Zeit vom 1. März 1902 bis dahin 1903 ist bestätigt worden.

Die Reg.-Bfhr. Prater in Greiz, Schmidt in Zittau, Lange in Ehrenfriedersdorf, Lauenstein in Aue und Klein in Döbeln sind zu Reg.-Bmstrn. bei den Staatseisenb. und Bendorff ist z. Reg.-Bmstr. bei der Strassen- u. Wasser-Bauinsp. Schwarzenberg ernannt.

**Württemberg.** Der Bez.-Bauinsp. Mayer in Rottweil ist nach Ulm versetzt.

### Brief- und Fragekasten.

**Hrn. A. B. in Koblenz.** Ihrer Sachdarstellung ist zu entnehmen, dass Ihr Nachbar auf seinem Grundstücke mit Ihrem Wissen und ohne Ihren Widerspruch Fenster in einer Ihrem Grundstück zugewendeten Mauer angebracht hat, die scheinbar bereits 25 Jahre bestehen. Dagegen lässt Ihre Darstellung unerörtert, ob die gesetzlichen Voraussetzungen der 10jährigen Verjährung vollständig erfüllt sind, was thatsächlicher Natur ist, weshalb es von uns nicht entschieden werden kann. Genügt die 10jährige Verjährung, so hat der Nachbar ein Recht auf Schutz seiner Fenster erworben und darf deren Verbauen widersprechen. Ist es indess zur 10jährigen Verjährung nicht gekommen, sondern waren nach den Formen der Rechtsausübung für den Rechtserwerb 30 Jahre erforderlich, so dürfen Sie noch jetzt dem Fortbestande der Fenster widersprechen, deren Zumauern im Klagewege fordern oder auf Ihrem Grundstücke Handlungen ausführen, in deren Verfolge Ihrem Nachbar Licht und Luft durch die beregten Fenster abgeschnitten wird. Maassgebend ist für die Frage, ob bereits Verjährung (Ersitzung) eingetreten ist, noch immer C. c. Art. 2219—2281. Völlig nebensächlich ist dagegen, dass das jetzt selbständige Grundstück des Nachbarn früher ein Bestandtheil des Ihrigen war, von dem es seinerzeit abgezweigt ist. — K. H-e.

**Hrn. Arch. W. R. in Osnabrück** und zahlreichen anderen Fragestellern müssen wir wiederholt erklären, dass wir im Briefkasten nicht Angelegenheiten behandeln können, über welche die Lehrbücher oder der Anzeigenthail unserer Zeitung Auskunft geben. Der Briefkasten ist lediglich für Fragen von allgemeinem fachlichen Interesse, für deren Beantwortung die gewöhnlichen Wege versagen, zu benutzen. —

Inhalt: Barockfassaden am Breitenweg in Magdeburg. — Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Eine akademische Studienreise nach Nord-Frankreich (Schluss). — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., Berlin. Für die Redaktion verantwortl. Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin.

nannt, als das vollendetste Beispiel französischer Holzarchitektur anzusehen. Der Sonntag Nachmittag war einem Ausflug nach Maintenon gewidmet. An das malerische, thürmreiche Schloss, umgeben von herrlichen Baumgruppen, die sich in träumerischen Weihern spiegeln, knüpfen sich geschichtliche Erinnerungen an die geistvolle Marquise und den selbststüchtigen Ludwig XIV., nach dessen Willen in vier Jahren der gewaltige Aquädukt entstand, der nie vollendet ist. Schloss und Park waren von einer spätsommerlichen Stimmung umwoben, so behaglich schön, dass man sagen möchte, Maintenon könnte in Deutschland liegen.

Mit gespanntester Erwartung betraten wir den Boden von Paris (20. bis 26. Aug.). Der ausserordentliche Reiz dieser stolzen Weltstadt verfehlte nicht seine Wirkung.

Nach diesen genussreichen Tagen war es schwer, in Brüssel noch aufnahmefähig für neue Eindrücke zu sein (27. Aug.). Indess dieser ernste mittelalterliche Marktplatz, dessen Harmonie nicht durch ein einziges modernes Bauwerk gestört wird, dieser merkwürdige Justizpalast, gewaltig in seiner Ausdehnung und wuchtig in der Gruppierung, endlich dieses wunderliche Museum Wiertz mit seinen gemalten Phantasien von Schreckens- und Wahnsinn-Scenen, waren doch höchst eigenartig. Mit heimathlichem Zauber berührten uns die Backsteinhäuser im alterthümlichen Brügge (28. Aug.), von wo aus ein fröhlicher Ausflug nach dem Weltbadeorte Ostende führte.

Am 30. Aug. betraten wir wieder Heimathsboden und besuchten Aachen, leider nur zu flüchtig. In Köln machten wir vor unserer Trennung noch einmal Station. Am letzten Abend (31. Aug.) versammelte ein Abschiedsfest alle Reistheilnehmer. Es war ein fröhlicher, harmonischer Ausklang einer köstlich verlaufenen Studienfahrt.

„Lerne zu leben,  
Lebe zu lernen!“ —

H.